

Basisinformation für Interessierte: Bundeswehr – das unbekannte Wesen

Jürgen Dreifke

Überarbeitung

Juli 2024

xd300@hotmail.de

www.bahnjdbund.de

Die Bundeswehr – Das unbekannte Wesen.



Autor: Jürgen Dreifke

Zweite Auflage

April 2023

Wenn man sich einmal die Mühe macht, die Schlagzeilen in den unterschiedlichsten Medienplattformen in einer Woche auszuwerten, wird man wohl feststellen, dass sich die Masse der Botschaften auf Bereiche ausrichtet, die man unter den Oberbegriffen Fürsorge, Wohlstand oder Unterhaltung subsummieren kann. Das war auch im Bundestagswahlkampf 2021 so. Er drehte sich um Pandemiebewältigung, den Umgang mit dem Klimawandel, soziale Sicherheit, technologische und ökonomische Entwicklung, etwas weniger um Fragen der inneren Sicherheit und Migration. *Eine der ursprünglichsten Aufgaben des Staates gehörte offensichtlich nicht dazu: die Sicherung des Friedens und der äußeren Sicherheit.* Die wurde immer noch als selbstverständliche Gegebenheit betrachtet, obwohl sich außerhalb unserer europäischen Wohlstandsgrenzen Konflikte auf türmen und wenig demokratische Potentaten ihrer Machtpotentiale beständig vergrößern. Diese schmerzliche Erfahrung trifft uns in diesen Tagen des russischen Angriffs auf die Ukraine mit besonderer Macht. Militär ist auf unserem Globus allgegenwärtig, ist in unseren Köpfen aber nur in Ausschnitten präsent: man assoziiert damit vor allem Rüstung mit hohen Kosten und Risiken. Das Bild des Militärs ist medial sicherlich auch stark geprägt von Dokumentationen über die NS- Zeit und die Weltkriege. Beliebte scheinen auch ausländische Produktionen, in denen oft eine patriotische Überhöhung der Streitkräfte überwiegt. Hätte man vor 2022 auf der Straße Bürger nach ihrem Bild des Militärs in Deutschland befragt, wären wahrscheinlich Schlagworte wie Drohnen, Rüstungsskandale, Rechtsextremismus, und Rückschläge bei Auslandseinsätzen genannt worden, vielleicht aber auch positive Wahrnehmungen bei der Katastrophen- und Pandemihilfe erwähnt worden.

Bei Meinungsumfragen schneidet das Ansehen der Bundeswehr gar nicht so schlecht ab, aber das Sachwissen hält sich in Grenzen. Die Politik bekennt sich regelmäßig zur Bundeswehr und ihren Soldatinnen und Soldaten, unlängst auch im Koalitionsvertrag der neuen „Ampelregierung“, *diskutierte aber sehr wenig über ihren Auftrag und ihre Struktur.* Es ging vorrangig um den Schutz der Soldaten im Einsatz, aber nicht um den Einsatzerfolg der Truppe. Diskutiert wurde nur das Reizthema der Bewaffnung von Drohnen. Da gewinnt man gelegentlich den Eindruck, als sei das eine Kernfrage der deutschen Sicherheit. Strategische Debatten im Bundestag werden immer wieder gefordert, finden aber nicht statt, obwohl im Verteidigungsministerium regelmäßig neue Grundsatzpapiere veröffentlicht werden.

Für Interessierte gibt es durchaus ein *umfassendes Angebot von Foren und Medien*, wo sie sich informieren und debattieren können. Diese „sicherheitspolitische Community“ in der Wissenschaft, Politik und Publizistik gibt es in zahlreichen Vereinigungen und kommt gelegentlich auch in der Berichterstattung zu Wort. Hin und wieder gewinnen einzelne Experten sogar als gelegentliche Interview- und Talkshowpartner ein öffentliches Gesicht, aber ihre Anliegen erreichen kein breites Publikum, weil den Normalbürger diese Themen lange nicht interessierten, solange er

davon nicht persönlich berührt ist. Das war in Zeiten der Wehrpflicht und der großen Kontroversen um die nukleare Abschreckung in den 50er und 80er Jahren anders.

Man muss auch feststellen, dass sich Publikationen und offizielle Dokumente zur Verteidigungspolitik oft einer gedrechselten akademischen Sprache und vieler „neudeutscher“ Begriffe bedienen, welche die Öffentlichkeit wenig ansprechen.

Viele bekannte militärische Termini werden durch neue unverständliche Formeln ersetzt. Diese Diktion liegt leider im Trend einer sich vom Normalbürger immer mehr entfernenden progressiv und elitär eingestellten Kommunikation, die im Detail aber wenig griffig ist.

Es ist zu befürchten, dass wir aus unserer Ignoranz gegenüber der Sicherheitspolitik durch krisenhafte Veränderungen an unserer Peripherie in absehbarer Zukunft schlagartig herausgerissen werden, dann aber möglicherweise genauso unvorbereitet überrascht sind, wie das bei der Corona-Pandemie der Fall war. *Dieser Fall ist nun wenige Tage nach Fertigstellung des Manuskripts eingetreten.*

Der Textautor möchte hier jetzt aber nicht die Rolle einer Cassandra übernehmen und sich im Lamento über die Fahrlässigkeit und geringe Resilienz einer kurzsichtigen Wohlstandsgesellschaft ergehen, die dem sicheren Untergang geweiht scheint. Es geht um einen *positiven Ansatz*, nämlich der *Vermittlung eines Basiswissens über den Auftrag und die Struktur der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland*. Im Mittelpunkt stehen die Fakten. Es geht nicht um Werbung oder Vermittlung einer spezifischen Perspektive. Allerdings können persönliche kritische Bemerkungen hier und da nicht unterbleiben, vor allem wenn der Tenor der offiziellen Selbstdarstellung von BMVg und Politik eine Leistungsfähigkeit vermittelt, die hinter den Anforderungen der Bedrohungsrisiken zurückbleibt.

Wenn hier oft von Befähigungen zum Kampf mit großer Selbstverständlichkeit gesprochen wird, handelt es sich grundsätzlich immer um den *Verteidigungs- und Friedensauftrag zur Kriegsverhinderung durch militärische Vorsorge! Militärische Fähigkeitsprofile müssen erworben und erhalten werden, damit sie gar nicht erst eingesetzt werden müssen. Gäbe es sie für uns nicht mehr, wären die internationalen Verwerfungen unkalkulierbar.*

Bei dieser Darstellung wird davon ausgegangen, dass *die meisten Bürger zuerst einmal an dem interessiert sind, was die Bundeswehr an Fähigkeiten sichtbar und greifbar auf die Beine stellen und präsentieren kann*. Dabei können Prozesse und Strukturen, die im Hintergrund wirken und dieses Fähigkeitsprofil überhaupt ermöglichen, erst einmal nicht im Blickfeld stehen. *So wird man hier wenig über Führungs- und Planungsprozesse, Personalwesen, Rüstung und Technologie, Ausbildung, Erziehung, Infrastruktur und Rechtswesen erfahren*. Beispielsweise wären Soldatengesetz, Wehrbeschwerdeordnung oder das Gesetz zur Anwendung unmittelbaren Zwangs als Rechtsgrundlage soldatischen Handelns nicht in Randbemerkungen abzuhandeln. An einigen Stellen werden weiterführende Aspekte in kleinen *Exkursen* angeschnitten. In einschlägigen Handbüchern, wie dem Handbuch der Bundeswehr aus dem CPM-Verlag, aber zu einigen Gebieten auch in dem klassischen Handbuch für den Soldaten, dem „Reibert“, wird man dazu mehr erfahren. Da sollte man aber immer auf die aktuelle Auflage achten.

Für weitergehende Informationen empfehlen sich auch die *Fachzeitschriften* „Europäische Sicherheit und Technik“, der „Hardthöhenkurier“, das Reservistenmagazin „Loyal“, Thomas Wiegolds Blog „Augen geradeaus“ und die Podcasts von „Sicherheitshalber“ und der NDR-Hörfunkreihe „Streitkräfte und Strategien“. Bei den aktuellen Regierungsdokumenten sei auf das in der letzten Legislaturperiode von Generalinspekteur Zorn und der vormaligen Ministerin Kramp-Karrenbauer vorgestellte Eckpunktepapier vom Mai 2021 hingewiesen. Meldungen im Die dort vorgestellten *Strukturveränderungen wurden von Ministerin Lamprecht allerdings erst einmal auf Eis gelegt. Hier ist allerdings durch Verteidigungsminister Boris Pistorius jetzt eine neue Dynamik entstanden.*

Technologische Herausforderungen und Trends können bei der Vorstellung einiger Bundesswehrstrukturen nur kurz skizziert werden. Das erfordert eine umfassende sicherheitspolitische Betrachtung und Bewertung, der den Rahmen einer Übersicht über die Bundeswehr, als „weitgehend unbekanntes Wesen“ sprengen würde.

Motivation für diese Ausarbeitung bleibt folgende Feststellung: Die Bewahrung eines Friedens in Freiheit bleibt neben dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sozialer Sicherheit, Bildung und Fortschritt ein nach wie vor ein unverzichtbarer und gleichrangiger Auftrag unseres Staates und unserer Gesellschaft. Dazu gehören Zusammenarbeit und Dialog, wo immer möglich, aber auch die Bereitschaft und Fähigkeit, jeder Drohung mit Gewalt entgegenzutreten zu können, wenn es unvermeidbar ist. Hegen wir die Hoffnung, dass uns dies durch umsichtige Politik und Vorsorge erspart bleibt und der Fortschritt auf unserem Globus noch eine Chance hat.

Kurz nach Fertigstellung des Manuskripts wurde die sicherheitspolitische Lage durch den Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 grundlegend verändert und durch das Bekenntnis von Bundeskanzler Scholz zur Zeitwende die Themen Sicherheitspolitik und Bundeswehr in einen neuen Fokus gerückt.

Der Text entstand noch unter dem Eindruck der im Wahljahr 2021 vorherrschenden Vergessenheit in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Hier ist mittlerweile eine Umorientierung eingetreten, die allerdings mental noch von vielen gesellschaftlichen und politischen Kräften nicht wirklich verarbeitet wurde.

Der Text wurde den laufenden Veränderungen angepasst und liegt hier jetzt in der Version von Juli 2024 vor.

Auftrag der Bundeswehr:

Die Rechtsgrundlagen liefert das *Grundgesetz* in einer nachträglichen Änderung in Artikel 87a:

„Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben. Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“

Der Kernauftrag ist zuerst einmal eindeutig formuliert: *Schutz Deutschlands und seiner Bürger vor einem Angriff von außen.* Daran hat sich nichts geändert. *Allerdings sind die Bedrohungen heute nicht mehr so eindeutig, wie man das damals noch gesehen*

hat. Ein Angriff muss nicht automatisch in der Form erfolgen, dass feindliche Truppen die eigenen Grenzen überschreiten und Bündnisgebiet besetzen. Die moderne Technologie bietet viele Einwirkungsmöglichkeiten, um die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft lahmzulegen. Der Angriff kann also schon im Cyberraum stattfinden und die sogenannte *hybride Kriegführung* kennt viele Möglichkeiten, mit feindseligen Aktionen von nicht als Soldaten kenntlichen eingeschleusten oder mit dem Gegner sympathisierenden Personen Schlüsselstellungen und Schlüsselpersonen auszuschalten. Die militärische Terminologie kannte immer schon die Formen des „verdeckten Kampfes“ mit „Störern“ und „Subversion“. Dazu gehört auch der Propagandakrieg mit Desinformation durch „Fake News“, der einer bewaffneten Aggression vorausgehen kann. Maßgeblich für einen *Verteidigungsfall*, der vom Bundestag festgestellt werden muss, ist aber das Vorliegen einer Aggression von außen. Das wäre dann klare Aufgabe der Bundeswehr. Alle anderen Einsätze gegen Störungen der inneren Ordnung sind Aufgaben der Polizei bzw. der Innenministerien in Bund und Ländern. Allerdings besteht hier eine *Grauzone*, wenn sich ein Aggressor der vielfältigen Wirkungsmöglichkeiten einer hybriden Kriegführung bedient und nicht eindeutig als äußerer Gegner zu identifizieren ist. Gerade im Netz ist oft nicht deutlich, „wer den Säbel“ führt und woher die Cyberattacke kommt und ob die Bundeswehr da überhaupt tätig werden oder gar offensiv gegen den Verursacher tätig werden darf. Diese *heiklen Fragen* werden in der politischen Diskussion aber eher gemieden. Die Verfassungsregelungen für den Verteidigungsfall gehen noch von dem klassischen Bild eines groß angelegten Angriffs von außen aus und passen nicht mehr so recht zu den verdeckten schleichenden Abläufen in einem hybriden Kriegsbild, wo auch die innere und äußere Sicherheit nicht mehr klar zu trennen sind, da die Bedrohung nicht mehr nur von Kombattanten ausgeht.

Bei der *Aufstellung der Bundeswehr und Einführung der Wehrpflicht* Mitte der Fünfzigerjahre durch die Regierung Adenauer wurde das *Grundgesetz* unter Einbeziehung der Opposition der Sozialdemokraten *mit 2/3 Mehrheit geändert*. Dabei spielte natürlich eine Einschränkung der Machtposition der künftigen Armee im Staate eine wichtige Rolle. Man wollte sicherstellen, dass die *Bundeswehr auf den Verteidigungsauftrag beschränkt* blieb und andere Aufgaben im Inneren, wie sie Streitkräfte auch in demokratischen Staaten in Einzelfällen durchaus wahrnehmen, für sie tabu waren. So sind in Frankreich oder Belgien nach Terroranschlägen patrouillierende Soldaten zur Unterstützung der Polizei kein Thema und nach dem Sturm auf das US-Kapitol im Januar 2021 musste die National Garde das Terrain räumen. In Deutschland wären solche Militäreinsätze im Inneren undenkbar.

Die Einengung auf den reinen Verteidigungsauftrag hat sich im Laufe der Jahrzehnte aber auch in der Bundesrepublik nicht durchhalten lassen. Schon bei der Sturmflutkatastrophe 1962 wurde die Bundeswehr in der Not der Stunde ohne gesetzliche Regelung bei der Katastrophenhilfe eingesetzt. Mit einer Verfassungsänderung durch eine große Koalition mit den sog. *Notstandsgesetzen* von 1968 gab es den Versuch, Vorsorge für den Fall zu treffen, dass ohne den Einsatz von Streitkräften die demokratische Ordnung im Inneren nicht mehr aufrechterhalten werden kann (Artikel 87b). Die komplizierten verfassungsrechtlichen Regelungen für diese Ausnahmefälle haben bisher in der Geschichte der Bundesrepublik keine Bedeutung gehabt und werden hier auch nicht ausgeführt. Letztlich bleibt auch in extremen Notstandslagen die Entscheidungsgewalt bei den demokratischen Staatsorganen bzw. bei einer Art Notparlament.

Die Rolle der Bundeswehr bei der *Katastrophenhilfe* war im Rahmen des Art. 35 als *Amtshilfe* geregelt und sollte kein Problem mehr darstellen. Schwieriger wurde es, als in den neunziger Jahren das wiedervereinigte Deutschland sich nicht länger bei *internationalen Kriseneinsätzen* heraushalten konnte. Der Art. 24 des Grundgesetzes hatte schon von Anfang an die Möglichkeit eingeräumt, die nationale Sicherheit im Rahmen einer *kollektiven internationalen Organisation* anzustreben. Dass Landesverteidigung nur als Bündnisverteidigung innerhalb der NATO denkbar war, gehörte von Anfang an zu den Prinzipien der Bundeswehr. Das *Bundesverfassungsgericht* räumte in seiner Rechtsprechung ab 1994 nun auch die Möglichkeit der Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen ein unter der Maßgabe, dass *der Bundestag diesen zustimme*. Der seit den 90er Jahren gängige Begriff der *Parlamentsarmee* beschreibt aber eigentlich einen Rechtszustand, der von Anfang an Gültigkeit besaß. *Das Parlament hat das letzte Wort in Sachen Verteidigung*. Es bestimmt über den Umfang und die Grundstruktur der Streitkräfte. Der *Verteidigungsausschuss* und der *Haushaltsausschuss* des Deutschen Bundestages beraten über die grundlegenden Beschaffungsvorhaben und den Haushaltsplan, hier insbesondere den *Einzelplan 14* für das Verteidigungsressort, die dann dem Bundestag zum Beschluss vorgelegt werden. Daneben verfügt der Deutsche Bundestag mit dem *Amt des Wehrbeauftragten* über eine besondere Einrichtung zur Kontrolle der Streitkräfte mit zahlreichen Kompetenzen zur Beobachtung der inneren Lage der Streitkräfte.

Durch den *Terrorismus* kam seit der Zerstörung des World Trade Center in New York 2001 die Frage eines möglichen *Einsatzes der Bundeswehr im Inneren* wieder in die Diskussion. Auch hier hat am Ende die *Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 2005* eine Möglichkeit gesehen, die Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei in *extremen Terrorlagen* hinzuzuziehen. Da ist allerdings Raum für Interpretationen, die sich je nach der politischen Couleur der Regierungen unterscheiden dürften. Ein *Luftsicherheitsgesetz* und *Seesicherheitsgesetz*, wo in Extremlagen ein Abschuss für Terrorzwecke gekaperter Maschinen für denkbar gehalten wurde, kamen nicht zustande.

Die Bundeswehr wäre bei der Wahrnehmung von Polizeiaufgaben in Notstandslagen, wie auch in der gängigen Einsatzpraxis bei der Katastrophenhilfe keine selbstständig handelnde Größe, *sondern agiert zur Unterstützung der zivilen Organe und richtet sich nach deren Weisungen*. Die Erfahrung vergangener Katastrophen zeigt aber auch: Je schlechter die zivilen Katastrophenschützer vor Ort aufgestellt sind, desto mehr nimmt die Rolle des Militärs zu. Im Übrigen gilt der Grundsatz von der *Verhältnismäßigkeit der Mittel*. Über die Straße rollende Panzerkolonnen in einer Bürgerkriegslage mögen die Narrative pazifistischer Mahner beflügeln, hätten aber wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Die Bundeswehr ist wie Polizei und Verwaltung ein Teil der demokratischen staatlichen Exekutive und genießt hier in der Öffentlichkeit auch weitgehend Respekt. Von vereinzelt Stimmen abgesehen, hat niemand in den letzten beiden Jahren den Einsatz Zehntausender von Bundeswehrsoldaten in der Corona-Amtshilfe infrage gestellt und die Betrauung eines Generals mit der Führung des Corona-Krisenstab der neuen Regierung unterstreicht nur diesen Gesinnungswandel. Kritik an einem Ausufern dieser Amtshilfe, wie sie jüngst die Wehrbeauftragte äußerte, entspringt keinem Misstrauen, sondern eher der berechtigten Sorge, dass der Kernauftrag der Bundeswehr unter dieser Inanspruchnahme leiden könnte.

Zum Verhältnis von Bundeswehr und Recht ein grundsätzliches Wort: *Die demokratische Rechtsordnung hat nur so lange Bestand, wie die Souveränität der Bundesrepublik im Rahmen ihrer Bündnisse sichergestellt ist. Die Grundrechte lassen sich nicht mit Grundsatzurteilen weltweit durchsetzen. Aggressoren werden nicht durch einstweilige Verfügungen gestoppt. Über Rechtsnormen besteht global gesehen durchaus kein Konsens. Die "systemischen" Herausforderer des Westens und der Werte unseres Grundgesetzes sind sehr präsent. Deutschland muss Kooperation vor allem mit Taten pflegen und sich im weltweiten Kräftespiel und Wettbewerb behaupten. Alle Grundrechte und Urteile sind nur noch Papier, wenn diese Souveränität nach außen und innen nicht mehr geschützt werden kann und die Regierenden und ihre Bürger ohnmächtig oder unwillig geworden sind, diesen Rechtsstaat noch zu schützen. Sei es, dass man sich dem Einfluss fremder Mächte aus Ohnmacht nicht mehr widersetzen kann oder die Bürger nicht mehr hinter der freiheitlichen Ordnung stehen, um diese noch mit Worten und Taten zu verteidigen.*

Es wäre allerdings unrealistisch, den Auftrag der Bundeswehr nur mit Paragrafen der Verfassung zu beschreiben. *Der Auftrag hat zugleich eine politische und militärische Dimension.* Bei der Aufstellung der Bundeswehr Mitte der Fünfzigerjahre hatten die westalliierten Bündnispartner vor allem militärische Motive. Man benötigte schlichtweg zahlreiche deutsche Soldaten, die im Bündnis mit den Partnern auf westdeutschem Boden *einem Angriff der Sowjetunion und ihrer damaligen "Satellitenstaaten" standhalten* sollten. Das war der primäre Verteidigungsauftrag, der so bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 bestanden hat. Gleichzeitig verfolgte man durchaus das politische Interesse, den erstarkenden westdeutschen Staat in die *westliche Integration* einzubinden und eine Sonderrolle zwischen Ost und West zu verhindern. Nicht minder politisch war sicherlich das Motiv Adenauers, mit dem Pfund einer 500.000 Mann starken Streitmacht bei den Partnern zu wuchern und in der westlichen Politik ein Wörtchen mitreden zu können. Die Bundeswehr war gewissermaßen die *Eintrittskarte in den Westen* und es sei die kühne Behauptung getan, dass die meisten deutschen Politiker und Politikerinnen, das bis heute immer noch so sehen und dass die *Einsatzfähigkeit der Truppe dabei nicht an erster Stelle* steht! So war die Bundeswehr wohl eher geduldet als geliebt, aber ihre Kritiker fanden sich spätestens dann mit ihr ab, wenn sie selber auf der Bühne der internationalen Politik mitspielen und Regierungsverantwortung tragen mussten. Das Verhalten der grünen Spitzenpolitiker im Ampelkabinett in der Kriegssituation seit Februar 2022 ist ein Musterbeispiel. Das muss allerdings nicht automatisch auch einen Gesinnungswandel der Parteibasis nach sich ziehen, da sie mit den Zwängen der Verantwortung weniger konfrontiert ist.

Hier noch ein kritisches Wort: In Fachkreisen ist öfter zu hören, dass man *in Berlin im Grunde kein wirkliches Interesse an einer voll militärisch einsatzfähigen Armee habe*. Auf überschaubare Module beschränkte Einsatzkontingente für NATO, EU und UN sollen die politische Kooperationsbereitschaft signalisieren, *eine umfassend in Breite und Tiefe nachhaltig verteidigungsfähige Armee stehe aber nicht auf der politischen Agenda*. Da hat es unter der letzten Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer eine Trendwende gegeben und die volle Einsatzfähigkeit durfte wieder gedacht und von den militärischen Planern auch konzipiert werden. Nun muss man sehen, wie die neue Führung des Verteidigungsministeriums nach der wenig innovativen anderthalbjährigen Amtszeit von Frau Lamprecht mit den offenen Forderungen nach

einer strukturellen Erneuerung umgeht. *Planungspapiere sind in der Vergangenheit schon zur Genüge geschrieben worden. Die politische Führung und das öffentliche Meinungsbild in Deutschland betrachteten bisher einen realen militärischen Einsatz in der Bündnisverteidigung gemäß Art. 87 wohl als Tabu! Lieber inszenierte man sich öffentlich als fürsorglicher Anwalt der Soldatinnen und Soldaten als außerhalb der Konferenzsäle für einen wirksamen NATO-Beitrag einzutreten!*

Weitere Gesichtspunkte bei der Gestaltung der Bundeswehr sind beim Blick auf die deutsche Verteidigungspolitik unübersehbar: Oft dominiert *Industrie- und regionale Strukturpolitik*, aber auch die *Besiegelung der deutsch-französischen Allianz* durch kostspielige Rüstungskoperationen wie das künftige Future Combat Air System, bei denen der militärische Nutzen erst an zweiter Stelle steht. Zu selten wird gefragt, ob militärische Aufgaben mit Abstrichen an der Hochtechnologie zu geringeren Kosten, aber mit mehr marktverfügbaren Systemen auch noch zu leisten wären. Mit großer Selbstverständlichkeit fordert ein Ministerpräsident, dass künftige Nachfolgemodelle für die Luftwaffe aus Deutschland, genauer aus Bayern, zu kommen hätten, ohne auf die militärtechnischen und taktischen Gesichtspunkte einzugehen. Ähnliche politische Einflüsterungen in Stationierungsfragen verhinderten nach 1990 eine dauerhafte Militärreform aus einem Guss.

Wenige Wochen nachdem diese Zeilen formuliert wurden, musste Deutschland sicherheitspolitisch aufwachen, als Russlands Präsident Putin seine Truppen in die Ukraine Ende Februar 2022 einmarschieren ließ und diese, völlig unerwartet, heftigen und bislang erfolgreichen Widerstand leistete. Angesichts der ebenfalls unerwarteten harten Reaktion des Westens mit rigiden Sanktionen und Verlegung der schnellen NATO-Eingreifkräfte in die osteuropäischen Partnerstaaten drohte Putin auch mit den nuklearen Potentialen Russlands. In Deutschland führte dies zu einer unerwarteten Neubestimmung des sicherheitspolitischen Kurses mit der Ankündigung von Bundeskanzler Scholz, ein durch weitere Verschuldung aufgebrachtes, grundgesetzlich abgesichertes Sondervermögen in Höhe von 100 Mr. € zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und Beseitigung der allzu offensichtlichen Defizite der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aufzubringen. Beobachter der sicherheitspolitischen Landschaft in Deutschland trauten ihren Augen nicht, aber gewisse Zweifel sind angebracht, ob die starken pazifistischen Kräfte sich am Ende nicht doch durchsetzen. Bisherige Tabuthemen wie eine territoriale Raketenabwehr und Bewaffnung von Drohnen wurden hastig aufgegriffen und die Beschaffung des US-Tarnkappenflugzeuges F 35 für die nukleare Teilhabe zur Ablösung der Tornado aus den 80er Jahren wurde wie selbstverständlich verkündet, obwohl einige Jahre zuvor ein Luftwaffeninspekteur nach einem diskreten Plädoyer für diese Maschine noch seinen Hut nehmen musste.

Mögliche Aspekte, die sich aus diesem Kurswechsel ergeben, sind nachträglich in diese Ausarbeitung eingefügt worden.

Verteidigungspolitischer Standort der Gegenwart

In der Gegenwart liegt der Schwerpunkt des Bundeswehrauftrages wieder bei der Bündnis- und Landesverteidigung im Rahmen der NATO. 2003 hatte es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien des Verteidigungsministers Struck eine Schwerpunktverlagerung zu internationalen Kriseneinsätzen gegeben, welche die

Landesverteidigung aufgrund der Lageeinschätzung in Europa als überholt einstufte. Dafür sollte es keine planerische Vorsorge mehr geben! Dieser grundlegende verteidigungspolitische Paradigmenwechsel war eine rein administrative Entscheidung, die nicht im Parlament diskutiert wurde! Strukturen für den klassischen Verteidigungsfall waren aufzulösen, die verbleibenden militärischen Fähigkeiten wurden weiter reduziert und organisatorisch gebündelt. Die Bundeswehr wurde zu einem „militärischen Werkzeugkasten“ aus dem künftig kleine Einsatzmodule für Auslandseinsätze zusammengestellt und unterstützt werden sollten. Die zu diesem Zeitpunkt noch in größerer Zahl zumindest auf dem Papier vorhandenen und mit Gerät ausgestatteten Reserveeinheiten wurden bis ca. 2008 aufgelöst. Dazu gehörten bis 2004 noch drei Reservebrigaden, zahlreiche logistische Verbände, Pioniere und circa 47 nicht aktive Bataillonsformationen für den Heimatschutz und ca. 30 für den Personalersatz. Auch aktive Truppenteile in den Teilstreitkräften, darunter viele Flugabwehreinheiten der Luftwaffe, und etliche Standorte wurden aufgegeben. 2012 verschwand sogar mit der Heeresflugabwehr eine ganze Waffengattung. Umbau und Reduktion erfolgten in zwei Phasen mit den Strukturentscheidungen der Jahre 2004 und 2011. Mit der letzten Strukturentscheidung war auch die Aussetzung der Wehrpflicht verbunden. Ihre Abschaffung hätte allerdings einer grundgesetzändernden Zweidrittelmehrheit bedurft.

Auch wenn vordergründig politische und organisatorische Begründungen in den Mittelpunkt rückten, *waren letztlich Kosteneinsparungen und die geringe Priorität der Verteidigung das bestimmende Motiv. Dies geschah trotz aller Bekundungen zur Parlamentsarmee ohne strategische Debatten im Bundestag!* Um 2015 waren die Verteidigungsausgaben mit ca. 32 Mrd. € auf unter 1,2 % des Bruttoinlandsprodukts bei einer Personalstärke von 175.000 Soldaten gesunken. Wie alle Reformen und Transformationen seit 1991 erwiesen sich auch die letzteren als wenig zukunftssicher und wurden von der Zeit schnell überholt. *Die nach 2000 demontierte Verteidigungsfähigkeit muss nun wieder mühsam und mit hohen Kosten wiederhergestellt werden!*

Hintergrund dieser Veränderungen, bei denen die ursprünglich einmal hohe *Befähigung der Bundeswehr zur Bündnisverteidigung aufgegeben wurde*, ist sicherlich eine mit den relativ erfolgreichen Balkaneinsätzen in den 90er Jahren gewachsene *euphorische Überschätzung der Friedensmissionen im Ausland*. Diese brachten der Bundeswehr neues Ansehen und waren mit hohen Erwartungen an einen Beitrag zur Demokratisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Krisengebieten verbunden. Der Afghanistaneinsatz mit dem endgültigen Scheitern des Westens 2021 offenbarte die harte Realität des Krieges auch in Friedensmissionen und die Grenzen der humanitären Möglichkeiten. *Die Zweifel an der Krisenstabilisierung außerhalb Europas wuchsen, während sich gleichzeitig die sicherheitspolitische Lage in Europa durch das Verhalten des wieder erstarkten Russlands verschlechterte.* Deutschland war eben nicht nur „von Freunden umzingelt“ und die „Friedensdividende“ war zu früh ausgezahlt worden. *Auf dem Gipfel von Wales 2014 rückte die NATO-Bündnisverteidigung wieder an die erste Stelle der militärischen Prioritäten.*



Ganz im Sinne der Ausrichtung auf Krisenstabilisierung demonstrierten 2005 Panzergrenadiere aus Ahlen den Einsatz mit einem Schützenpanzer Marder bei der Eindämmung von Unruhen in einem fiktiven Kriseneinsatz.

(Aufnahme: Münster-Handorf 2005)

Ein Umsteuern wurde in den letzten Legislaturperioden eingeleitet und ist mit den Ministerinnen von der Leyen und Kramp-Karrenbauer verbunden. Der Verteidigungshaushalt wurde wieder aufgestockt und *überschritt 2021 die 50 Milliardenengrenze mit einem BIP-Anteil von 1,45 %*. *Die Truppe wuchs zeitweise wieder auf fast 184.000, bewegt sich gegenwärtig aber wieder nach unten*. Allerdings stockt vor allem die „Trendwende Gerät“ aufgrund großer Probleme bei den Rüstungsbeschaffungen und der Einsatzbereitschaft, die vor allem unter dem Verzicht auf Ersatzteilbeschaffungen und ausreichende Bevorratung in den mageren Jahren nach der Finanzkrise 2008 gelitten hatte. Da man damals von der irrigen Annahme ausging, dass für eine „Rekonstitution“ der Landesverteidigung zehn Jahre Zeit bliebe, waren auch nicht mehr alle Truppenteile mit Gerät voll ausgestattet. Die Truppenteile mussten sich im Rahmen, des mittlerweile offiziell wieder abgeschafften, „*dynamischen Verfügbarkeitsmanagements*“ ihre Ausstattung für Übungen und Einsätze bei anderen Einheiten ausleihen.

Eine grundlegende Veränderung der Strukturen ist seit dem Antritt von Boris Pistorius als Verteidigungsminister in Angriff genommen worden. Es wurden bei der Ausrüstung, Ersatzteilversorgung und Munitionsbevorratung *nachgesteuert* (Ziel: 30-Tage-Vorrat), Personal aufgestockt und in überschaubarer Zahl auch wieder einzelne Einheiten neu aufgestellt. Einige zur Schließung vorgesehene Depots, Kasernen, Flugplätze werden weitergenutzt.

Das nach dem russischen Angriff vom Bundestag beschlossene „Sondervermögen“ führte zu einer Reihe von Beschaffungen, ist aber Ende 2024 auch ausgegeben und führte bisher noch nicht zu einer dauerhaft im Haushalt abgesicherten Konsolidierung des Verteidigungsetats von 2 und mehr % des BIP. . Durch den schleppenden Beginn der „Zeitenwende“ war die Kaufkraft der 100-Milliarden Spritze durch den Zinsanstieg besonders gefährdet.

Das offizielle, zum Teil nicht öffentlich zugängliche *Fähigkeitsprofil* von 2018 sieht als Zielprojektion für einen deutschen NATO-Beitrag um 2030 drei Heeresdivisionen mit acht Brigaden, die Fähigkeit von 300 Luftwaffeneinsätzen pro Tag, 25 Kampfschiffe und 8 U-Boote in See, eine Einsatzgruppe für Cyberkriegführung sowie Befähigungen von Spezialkräften und im Weltraum vor. Für die Friedensstärke sahen die Planungen ab 2018 eine Aufstockung auf über 200.000 und einen Aufwuchs um bis zu 100.000 Reservisten im Kriege vor.

Den heutigen Auftrag kann man mit folgenden Schlagworten umreißen: *An erster Stelle steht wieder die Bündnis- und Landesverteidigung, aber Beiträge zum internationalen Krisenmanagement sind weiterhin gefordert*. Dafür müssen ggf. bestimmte *Missionspakete* für die wieder auf Bündnisverteidigung ausgerichtete Truppenteile zur Verfügung gestellt werden, wenn sie in einen Kriseneinsatz gehen, z.B. geschützte Radfahrzeuge für ein in einem Krisengebiet eingesetztes Panzerbataillon. Mit Priorität wird aber die *Rückgewinnung der Verteidigungsfähigkeit im Bündnis* angestrebt. Viele Fähigkeiten wie das Gefecht der verbundenen Waffen, die Mobilmachung und das operative Führen und Bewegen von großen

Truppenkörpern müssen neu erworben werden. Neben die klassische Bedrohung aus der Luft tritt der Drohnenkrieg und am Horizont befürchtet man Veränderungen der Kriegführung durch „starke künstliche Intelligenz“. Große Hoffnungen setzt man auf Digitalisierung und vernetzte Gefechtsführung, sieht aber allmählich auch die Gefahren der Abhängigkeit von der Technik. **Zusätzlich gewinnen neue Aufgaben und Einsatzräume wie Cyberspace und Weltraum hohe Aufmerksamkeit, ohne dass die klassischen Aufgaben wie das Halten und Rückgewinnen von Räumen aufgegeben werden können. Der Sanitätsdienst wird sich auf eine erheblich höhere medizinische Versorgungsleistung einstellen müssen, wobei man Anstrengungen für den zivilen Katastrophenschutz und den erhöhten militärischen Bedarf im Bündnisfall miteinander abstimmen müsste.**

Unverändert gilt die Verpflichtung zu internationaler Kooperation in NATO, EU und UN. Der Beitrag der Bundeswehr zu humanitären Hilfeleistungen steht natürlich auch nicht infrage. Mit den Auslandseinsätzen und der Zunahme der Bürgerkriegsgebiete rückte auch die Spezialaufgabe der *Evakuierung* deutscher Staatsbürger, zur Not auch mit Gewalt, ins Blickfeld der Verteidigungspolitik. Es geht hier um Evakuierungen, die gegen den Widerstand der Machthaber in den betroffenen Regionen erfolgen müssen. Die Befreiung des entführten Lufthansajets „Landshut“ in Mogadischu 1977 durch ein Kommando des Bundesgrenzschutzes, also einer Polizeieinheit, hatte das Einverständnis der lokalen somalischen Regierung vorausgesetzt und war völkerrechtlich keine militärische Rettungs- und Evakuierungsoperation. Für *militärische Evakuierungen* kämen Fallschirmjäger und vor allem das in den 90er Jahren aufgestellte *Kommando Spezialkräfte* in Frage.

Da die hybriden Kriegsbilder in einem größeren Konflikt auch militärische oder paramilitärische Gefährdungen auf dem eigenen Territorium nicht ausschließen, ist seit etwa einem Jahrzehnt auch der *Heimatschutz* auf deutschem Boden wieder in den Fokus gerückt. Zu diesem Zweck hatte man ab 2012 begonnen, nur wenige Jahre nach Auflösung der Heimatschutzbataillone, in sehr viel geringerem Umfang Reservistenformationen in Kompaniegröße neu aufzustellen, die von 30 Heimatschutzkompanien auf über 40 aufwachsen sollen. Deren primäre Aufgabe wären nach einer Mobilmachung Sicherungsaufträge von wichtigen Infrastrukturen im Verteidigungsfall. Vor einer Mobilmachung und im Friedensbetrieb wird die Bundeswehr für Sicherungsaufgaben allerdings zuerst einmal auf ihre Feldjäger (Militärpolizei) zurückgreifen.

In diesen Szenarien in der Heimat spielen natürlich auch die Fähigkeiten des neuen ***Kommandos Cyberinformationsraum*** eine Rolle. Zu seinem Spektrum gehört die Abwehr von feindseligen Operationen im Netz und der Schutz der Informationstechnologie der Bundeswehr, rechtlich allerdings im Rahmen der Verfassungsregeln für den Verteidigungsfall und mit Schnittstellen zu zivilen Organen für Cybersicherheit in den Innenministerien. In dem Kommando gibt es auch ein *Zentrum für operative Kommunikation*, früher einmal als psychologische Verteidigung bezeichnet, mit dem Auftrag zum Schutz der Meinungsbildung in Truppe und Bevölkerung vor Propaganda und Falschinformationen in einem Konflikt beizutragen.

In den Planungspapieren der jüngeren Vergangenheit wird vehement eine verbesserte Einsatzfähigkeit und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr gefordert und das Prinzip aus der Zeit des Kalten Krieges gewinnt wieder neue Gültigkeit: „Kämpfen können, um

nicht kämpfen zu müssen“. Die Bundeswehr müsse mit der Masse „*kaltstartfähig*“ sein und ohne große Vorbereitung und Umorganisation in einen Verteidigungseinsatz gehen können. Mittlerweile sind auch der Begriff „Kriegstüchtigkeit“ und Äußerungen wie „Wir müssen siegen können, weil wir nicht verlieren dürfen!“ in den jüngsten verteidigungspolitischen Richtlinien kein Tabu mehr.

Lastenheft der Bundeswehr



Einen Überblick über die *Komplexität des Verteidigungsauftrages* kann das Schaubild „Lastenheft der Bundeswehr“ vermitteln. Die Grafik veranschaulicht die Vielfalt der Aufgaben, die von der Bundeswehr heute im Inland, in Europa und weltweit wahrgenommen werden müssen. Der *zentrale Bündnisverteidigungsauftrag* würde mit aller großer Wahrscheinlichkeit in einer *räumlichen Distanz zur Heimat an der Peripherie des Bündnisses im Osten* wahrzunehmen sein. Die Kräfte dafür sind aber im Inland aus der bestehenden Organisation aufzustellen. Alle Aufträge in Europa oder global werden sind *aus dem Inland heraus zu organisieren* und mit Kräften zu unterlegen.

Auch die *Krisenstabilisierung in globalem Rahmen* wird künftig weiterhin zum Lastenheft der Bundeswehr gehören. Die zentrale Aufgabe der Landmacht Deutschland ist natürlich die *Befähigung zum Gefecht der verbundenen Waffen* in der Bündnisverteidigung *außerhalb der eigenen Grenzen* und eingebunden in einen *multinationalen Rahmen*.

Raumübergreifend für alle Schauplätze gilt die Forderung nach Fähigkeiten zur Luftverteidigung, Aufklärung, Kommunikation und logistischen Unterstützung. Eine besondere Bündnisaufgabe besteht in der *nuklearen Teilhabe* am unteren Ende der Abschreckungsleiter. Dabei stellt die Bundeswehr Jagdbomber als Trägermittel für Atombomben unter US-Kontrolle. Diese Flugzeuge haben nur eine eurostrategische Reichweite, die sich je nach Flugprofil im Bereich zwischen 1000 und 1500 km und weniger bewegt.

Bei den Inlandsaufgaben hat die Sicherung militärischer und ggf. auch ziviler Objekte im Kriege im Heimatschutz eine neue Priorität. Bei den *maritimen Aufgaben* ist die räumliche Trennung zwischen der Teilhabe an der *Sicherung der Seewege* im globalen Rahmen und *Verteidigungsaufgaben im Küstenvorfeld Deutschlands*, vor allem in der Ostsee, besonders ausgeprägt.

Alle Teilstreitkräfte beteiligen sich an *Einsatzkontingenten der NATO als Daueraufgabe im täglichen Friedensbetrieb*. Immer wichtiger wird die Beteiligung an NATO-Einsätzen zur *Rückversicherung der osteuropäischen Partner*, insbesondere in Litauen, aber auch die Beteiligung an *ständigen Einsatzgruppen zur See und Eingreifkontingenten zu Land* oder die *integrierte Luftverteidigung* im europäischen NATO-Gebiet. Große NATO-Übungen mit deutscher Beteiligung finden wieder in angemessener Distanz zur russischen Grenze in Europa statt, oft auch mit Aktivitäten auf deutschem Boden. Hier spielt der *Unterstützungsauftrag für alliierte Truppenverstärkungen über das Transitland Deutschland* eine große Rolle. Marine und Luftwaffe stellen regelmäßig Einheiten für den Schutz des NATO-Luftraums und für die Sicherung der Seewege in den Randmeeren, im Atlantik und Mittelmeer, oft auch im Rahmen internationaler Mandate. Die Aufrechterhaltung der aufgelisteten Fähigkeiten bestimmt den *militärischen Grundbetrieb* im Inland. Dabei sind die Führung, aber auch die logistische Unterstützung jederzeit sicherzustellen. Personal muss kontinuierlich geworben, ausgebildet und geführt werden. Einsätze müssen geplant, Konzepte ausgearbeitet und neues Gerät eingeführt und erprobt werden. Neben den realen Einsätzen muss die Einsatzfähigkeit in verschiedensten Übungen unter Beweis gestellt werden.

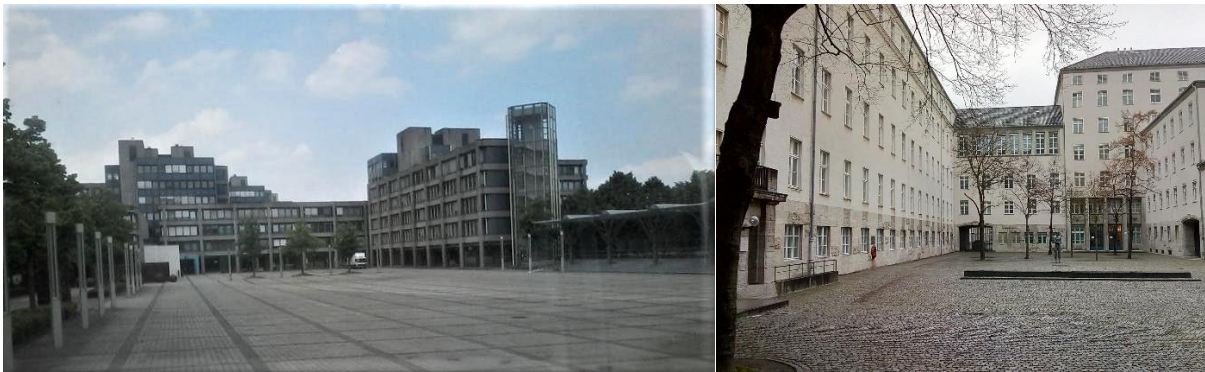
Die Grundbefähigung muss in einem nennenswerten Beitrag Deutschlands zum Schutz des NATO-Raums zu Lande, in der Luft, zur See und in den neuen Dimensionen Cyberspace und Weltraum bestehen. Die Führung erfolgt dabei in einem multinationalen Rahmen durch die Stäbe der NATO. Die Operationen können nur in einem *Verbund* verschiedener Komponenten aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche erfolgreich sein. Die klassischen Teilstreitkräfte sind Heer, Luftwaffe und Marine, zu denen man zusätzlich seit der Bundeswehrreorganisation ab 2000 („Scharping-Reform“) die Organisationsbereiche der Streitkräftebasis, des zentralen Sanitätsdienstes und seit 2017 des Kommandos Cyberspace als eigene Strukturelemente aufgestellt hat. Diese *neuen Organisationsbereiche* übernahmen Truppenteile, die vorher zu den alten Teilstreitkräften gehört hatten. Sie verfügen, von einzelnen Abzeichen und Kopfbedeckungen abgesehen, über keine eigene Uniform, d.h. Angehörige der Organisationsbereiche tragen je nach ihrem persönlichen Werdegang die Uniformen von Heer, Luftwaffe oder Marine! *Im Einsatz müssen Kräfte aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche zusammenwirken*. Dies Zusammenwirken betrifft auch die verschiedensten Elemente innerhalb der Teilstreitkräfte/Organisationsbereiche. Besonders ausgeprägt für das Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte ist das traditionelle Konzept des *Gefechts der verbundenen Waffen im Heer*, wo die verschiedenen Waffengattungen wie Panzer, schwere oder leichte Infanterie, Artillerie, Pioniere und Hubschrauber in einer abgestimmten Operation gemeinsam eingesetzt werden.

Der *Teamgedanke* ist aus den genannten Gründen in der Bundeswehr besonders ausgeprägt. Im Einsatz kann das eigene Leben von dem Handeln der Kameraden abhängen.

Organisation der Obersten Führung



An der Spitze der Bundeswehr steht der amtierende Verteidigungsminister, der als *Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt* gilt. In präsidentialen Demokratien wie den USA und Frankreich liegt diese Kompetenz des Oberbefehls beim Präsidenten. In Deutschland würde diese Funktion dem Kanzler zufallen, wenn der Bundestag den Verteidigungsfall verkündet.



Blick über den Appellplatz auf den Bonner Sitz des BMVg auf der Hardthöhe und die Gedenkstätte des Bendorblocks in Berlin, der zum Berliner Standort des BMVG gehört.

Dem Minister steht als erster militärischer Berater und höchster Soldat der Bundeswehr, der *Generalinspekteur* zu Seite. Er ist verantwortlich für den Entwurf einer militärischen Konzeption und höchster militärischer Vorgesetzter aller Soldaten. Ihm stehen im Ministerium Abteilungen für Führung und Planung zur Verfügung und ihm unterstehen auch die sechs Inspektoren der Teilstreitkräfte/Organisationsbereiche.

Protokollarisch können in der NATO militärische Positionen durch deutsche Soldaten besetzt werden, die in der Hierarchie als Viersternegeneral oder Admiral auf gleicher Ranghöhe wie der Generalinspekteur stehen, wie als Vorsitzender des Militärausschusses oder als Kommandeur des „Allied Joint Force Command“ im niederländischen Brunssum.

Der Minister, seit einigen Jahren Ministerinnen, wird bei der Führung der Bundeswehr im Verteidigungsministerium durch parlamentarische und beamtete Staatssekretäre unterstützt. Auch hier sind weibliche Besetzungen mittlerweile Normalität. Dies gilt auch für viele Führungspositionen in den zivilen Teilen der Bundeswehr. Dienstränge in der Generalität sind außerhalb des Sanitätsdienstes noch nicht von Frauen besetzt, da der Zeitraum seit der Öffnung aller militärischen Verwendungen für Frauen für eine solche Laufbahn noch zu kurz war.

Grundgliederung der Bundeswehr

Bundesministerium der Verteidigung Berlin, Bonn		
Militärischer Bereich		Ziviler Bereich
Kommando Heer	Strausberg	Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
Kommando Luftwaffe	Berlin-Gatow	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Kommando Marine	Rostock	Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
Kommando Streikräftebasis	Bonn	Bundessprachenamt
Kommando Cyber und Informationsraum	Bonn	Bundeswehruniversitäten Hamburg und München
Kommando zentraler Sanitätsdienst Bw	Koblenz	Bildungszentrum der Bundeswehr
direkt dem BMVg unterstellt:		Truppendienstgerichte
Einsatzführungskommando	Potsdam	Bundesdisziplinaranwalt
Bundesamt für den militärischen Abschirmdienst		Evangelisches Kirchenamt der Bundeswehr
Führungsakademie	Hamburg	Katholisches Militärbischofsamt
Zentrum Innere Führung	Koblenz	
Planungsamt der Bundeswehr		
Luftfahrtamt der Bundeswehr		:

Das *Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)* an seinen Standorten in Berlin und Bonn ist das höchste Führungsinstrument der Bundeswehr. Ein Oberkommando der deutschen Streitkräfte bzw. einen Generalstab im klassischen Sinne gibt es nicht. Das BMVg nimmt sowohl militärische Führungsaufgaben als auch umfassende administrative Aufgaben wahr und stellt ein sehr komplexes Gebilde dar, das hohe Anforderungen an die Führungs- und Kontrollkompetenz des Amtsinhabers stellt. Aus diesem Grunde und angesichts des geringen Stellenwertes der Sicherheitspolitik in der Bevölkerung gehört es nicht unbedingt zu den Wunschämtern deutscher Politiker. Das Image als „Schleudersitz“ ist bei genauer Betrachtung allerdings übertrieben. Die meisten Amtsinhaber hatten das besondere Vertrauen des Regierungschefs (Hans Apel, Gerhard Stoltenberg, Ursula von der Leyen, Annegret Kramp-Karrenbauer) und manche konnten auch zu großem Ansehen in der Bevölkerung und in der Truppe gelangen wie Helmut Schmidt, Georg Leber oder Peter Struck. Politiker wie Strauß oder zu Guttenberg verloren ihr Amt wegen Verfehlungen, die nichts mit einem Scheitern als Minister zu tun hatten. Dass ein ausgewiesener Verteidigungspolitiker, wie Manfred Wörner im ersten Kabinett Kohl ins Amt kam, war eher die Ausnahme. Ehemalige Offiziere machten allenfalls als Staatssekretäre Karriere. Militärische Fachkompetenz ist im BMVg natürlich mit zahlreichen militärischen Dienstposten vertreten. Angesichts der Vielfalt der Aufgaben (Führung, Planung, Haushalt, Personal, Rüstung, Infrastruktur, Rechtsfragen etc.) ist ein Mix aus militärischer und ziviler Fachexpertise unverzichtbar. In den früheren Strukturen gehörten übrigens auch die *Inspektoren der Teilstreitkräfte* als Abteilungsleiter zum Ministerium. Man wollte allerdings Doppelstrukturen im Ministerium und bei den Kommandos der jeweiligen Teilstreitkraft vermeiden und so hat man die Funktion der Teilstreitkraftinspektoren mit dem Kommando der jeweiligen Teilstreitkraft bzw. Organisationsbereichs außerhalb des Ministeriums vereinigt.

Eine besondere Herausforderung dürfte es sein, Doppelarbeit und komplizierte Entscheidungsverfahren bei den zahlreichen Schnittstellen zwischen BMVg und den verschiedenen Streitkräftekommandos bzw. nachgelagerten Ämtern zu reduzieren. Zu bedenken ist auch, dass die Ressorts ja auch noch im *Kanzleramt* mit einer eigenen

Struktur gespiegelt sind. Auch dort sind Soldaten und Beamte mit Verteidigungsfragen befasst, auch wenn sich die meisten Bundeskanzler nicht durch besondere Initiativen auf verteidigungspolitischem Gebiet auszeichneten und sich auf allgemeine Bekenntnisse zur Bundeswehr beschränkt haben.

Es versteht sich von selbst, dass eine enge Abstimmung zwischen dem BMVg und dem Deutschen Bundestag, allen voran dem *Haushaltsausschuss* und *Verteidigungsausschuss*, selbstverständlich sein sollte.

Die besondere Rolle des BMVg ist auch dem *Primat der Politik* geschuldet und dies gilt erst recht für die Strukturen der Bundeswehr aus den Aufbaujahren als man dem Militär in Öffentlichkeit und Politik mit großem Misstrauen begegnete. Das *Grundgesetz gebietet ein Nebeneinander von Militär und ziviler Verwaltung*, was Entscheidungsprozesse nicht immer erleichtert. Die Beamten und Politiker legten damals großen Wert darauf, gegenüber den Generälen das letzte Wort zu haben. Der Grundgesetzartikel 87b schreibt ausdrücklich eine Trennung von militärischer Organisation und ziviler Verwaltung vor und entsprang dem Misstrauen gegenüber dem Militär in den Nachkriegsjahrzehnten. In den ersten Jahrzehnten der Bundeswehr konnte man allerdings davon ausgehen, dass auch die „Zivilisten“ in Ämtern und Parlamenten eine *Vorstellung vom Militärischen* hatten. Viele gehörten noch zu der Generation, die den Krieg aus eigener Anschauung kannten und oft auch Militärdienst hatten leisten müssen. In späteren Jahrzehnten konnte man davon ausgehen, dass viele noch beim „Bund“ gewesen waren. Das ist bei der heutigen Politiker- und Beamtengeneration so nicht mehr vorauszusetzen, obwohl der Primat der Politik und das Prinzip einer Parlamentsarmee ihnen eine besondere Verantwortung für einen Lebensbereich gibt, den sie in der Mehrheit nicht mehr persönlich kennen. In der Regel kann man davon ausgehen, dass der politische Nachwuchs in der Zivilgesellschaft mit vielen Politikfeldern schon einmal Erfahrungen sammeln konnte. Kaum jemand wird sich für ein Mandat bewerben können, ohne mit sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Themen nicht schon einmal in Berührung gekommen zu sein. Militärfragen sind eher Neuland, in das man sich gründlich einarbeiten muss. So ergibt sich die Struktur einer emsigen kleinen Schar von Verteidigungsexperten der verschiedenen Fraktionen, die sich am Ende durch hohe Kompetenz in den Ausschüssen und Arbeitskreisen auszeichnen, an der ihre Partei und Fraktion aber in der Regel wenig Interesse zeigt. So findet *Verteidigungspolitik in Hinterzimmern* und *nicht in Debattensälen statt* und manche Bemerkung politischer Granden wirkt bei Kommentaren zu militärischen Themen gelegentlich recht unbeholfen, wenn damit Klischees bedient werden, die sich an den alten Zeiten orientieren. Aus dem Primat der Politik ergibt sich die Verantwortung, dass sich Politiker in höchsten Staatsämtern in militärisch-strategisches Denken versetzen und über den Tag und Parteien hinaus entscheiden können und nicht mit diesem Handlungsfeld „fremdeln“!

Hinzu kommt, dass Verteidigungsfragen nicht an die Bundeswehr „outgesourct“ werden können, sondern eines ressortübergreifenden Ansatzes im Sinne einer militärischen und zivilen Gesamtverteidigung bedürfen. Dass das nicht ohne Reibungen verläuft, mag man an der Verzögerung eines Strategiepapiers ablesen, das wohl aufgrund von Differenzen zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt noch immer nicht beschlossen worden ist. Die Forderung nach einem Nationalen Sicherheitsrat, der alle Ressorts in zentralen Sicherheitsfragen koordiniert, ist für viele Experten angesichts des Beharrens auf Mitsprache der föderalen Instanzen und der koalitionspolitischen Machtstrukturen aussichtslos. Auch sicherheitspolitische

Entscheidungen werden immer wieder nach tagespolitischen Befindlichkeiten getroffen, wobei der Kanzler am Ende die verschiedenen Interessenlagen austarieren muss und in sicherheitspolitischen Fragen weniger Handlungsfreiheit hat als dies zum Beispiel in den präsidentiellen Strukturen der USA und Frankreichs der Fall ist.

Die Rolle des BMVg ist nicht hinlänglich beschrieben, wenn man die wichtigsten *nachgeordneten Ämter und Dienststellen* nicht auch vorstellt.

Im Zentrum der Kritik steht immer das „*Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr*“ (BAAINBw) in Koblenz, das alte Rüstungsamt. Hier soll die Expertise für die technologische Ausstattung der Bundeswehr konzentriert sein. Hier entstehen Vorgaben, Planungen und Beschaffungsprojekte für Waffen, Ausstattung und Informationstechnik und werden von diesem Amt und seinen Erprobungsstellen im Bundesgebiet getestet. Der Rüstungssektor in der Bundeswehr läuft seit Jahren nicht rund: Lieferungen der Industrie verzögern und verteuern sich und erbringen nicht die versprochenen Leistungen und haben *niedrige Klarstände* (Schützenpanzer PUMA, Fregatte 125, NATO-Hubschrauber). Verträge erweisen sich als lückenhaft. Verfahrensfehler bei der Beschaffung führen zu langen Rechtsstreitigkeiten und Verzögerungen, wie zuletzt bei der Beschaffung des neuen Sturmgewehrs. Der Lobbyismus der Industrie wirkt sich natürlich über die Politik auch auf Beschaffungen aus. In den Jahren des Abbaus im Verteidigungssektor sind *Ingenieurkapazitäten verloren* gegangen. Das Amt ist seit der letzten Reform nicht nur für die Beschaffung des Geräts, sondern auch für die *Begleitung und Steuerung der Nutzung* verantwortlich. Experten fordern, dass die *Materialverantwortung* in der Phase der Nutzung wieder in die Teilstreitkräfte und die Truppe zurückkehrt. Bei aller Kritik geht oft der Blick für erfolgreich verlaufende Beschaffungen verloren (Transportpanzer Boxer, neue geländegängige LKW, wachsende Einsatzbereitschaft der Eurofighter), von den Erfolgen der Vergangenheit ganz zu schweigen (Kampfpanzer Leopard, Schützenpanzer Marder, Artillerie, Kampfflugzeug Tornado etc.). Man kann Sorge haben, dass die kräftezehrende Dauerdebatte um die Organisation des Rüstungssektors den Blick der Verteidigungspolitik auf die viel wichtigere Frage der Einsatzbereitschaft verstellt, die über die technischen Aspekte hinausgeht und auch eine Frage der Mentalität ist.

Bei der Ausrüstung darf sich der Blick nicht nur auf die spektakulären Großwaffensysteme richten. Die Ausstattung differenziert sich immer mehr, ob es sich um Infanteriebewaffnung, Fernmeldegerät, Bekleidung, Schutzausstattung, Fahrzeuge und vieles mehr geht und ein Wehrpflichtiger, der in der Zeit vor 1990 gedient hat, dürfte sich in der heutigen Ausstattungsvielfalt wohl kaum noch zu recht finden.



Zur Ausstattung der Infanteristen gehören auch Laptops für das „Battlefield Management“

Neues wirtschaftliches Denken mit Anlehnung an die Privatwirtschaft sollte das „Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen“ umsetzen. Ein großer Teil des Fahrzeugparks der Bundeswehr wird von der bundeseigenen „Bundeswehr Fuhrpark Service GmbH“ auf Leasing-Basis beschafft und gemanagt und der Truppe und Bundeswehrverwaltung zur Verfügung gestellt. Das hat zur zügigen Erneuerung des Fuhrparks geführt, der allerdings nicht unumschränkt den Truppenteilen zur Verfügung steht, sondern angefordert werden muss. Der Fuhrpark der Bundeswehr sollte so wirtschaftlicher genutzt und verkleinert werden. Gefechtsrelevante geländegängige LKW sind natürlich weiterhin im unmittelbaren Bestand der Truppe, aber auch viele olivfarbene geländegängige Transport-LKW verschiedener Hersteller werden vom Fuhrparkservice gestellt. Die Vielfalt der verschiedenen Typen ist allerdings aus logistischen Gründen noch bedenklicher als sie früher schon war. Die Wartung obliegt im Friedensgrundbetrieb ohnehin der Zivilwirtschaft, aber in einem ernsten Großkonflikt sieht das ganz anders aus.



Die *Heeresinstandsetzungslogistik* sollte in einer privatrechtlichen Firma organisiert werden, wurde aber jetzt wieder vom Staat übernommen. Hier arbeiten Zivilkräfte.

Der Betrieb der Kasernen und das Bekleidungswesen sind nach ähnlichen privatwirtschaftlichen Prinzipien organisiert, bei der Bewirtschaftung von Mengenverbrauchsgütern (Munition) hat man allerdings ähnliche Pläne zu den Akten gelegt. Kriegslogistik kann sich nicht nach *effizienzgesteuerten* gestrafften

privatwirtschaftlichen Verfahren ausrichten, Das „Just in Time“-Prinzip bei der Versorgung würde unter den Friktionen eines Gefechts nicht funktionieren und für Ausfälle muss Vorsorge durch Mehrfachstrukturen (Redundanzen) getroffen werden. *Ökonomische kostensparende Effizienz und militärische Effektivität (Wirksamkeit) sind zwei verschiedene Dinge.*

Das o.g. Amt hat viele Aufgaben der ehemaligen zivilen Wehrverwaltung übernommen.

Für das Personalwesen gibt es nur noch eine Dienststelle, das „*Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr*“ mit Hauptsitz in Köln. Auch wenn sich der öffentliche Blick auf das Militär meist auf das Gerät fokussiert, muss immer wieder betont werden, dass die wertvollste Ressource die Soldatinnen und Soldaten und Zivilangehörigen der Bundeswehr sind. Personal muss geworben, ausgebildet, qualifiziert und geführt werden. Dem Amt nachgeordnet sind die *Karrierecenter* der Bundeswehr, die in der Fläche für die Nachwuchswerbung verantwortlich sind.

Hier bietet sich ein *kleiner Exkurs zum Thema Personal* an. Die durch den 2+4 Vertrag von 1990 vorgeschriebene Höchstgrenze von 370.000 deutschen Soldaten wurde rasch unterschritten und hat sich bei ca. 183.000 bis 184.000 Soldaten eingependelt. Eine Aufstockung auf 203.000 steht in den Planungen, zeichnet sich aber gegenwärtig noch nicht ab und wurde auch durch die Pandemie beeinträchtigt. Nach *Aussetzung der Wehrpflicht* ab 2011 fiel ein Steuerinstrument zur Regulierung des Umfangs weg und es hat zu einer Struktur mit „vielen Häuptlingen und wenigen Indianern“ geführt, da man den geworbenen Freiwilligen auch Karriereangebote machen muss. Die *Kopflastigkeit* einer Bundeswehr mit zu vielen Stäben und Ämtern wird immer wieder beklagt. Kritisiert wird die *Überalterung* und die *zu geringen Stehzeiten* von Offizieren und Unteroffizieren in Führungsrollen von Einheiten und Stäben, weil das Durchlaufen vieler verschiedener Führungsdienstposten Voraussetzung für Beförderungen und Karrieren sind. So wird der Erwerb von dauerhafter Erfahrung erschwert.

Während bei den Offizieren und den Kampftruppenteilen die Nachwuchswerbung noch gelingt, fällt es zunehmend schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fachpersonal im Wettlauf mit der Wirtschaft zu gewinnen, die bessere Bezahlung bietet und meist keine so hohen Anforderungen an die Mobilität stellt. Eine Berufskarriere in der Wirtschaft und der Soldatenberuf stellen unterschiedliche Anforderungen an das Persönlichkeitsprofil und die Motivation und Soldat ist kein Beruf wie jeder andere.

Die knappe Ressource der *Mannschaftssoldaten* von nur 30% des Umfangs versucht man durch Verlängerung der Dienstzeiten und eine Vielfalt von neuen Mannschaftsdienstgraden mit Stabsgefreiten, Oberstabsgefreiten, Korporal und Stabskorporal zu vergrößern. Dabei ist der in alten Wehrpflichttagen noch omnipräsente Unteroffizier und Stabsunteroffizier als Gruppenführer selten geworden. Die *Wehrpflicht* war zuletzt unter Druck geraten, da die außenpolitische Lage in einer wohl zu optimistischen Einschätzung nicht mehr als Rechtfertigung vertretbar schien, der abnehmende Umfang die Wehrgerechtigkeit erschwerte und die Auslandseinsätze nur mit Freiwilligen zu leisten waren. Die dauernde Ausbildung von Wehrpflichtigen war ohne deren Nutzung für einen umfassenden Aufwuchs im Mobilmachungsfall auch nicht mehr kosteneffektiv. Der ständige *Austausch von Gesellschaft und Streitkräften durch die Wehrpflicht* und ihre Rolle bei der Motivation zur *Weiterverpflichtung* wird heute allerdings auch vermisst. Die Möglichkeit des *Freiwilligen Wehrdienstes* mit

einer Obergrenze von 12.500 Dienstposten wird nur zu ca. 70% ausgeschöpft. Der Frauenanteil liegt bei etwa 13 %. 4500 Dienstposten des Gesamtumfangs entfallen auf *Reservedienstleistende*, die zeitgleich in der Truppe üben können. Die Bundeswehr beschäftigt ca. 81.000 *Zivilbeschäftigte*.

Als Interessenvertretung der Soldaten nimmt der *Bundeswehrverband* die Funktion einer „Gewerkschaft für Soldaten wahr“. Er äußert sich aber auch zu allgemeinen verteidigungspolitischen Fragen und zu den organisatorischen Defiziten, weil eine funktionierende Bundeswehr auch ein soziales Anliegen der Soldaten und ihrer Arbeitsplatzzufriedenheit ist. Die Verbandsvorsitzenden sind gesuchte Gesprächspartner in den Medien.

Eine ähnliche Entwicklung kann man auch beim *Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages* erkennen. Dieses Amt sollte direkter Ansprechpartner für Beschwerden aller Soldaten sein, um Missbrauch von Befehlsgewalt und unwürdiger Behandlung von Soldaten vorzubeugen. Der Beauftragte hat jederzeit Zugang zur Truppe. Sein Jahresbericht vermittelt gegenwärtig weniger den Eindruck einer Vielzahl von Verfehlungen, sondern erfasst zahlreiche Eingaben der Soldaten zu sozialen Fragen. Aus ähnlichen Motiven wie der Bundeswehrverband haben die Wehrbeauftragten in der jüngeren Zeit auch kritische Beiträge zur Verteidigungspolitik in der Öffentlichkeit geliefert.

Unter den weiteren Dienststellen des zivilen Bereichs seien noch die beiden *Bundeswehruniversitäten in Hamburg und München* und das *Bundessprachenamt* erwähnt. Sie sollen seit den frühen 70er Jahre den Offiziersberuf mit einer akademischen Ausbildung verbinden.

Die Liste der Dienststellen ließe sich noch fortsetzen. *Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik* gehört zum Geschäftsbereich des BMVg, befindet sich aber als wissenschaftliche Einrichtung nicht in einer militärischen Unterstellung.

Im militärischen Bereich sind dem BMVg unmittelbar unterstellt das *Einsatzführungskommando* in Potsdam, die *Führungsakademie* in Hamburg für die höhere Offiziersausbildung, das *Zentrum Innere Führung* der Bundeswehr in Koblenz, das *Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst* (MAD), das *Planungsamt* und das *Luftfahrtamt der Bundeswehr*. Neu dazugekommen ist seit Oktober 2022 das *Nationale Territoriale Führungskommando* in Berlin.

Das *Einsatzführungskommando* ist in enger Abstimmung mit der politischen Führung für alle Einsätze außerhalb der deutschen Grenzen verantwortlich und ist deshalb auch in der Nähe zur Hauptstadt in Potsdam stationiert.

Die neuen Entscheidungen zur Führungsgliederung der Bundeswehr sehen eine Fusion des territorialen Führungskommandos und Einsatzführungskommandos zu einem zentralen Operativen Führungskommando vor.

Die *Führungsakademie* in Hamburg verantwortet die Generalstabsausbildung für gehobene Führungsfunktionen und betreut nach guter NATO-Tradition auch ausländische Lehrgangsteilnehmer. Die Akademie soll nach den Vorstellungen des Eckpunktepapiers auch die Funktion eines „Doktrinzentrums“, eines strategischen „Think Tanks“, übernehmen.

Der *MAD* ist neben dem Bundesnachrichtendienst für die Auslandsaufklärung und den verschiedenen Verfassungsschutzämtern in Bund und Ländern die dritte Säule der bundesdeutschen „Geheimdienste“. Er soll die Bundeswehr vor Spionage und Sabotage schützen, hat zunehmend allerdings auch ein Auge auf verfassungsfeindliche Aktivitäten in der Bundeswehr.

Zur Unterstützung der Planungsexpertise des BMVg und der Teilstreitkräfte hat man diese in einer Dienststelle, dem *Planungsamt der Bundeswehr*, konzentriert. Angesichts der zahlreich in Ämtern und Truppe vorhandenen Expertise, haben die in der Vergangenheit unternommenen Versuche, Beratungsleistungen von außerhalb der Bundeswehr teuer einzukaufen, nicht immer Zustimmung gefunden.

Das *Luftfahrtamt* zentralisiert die Aufsicht über das Luftfahrtwesen in allen Teilstreitkräften. Es verantwortet die Flugsicherheit und viele Genehmigungsverfahren. Dazu soll künftig eine ‚Continuing Airworthiness Management Organisation‘, um die Zulassung von Luftfahrzeugen zu optimieren. Da hatte es in der Vergangenheit Probleme gegeben und z.B. ein teures Drohnenprojekt zur weiträumigen Aufklärung scheitern lassen.

Das *Zentrum für Innere Führung* ist verantwortlich für die Pflege und Weiterentwicklung eines besonderen Markenzeichens der Bundeswehr, die zu den Fundamenten der Gründerjahre gehörte und immer auch in der Diskussion stand. In Abkehr von dem bedingungslosen Militärgehorsam, der Deutschland in den Abgrund geführt hatte, bemühten sich die Gründerväter der Bundeswehr um neue Grundlagen für militärischen Gehorsam und Erziehung. Angestrebt wurde der Staatsbürger in Uniform, der aus Einsicht den soldatischen Dienst mit Initiative und Disziplin tut und Gehorsam leistet, solange dieser mit Grundwerten und Gesetzen in Einklang steht. Das sehr anspruchsvolle Prinzip der Inneren Führung fand viel Lob, musste sich aber auch immer Zweifel und Kritik angesichts der Wirklichkeit des Krieges gefallen lassen. Auch wenn die Grundsätze der Inneren Führung weitgehend in der Truppe Einzug gehalten haben, muss immer wieder an ihr mit Lehrgängen, Diskussionsrunden, Seminaren und Grundsatzpapieren gearbeitet werden.

Zum Geschäftsbereich des BMVg gehört als Forschungseinrichtung auch das *Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften* in Potsdam, der Nachfolger des ehemaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Es empfiehlt sich durch seine Veröffentlichungen, aber auch viele Interviews und Podcasts im Web-Auftritt der Bundeswehr.

Den Kern der Streitkräfte mit ihrem umfassenden Fähigkeitsprofil ist in den *Teilstreitkräften und den Organisationsbereichen* abgebildet. Deren Kommandos unterstehen dem BMVg unmittelbar. Die Kommandeure sind zugleich als Inspektoren für die Einsatzfähigkeit und Entwicklung ihrer Teilstreitkraft verantwortlich.

Die Kommandos der klassischen Teilstreitkräfte befinden sich in der Nähe der Hauptstadt: Das *Kommando Heer* in Strausberg, das *Kommando Luftwaffe* in Berlin-Gatow, das *Kommando Marine* in Rostock. Die später entstandenen neuen Organisationsbereiche nutzen Teile der ehemaligen Führungsstruktur in der alten Bundesrepublik. Das *Kommando Streitkräftebasis* und das *Kommando Cyberinformationsraum* teilen sich mit dem BMVg den Standort Bonn. Das *Kommando*

zentraler Sanitätsdienst der BW befindet sich an dem traditionsreichen ehemaligen Führungsstandort des Heeres in Koblenz.

Bei den Kommandos handelt es sich nicht automatisch um operative Führungshauptquartiere. Dies liegt bei der Luftwaffe zum Beispiel im verbunkerten *Zentrum Luftoperationen* im niederrheinischen Uedem und dem Standort Kalkar und ist mit einem NATO-Luftwaffenhauptquartier verbunden. Bei der Marine hat das operative Hauptquartier von Glücksburg bei Flensburg nach Rostock verlegt, auch wenn in der jetzigen Lage das geschützte alte Marinehauptquartier an der Flensburger Förde als Ausweichquartier weiter genutzt werden soll. Für die Landstreitkräfte gibt es kein zentrales nationales operatives mobiles Hauptquartier außerhalb der NATO-Strukturen. Für Landoperationen fordern der Generalinspekteur und das Kommando Heer ein nach NATO-Maßstäben organisiertes operatives Hauptquartier, als dessen Standort schon mal Münster im Gespräch war. Das Kommando des Heeres in Strausberg ist ein stationärer administrativer Stab.



Die denkmalgeschützte Luftwaffenkaserne in der Richthofenstraße in Münster wäre als Standort für ein neu formiertes Hauptquartier der Landstreitkräfte denkbar gewesen.

Für die Führung von Heeresverbänden stehen natürlich die *multinationalen NATO-Korpsstäbe in Münster, Stettin und Straßburg* zur Verfügung. In Ulm stand immer von deutscher Seite das *multinationale Kommando operative Führung* als vielseitiger Stab für das Bündnis oder die EU bereit, was bei Bündnispartnern nur auf verhaltene Resonanz stieß. Gegenwärtig gewinnt es neue Bedeutung als NATO-Führungsstab für Truppenbewegungen der Allianz (*Joint Force Support and Enabling Command*). Die etwas diffuse Führungsstruktur in der „*Dimension Land*“, wie es neuerdings heißt, wird noch durch den eigenen territorialen Führungsstrang im Inland verkompliziert. Der ist nämlich bei der Streitkräftebasis verortet und zwar bis 2022 beim *Streitkräfteunterstützungskommando* in Bonn, dem Führungshauptquartier der SKB und bei dem *Kommando Territoriale Aufgaben* in Berlin, das bisher vor allem Katastropheneinsätze und die Landeskommandos zu führen hatte. Der Inspekteur und Kommandeur der Streitkräftebasis, nicht der des Heeres, war bis 2022 „*oberster nationaler Befehlshaber*“ auf dem Gebiet der Bundesrepublik.



Das Flaggenmeer vor dem Kommandogebäude des Deutsch-Niederländischen Korps in Münster dokumentiert die multinationale Vielfalt.

Der Generalinspekteur wünschte ein *zentrales Hauptquartier für die Führung der Bundeswehr im Inland*. Gleichzeitig sollen etliche Komponenten der Streitkräftebasis wieder ins Heer zurückkehren. Für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland – und damit sind auch die NATO-Einsätze gemeint, nicht nur die Friedensmissionen – soll das *Einsatzführungskommando* in Potsdam zuständig bleiben und gestärkt werden. Seit Oktober 2022 ist in Berlin das Nationale Territoriale Führungskommando im Aufbau, das an die Stelle des Kommandos Territoriale Aufgaben tritt und auch territoriale Aufgaben des Streitkräfteunterstützungskommandos übernimmt. Sein Kommandeur ist nun auch Oberster Nationaler Befehlshaber. Das neue Kommando, das aus der Substanz des ehemaligen Kommandos Territoriale Aufgaben und Teilen des Streitkräfteunterstützungskommandos der SKB aufgebaut wird, nimmt zentrale Führungsaufgaben bei allen Einsätzen der Bundeswehr im eigenen Land wahr. Das betrifft auch Unterstützungsleistungen für Einsätze außerhalb Deutschlands im gesamten Spektrum. Das Kommando ist nicht nur für Heimatschutz oder Katastrophenschutz verantwortlich, sondern koordiniert auch Truppenbewegungen und Unterstützungsleistungen für das Bündnis auf deutschen Boden. Eine besondere Rolle spielt es für die Gesamtverteidigung, bei der sich militärische und zivile Komponenten überschneiden.

Neue Führungsstruktur für die Bundeswehr

Einsatzführungskommando	Territoriales Führungskommando*
Potsdam	Berlin
für Einsätze im Ausland	für Einsätze im Inland
-Bündnisverteidigung	- Heimatschutz
-Krisenstabilisierung	- Host Nation Support
-Evakuierungen	- Koordination
Truppenbewegungen	
-Sicherung der Seewege	- territoriale Führungsaufgaben als Nationaler Territorialer Befehlshaber
	- Katastrophenhilfe

**Das Territoriale Führungskommando führt
Landeskommandos, das Multinationale Kommando
Operative Führung (Ulm) inkl. dt. Anteil JSEC,
Truppenübungsplätze, Zentrum ZMZ, Wachbataillon,
Sportfördergruppen
Einsatzführungskommando und Territoriales
Führungskommando
unterstehen direkt dem Generalinspekteur.**

**Das Einsatzführungskommando ersetzt nicht die Führungs-
struktur der NATO (multinationale Korpsstäbe)**

Das Territoriale Führungskommando hat auch eine wichtige Funktion für den stationären Objektschutz, der mit dem Konzept ‚Reserve 2025 – Schutz und Sicherheit Inland‘ mit nicht aktiven stationären Sicherungszügen in den Teilstreitkräften und Organisationsbereichen ausgebaut werden soll. Das Territoriale Führungskommando plant diese Züge primär für den Bereich der SKB und des Kdo CIR in Bonn, Bruchsal, Burg, Delmenhorst, Frankenberg, Gotha, Koblenz, München, Putlos, und Storkow

An Ergänzungstruppen sind im Verantwortungsbereich des Territorialen Führungskommandos zwei weitere nicht aktive Wachkompanien und vier ZMZ-Staffeln vorgesehen.

Natürlich unterstehen die 414 KVK/BVK und sechs Heimatschutzregimenter der Territorialen Reserve auch dem Territorialen Führungskommando, dessen nicht aktive Dienstpostenstärke mit 26.000 recht hoch erscheint und wohl auf den ambitionierten Ausbau des Heimatschutzes hindeutet.

Die Strukturentscheidungen vom Frühjahr 2024 sehen nun ein einziges Operatives Führungskommando vor. Die Heimatschutzkräfte sollen dem Heer unterstellt werden.

Das Operative Führungskommando der Bundeswehr wird in Schwielowsee bei Potsdam und in Berlin beheimatet sein und soll über 1400 Dienstposten verfügen. Durch die Fusion des Einsatzführungs- und Territorialen Kommandos würden 400 Posten eingespart. Die Indienststellung ist für Oktober 2024 vorgesehen.

Aufgrund der durch das New Force Model der NATO gestiegenen Anforderungen machen neuen Zahlen die Runde, von deren Realisierung Deutschland aufgrund finanzieller Ressourcen noch weit entfernt ist. Demgemäß müsste Deutschland ca. 275.000 Soldaten verfügbar haben. Außerdem nehmen die Planer immer mehr auch die Ersatzreserve in den Blick. Deren Zahlen sind noch offen, aber Spekulationen lassen hier auch Größenordnungen von 185.000 zu. Die Zahl von 275.000 Einsatzstärke ergäbe sich, wenn man zu der angestrebten, aber weiterhin recht fernen Friedensstärke von 200.000 noch einen Aufwuchs von 75.000 schnell verfügbaren Reservisten addiert.

Vor diesem Hintergrund kommen vor wenigen Jahren noch undenkbar Diskussionen über eine Annäherung an irgendeine Form von Wehrpflicht wieder auf. Verteidigungsminister Pistorius verfolgt gegenwärtig ein Projekt, jeden ins wehrfähige Alter gelangten Bürger beider Geschlechter zu erfassen und durch einen verbindlichen Fragebogen die Bereitschaft zu freiwilligem Wehrdienst zu thematisieren.

Nach skandinavischen Vorbildern wäre ggf. später auch an eine Auswahlwehrpflicht zu denken.

Kommando Heer



Mit ca. 63.000 aktiven Soldaten und künftig ca. 20.000 nicht aktiven Dienstposten handelt es sich immer noch um die größte Teilstreitkraft, auch wenn Teile des früheren Heeresumfangs in den Strukturreformen der Vergangenheit in die Streitkräftebasis und den zentralen Sanitätsdienst überführt wurden. Einzelne Komponenten aus dem Bereich der Führungsunterstützung wurden 2017 sogar von der Streitkräftebasis in das neue Kommando Cyberinformationsraum weitergereicht.

Das Heer ist der klassische Träger des Gefechts zu Lande, um Raum zu behaupten, zurück zu gewinnen, Objekte zu schützen und ggf. Menschen zu evakuieren. Das Heer ist in verschiedene Waffengattungen gegliedert, die sich nach Auftrag und Ausstattung unterscheiden und im Einsatz gegenseitig ergänzen. Man spricht dabei vom *Gefecht der verbundenen Waffen*.

An erste Stelle stehen die schweren *gepanzten Kampftruppen* mit der *Panzertruppe* und den *Panzergrenadiern*. Kampfpanzer entwickeln mit ihren Kanonen eine hohe Feuerkraft, sind gut geschützt und im Gelände hochmobil. Sie sind bei der Verteidigung gegen angreifende Kampfpanzer unverzichtbar. Panzergrenadiere sind Infanteristen, die von ihren Schützenpanzern aus oder abgesehen kämpfen. Zusätzlich zu ihren Infanteriewaffen verleihen ihnen die Maschinenkanonen, MG und Panzerabwehrraketen ihrer Schützenpanzer eine hohe Gefechtskraft. Panzergrenadiere wirken zusammen mit Kampfpanzern und können im Einsatz mit diesen zusammen gemischte Bataillone bilden. Anfang der 80er Jahre wollte man schon in der Friedensgliederung gemischte Panzer- bzw. Panzergrenadierbataillone bilden, musste das aber aus organisatorischen Gründen aufgeben. Die ursprünglich auch zu den gepanzerten Kampftruppen gehörende Panzerjägertruppe gibt es nicht mehr, allerdings setzen Panzergrenadiere, Jägerinfanterie und Heeresflieger weiterhin Panzerabwehrlenkflugkörper ein. Die Truppschule der gepanzerten Kampftruppen befindet sich in Munster in der Lüneburger Heide im Umfeld großer Truppenübungsplätze.



Unverwüstlich und bei vier Panzergrenadierbataillonen noch unverzichtbar:

Der 50 Jahre alte Schützenpanzer Marder wird mindestens noch bis 2025 in Dienst bleiben, wahrscheinlich auch noch länger.



Kampfpanzer Leopard II demonstriert beim Tag der offenen Tür in Augustdorf 2012 das gemeinsame Vorgehen mit Panzergrenadieren bei einem Kriseneinsatz.



Panzergrenadiere demonstrierten dabei den Wechsel zwischen aufgesessenem und abgesessenem Kampf mit dem Schützenpanzer Marder.



Zum Zeitpunkt dieser Präsentation bei einem Tag der Bundeswehr 2018 bei der Erprobungsstelle in Meppen ist der neue Schützenpanzer Puma noch nicht voll einsatzreif. Auch 2022 bleibt er das Sorgenkind des Heeres, wurde aber mittlerweile weiter modernisiert, auf Schwachstellen geprüft und soll auf den Standard S01 gebracht werden.

Die *Infanterie* stellt die klassische Waffengattung per se dar. Zu ihr rechnet man in Abgrenzung von den Panzergrenadieren die *Jäger*, *Gebirgsjäger* und *Fallschirmjäger*. Ihr Hauptmerkmal ist der abgesessene Kampf in allen Geländearten, in bebautem und unbebautem Gebiet. Sie können in geschützten Transportpanzern wie dem Boxer zum Einsatzort gelangen und nutzen leichte Kettenfahrzeuge wie z.B. Wiesel als Träger von Maschinenkanonen, Panzerabwehrraketen oder Mörsern. Fallschirmjäger können

mit Hubschraubern oder Fallschirmen abgesetzt werden. Sie eignen sich besonders gut für schnelle mobile Reaktionen, Kommando- und Evakuierungseinsätze. Gebirgsjäger sind für den Einsatz in schwierigem Gelände unter extremen Wetterbedingungen ausgebildet. Für die Fallschirmjäger und Gebirgsjäger gibt es auch verschiedene leichte Transportfahrzeuge. Infanteristen haben auch durch die *Friedensmissionen* als „boots on the ground“ eine neue Bedeutung erlangt. Deshalb befindet sich auch das *UN-Ausbildungszentrum* am Standort der *Infanterieschule in Hammelburg*. Hinzurechnen muss man die *Luftlande- und -transportschule* in Schongau und das *Ausbildungszentrum für Gebirgs- und Winterkampf* in Mittenwald.



Geschützte Fahrzeuge wie Boxer und Wiesel können vielfältige Tarnungen und Ausstattungen haben

Zur Infanterie muss man auch jene Truppenteile zählen, welche zum Schutz wichtiger Objekte vorgesehen sind. Dabei sind die Infanteristen im *Objektschutzregiment der Luftwaffe*, die *Marinesicherungskräfte im Seebataillon* und zwei *Sicherungsstaffeln der Luftwaffe* zum Schutz der nuklearen Infrastruktur auf dem Fliegerhorst Büchel aktiv. Auch das *Wachbataillon der Bundeswehr* in Berlin hat neben seinen protokollarischen Pflichten im Verteidigungsfall einen Sicherungsauftrag. Die deutschen Anteile an Hauptquartieren haben in der Regel kleine aktive Sicherungsteile. In den Teilstreitkräften und vor allem in der Streitkräftebasis gibt es aber auch noch mehr *nicht aktive*, mit Reservisten zu mobilisierende *Heimatschutzkompanien*, die das grüne Barett der Jägertruppe tragen.

Im künftigen Zielbild Einsatzkräfte Heer werden zum Schutz der Gefechtsstände Sicherungskräfte pro Division-, Brigade- und Bataillon je ein Bataillon bzw. eine Kompanie bzw. ein Zug aus Reservisten für den mobilen taktischen Einsatz aufgestellt.

Die Feuerunterstützung des Heeres im indirekten Feuer mit schweren Kalibern ist Aufgabe der *Artillerie*. Sie wirken mit Panzerhaubitzen des Kalibers 155 mm (PH 2000) oder weitreichenden Raketenwerfern Kaliber 227 mm (MARS II) über größere Entfernungen zwischen 24 km und 80 km. Langfristig werden Raketenreichweiten von 300 km mit präzisionsgelenkter Munition durch neue Lenkflugkörper für MARS II angestrebt, auch als Reaktion auf die weitreichende russische Raketenartillerie. Der Feuerkampf strebt präzise kurze Feuerschläge an, kein Trommelfeuer mit hohem Munitionseinsatz, wie man ihn aus Weltkriegsdokumentationen kennt. Da die Geschützbesatzungen ihre Ziele nicht sehen, gehören zur Artillerie auch Einheiten zur Beobachtung, Zielaufklärung, Vermessung und Feuerleitung. Sie können Schallmessgeräte, Radaranlagen und Drohnen einsetzen. Auch die Wetterbeobachtung gehört zu ihren Aufgaben. Mittlerweile hat man die Artillerie auch mit der Feuerleitung anderer Waffengattungen betraut: Mörser, Schiffsartillerie, Kampfhubschrauber und Flugzeuge. Die „*Joint Fire Support Teams*“ sind zur Beobachtung und Feuerleitung auf geschützten Radpanzern mobil. Künftig wird die Nahbereichsflugabwehr dazukommen. Eine sprachliche Tradition der Artilleristen sollte der Laie auch kennen. Bei der Artillerie gibt es keine Kompanien, nur Batterien.



Panzerhaubitze 2000 beim Übungsschießen auf dem Truppenübungsplatz Munster-Süd und beim Tag der offenen Tür in Augustdorf.

Pioniere helfen bei der Überwindung von Hindernissen (Gewässer, Minensperren), können aber auch selber Sperren anlegen und Bau- bzw. Räumaufgaben wahrnehmen. Räumpanzer und Brückengerät gehören zur typischen Ausrüstung und bieten auch bei Katastrophenhilfe willkommene Unterstützung.



Minenräumpanzer Keiler dienen der schnellen Minenräumung im Gefecht

Heeresflieger transportieren Truppen und Material, machen Beobachtungs- und Verbindungsflüge, retten Verwundete und beteiligen sich mit Kampfhubschraubern und deren Panzerabwehrraketen, Maschinenkanonen und Raketenmunition am Gefecht. Ihre Truppschule in Bückeburg wurde zur *Internationalen Hubschrauberschule*. Für die Heeresfliegerkräfte wurde dort ein eigenes *Hubschrauberkommando* gebildet, das auch die fliegerische Grundausbildung der Hubschrauberpiloten aller TSK verantwortet. Es gibt auch ein eigenes *Systemzentrum Drehflügler in Donauwörth*. Zusammenarbeit bei der Ausbildung und Materialerhaltung mit den Hubschrauberkräften von Luftwaffe und Marine ist geboten.

Zentrale Systeme sind der *NATO-Hubschrauber 90* für Transportaufgaben, der noch mit 83 Exemplaren für zwei Heeresfliegerregimenter und Ausbildung eingeführt wurde und lange Zeit für die Herstellung der Einsatzreife benötigte, und der in deutsch-französischer Kooperation, aber verschiedener Konfiguration, entwickelte in einem Regiment eingeführte *Kampfhubschrauber Tiger*, von dem 68 für die Bundeswehr beschafft, aber nur ca. 50 genutzt werden. *Die Bundeswehr will sich bis 2038 wieder*

vom Tiger trennen und seine Rolle durch leichtere für Kampfaufgaben modifizierte Unterstützungshubschrauber Airbus H 145 M ersetzen. 62 sind bestellt, 82 denkbar.



Die Heeresflieger betreiben ein Kampfhubschrauberregiment mit dem „Tiger“

Die Heeresflieger haben auch den *Such- und Rettungsdienst (SAR)* an Land von der Luftwaffe übernommen. Gemäß internationalen Verpflichtungen muss Deutschland ständig zu diesem Zweck Luftrettungskräfte bereithalten, die nicht mit dem zivilen Luftrettungsdienst verwechselt werden dürfen, aus dem sich die Bundeswehr zurückgezogen hat. Natürlich leistet der militärische SAR-Dienst mit seinen wenigen Hubschraubern auch im Notfall Amtshilfe bei der Rettung ziviler Opfer, aber primär wird er für Unfälle des militärischen und zivilen Luftverkehrs bereitgehalten. In diesem Jahr hat ein gutes Dutzend leichter Hubschrauber *Airbus H 145* in einer SAR-Version endgültig die legendären Bell UH 1D abgelöst. Die *Leitstelle SAR Land* befindet sich noch in Münster. SAR See bleibt nach wie vor Aufgabe der Marine, wo gerade die neuen *Marinetransporthubschrauber 90 Sea Lion* die bekannten und bewährten *Seaking Mk 41* ablösen. Die *SAR-Leitstelle See* befindet sich noch am auslaufenden Standort des operativen Marinehauptquartiers (Maritime Operation Center) in Glücksburg. **Künftig werden die Heeresflieger auch leichte Unterstützungshubschrauber aus der H 145-Familie erhalten.**

Die Aufstellung einer Hubschrauberbrigade ist geplant, in die auch wieder die an die Luftwaffe abgegebenen CH 53 G einbezogen werden sollen.

Einen großen Wandel hat auch die *Heeresaufklärungstruppe* erfahren, die mit zahlreichen Sensoren (Radargeräte, Drohnen) das Gefechtsfeld überwacht und wichtige Führungsinformationen liefert. Natürlich eignen sich die mit Sensoren bestückten *Spähpanzer Fennek* auch immer noch für die klassische Spähaufklärung mit Augenbeobachtung. Neues Gewicht durch die Auslandseinsätze hat die Befragung von Personen zur Informationsgewinnung bekommen, die es als Frontnachrichtendienst bei der Bundeswehr immer schon als kleine Teileinheiten gegeben hat und in der NATO als *Human Intelligence* bezeichnet wird. Diese Komponente könnte aufgrund der Erfahrungen in der Ukraine neue Bedeutung bei der Auswertung von Handybotschaften und Videos der Bevölkerung in Kriegsgebieten erhalten.



Der Spähpanzer Fennek ist ein zentrales System der Heeresaufklärungstruppe

Von der *Abschaffung der Heeresflugabwehrtruppe* zu Beginn der letzten Reorganisation war schon die Rede. Sie war in der NATO ein Aushängeschild des Heeres durch die Befähigung mit radargelenkten Flugabwehrkanonen und-raketen auf Kettenfahrzeugen (Gepard, Roland) einen Flugabwehrschirm über den eigenen Heereskräften aufzuspannen. Die sogenannte *Nahbereichsflugabwehr* wurde mit minimalen Resten an die Luftwaffe übertragen. Mittlerweile hat man gerade angesichts der Drohnengefahr diese Lücke erkannt und versucht, mit vorhandenen Systemen wie dem Radpanzer Boxer, radargelenkten Granatmaschinenwaffen mit programmierbarer Munition und ggf. Maschinenkanonen hier wieder eine begrenzte Fähigkeit zum Schutz aufzubauen (sogenannte „*qualifizierte Fliegerabwehr*“). Es besteht mittelfristig die Absicht, für den Nahbereichsschutz des Heeres vier gemischte Einheiten mit einer Version von IRIS-T und einem Kanonensystem zu beschaffen.

Eine erste Beschaffung von 19 FlaPanzern Skyranger wurde eingeleitet und die Wiederaufstellung einer Heeresflugabwehrtruppe am Standort Lüneburg entschieden.

Einige Waffengattungen sind nicht typisch für das Heer, sondern auch in anderen Teilstreitkräften /Organisationsbereichen zu finden. Die *Heereslogistikkräfte* bilden das letzte Ende der Versorgungskette auf dem Gefechtsfeld und integrieren Transport-, Nachschub und Instandsetzung. Sie verfügen über eine Vielzahl von leistungsfähigen und zum Teil auch geschützten Transportfahrzeugen und Umschlagmitteln.

Keine Truppe kommt ohne *Führungsunterstützung* aus. Darunter versteht man die Zusammenfassung von Stabseinheiten für den Betrieb von Gefechtsständen und der Kräfte für Erstellung von Fernmeldeverbindungen. Oft sind das nur Einheiten in Kompaniegröße in den Hauptquartieren, aber Führungsunterstützungsteile sind auch auf den unteren Ebenen in jeden Verband integriert. Die Fernmeldekräfte des Weitverkehrs sind als *IT-Bataillone* in das Kommando Cyberinformationsraum integriert, nachdem sie zeitweise vom Heer in die SKB abgewandert waren. So gehen die Führungsunterstützungskräfte des Heeres in Stabskompanien und Stabs- und Versorgungskompanien auf und können sich nicht mehr mit traditionsreichen Bataillonsbezeichnungen profilieren. Die drei Divisionen erhalten aber jetzt wieder eigene Fernmeldebataillone.

Durch die angestrebte *Digitalisierung und Vernetzung* haben die IT-Kräfte der Führungsunterstützung eine enorme Bedeutung bei der Modernisierung des Heeres und der gesamten Bundeswehr bekommen. *Das Heer plant eine umfassende Vernetzung von Sensoren, Führungszentralen und Effektoren (Wirkmittel, Waffensysteme) für ein Konzept digitalisierter Landoperationen.* Digitalisierung bezieht sich nicht nur auf Ausstattung der Einzelsysteme mit Rechnern, sondern ihre Vernetzung in einem umfassenden Gesamtsystem. Für das Gefechtsfeld soll die Digitalisierung den klassischen Verbund von Aufklärung, Führung und Wirkung zur schnellen und zielgenauen Reaktion befähigen.

Dafür sollen in viele Gefechtsfahrzeuge Rüstsätze eines „*Battlefield Managements*“ eingebaut werden. Hier gibt es großen Nachholbedarf und Verzögerungen und die Bundeswehr ist bei internationalen Einsätzen schon wegen der Rückständigkeit ihrer Fernmeldemittel negativ aufgefallen. In das Battlefield Management sind auch die sogenannten *Infanteristen der Zukunft* eingebunden, die Rüstsätze erhalten um am digitalen Informationsverbund teilzunehmen und auch ihre Infanteriewaffen optimal einsetzen zu können. Die mit zahlreichen Systemen bepackten Infanteristen boten

schon humoristischen Stoff für Karikaturisten. Der Generalinspekteur ist sich der Gefahren einer anfälligen *Übertechnisierung* durchaus bewusst und so will man in der Truppe auch auf den klassischen Kradmelder auf keinen Fall verzichten. Im Eckpunktepapier fand sich die Formulierung, dass sich künftig „State of the Art“-Technologie“ und „robuste Masse“ ergänzen müssten.

Die *Feldjägertruppe* mit einer Vielfalt von militärpolizeilichen Funktionen und Schutzaufgaben für Personen und Objekte gehört noch zur Streitkräftebasis, sollten ursprünglich wieder ins Heer zurückkehren. Das galt auch für die *ABC-Abwehrtruppe* mit einer Spezialausstattung zur Detektion von nuklearen, chemischen und biologischen Kampfmitteln und zur Dekontamination (Entgiftung) von Personen und Gerät. Die Rückkehr ins Heer wurde erst einmal gestoppt.

Eine besondere Betrachtung verdienen auch die Spezialkräfte des Heeres und der Marine. In dem alten Fallschirmjägerstandort Calw im Schwarzwald entstand das **Kommando für Spezialkräfte (KSK)** für spezifische Kommandoeinsätze mit einer speziellen Ausbildung und Ausrüstung. Hier ergeben sich Überschneidungen mit der Fallschirmjägertruppe in der auch besondere Befähigungen für Kommandoaktionen und militärische Rettungseinsätze geübt werden, aber ausgehend von den fehlenden Kapazitäten für militärische Geiselnbefreiungen in den Auslandseinsätzen entstand das KSK mit ausgewählten und gut trainierten Soldaten für verschiedenste Szenarien, wo kleine Einheiten möglichst überraschend und ohne große Publizität militärische Objekte und Personen bekämpfen können. Künftig ist auch ein eigenes Fallschirmregiment (31 Seedorf) für die nationale Krisenvorsorge geplant. Es gibt auch eine eigene Stabskompanie in Hardheim für die Führung von Spezialeinsätzen, auch im Rahmen der NATO. Eine Unterscheidung von den Spezialeinheiten der Bundespolizei (GSG 9) und der Länderpolizeien ergibt sich aus der verfassungsrechtlichen Abgrenzung von polizeilicher Arbeit und dem Verteidigungsauftrag in einer internationalen militärischen Auseinandersetzung. Dafür gibt es eine breite sehr spezialisierte Palette von Handwaffen und leichten Fahrzeugen, die man nicht als Querschnittsgerät in der Truppe befindet. Die Marine hat in ihrer Teilstreitkraft ebenfalls ein auf ihren Einsatz an der Schnittstelle Land/See zugeschnittenes Spezialkommando erhalten können. Als Kampfschwimmer bekannt, können diese **Marinespezialkräfte** an der Küste oder in Häfen Aktionen gegen feindliche Marineeinheiten unternehmen, eigene Kräfte schützen und amphibische Einsätze unterstützen. Dazu kann zum Beispiel auch die Evakuierung von Zivilpersonen über Strände gehören. Diese Einheit ist übrigens nicht identisch mit den Minentauchern im Seebataillon.

Bevor das Organisationsmodell des Heeres vorgestellt wird, sollten noch einige *grundlegende militärische Begriffe zur Bezeichnung von Truppenteilen* erläutert werden, die im Sprachgebrauch durchaus gängig sind, ohne dass man deren genaue Kenntnis voraussetzen kann. Diese Terminologie gilt für die gesamte Bundeswehr. Dabei wird auf viele Details verzichtet und Formationen wie z.B. Trupp oder Staffel bleiben ausgeklammert. Auch werden die abweichenden Begriffe der anderen Teilstreitkräfte nur bedingt ausgeführt.

Innerhalb einer Waffengattung stellt eine *Gruppe* von ca. 5 bis 10 Soldaten die kleinste Teileinheit dar. Mehrere Gruppen bilden einen *Zug* (30-50 Soldaten) und eine *Kompanie* als grundlegende militärische Organisationseinheit (100-150) setzt sich aus mehreren Zügen und meist auch einigen eigenständigen Gruppen zusammen.

Erwähnt wurde schon, dass diese Ebene bei der Artillerie und früher auch Flugabwehr als Batterie bezeichnet wurde. Bei der Luftwaffe spricht man meist von *Staffeln*, was aber nicht mit dem gleichen Begriff für eine Formation fliegender Einheiten verwechselt werden darf. Mehrere Kompanien bilden ein *Bataillon*, bei der Luftwaffe meist als *Gruppe* bezeichnet. Dessen Kompanien müssen nicht gleich gegliedert sein und können unterschiedliche Funktionen haben. Alle Bataillone haben in der Regel neben den eigentlichen Einsatzkompanien über eine Stabs- und Versorgungskompanie. Bei Panzerbataillonen ist die Gliederung der Einsatzkompanien ziemlich homogen, aber schon bei Panzergrenadier- und Jägerbataillonen gibt es als Spezialformation eine schwere Kompanie mit besonderer Waffenausstattung. Pionier-, Artillerie- und Versorgungsbataillone können schon sehr differenziert sein. Gelegentlich ist einem Bataillon auch noch eine Ausbildungskompanie unterstellt und es kann eine nicht aktive Ergänzungstruppenkompanie für Reservisten angehängt sein.

Wenn der Verband einer Waffengattung die reguläre Bataillonsgröße von 400 – 800 Soldaten überschreitet und seine oft differenzierten Kompanien sich auf die Zahl 10 zubewegen, hat sich der traditionsreiche Begriff des *Regiments* durchgesetzt. Ursprünglich verstand man darunter einen Verband mit mehreren Bataillonen gleicher Waffengattung, heute kann sich ein Regiment aber auch nur aus Kompanien zusammensetzen. Als Anhalt kann eine Größe von um die 1000 und mehr Soldaten angenommen werden. Der bei der Luftwaffe und Marine analoge Begriff des *Geschwaders* kann auch noch deutlich mehr Soldaten umfassen. Im Heer gibt es zwei Fallschirmjäger- und drei Heeresfliegerregimenter. Die Feldjägertruppe der Bundeswehr ist im Rahmen der SKB in drei Regimentern zusammengefasst. Bei der Sanitätstruppe gibt es Sanitätsregimenter, selbst wenn deren Friedensgrößenordnung eher der eines Heeresbataillons gleicht. Die Logistiktruppe in der SKB kennt ein gemischtes Pionierregiment für Feldlager und Feldpipelines und verwendet den Begriff für Stabsformationen zur Führung von Logistikoperationen. In der Heimatschutztruppe der SKB verwendet man zurzeit recht großzügig den Begriff Landesregiment, selbst wenn es de facto nur Bataillonsgröße hat, in der Zukunft aber durch weitere Unterstellungen erweitert werden könnte. Umgekehrt werden die auf künftig 1100 Soldaten aufwachsenden Versorgungsbataillone der Brigaden wohl Bataillone bleiben, um die Parität innerhalb der Brigade zu wahren.

Durch die internationalen Einsätze ist ein neuer Größenordnungsbegriff entstanden, der nicht ganz in die traditionelle deutsche Terminologie passt. So werden durch Kontingente verschiedener Nationen und Truppengattungen sogenannte „*Combat Groups*“ gebildet, gemischte *internationale Bataillonskampfgruppen*, die sich um den Kern eines Kampfbataillons als Leitverband bilden, an das sich zahlreiche verschiedene Unterstützungseinheiten andocken und das nach deutscher Vorstellung der Größe eines Regiments gleichkommt. Ein Beispiel sind die *EU - Battlegroups*, die regelmäßig als Beitrag für eine militärische Befähigung der EU zusammengestellt werden, welche aber noch nie zum Einsatz kamen!

Für die deutsche Terminologie bilden mehrere Bataillone und Kompanien verschiedener Waffengattungen einen selbstständigen Kampfverband, der als *Brigade* bezeichnet wird. Das deutsche Brigademodell von 1959 mit Panzer- und Panzergrenadierbrigaden als Standardtyp wurde wegweisend in der NATO und verdrängte das klassische US-Divisionsmodell. Die Brigade als kleinste autonome Formation, die zum Gefecht der verbundenen Waffen in der Lage ist, gilt auch heute international als Standard, Zahlenmäßig kann die Größe abhängig von der Zahl der

unterstellten Einheiten zwischen 2500 und 5000, bei NATO-Kontingenten bis zu 8000 Soldaten, beträchtlich schwanken.

Die heutigen acht Brigadeverbände des Heeres entsprechen nicht mehr ganz den Standards der Zeit vor 1990. Das lag u.a. daran, dass sie nicht aufgelöste Bataillone aus anderen Führungsleisten, den Divisionen, Korps und Heerestruppen aufgenommen haben, u.a. Aufklärer, Pioniere und zeitweise auch Fernmeldebataillone, umgekehrt aber nicht mehr über selbstständige Kompanien als Brigadeeinheiten verfügen. Auch die Mischung der Bataillone ist nicht mehr einheitlich.

Es gibt aber noch die Spezialformationen einer *Gebirgs-* und einer *Luftlandebrigade* und aus politischen Gründen hat auch die *Deutsch-Französische Brigade* noch überlebt.

Mehrere Brigaden können von einem *Divisionsstab* geführt werden. Von einst 12 Divisionen in der Zeit des Kalten Krieges, sind in der Bundeswehr nur noch drei Stäbe übriggeblieben. Divisionsstäbe gab es früher auch in der Luftwaffe.

Die nächsthöhere operative Führungsebene bei den Landstreitkräften stellen die *Korps* dar, die heute multinational zusammengesetzt sind. Für den Bereich der Bundeswehr sind das *Deutsch-Niederländische Korps in Münster*, das *Deutsch-Dänisch-Polnische Korps Nordost in Stettin* und das von Frankreich geführte *Eurokorps in Straßburg* relevant. Außerdem könnte das in Ulm beheimatete und in der Streitkräftebasis angesiedelte *Multinationale Operative Kommando Eingreifkräfte* auf dieser Ebene mehrere Divisionen und Operationen verschiedener Nationen und Teilstreitkräfte führen. Deutsches Stabspersonal befindet sich auch bei Korps in anderen Befehlsbereichen der NATO. Während des Kalten Krieges stellte die Bundeswehr drei nationale Korps und den Anteil an einem deutsch-dänischen Korps in Schleswig-Holstein. Diese sind ebenso verschwunden, wie die zahlreichen Bataillone der *Korps- und Divisionstruppen*, die zur Kampfunterstützung, für Schwerpunktbildung und Logistik bereitgehalten wurden. In den Übergangsstrukturen vor 2010 hatte man Teile davon noch in Heerestruppenkommandos gerettet, aber die sind auch Geschichte.

In einem kurzen Exkurs soll auch noch ein schillernder Begriff, der auf mehreren Ebenen der militärischen Hierarchie in der Bundeswehr zu finden ist, angesprochen werden: das sogenannte „*Kommando*“. Das können höhere Stäbe sein, die ganze Teilstreitkräfte (Heereskommando. etc.) führen, aber auch auf niedrigeren Führungsleisten regionale Aufgaben haben (Landeskommandos) oder bestimmte Fähigkeiten mit einer Reihe von unterstellten Verbänden ähnlicher Funktion bündeln (Feldjägerkommando, Logistikkommando, Hubschrauberkommando etc.). Das Kommando Spezialkräfte bündelt ganz besondere Fähigkeiten und entspräche von der Größe her eigentlich nur einem Regiment. Kommandos können auch zentrale ortsgebundene Befehlsstellen zur Einsatzführung sein (Einsatzführungskommando, Kommando Operative Führung Luftwaffe, Kommando Territoriale Aufgaben). Diese Kommandos stellen aber keine beweglichen operativen Stäbe dar, wie die der Brigaden, Divisionen oder Korps, sondern sind an eine feste, z.T. geschützte Infrastruktur gebunden.

Gelegentlich wird auch der Begriff „*Zentrum*“ gewählt, wenn eine besondere Fähigkeit an einem Ort konzentriert ist, z.B. Sanitätszentren, Zentrum Innere Führung, Zentrum

zivilmilitärische Zusammenarbeit etc. In der Luftwaffe werden bestimmte bodengebundene Aufgaben in „*Bereichen*“ zusammengefasst und die Marine organisiert ihre Geschwader in zwei „*Einsatzflottillen*“.

Wenn die Heeresplanungen sich realisieren lassen, wird es eine Wiederbelebung der Divisionstruppen und Korpstruppen für ein Heereskorps geben. Aus deutscher Sicht soll vor allem das Konzept der *Rahmennation* dazu dienen, dass sich neben den Niederlanden, weitere kleiner europäische Nationen an die deutsche Heeresorganisation mit ihren Kräften andocken und Lücken füllen, so dass das deutsche Heer zu einer „heimlichen Europaarmee“ werden könnte. Da gibt es aber zahlreiche politische Hürden. *Primär ist es erst einmal deutsche Aufgabe, die eigenen Zusagen für die NATO zu erfüllen, nämlich drei Heeresdivisionen für die Zeit um 2030.*

Wie steht es nun um das Heer der Gegenwart? Das Heer befindet sich gegenwärtig noch weitgehend in der von Minister Thomas de Maizière 2011 *entschiedenen Bundeswehrstruktur*. Unter den engen Finanzvorgaben dieser Jahre und nach Aussetzung der Wehrpflicht wurde ein fast 20-jähriger Prozess der ständigen Reduktion und Umorganisation vorerst abgeschlossen und die Bundeswehr in einer Form gebracht, die im Wesentlichen noch heute Bestand hat. Der Minister konnte sich damals weitgehend sachfremden „Einflüsterungen“ bei der Standortfrage entziehen und musste nicht um jeden Preis unwirtschaftliche Kleinstandorte erhalten. Auf jeden Fall hat diese Struktur bisher länger Bestand gehabt als die *vier Strukturreformen mit ihren nachgelegten Modifikationen* seit 1991. Die Zauberworte wie „Heer für neue Aufgaben“, „Transformation“, „Neuausrichtung“ als Aufbruch zur Erneuerung sind heute schon wieder vergessen. Die Ausgliederung größerer Teile des Heeres in die Streitkräftebasis war schon ab 2002 erfolgt. Die Gründung des Kommandos Cyberinformationsraum 2017 hatte keine großen Auswirkungen auf das Heer, dafür aber auf die Streitkräftebasis. Im Sommer 2022 entschied das BMVg eine neue Struktur, das Zielbild Einsatzkräfte Heer, das einen dynamischen Prozess der Erweiterung anstrebt, ohne die Grundstrukturen wesentlich zu verändern. <https://www.bahnjdbund.de/themenschwerpunkte/streitkraefteentwicklung-und-technologie/neue-heeresstruktur-lt-bmvg-8-8-22/>

Beim Blick auf das Organigramm Kommando Heer in der Struktur 2011 findet man seine über 50 Bataillone unter dem Dach von *annähernd acht Brigadeverbänden* und *drei Divisionen* organisiert. Diese entsprechen vom Umfang den Brigaden früherer Strukturen, weichen aber in der Gliederung voneinander ab. Drei Kampfbataillone werden durch ein eigenes Versorgungsbataillon logistisch unterstützt und aus den aufgelösten Divisions- und Heerestruppen hat man den Brigaden noch je ein Aufklärungsbataillon und ein eigenes Pionierbataillon zugeteilt, es fehlt allerdings mit Ausnahme der Deutsch-Französischen Brigade ein eigenes Artilleriebataillon. Die Artillerie, einst stärkste Waffengattung des Heeres, war auf nur noch vier gemischte Bataillone geschrumpft, von denen man drei auf der Ebene der Divisionen „gepoolt“ hat. Gemischt bedeutet, dass diese Bataillone neben Panzerhaubitzen 2000 (Kaliber 155 mm) auch über eine Batterie Mittlere Raketenwerfer MARS II (227 mm) und eine Aufklärungsbatterie mit Drohnen, Schallmessgeräten und Beobachtungsradaren zur Zielaufklärung und Beobachtung verfügen. Insgesamt dürfte die Artillerie noch ca. 150 schießende Systeme in der Truppe und Depots haben. Die Abgaben an die Ukraine haben den Bestand etwas reduziert (z.B. nur noch 105 statt 119 PH 2000). Etwas spät wurde jetzt eine Nachbeschaffung von 14 PH 2000 eingeleitet. Mittlerweile wurde wieder ein fünftes Artilleriebataillon, das Panzerartilleriebataillon 375 in Weiden

aufgestellt. Weiterhin ist vorgesehen in Augustdorf, auch als Kompensation für die Verlegung des Panzerbataillons 203 nach Litauen, ein Panzerartilleriebataillon 215 wiederaufzustellen. In Litauen ist die Aufstellung eines Panzerartilleriebataillons 455 vorgesehen. Das Artilleriebataillon 131 soll nach Oberviechtach verlegen und zum Panzerartilleriebataillon 131 der Panzerbrigade 12 werden. Alle Neuaufstellungen hängen von der noch nicht entschiedenen Beschaffung der Radhaubitze 155 und der Personallage ab.

Künftig sollen die drei schweren Brigaden je ein Bataillon mit Panzerhaubitzen 2000 haben, bei den drei mittleren Brigaden soll das ein Bataillon mit Radhaubitzen Kaliber 155 werden. Die 1. und 10. Division erhalten ein gemischtes Bataillon mit Panzerhaubitzen 2000 und Raketenwerfer MARS II. Die an die Ukraine abgegebenen MARS-Raketenwerfer, sollen durch die Beschaffung von Raketenwerfern PULS auf Radfahrzeugen ersetzt werden. Die als erste einsatzbereite Division ab 2025 vorgesehene 10. Panzerdivision hat als Divisionstruppe das Artillerielehrbataillon 345 zur Verfügung.



Die Artillerieaufklärungsdrohne KZO dient der Gefechtsfeldüberwachung und Zielaufklärung.

Ursprünglich erlebte auch die *Panzertruppe* die gleichen Einschränkungen wie die Artillerie und sollte nur noch vier aktive Bataillone und zwei Kaderbataillone umfassen. Da ist aber nun mit der Aufstellung eines deutsch-niederländischen Panzerbataillons in Bergen und einer weiteren Neuaufstellung in Hardheim eine Trendwende erfolgt und der Panzerbestand soll wieder auf 325 Leopard II (von einst ca. 2100 Exemplaren) aufgestockt werden. Die Zukunft des nicht aktiven Gebirgspanzerbataillons 8 als siebtes Bataillon ist offen. Mit immerhin neun Bataillonen konnte die Substanz der *Panzergrenadiertuppe* noch erhalten werden, außerdem wurden drei *Jägerbataillone* aufgestellt, die mit dem Transportpanzer Boxer auch über den nötigen Schutz verfügen. Die Gebirgstruppe blieb mit drei Bataillonen in einer eigenen *Gebirgsbrigade* und die Fallschirmjägertruppe mit zwei Regimentern in der *Luftlandebrigade* und dem *Kommando Spezialkräfte* weitgehend unangetastet. Es gibt noch drei Divisionsstäbe, den der 1. *Panzerdivision* in Oldenburg und den der 10. *Panzerdivision* in Veitshöchheim bei Würzburg. Das dritte Divisionskommando in Stadtallendorf führt die „schnellen Kräfte“ der Luftlandebrigade 1, von drei Heeresfliegerregimentern und das oft in den Schlagzeilen stehende Kommando Spezialkräfte. Einen Sonderfall stellt die *Deutsch-Französische Brigade* dar, deren deutscher Anteil mit zwei Jägerbataillonen und einem eigenen Panzerartilleriebataillon, einer Pionierkompanie sowie einem Anteil an den Versorgungskräften auch schon an den Umfang einer Brigade heranreicht. Die

Bezeichnungen der *fünf Panzer- oder Panzergrenadierbrigaden (Nr. 9 Munster, Nr. 21 Augustdorf, Nr. 41 Neubrandenburg, Nr. 37 Frankenberg, Nr. 12 Cham)* sind heute nur noch Traditionsbegriffe und sagen nichts mehr über das Mischungsverhältnis von Panzern und Panzergrenadieren aus. Sie führen als Kampfbataillone u.a. auch Jägerbataillone. Grundgedanke war, weitgehend autonome Brigaden zu formieren, die geschlossen in einen NATO- oder Auslandseinsatz gehen konnten. Sie sollten durch räumliche Stationierungsnähe und Übungstätigkeit eine hohe *Kohäsion* entwickeln.

Wegen der unzureichenden Geräteausstattung waren diese Brigaden im Auslandseinsatz für NATO oder bei Friedensmissionen aber nicht wirklich autonom und mussten sich immer wieder Gerät bei anderen Truppenteilen ausleihen. Das Heer ist auch in seiner verkleinerten Formation immer noch in vielen Punkten eine Fassade. Dem sollten die *Trendwenden Finanzen, Ausrüstung und Personal* der letzten Legislaturperiode entgegenwirken. Im neuen Zielbild sollen wieder alle Verbände voll ausgestattet und aus dem Stand im „Kaltstart“ einsatzfähig werden.

Oberhalb der Divisionsebene stehen die *NATO-Korps in Münster, Stettin und Straßburg* sowie ein multinationales *operatives Führungskommando in Ulm* für die Führung größerer Einsätze zur Verfügung.

Die früher *auf Divisions-, Korps- oder Heerezebene* zahlreichen *direkt unterstellten Bataillone* für Kampfunterstützung sind fast völlig verschwunden. Für die Korps stellt das Heer Stabspersonal und deutsche Anteile für Führungsunterstützung, damit diese Hauptquartiere mobil einsetzbar sind. Auf die beiden Panzerdivisionen hat man drei Artilleriebataillone verteilt. Eine Heeresflugabwehr soll am Standort Lüneburg neu entstehen und nicht, wie ursprünglich angedacht im Rahmen der Artillerie realisiert werden. Der 1. Panzerdivision ist ein Fernmeldebataillon für das deutsch-dänisch-polnische Korps Nordost in Stettin unterstellt. Die 1. und 10. Division verfügt über je ein nicht aktives Einsatzunterstützungsbataillon, das vor allem den Divisionsgefechtsstand zu sichern hat. Bei der 10. Panzerdivision gibt es ein nicht aktives Pionierbataillon. Bei der 1. Panzerdivision ist es teilaktiv mit zwei aktiven Schwimmbrückeneinheiten, eine in der NATO sehr knapp gewordene Fähigkeit. Diese Kapazität ist nun in Minden in einem gemeinsamen deutsch-britischen amphibischen Pionierbataillon zusammengefasst worden, da beide Nationen das amphibische Brückensystem M 3 betreiben, das durch seine Schwimmbrücken-LKW sehr mobil und flexibel ist. Künftig werden die drei Divisionen wieder je ein eigenes Fernmelde-, Aufklärungs-, Pionier-, Artillerie- und Versorgungsbataillon und ein nicht aktives Sicherungsbataillon führen.

Multinationalität ist ein im Heer ein gelebtes Prinzip. Das unter dem Dach der Panzerlehrbrigade 9 in Bergen neu aufgestellte deutsch-niederländische Panzerbataillon 414 untersteht im Einsatz der niederländischen Panzergrenadierbrigade 43 und diese ist wiederum der 1. Panzerdivision zugeordnet. Die luftmobile Brigade 11 der Niederländer ist für den NATO-Einsatz der deutschen Division schnelle Kräfte unterstellt. Die an die Luftwaffe abgetretenen minimalen Reste einer Nahbereichsluftverteidigung unterstehen heute einem niederländischen Flugabwehrverband und das Seebataillon der Marine kooperiert mit der niederländischen Marineinfanterie.

Die Kampfpanzerbataillone verfügen einheitlich über *Leopard II* in den Versionen A 6 und A7. Der Bestand soll künftig auf 325 aufgestockt werden. Gegenwärtig werden

107 Fahrzeuge auf den modernsten Stand A7 V kampfwertgesteigert. 17 Fahrzeuge erhalten auch die besondere Selbstschutzausstattung Trophy. Eine Nachfolge durch ein gemeinsames deutsch-französisches Kampffahrzeug ist ab 2035 vorgesehen. Es werden 18 weitere Leopard II in neueren Versionen nachbeschafft werden, um die Abgaben an die Ukraine auszugleichen und den Kampfpanzerbestand auf der Höhe der Zeit zu halten. Jüngst wurde die Beschaffung von ca. 100 Leo 2 A8 beschlossen, um den Kampfpanzerbestand auf der Höhe der Zeit zu halten. Bei den Panzergrenadieren sind fünf Bataillone mit dem neuen *Schützenpanzer Puma* ausgestattet, während vier weiterhin den 1971 eingeführten mehrfach modernisierten und bewährten *Marder* nutzen müssen, der noch in weit über 300 Exemplaren in verschiedenen Rüstzuständen vorhanden ist. Die Aufstockung der 350 Puma durch ein zweites Beschaffungslos stand aus und wurde durch die langen Verzögerungen bei ihrer Einsatzreife auch nicht unbedingt begünstigt. Das schien sich nach dem Kurswechsel von 2022 zu ändern, und eine Nachbesserung aller Puma auf den neuesten, nun einsatzreifen Rüstzustand und ein II. Los zur Ablösung aller Marder in noch vier aktiven Bataillonen in Reichweite. Das war aber nach einer erneuten Pannenserie Ende 2022 wieder offen. Möglicherweise müssen etliche mehrfach modernisierte Marder noch im Dienst bleiben und auf das 60. Dienstjahr zusteuern. Allerdings wird jetzt doch eine schrittweise Kampfwertsteigerung der vorhandenen Puma fortgesetzt und ein kleineres Los von 50 Fahrzeugen nachbeschafft. Die verbleibenden Marder dürften dann zu einem späteren Termin endgültig ausscheiden, wenn die noch offene Entscheidung für die Ausstattung von drei Radschützenpanzerbataillonen der mittleren Kräfte mit einer Variante des Boxers entschieden ist.

In letzter Zeit rückt neben den schweren gepanzerten Kräften und den leichten Kräften in der Luftlandtruppe und bei den Gebirgsjägern die Kategorie *mittlere Kräfte* immer mehr ins Auge der Heeresplaner (operative Leitlinien Landkriegführung). Darunter stellt man sich eine Aufwertung der mit dem *Transportpanzer Boxer* radbeweglichen Jägertruppenteile vor, deren Fahrzeuge durch Einrüstung von Maschinenkanonen, Panzerabwehrraketen und Mörsern eine höhere Feuerkraft erlangen sollen. Eine ideale Ergänzung wären auch die von der Industrie angebotenen stark automatisierten 155-mm Türme der PH 2000 auf dem Fahrgestell des Boxers. Der Boxer entwickelt sich zu einem Erfolgsmodell und ist u.a. in den Niederlanden in Gebrauch und wird künftig in Großbritannien von der Firma Rheinmetall für die britischen Streitkräfte produziert. Jüngste Entscheidung war die Beschaffung von 100 „Kampfboxern“ mit einem Maschinenkanonenturm, die von der Firma Rheinmetall in Australien produziert werden, und als „schwerer Waffenträger“ den leichten Panzer Wiesel in den Jägerbataillonen ablösen sollen.



Der Transportpanzer Boxer kann mit verschiedenen Ausstattungen viele Rollen übernehmen.

Radpanzer der *mittleren Kräfte* wären bei größeren Verlegungen bei einem „Kaltstart“ des Heeres nicht unbedingt auf den Eisenbahntransport angewiesen. Unausgesprochen stehen dabei sicher auch mögliche krisenhafte Entwicklungen an der Ostperipherie des Bündnisses im Mittelpunkt. Die drei Jägerbataillone und ein Gebirgsbataillon waren ohnehin mit dem Transportpanzer Boxer ausgestattet. Die Kategorie mittlere Kräfte in Stärke einer Brigade wird an Bedeutung gewinnen, wenn man sich zum Ende des Jahrzehnts nach fast sechzigjähriger Nutzung endgültig vom Schützenpanzer Marder trennen muss, und auch zwei schwere Brigaden (Nr. 21 und 41) mit Radpanzern ausstatten muss. Allerdings fehlt den mittleren Kräften die Feuerkraft und Durchsetzungsfähigkeit von Kampfpanzern. Die Planer versprechen sich allerdings ein *hochflexibles Element digitalisierter Landoperationen* in dem kompletten Spektrum der Kriegführung incl. des elektronischen Kampfes und der hybriden Bedrohung und legen Wert auf eine abstandsfähige Bewaffnung mit Drohnen, intensive Aufklärung und indirektes Feuer, da eine direkte Duellsituation mit schweren Systemen weniger erfolgversprechend wäre. Mittlere Brigaden dürften auch in größeren Räumen operieren, die durchaus dem von Divisionen gleichkommen. Sie überwachen Räume und sichern den Aufmarsch schwerer Kräfte. Ihre Mobilität und schnelle Reaktion prädestiniert sie auch für schnelle Reaktion und Krisenbewältigung.

Die *aktuelle Heeresplanung* sieht die Zusammenfassung der schweren Kräfte des Heeres in den Brigaden 9 (Münster), 12 (Cham) und 37 (Frankenberg) vor, während die bisher schweren Brigaden 21 (Augustdorf) und 41 (Neubrandenburg) in mittlere Brigaden umgewandelt werden. Die beiden schweren Bataillone der Panzerbrigade 21 (PzBtl 203 und PzGrenBtl 212) sollten zur Panzerbrigade 9 bzw. Panzergrenadier Brigade 37 wechseln. Da gibt es nun die neue Entscheidung, diese beiden Bataillone nach Litauen zu verlegen, um dort die Panzerbrigade 45 aufzustellen. Das PzBtl 363 Hardheim wechselt von der Panzergrenadierbrigade 37 zur Panzerbrigade 12. In den drei schweren Brigaden incl. dem der niederländischen mechanisierten Brigade 43 unterstellten PzBtl 414 wird es dann in wechselnder Zusammensetzung insgesamt sieben aktive Panzergrenadierbataillone (33, 92, 212, 371, 391, 112, 122) und sechs aktive Panzerbataillone (93, 203, 414, 393, 363, 104) geben. Weitere drei Panzergrenadierbataillone mit Radschützenpanzern wird es in den drei mittleren Brigaden geben. Dazu wird wohl der Lehrverband des Gefechtsübungszentrums Altmark gehören, der mit seiner gemischten Ausstattung mit Jägern, Panzergrenadieren und Panzern schon bei der Brigade 41 als dritter aktiver Kampfverband in Organigrammen aufgeführt ist. In einer Arbeitsgliederung soll die 10. Panzerdivision (Veitshöchheim) mit den Brigaden 12 und 37 sowie der neu unterstellten mittleren Brigade 13 der Niederlande die der NATO für 2025 einsatzbereite schwere Kampfdivision bilden. Die ursprünglich dafür vorgesehene Panzerbrigade 9 ist wohl nicht mehr für die vorläufige Division 2025 eingeplant. Die 10. Panzerdivision erhält für ihre Einsatzrolle Unterstützungseinheiten aus den Organisationsbereichen SKB, Sanität und CIR fest zugewiesen.

Die Einsatzbereitschaft und Ausstattung der 10. Panzerdivision hat Priorität. Die Vollaussstattung und Digitalisierung der 1. Panzerdivision und der Division schnelle Kräfte sollen folgen. Zum Ende des Jahrzehnts sollen die 1. Panzerdivision die schweren Brigaden 9 und 43 (NL) und die mittleren Brigaden 21 und 41 als vollausgestattete kaltstartfähige Verbände führen. Bei der 10. Division werden das in der

Endgliederung die schweren Brigaden 12 und 37 und die mittleren Brigaden D/F und 13 (NL) sein. Die leichten Kräfte werden sich dann in der Division schnelle Kräfte mit der Luftlandebrigade 1 und der Gebirgsbrigade ohne gepanzerte Fahrzeuge plus der niederländischen Luchtmobilen Brigade 11 finden. Bei den Panzergrenadieren wird der aktive Anteil auf sieben Bataillone sinken und zwei Bataillone in mittlere Kräfte umgegliedert. *Offiziell sieht die Heeresplanung bis 2032 für die NATO drei komplette deutsche Divisionen mit acht, später vielleicht 10 Brigaden vor. Das wären in der Zielstruktur sechs Kampfbrigaden (Nr. 9, 12, 21, 23, 37, 41) mit drei bis vier aktiven und nicht aktiven Kampfбатайलों plus einer Aufstockung des deutschen Anteils der Deutsch-Französischen Brigade plus die Luftlandebrigade 1 umfassen.*

Insgesamt geht man auch von einer *Aufwertung der Divisionsebene* aus und von der *Aufstellung von Aufklärungs- und Pionierkräften in die Divisionstruppen*. Die Brigaden sollen allerdings ihre eigenen Aufklärungs- und Pionierbataillone behalten. *Die Rückkehr der Feldjäger und ABC -Abwehrtruppe aus der SKB ins Heer ist erst einmal nicht vorgesehen* und für Teile der Sanitätskräfte ist diese Diskussion auch erst einmal beendet.

Im Rahmen der Zuordnung der Gebirgsjägerbrigade 23 zu den leichten Kräften wurden das Panzerpionierbataillon 4, das Aufklärungsbataillon 230, nun 10, und das Gebirgsversorgungsbataillon 8 der 10. Panzerdivision als Divisionstruppen unterstellt. Zu deren Divisionstruppen gehören auch das Fernmeldebataillon 10 Veitshöchheim und das Artillerielehrbataillon 345 in Idar-Oberstein.

Die Heeresführung und der Generalsinspekteur fordern „kaltstartfähige“ Verbände, die sich dauerhaft in einer Einsatzstruktur befinden und nicht erst nach einem Baukastensystem zusammengesetzt werden müssen, wie das bei den Auslandskontingenten für Friedensmissionen bislang der Fall war.



Mittlere Raketenwerfer MARS II könnten künftig die Divisions- oder Korpsartillerie verstärken. Hier ausgestellt in Münster-Handorf und unterwegs in den Übungsgebieten der Lüneburger Heide. Gegenwärtig verteilen sich diese Systeme auf die vier gemischten Artilleriebataillone.

Beim Blick auf das Organigramm des Heeres kann man feststellen, dass der Rahmen dieser *Planung zum Fähigkeitsprofil 2031 für die Kampftruppenteile mit den heute schon vorhandenen aktiven Bataillonen und Ergänzungstruppenteilen in den Brigaden möglich* ist. Neuaufstellungen wären allerdings bei der Artillerietruppe (+5 Bataillone), einigen Divisionstruppen und Truppen für ein Korps (Führungsunterstützung, Logistik, Flugabwehr) erforderlich. Insgesamt dürften das ca. 13 Bataillone und 16 neue selbstständige Kompanien sein. 2023/24 beginnt der Aufwuchs der Artillerie mit einer Teilung des Artilleriebataillons 131 in Weiden. damit die PzBrig 12

und PzGrenBrig 37 wieder ein eigenes Panzerartilleriebataillon (131,375) erhalten. Auch in der Anschlusslogistik wäre ein Ausbau erforderlich, da das Logistikkommando drei Heeresdivisionen plus Luftwaffe und Marine heute nicht in einem breiten Einsatz versorgen könnte. Bei dieser Planung handelt es sich bei der Kampfstärke *nicht um eine Steigerung der Quantität, sondern der Qualität!*

Diese Ausbaupläne waren vor der „Zeitenwende“-Rede *finanziell nicht unterlegt*. Der Jahresetat müsste wohl auf 54 Mrd.€ steigen, er hatte aber 2021 seinen Zenit mit 50 Mrd. erreicht und wird in der mittelfristigen Finanzplanung nicht weiter steigen. . Generäle, die derartige Planungen gegenüber der Politik mit Vehemenz verfolgten und betonten, dass die friedenserhaltende Abschreckung nur durch die Befähigung zum Kampf glaubwürdig sein kann, liefen immer Gefahr, mit dem politischen und gesellschaftlichen „Mainstream“ zu kollidieren, der den Gedanken einer Bundeswehr im Kampfeinsatz gerne verdrängte. *Ob der jüngste Kurswechsel und das Bekenntnis zum 2 %-Ziel auch nach einem Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine noch vehement vertreten werden, darf man als politischer Betrachter durchaus in Frage stellen. Die Kräfte in Politik und Gesellschaft, die für die Vernachlässigung der Verteidigung Verantwortung trugen, sind schließlich nicht über Nacht verschwunden und beginnen sich auch schon wieder zu Wort zu melden! Außerdem konkurrieren die Vorhaben des Heeres mit denen der anderen Teilstreitkräfte, die erhebliche Finanzkräfte binden, hinter denen aber oft eine starke industriepolitische Lobby steht. So gilt das deutsch-französisch-spanische Luftwaffenprojekt FCAS wegen seiner politischen und technologischen Bedeutung als „too big to fail“, auch wenn man kritisch dabei anmerken sollte, dass es am Ende vielleicht nur um 100 – 150 Systeme handeln dürfte. Der Ausfall eines einzelnen Systems dürfte dann mehr ins Gewicht fallen als der eines Gefechtsfahrzeuges der Landstreitkräfte. Hier einige Beispiele zum Kostenvergleich: 350 Schützenpanzer Puma (4,9 Mrd.€), 140 Eurofighter (24,5 Mrd. €), 4 Fregatten 125 (3,2 Mrd. €), 53 Transportflugzeuge Airbus A 400 M (9,6 Mrd.€), 68 Kampfhubschrauber Tiger (5,1 Mrd.€). Als außenstehender Beobachter, der vom Einsatz her denkt, mag man durchaus kritisch hinterfragen, ob es immer sinnvoll ist, einen großen Teil der engen Finanzmittel aus industriepolitischen und politischen Motiven in die Eigenentwicklung einer relativ begrenzten Zahl von schwimmenden und fliegenden System zu investieren, wenn die Schwerpunktaufgaben zu Lande große Defizite aufweisen und ob die ohne Zweifel notwendigen Aufgaben der Dimensionen Luft und See nicht durch marktverfügbare Angebote auch abgedeckt werden könnten. Als Gegenargument dürfte dann allerdings von den Lobbyisten sofort der *Erhalt von Schlüsseltechnologien* und die *technologische Konkurrenzfähigkeit Deutschlands* ins Feld geführt werden.*

Neben den Divisionskommandos stehen in der Heeresgliederung auf gleicher Höhe der Hierarchie noch zwei weitere Einrichtungen: das *Amt für Heeresentwicklung* in Köln und das *Ausbildungskommando* in Leipzig.

Das Kölner Amt geht auf das ursprünglich mit viel weitergehenden Aufgaben in der Heereslogistik und Ausbildung betraute Heeresamt zurück. Der neue Kernauftrag besteht nun in der Entwicklung einer Konzeption und Materialplanung für die Weiterentwicklung des Heeres. Hier sind wichtige Prozesse in Gang gekommen, die mit neuen Planungen für *digitalisierte Landoperationen (DLBO)* den Charakter des Heeres durchaus verändern können. Das Ende ist noch offen. Das Amt für Heeresentwicklung arbeitet eng mit dem Planungsamt und dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung zusammen.

Dem *Ausbildungskommando des Heeres* unterstehen die verschiedenen Schulen der Waffengattungen und einige Übungszentren. Die beiden Ausbildungsbataillone für Offiziere wurden aufgelöst, die drei Ausbildungsbataillone für Unteroffiziere bestehen zurzeit noch.

An der Spitze stehen die *Offizierschule des Heeres* in Dresden und die *Unteroffizierschule* in Delitzsch. Bekannt sind die *Panzertruppendschule* in Munster und *Infanterieschule* in Hammelburg, denen noch spezielle *Schulen* an anderen Orten unterstellt sind (Artillerie in Idar-Oberstein, Heeresaufklärung in Munster, Gebirgs-/Winterkampf in Mittenwald, Luftlandung/Lufttransport in Schongau, Spezialkräfte in Calw). Zur *Pionierschule* in Ingolstadt gehört auch eine Schule zur Kampfmittelabwehr in Stetten. Für das technische Knowhow der zahlreichen Heeressysteme ist die *Technikschule des Heeres* in Aachen zuständig.

Dazu kommen einige *Ausbildungs- und Übungszentren*: Fernspäher in Pfullendorf, UN in Hammelburg, Luftbeweglichkeit in Celle, Gefechtssimulation in Wildflecken und auf dem Truppenübungsplatz Altmark befindet sich das Gefechtsübungszentrum Letzlingen. Einige Schulen für Aufgaben der Landstreitkräfte befinden sich auch unter dem Dach der Streitkräftebasis (s.u.).

Abschließend sei beim Blick auf das Organigramm des Heeres noch auf ein Element der vorhandenen Heeresstruktur hingewiesen, dass künftig größere Bedeutung erlangen könnte. An anderer Stelle war bereits von der eifertigen Auflösung zahlreicher nicht aktiver Bataillone bis 2008 die Rede. Dies geschah in besonderem Maße in der Streitkräftebasis. Im Heer begann man in der neuen Struktur schnell wieder damit, auch nicht aktive Truppenteile abzubilden, die durch Reservisten aufgefüllt werden konnten. Bei diesen sog. „*Ergänzungstruppenteilen*“ handelt es sich sowohl um bataillonsstarke Verbände unter dem Dach der Brigaden bzw. Divisionen als auch um kompaniesterke Formationen, die an aktive Heerestruppenteile angegliedert sind. Diese Ergänzungstruppenteile sind allerdings bislang reine Personalergänzungsformationen, die über kein eigenes Gerät verfügen. In gelegentlichen *freiwilligen Reservedienstleistungen* (anstelle der früheren Wehrübungen) können die Reservisten unterstützt von den aktiven Truppenteilen mit deren Gerät in Übung gehalten werden. So wird zumindest die personelle Durchhaltefähigkeit des Heeres erhöht. Für einen Teil dieser Ergänzungstruppen dürfte ein gewisser Gerätebestand in den Depots (Panzer, Pioniergerät) auch noch vorhanden sein, aber bei den Übungen werden diese Einheiten damit nicht mobilisiert. Insgesamt sind dies im Heer ca. sieben Ergänzungstruppenbataillone, darunter zwei Einheiten Panzergrenadiere und ein Jägerverband, und ca. 20 kompaniesterke Einheiten verteilt auf aktive Heeresbataillone.

Die Heeresplaner sahen bislang vor, bis zum Ende des Jahrzehnts diese *Ergänzungstruppen wieder personell mit Reservisten voll aufzufüllen und mit Gerät auszustatten und durch Ausbildung und Übungen zu nicht aktiven Einsatzverbänden zu machen*, mit denen man das Planziel von drei Divisionen erreichen kann. Das 2022 veröffentlichte Organigramm zum neuen Zielbild machte keine Angabe zu Reserveverbänden. Man kann bei den Kampftruppen höchstwahrscheinlich nur einen beschränkten Aufwuchs durch die künftig mit Gerät und beordneten Reservisten aktivierbaren Bataillone 908,909,921 und ggf. GbPzBtl 8, annehmen, die ohnehin schon als Ergänzungstruppenteile existieren und üben. Die aktuellen Stärkezahlen der Bundeswehr liegen bei 183 -184.000 Soldatinnen und Soldaten und sind regelmäßig

in Thomas Wiegolds sicherheitspolitischen Blog „Augen geradeaus“ in detaillierter Aufschlüsselung nachzulesen. Ob eine Aufstockung auf 203.000 bis 2027 gelingt, sei einmal dahingestellt. Schon jetzt können die haushaltsmäßig vorgesehenen Dienstposten nicht alle besetzt werden. Die Zahl 203.000 ergäbe sich aus der vorgesehenen Zahl von 198.000 aktiven Soldaten und 5000 Übungsdienstposten für Reservedienstleistende, die gerade üben. 2022/23 sank die Aktivstärke auf ca. 182.000.

Für den Aufwuchs ist gegenwärtig immer von 60.000 – 62.000 Reservedienstposten die Rede, von denen aber nur ca. 39.000 mit Beordnungen unterlegt sind. Im Zusammenhang mit der Einführung der Grundbeordnung als Teil der neuen Strategie der Reserve kursierten Zahlen über einen möglichen Aufwuchs von 90.000 -100.000, wobei man davon ausgehen kann, dass ein Teil davon auf Personalersatz entfallen wird. Die Terminologie der Reserve unterscheidet zwischen einer Verstärkungsreserve für Beordnung in der Truppe, der Personalreserve als Pool für Ausfälle von Führungspersonal, der Territorialen Reserve in Heimatschutzkompanien und Verbindungskommandos in den Kommunen und einer Allgemeinen Reserve mit der Masse nicht eingeplanter, nach den gesetzlichen Altersgrenzen noch „wehrfähigen“ Männer und Frauen, die einmal in der Bundeswehr gedient haben, darunter noch viele ehemalige Wehrpflichtige. Künftig wird es noch eine besondere Kategorie für den Personalersatz (Feldersatz) geben.

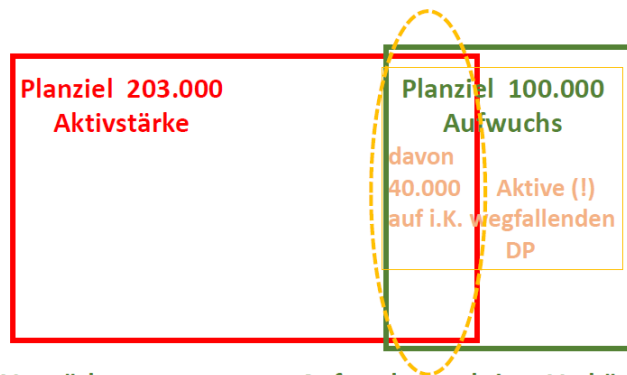
Eine jüngere Information eines Vortragenden des BMVg in einem Artikel des Reservistenmagazin „Loyal“ 9/2021 (S.49) lässt aufhorchen. Demzufolge soll sich der Aufwuchs aus wie bisher ca. 60.000 Reservedienstposten und 40.000 Soldaten aus dem aktiven Bestand der Bundeswehr zusammensetzen, deren Dienstposten in einem Verteidigungsfall wegfallen würden. Das ist eine alte Praxis, Militärangehörige in Schulen, Verwaltungsdienststellen, Friedensstäben etc. für eine Mobilmachungsverwendung in den Einsatzkräften vorzusehen. Die muss man natürlich schon zum Ist-Bestand von 183.000/184.000 aktiven Soldaten zählen, so dass ein realer Aufwuchs der Bundeswehr auf maximal 245.000 Soldaten in einem Konflikt zu erwarten wäre bzw. 265.000 Soldaten, wenn es doch noch zu einer Aufstockung der Aktivstärke kommen sollte.

Auf der Jahrestagung der Reserve im Herbst 2023 sprach man von 60.000 beordneten Reservisten, 40.000 Aktiven in Zweitrolle für den Aufwuchs und 30.000 Spiegeldienstposten in der Personalreserve. Die Zahl 90.000 bezöge sich somit auf die Summe aller nicht aktiven Reservedienstleistenden, die Zahl 100.000 auf die Summe aller Beordneten in der Verstärkungs- und Territorialen Reserve inklusive 40.000 Aktiven in Zweitrolle. Die Bedarfsermittlung für Feldersatztruppenteile läuft noch. Nach Abzug der 40.000 Aktiven in Zweitrolle auf einem nicht aktiven Dienstposten in der Verteidigungsstruktur von der aktuellen Aktivstärke käme man auf einen Umfang von 232.000 aktiven und nicht aktiven Soldaten, die für den Verteidigungsauftrag gegenwärtig eingeplant werden. Natürlich liegt zwischen Plansoll und verfügbarem Ist immer eine Differenz.

In einem Kommentar des Hardthöhenkuriers (3/2024) war davon die Rede, dass der Verteidigungsumfang der Bundeswehr in der NATO-Planung unter Einschluss der Ersatzreserve mit ca. 460.000 gehandelt werde. Da ginge man dann von 200.000 Friedensumfang und einen Aufwuchs von 75.000 Reservisten aus. Man könne dann über den Umfang der Ersatzreserve spekulieren, der sich nach der genannten Umfangszahl auf 185.000 belaufen müsste.

Zum Vergleich, die Mobilmachungsstärke der 80er Jahre betrug über 1,3 Millionen. Als Handwaffe wird man für den Aufwuchs auch das künftig abzulösende G 36 weiternutzen. 19.000 G 36 werden gegenwärtig dafür eingelagert.

Reservisten können in der Bundeswehr aktive Einheiten personell verstärken, als Personalreserve für Ausfälle und Vakanzen zur Verfügung zu stehen, oder komplette nicht aktive Einheiten (Ergänzungstruppenteile) auffüllen, die dann als Einsatzverbände neben die aktiven Bataillone und Kompanien treten.



Diese Grafik gibt Vorstellungen der Planer über den künftigen Umfang der Aktivstärke und des Aufwuchses wieder. Der Aufwuchs bestünde dann aus ca. 60.000 Reservisten und 40.000 aktiven Soldaten, deren Friedensdienstposten in einem Krieg wegfielen.

- Verstärkungsreserve zur Aufstockung aktiver Verbände und Mobilmachung nicht aktiver Truppenteile
- Personalreserve, Feldersatz
- Territoriale Reserve* (ca. 10.000 ?)

*zurzeit noch Teil der SKB

Die 60.000 -62.000 Reservistendienstposten und 40.000 Aktiven, die ihre Friedensdienstposten verlassen würden, bilden zusammen den Ergänzungsumfang, den man in der Terminologie nicht automatisch mit der Reserve gleichsetzen sollte und was gelegentlich zu verwirrenden Zahl von 100.000 Reservisten führt. Wenn Zahlen von 90.000 bis 100.000 genannt werden, geht es um die Dienstposten für den Ergänzungsumfang, zu dem eben auch aktive Soldaten gezählt werden müssen.

Jüngste Zahlenangaben von 2023 nennen folgende Zahlen für das Plansoll nicht aktiver Dienstposten für die Verteidigungsstruktur bei der beordnete Reservisten und Aktive in Zweitrolle „verzahnt“ werden: Heer 20.000, Luftwaffe 15.000, Marine 5000, SKB 14.000, Territoriales Führungskommando, wozu jetzt u.a. die Territoriale Reserve für den Heimatschutz gehört 26.000, Kommando CIR inkl. Cyberreserve, 3500, Sanitätsdienst 16.400. Das schließt die Dienstposten für die zusätzlich aufzustellenden Ergänzungseinheiten ebenso ein wie das Personal, um aktive Einheiten auf volle Stärke zu bringen,

Bisher stellte die *Freiwilligkeit von Reservedienstleistungen* eine große Hürde für derartige Vorhaben dar. Seit Oktober 2021 können nun im Rahmen eine neuen „Strategie der Reserve“ alle ausscheidenden Soldaten vor dem 57. Lebensjahr für sechs Jahre in einer *Grundbeordnung* auf Reservedienstposten verpflichtend eingeplant werden, allerdings bleiben im Frieden Reservedienstleistungen während der sechsjährigen Beorderungszeit weiterhin freiwillig. Im Prinzip ist das eine Wiedereinführung von Elementen der alten Wehrpflicht für ehemalige Freiwillige. Ein weiteres Potential erschließt sich nun durch die Einplanung von 40.000 aktiven Soldaten, deren Posten in einem Verteidigungsfall wegfallen würden (zum Beispiel in Schulen, Stäben, im Rüstungsbereich) und die in allen Teilstreitkräften und Organisationsbereichen Reservedienstposten besetzen könnten. Allerdings sind diese

Planungsabsichten noch nicht umfassend publiziert. In der Bundeswehrpublizistik wird meist der Eindruck vermittelt, dass sich der Aufwuchs vorwiegend aus Reservisten zusammensetzt, die als Zivilisten wieder die Uniform anziehen. Dabei ist die Nutzung von aktiven Soldaten auf im Kriege wegfallenden Dienstposten in einer Einsatzverwendung in der Kriegsgliederung eigentlich ein positives Beispiel für eine effiziente Personalnutzung und sollte angesichts der häufigen Kritik an einem kopflastigen und ineffizienten Personalkörper Bundeswehr viel stärker vermarktet werden.

Eine weitere Personaloption für den Reservedienst stellt das 2021 begonnene Projekt „*Dein Jahr für Deutschland – Freiwillige im Heimatschutz*“ dar. In einem siebenmonatigen freiwilligen Wehrdienst sollen Soldatinnen und Soldaten für den Einsatz im Sicherungsdienst und in der Katastrophenhilfe qualifiziert werden und danach für sechs Jahre in den zurzeit 37 Heimatschutzkompanien eingeplant werden. In diesem Zeitraum sollen sie dann auch insgesamt fünf Monate Reservedienst in jährlichen Übungen zur Erhaltung und Erweiterung ihrer Qualifikation leisten. Neben diesem in der Streitkräftebasis angesiedelten Projekt bemühen sich auch die Luftwaffe und neuerdings auch die Marine, ihre Sicherungskräfte mit Reservisten zu erneuern.

Seit 1960 bietet der *Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr* ehemaligen Soldaten mit der *Freiwilligen Reservistenarbeit* ein Forum, um sich in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bei der Erhaltung militärischer Grundfertigkeiten fit zu halten, sich zu informieren und in der Öffentlichkeit selber in einer Mittlerrolle sicherheitspolitische Anliegen zu diskutieren und zu vermitteln.

Ungeachtet der arbeitsteiligen Differenzierung der Truppe und vieler Friedensdienstposten in Ämtern und Stäben, besteht die Forderung, dass jeder Soldat ungeachtet seiner Funktion, die *militärischen Grundfertigkeiten* beherrscht und mit einer Handwaffe (Sturmgewehr, Maschinenpistole, Pistole) ausgestattet werden kann, um sich, seine Einheit und Objekte im Einsatzgebiet oder in der Heimat zu schützen. Ggf. sind dafür auch noch Altbestände an Waffen zu lagern. Gern berichtet auch die Bundeswehrpublizistik, wenn logistische Einheiten oder IT-Bataillone im Gelände den für sie nicht typischen infanteristischen Einsatz üben. Die Befähigung dazu soll die Allgemeine Grundausbildung, aber auch gelegentliches Üben im Dienstplan sicherstellen. Für Reservisten bietet die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit dem Reservistenverband im Rahmen der *Freiwilligen Reservistenarbeit* bei *Dienstlichen Veranstaltungen* diese Fertigkeiten, allen voran das Schießen, zu trainieren.



60 Jahre Freiwillige Reservistenarbeit in Zusammenarbeit von Bundeswehr und Reservistenverband

Natürlich sind nicht alle Dienstposten einer Armee von 184.000 Soldatinnen und Soldaten mit „Kämpfern“ besetzt und viele Funktionen, aus dem Friedensgrundbetrieb würden in einem Verteidigungsfall wegfallen, darunter viele Schüler und deren

Ausbilder. Diese müssten dann auf einem anderen Dienstposten oder in spontanen Bedrohungssituationen im Verteidigungsfall auch Gefechtstätigkeiten wahrnehmen.

Wurden von dem *Sturmgewehr G 3* noch ca. 2 Millionen beschafft, kam das *G 36* mit ca. 190.000 Exemplaren zur Truppe und so ist das neue Sturmgewehr nur noch mit 120.000 ausgeschrieben. Dies mag ein Anhalt für den eigentlichen *Gefechtsumfang* sein, auch wenn viele weitere neue Infanteriewaffen eingeführt wurden und viele alte auch noch genutzt werden. Auch ist nicht jeder Gewehrträger in einem Einsatz automatisch in eine primären „Kämpferfunktion“ eingesetzt. Eine moderne Armee ist ein komplexes Gebilde, das nicht mehr viel mit den Formationen gemein hat, die der Normalbürger immer in Weltkriegsdokumentationen sieht.

Zu den aktuellen Plänen zur Verstärkung des Heimatschutzes gehört nicht nur die Aufstockung auf 42 Heimatschutzkompanien in sechs Regimentern, sondern auch ein Projekt für einen stationären Objektschutz in allen Teilstreitkräften und Organisationsbereichen.

Die bevorstehenden Neuplanungen bei der Dimension Land seien hier noch einmal zusammengefasst, da sie in der folgende Übersichtsgrafik zum Heer in der gegenwärtigen Struktur in den nächsten Jahren noch nachgetragen werden müssten. An der Stationierung und dem Bestand vorhandener Truppen wird sich ohnehin nicht allzu viel ändern und neu aufgestellte Reserveformationen sind auch nicht zu erwarten.

Die ursprünglich für 2027 zugesagte voll ausgestattete und einsatzbereite schwere NATO-Division wurde auf 2025 vorgezogen. Gleichzeitig muss neben den vorhandenen Kräfte für die erweiterte Präsenz in Litauen nun auch eine Brigade im Rahmen des New Force Models der NATO in Bereitschaft gehalten werden. Künftig werden die schweren Kräfte mit sechs Panzer- und nur noch sieben Panzergrenadierbataillonen in drei Brigaden zusammengefasst: Panzer(lehr)brigade 9 Munster, Panzerbrigade 12 Cham, Panzergrenadierbrigade 37 Frankenberg. Das Panzerbataillon 414 Bergen-Loheide wird dabei weiterhin im Einsatz der mechanisierten niederländischen Brigade 43 unterstehen Die mittleren Kräfte mit Radpanzern sollen von der bisherigen Panzerbrigade 21 Augustdorf, der Panzergrenadierbrigade 41 Neubrandenburg und dem deutschen Anteil der Deutsch/Französischen Brigade im Südwesten geführt werden. Die Brigade 21 gibt das Panzerbataillon 203 an die Panzerbrigade 9 und das Panzergrenadierbataillon 212 an die Panzergrenadierbrigade 37 ab.

Langfristig soll die Einsatzgliederung so aussehen: Zum Ende des Jahrzehnts sollen die 1. Panzerdivision die schweren Brigaden 9 und 43 (NL) und die mittleren Brigaden 21 und 41 als vollausgestattete kaltstartfähige Verbände führen. Bei der 10. Division werden das in der Endgliederung die schweren Brigaden 12 und 37 und die mittleren Brigaden D/F und 13 (NL) sein. Die leichten Kräfte werden sich dann in der Division schnelle Kräfte mit der Luftlandebrigade 1 und der Gebirgsbrigade ohne gepanzerte Fahrzeuge plus der niederländischen Luchtmobilen Brigade 11 finden.

Aus der Panzerbrigade 21 wird dann eine Jägerbrigade, welche die schon vorhandenen mit Transportpanzern Boxer ausgestatteten Jägerbataillone 1 (Schwarzenborn), 91 Rotenburg/Wümme und 413 Torgelow führen soll. Die Panzergrenadierbrigade 41 müsste als mittlere Brigade ihre beiden Marder-Bataillone

401 Hagenow und 411 Viereck in Jägerbataillone mit Boxer umwandeln und die beiden noch mit dem Schützer Marder ausgestatteten Panzergrenadierbataillone der Panzergrenadierbrigade 37 mit den Nummern 371 Marienberg und 391 Bad Salzungen mit neuen Schützenpanzern Puma aus einem II. Los ausgestattet werden, während das Panzergrenadierbataillon 212 schon Puma hat.

Langfristig wird erwartet, dass die drei mittleren Brigaden jeweils zwei Jägerbataillone und ein Radschützenpanzerbataillon führen.

Eine Veränderung der Planung ergibt sich aus der Entscheidung, in Litauen eine Brigade dauerhaft zu stationieren, die sich als Panzerbrigade 45 aus dem Panzerbataillon 203 und dem Panzergrenadierbataillon 122 plus dem jeweiligen in Rotation befindlichen enhance- Forward-Presence-Bataillon unter deutscher Führung zusammensetzen wird. Der Heeresinspekteur sprach auch von der beabsichtigten Aufstellung eines Panzerartilleriebataillons 455.

Hier dürften aber durch die erneute Krise beim Schützenpanzer Puma einige Unwägbarkeiten bestehen. Wird der Schützenpanzer Marder nicht noch länger in Dienst bleiben müssen? Wird es je ein Panzergrenadierbataillon (Rad) für die mittleren Brigaden 21,41 und D/F geben? Vorläufig werden die Bataillone 1,91,413, 291,292 und künftig 401,411 vorerst mit Transportpanzern Boxer und Fuchs auskommen müssen. Hier sind zuerst einmal die leichten Panzer Wiesel als Unterstützungsfahrzeuge durch den schweren Waffenträger Boxer zu ersetzen.

Eine Sonderrolle spielt der Lehrverband des Gefechtsübungszentrums Altmark (Letzlinger Heide), den Gliederungsbilder schon für die Einsatzgliederung als Panzergrenadierbataillon und dritten Kampfverband der Brigade 41 zuweisen.

Weiterhin müssen aus den vier gemischten Artilleriebataillonen mit Panzerhaubitzen 2000, MARS II und Artillerieaufklärungskräften, nämlich 131 Weiden (künftig Overviechtach), 325 Munster, 295 Stetten und 345 Idar-Oberstein, sechs Artilleriebataillone für die Brigaden (drei schwere Bataillone mit PH 2000 und drei leichte Radhaubitzen 155) und drei Artilleriebataillone für die Divisionen (zwei gemischte Bataillone PH 2000, MARS II und einmal luftbeweglich) entstehen. Zum radbeweglichen und luftbeweglichen System stehen Entscheidungen noch aus und sind auch im Sondervermögen nicht eingestellt. Die Aufstellung des Panzerartilleriebataillons 375 in Weiden wurde begonnen, ist aber noch nicht abgeschlossen.

Als neue Standorte sind Fallingb.-Oerbke und Bautzen gedacht. Zusätzlich aufzustellen sind je ein Aufklärungsbataillon für die 1. Panzerdivision und Division Schnelle Kräfte DSK, ein Fernmeldebataillon für die 1. Panzerdivision, je ein Versorgungsbataillon für die 1. Panzerdivision und DSK und ein nicht aktives Versorgungsbataillon für die Korpstruppen. Je ein neues Pionierbataillon wird für die Brigade 41 und die Brigade D/F benötigt. Dazu ca. 17 Stabsunterstützungskompanien, Fernmeldekompanien, Versorgungskompanien und Sanitätskompanien in den Brigaden. Die in Schwarzenborn aufgestellte Fernspähkompanie als Korpstruppe soll um eine nicht aktive Kompanie ergänzt werden. Die beiden Fallschirmregimenter 26 und 31 in Saarlouis, Zweibücken und Seedorf werden in drei Bataillone für die Luftlandebrigade 1 und ein Regiment als Dispositiv für die Nationale Krisenvorsorge aufgeteilt. Noch offen ist die Aufstellung je eines

zusätzlichen mittleren deutschen Bataillons im Rahmen der Brigade D/F und 13. Leichten Brigade (NL), welche seit März 23 der 10. Panzerdivision unterstellt ist und den mittleren Kräften zugerechnet werden kann. Über ein viertes nicht aktives Gebirgsbataillon kann man nur spekulieren. Aus den Kräften für das Gefechtsübungszenrum Letzlinger Heide soll wie schon erwähnt für den Ergänzungsumfang ein gemischter Verband (Pz, PzGren, Jg) für die Brigade 41 gebildet werden.

Im Planungsbild zum Zielbild Einsatzkräfte Heer findet man keine Angaben zur Zukunft der bisher abgebildeten Ergänzungstruppenteile. Mutmaßlich werden die nicht aktiven Ergänzungstruppenbataillone 908 (PzGren) Viereck, 909 (PzGren) Marienberg und 921 (Jg) Schwarzenborn die Brigaden 41, D/F und 21 als zusätzliches Kampfbataillon aufstocken und das GbPzBtl 8 wird sicher benötigt, um als weiteres nichtaktives Bataillon die Brigade D/F oder die Brig 13 (NL) zu verstärken. Alle Divisionen und Brigaden sollen zudem auch Sicherungskräfte zum Schutz der eigenen Gefechtsstände und des rückwärtigen Raumes aufstellen und zwar je ein Bataillon auf Divisionsebene, eine Kompanie bei den Brigaden und je ein Zug bei Bataillonen. Hier gibt es schon einen Kern mit den nicht aktiven Einsatzunterstützungsbataillonen 1 und 10. **Werden alle Planungen umgesetzt, hat das Heer künftig im Aktivumfang über 70 Bataillone und fast 30 selbstständige Kompanien.**

Man darf getrost Zweifel anmelden, ob angesichts der ungesicherten Finanzplanung und engen Personalressourcen bei der aktiven Truppe und Reserve diese ambitionierten Planungen auch 1: 1 umgesetzt werden können.

Dabei geht es hier nur um nachhaltige Ausplanung und Ausstattung der vorhandenen Substanz und noch nicht einmal um zusätzliche Großverbände.

Gefragt sind große Anstrengungen bei der Effizienzsteigerung und eine kritische Überprüfung von Friedensdienstposten. Der kritische Beobachter sollte sich vor Augen halten, dass das Heer 1985 mit 345.000 Aktivstärke immerhin 42 weitgehend aktive, voll ausgestattete Brigaden mit starken Divisions- und Korpstruppen im Frieden präsent halten konnte, während die heutige Bundeswehr mit den ca. 140.000 Soldaten, welche gegenwärtig das breite Aufgabenspektrum der früheren Teilstreitkraft Heer abdecken, heute nur knapp 8 Brigaden schafft und für nur drei statt zwölf Divisionen viele Divisionstruppen jetzt wiederaufstellen muss. Da reicht der Hinweis auf den Wegfall der Wehrpflicht allein nicht als Erklärung aus

Für die aktiven Kampftruppen gilt dann künftig wahrscheinlich folgende Unterstellung:

sBrigaden	PzBtl	PzBtl	PzGrenBtl	PzGrenBt	PzGrenBtl
9	93	203*	33	92	
12	104	363	112	122*	
37	393		371	391	212
43(NL) 414					
mBrigaden	JgBtl	JgBtl	JgBtl	PzGrenBtl (Rad)	
21	1	91	413	<-?	
41	401	411		GÜZ(L) z.Zt.Jg.PzGren,Pz-Kp	
D/F	291	292		<-?	
lBrigaden	23 Gb	231 Gb	232 Gb	233 Gb	
1 LL	261 Fsj	262 Fsj	263 Fsj		
	+ FsjRgt 31	+ KSK			

*werden künftig zur PzBrig 45 in Litauen gehören

Eine weitere Modifikation ergab sich aus der Entscheidung, dauerhaft eine deutsche Heeresbrigade in Litauen zu stationieren. Verteidigungsminister Pistorius

konkretisierte diese Planungen im Herbst 2023. Das Panzerbataillon 203 aus Augustdorf und das Panzergrenadierbataillon 122 aus Oberviechtach wurden für die in Litauen neu zu bildende Panzerbrigade 42 ausgewählt. Den dritten Kampfverband soll die ohnehin in Litauen präsente Forward Presence Battlegroup bilden, welche dort von Deutschland mit anderen Partnerstaaten für die Rückversicherung der NATO als Beitrag für diesen baltischen Staat in Rotation aufrechterhalten wird.

Um der Strukturpolitik an den abgebenden Standorten entgegenzukommen, wird in Augustdorf das Artilleriebataillon 215 (wieder-)aufgestellt, das Artilleriebataillon 131 aus Weiden nach Oberviechtach verlegt und in Weiden die Aufstellung des Artilleriebataillons 375 fortgesetzt. Damit würde das Heer erst einmal wieder über sechs Artilleriebataillone verfügen. Zur Aufstellung der im Zielbild vorgesehenen neun Artilleriebataillone bedarf es weiteren Personals und neuer Waffensysteme. Von der Beschaffung von 155mm Panzerhaubitzen (Rad) und neuer Raketenwerfer wird immer wieder geredet, aber eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen.

Gegenwärtig sind Neuaufstellungen durch die Stagnation bei der Personalentwicklung und Mangel an Gerät, u.a. durch Abgaben an die Ukraine erschwert. Zwar werden die Abgaben von Panzerhaubitzen und Leopard II durch Nachbestellungen in niedriger Stückzahl 1:1 ersetzt (18 Leo II, 22 PH 2000), aber der große Wurf einer großzügigen quantitativ relevanten Geräteaufstockung erfolgt nicht. Das 100 Mrd-,Sondervermögen' dürfte für die Abwicklung verschobener Projekte der bisherigen Planung (Tornadonachfolge, Transporthubschrauber) und Erneuerung unverzichtbarer Grundausrüstungen wie z.B. Führungsausrüstung und persönliche Ausrüstung aufgebraucht werden. Das Personalziel von 203.000 wurde noch nicht offiziell aufgegeben, aber Zweifel wurden auch schon vom Minister geäußert, ob dies angesichts sogar leicht rückläufiger Personalzahlen erreichbar ist. Eigentlich schon haushälterisch abgesicherte Aufstockungen wie das neue ABC-Abwehrregiment 1 kommen nicht voran. Im Juni 2023 betrug die im Informationsblog Augen geradeaus gemeldete Personalstärke nur 181.770.

Eine Grafik zur Grundgliederung Heer nach 2025 findet sich im Anhang. Die folgende Grafik zum *Heer 2011* wurde für eine bessere Lesbarkeit in drei Teile zerlegt und das Amt für Heeresentwicklung, das Ausbildungskommando und einige Anmerkungen nach unten verschoben. **Es sein noch einmal darauf verwiesen, dass sich mittlerweile Unterstellungsänderungen ergeben haben und die Tabelle nicht mehr in allen Details aktuell ist. Diese wurden aber in den Text eingebaut.**

Kommando Heer XXX Strausberg				Dtr Ant Korps D/NL MS	Dtr Ant Eurokorps Straßburg	Dtr Ant ← Korps NO Stettin	FmBtl 610 Prenzlau, untersteht i.F.1.PzDiv
Div sKräfte XX* Stadtallendorf	1. Panzerdivision XX Oldenburg			10. Panzerdivision XX Veitshöchheim			
	ArtBtl (L) 325 Munster	sPiBtl 901 ta*** Havelberg	UstgBtl Eins na Oldenburg	ArtBtl 131 345 Weiden	ArtBtl 345 Idar-Ober	UstgBtl Eins na Veitshö.	PiBtl 905 na*** Ingolstadt
LLBrig 1 Lebach FsJgRgt 31 Seedorf FsJgRgt 26 Zweibr.,Merzig KSK Calw	Pz Brig9 (L) Munster JgBtl 91 Rotenbg./W PzGrenBtl(L) 92 Munster PzGrenBtl 33 Neustadt /Rü. PzBtl 93(L) Munster AufklBtl 3(L)* Lüneburg PzPiBtl 130 Minden VersBtl 141 Neustadt/R PzBtl 414 D/N L Bergen **	PzBrig 21 August- dorf JgBtl 1 Schw.born PzGrenBtl 212 Aug. PzBtl 203 Augustdf. AufklBtl 7 Ahlen PzPiBtl 1 Holzmind. VersBtl 7 Unna JgBtl 921na Schw.born	PzGrenBrig 41 Neu- Brandenbg JgBtl 413 Torgelow PzGrenBtl 401 Hagen. PzGrenBtl 411Viereck AufklBtl 6 Eutin PzPiBtl 803 Havelberg VersBtl 142 Hagenow PzGrenBtl 908 na Viereck	GbJgBrig 23 Bad Reichenh GbJgBtl 231 Bd.Rei GbJgBtl 232 Bi.wie. GbJgBtl 233 Mitt. GbPzBtl 8 na Pfreimd GbAufklBtl 230 Füss. GbPiBtl 8 Ingolstadt GbVersBtl 8 Füssen. EinsAZTragt Bd Reich.	PzBrig 12 Cham PzGrenBtl 112Regen PzGrenBtl 122Ob.vie PzBtl 104 Pfreimd AufklBtl 8 Freyung PzPiBtl 4 Bogen VersBtl 4 Roding	PzGren Brig 37 Frankenbg PzGrenBtl 371Mar.bg PzGrenBtl 391Bd.Salz. PzBtl 393 Bd.Frank.hs. PzBtl 363 Hardheim AufklBtl 13 Gotha PzPiBtl 701 Gera VersBtl 131 Bd.Frank.hs. PzGrenBtl 909 na Marienberg	Brig D/F Dtr Ant Müllheim JgBtl 291 Illkirch(F) JgBtl 292 Donauesc ArtBtl 295 Stetten VersBtl D/F Müllheim

Amt für Heeresentwicklung XX Köln	
Ausbildungskommando XX Leipzig	
OSH Dresden InfS Hammelbg PiSchule Ingolstadt IntHbrAZ Bückeburg GefÜbz H Gardelegen UN-AZ Hammelbg	USH Delitzsch PzTrpnSchule Munster TechnikS Heer Aachen AZ Luftbewigl. Celle GefSimZ Wildflecken AusbÜbzSpezOp Pfullendorf

Anmerkungen:

Die grün unterlegten Teile sind Ergänzungstruppenbataillone.

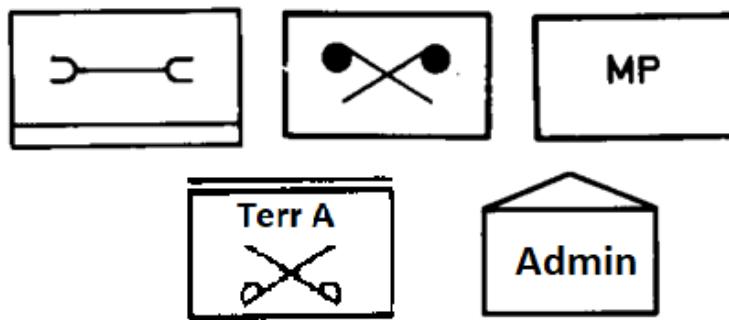
Aktive Bataillone mit einer grünen Markierung hinter der Einheitsnummer haben eine nicht aktive Kompanie als Ergänzungstruppenteil.

Im Rahmen der bilateralen deutsch-niederländischen Zusammenarbeit untersteht die mechanisierte Brigade 43 (NL) der 1.Panzerdivision und die 11. luftmobile Brigade (NL) der Division schnelle Kräfte.

** untersteht der Brig 43 (NL)

*** aktive Kompanien dieser teilaktiven oder nicht aktiven Pionierbataillone unterstehen anderen Bataillonen

Kommando Streitkräftebasis



Der 2000 als *Streitkräftebasis (SKB)* gegründete Organisationsbereich zur Bündelung zahlreicher Unterstützungsfähigkeiten hat zahlreiche Komponenten aus dem früheren Heer übernommen und deckt weite Bereiche der Dimension Land mit ab und soll deshalb im Anschluss an das Kommando Heer thematisiert werden.

Schon frühere Inspektore hatten mit dem Gedanken einer unterstützenden teilstreitkraftübergreifenden Grundorganisation gespielt, waren aber letztlich an den Erfordernissen einer schnellen Einsatzfähigkeit gescheitert, bei der die Teilstreitkraftbefehlshaber unmittelbaren und schnellen Zugriff auf eigene Unterstützungskräfte behalten wollten.

Die Aufrechterhaltung einer breiten Palette von Fähigkeiten bei sinkenden Truppenzahlen führte zu *Bündelung von Unterstützungsfähigkeiten in einem eigenen Organisationsbereich*, die in den Einsatzverbänden künftig nicht mehr überall verfügbar sein mussten. Der Einsatz großer geschlossener Verbände für die Bündnis- und Landesverteidigung galt als unwahrscheinlich. Erforderlich waren nun speziell zusammengesetzte relative kleine Module, die dann Kräfte für Unterstützung und Spezialaufgaben zugeteilt bekamen. So verschwanden viele Logistikeinheiten, Fernmeldeeinheiten, Feldjäger, Einheiten für der elektronischen Kampf und Sanitäter aus den Divisionen des Heeres und der Luftwaffe.

Die Streitkräftebasis übernahm die *Basislogistik*, eine Reihe von Fachaufgaben wie *Führungsunterstützung* (Fernmelder), *weiträumige Aufklärung*, den *elektronischen Kampf*, *ABC-Abwehr* und *Feldjägerdienst* von anderen Teilstreitkräften und führte künftig auch das *Streitkräfteamt*, das immer schon übergreifende Bundeswehrfachaufgaben organisiert hatte. Außerdem übernahm es die *territorialen Aufgaben* für den Heimatschutz und die Zusammenarbeit mit zivilen Behörden vom Heer. **Der Inspekteur SKB übernahm bis 2022 auch von der Heeresführung die Rolle des höchsten nationalen Befehlshabers für Einsätze der Bundeswehr im Lande.** Der Sanitätsdienst kam nicht zur Streitkräftebasis, sondern wurde in einem eigenen Organisationsbereich, dem zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr, gebündelt. Die Streitkräftebasis wurde mit über 40.000 Soldaten zeitweise zur zweitgrößten Organisationseinheit in der Bundeswehr, ist aber mittlerweile auf unter 23.000 geschrumpft.

Auch wenn die Heeressoldaten in der Mehrheit sind, haben auch Angehörige der anderen Teilstreitkräfte die SKB mitgeprägt und vor allem die Luftwaffe, die vorwiegend ihre logistischen Kräfte in den Verbund einbrachte, besetzte dort immer auch hohe Positionen. Die ausreichende Bereithaltung von Beförderungsstellen für langdienende Berufsoffiziere in einer verkleinerten Truppe war immer auch eine

Herausforderung für die Personalplaner und in der heutigen Bundeswehr dienen nicht viel weniger Generäle und Admirale als in der Zeit des Kalten Krieges.

So verloren viele verbleibende Verbände eigene Unterstützungseinheiten und waren *nicht mehr voll aus dem Stand einsatzfähig*. Die SKB sollte wie aus einem Baukasten die Module für Auslandseinsätze bestücken, war aber nicht mehr in der Lage, die gesamte Bundeswehr in einem umfassenden Einsatz in der Landesverteidigung zu unterstützen. Es war nicht nur eine Verschiebung von Truppen, sondern auch eine Reduzierung.

Die SKB mit Standorten im ganzen Bundesgebiet *prägt sehr stark das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit*. Sie ist mit ihren territorialen Befehlsstellen überall vor Ort, organisiert die Katastrophen- und Hilfeinsätze in der Pandemiebekämpfung, ist wesentlicher Bestandteil der Versorgung, unterstützt Übungsaktivitäten auf deutschem Boden auf Truppenübungsplätzen und bei Manövern, setzt Feldjäger ein, ist für das Kraftfahrwesen (Fahrschulen) zuständig und trägt mit den Musikkorps und dem Protokolldienst bei Staatsbesuchen und öffentlichem Zeremoniell sehr viel zu öffentlichen Auftritten bei.

Die *Ausgliederung der Führungsinformation in das Kommando CIR 2017* und die geforderte *Kaltstartfähigkeit* und neu bewertete *Effektivität* für die Bündnisfähigkeit *stellen die SKB in letzter Zeit wieder in Frage*. Eine erste grundlegende Verkleinerung erfolgte mit der Verschiebung der Führungsunterstützung mit der strategischen weiträumigen Aufklärung, elektronischen Kampfführung und dem Fernmeldeweiterverkehr in das neue Kommando CIR. Zeitweilig war auch die Verlagerung der Fähigkeitskommandos von Feldjägern, ABC-Abwehr und Zivilmilitärischer Zusammenarbeit ins Heer vorgesehen. Das Heer als neue Dimension Land möchte zentrale Unterstützungskräfte wieder für den Kaltstart unmittelbar zur Verfügung zu haben, um langwierige Eingliederungen von Einheiten aus anderer Unterstellung zu vermeiden. Es gilt der Grundsatz „*Train as you fight*“, wobei der SKB-Inspekteur betont, dass das nicht mit „*Organize as you fight*“ gleichgesetzt werden darf. Auch der territoriale Strang wurde in einem zentralen territorialen Führungskommando zusammengefasst werden. Zurück bliebe nur die Logistik und das immer schon für bundeswehrgemeinsame Aufgaben bestehende Streitkräfteamt. Derartige Planungen liegen aber gegenwärtig auf Eis, da die aktuell kritische Lage einen großen Umbau der Struktur mit allen zeitweiligen Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit nicht zulässt.

So beschreibt man im Ist-Zustand von 2021 eine Streitkräftebasis mit einer Stärke von noch ca. *28.000 Soldatinnen und Soldaten*. An der Spitze steht der *Inspekteur der SKB* mit dem Führungsorgan des *Streitkräfteunterstützungskommandos* in Bonn.

Mit seiner Rolle als *höchster nationaler Befehlshaber* hatte er bis Oktober 2022 die Verantwortung für alle territorialen Einsätze der Bundeswehr im Heimatland. Im Zusammenhang mit jüngsten NATO – Übungen von Truppenverlegungen amerikanischer Kräfte auf deutschem Boden, aber auch bei dem massiven Einsatz der Bundeswehr in der Pandemie und bei den Flutkatastrophen trat der Inspekteur SKB immer wieder vor die Kameras. Bei diesen Einsätzen müssen die eingesetzten Kräfte nicht notwendigerweise der SKB angehören, sie hat aber ab einer bestimmten Alarmierungsstufe bei Katastrophen Zugriff auf die Kräfte aller Teilstreitkräfte. Vor allem die Führungsaufgabe des Streitkräfteunterstützungskommandos bei der

Verlegung von NATO-Kräften über das *Transitland und logistische Drehscheibe Deutschland* ist für das Bündnis von großer Bedeutung.

Mit der Aufstellung eines zentralen territorialen Führungskommandos in Berlin im Herbst 2022 ist eine neue zentrale Führungsinstanz für alle Einsatzaufgaben auf deutschen Boden entstanden, die bisher auf verschiedene Stäbe wie das Kommando territoriale Aufgaben in Berlin und das Streitkräfteunterstützungskommando in Bonn verteilt waren.

Gegenwärtig wird ein Operationsplan Deutschland ausgearbeitet, der den Einsatz der Bundeswehr in Krise und Krieg auf dem Boden der Bundeswehr organisieren soll.

Wichtige Schwerpunkte werden die Sicherstellung des Transits alliierter Verstärkungskräfte und der Schutz militärisch relevanter kritischer Infrastruktur sein. Das größte Fähigkeitskommando der SKB stellt das *Logistikkommando* in Erfurt mit immerhin 17.000 Angehörigen dar und das damit die Marine übertrifft. Es führt die Versorgungsstränge aller Bundeswehrkräfte bis in die Einsatzräume im In- und Ausland. Die „last mile“ auf dem Gefechtsfeld der Landstreitkräfte übernehmen dann geschützte Versorgungsbataillone des Heeres. Das Logistikkommando verfügt gegenwärtig über *sechs gemischte logistische Bataillone* und ein *Pionierregiment*, das den Bau und Betrieb von Feldlagern, feldmäßiger Pipelineanlagen und Feldtanks sicherstellt. Die Grundbefähigung eines eigenen Verbandes für die Betreuung von Verstärkungskräften (RSOM) wurde mit dem neuen Bataillon 163 in Delmenhorst erreicht. Ein Regimentsstab zur Führung mehrerer Bataillone in einem Einsatzgebiet befindet sich in Aufstellung, ein zweiter ist vorgesehen*. Die Bataillone sind nicht gleich gegliedert und verfügen über Teile für Nachschub, Transport und Instandsetzung. Ein großer Teil der Logistik wird auch an *zivile Auftragnehmer* vergeben. Es gibt eine eigene *Heeresinstandsetzungslogistik* als zivilrechtlich organisierte Bundesgesellschaft. Oft werden militärische Güter heute von Speditionen befördert. Gelegentlich sieht man Panzer auf zivilen Tiefladern auf der Autobahn, während militärische Schwerlasttransporter vorwiegend dem Einsatz im Gelände und Einsatzgebieten dienen. Die Materialerhaltung der zahlreichen, sehr verschiedenen LKW in Truppe und Bw-Fuhrparkservice wäre ohne zivile Werkstätten nicht möglich. Es gibt für diese Betriebe allerdings ein zentrales Ersatzteillager bei Kassel.

* aktuell
LogRgt 1
Burg
LogRgt 4
Volkach



LKW mit Wechsel-Pritsche und Tankkesselwagen sind Stützen der Logistik.

Eine wichtige logistische Rolle spielt natürlich auch die Bahn. Die Bundeswehr hat die Verfügbarkeit von speziellen Transportkapazitäten (Flachwagen) mit der Deutschen Bahn vertraglich geregelt. Ähnliche Kooperationen gibt es auch mit zivilen Lufttransportunternehmen und Reedereien. Lufttransporte schweren Geräts, wie sie

zum Beispiel in Afghanistan erforderlich waren, wären ohne Kooperationen mit den Betreibern ukrainischer Großflugzeuge nicht möglich. In einem Verteidigungsfall wären zivile Ressourcen allerdings aus völkerrechtlichen Gründen ohne den Schutz des Kombattantenstatus nicht mehr beliebig verfügbar.

Die Steuerung des Materialflusses in der gesamten Bundeswehr erfolgt durch das *Logistikzentrum in Wilhelmshaven*. Hier spielt das Datenverarbeitungssystem *SASPF* bzw. seine Weiterentwicklungen eine wichtige Rolle. Da gab es auch schon mal Irritationen, wenn z.B. Eurofighter nicht starten durften, weil das logistische System Pannen hatte. Dem Logistikzentrum unterstehen auch alle Depots, die heute als *ortsfeste logistische Einrichtungen* bezeichnet werden. Das sind gegenwärtig 30 Einrichtungen die von acht regionalen Stäben (Munitionsversorgungszentren, Bw-Depots Nord, West, Ost, Süd) geführt werden. Acht Einrichtungen, die ursprünglich zur Schließung vorgesehen waren, sollen reaktiviert werden. In Pfungstadt bietet die Bundeswehr für kleinere Bündnispartner einen multinationalen „*Logistic Hub*“ mit Lagerkapazitäten für multinationale Einsätze an.



Viele „ortsfeste logistische Einrichtungen“, wie hier das Gerätedepot Ochtrup, benötigen für die umfangreichen Materialbewegungen auch einen Gleisanschluss.

Dem Logistikkommando in Erfurt untersteht auch das *Zentrum für Militärkraftfahrwesen* in Mönchengladbach, zu dem auch 20 Fahrschulzentren gehören. Das militärische Fahrschulwesen hat über Jahrzehnte das öffentliche Bild der Bundeswehr mitgeprägt, manchmal auch Reibungsflächen in den Kommunen geschaffen. Die weiß lackierten LKW des Bundeswehrfuhrparkservices fallen heute im Fahrschuldienst nicht mehr so auf, zumal auch keine Generationen von Wehrpflichtigen mehr geschult werden müssen und der Fahrzeugpark kleiner wurde. Außerdem werden auch hier Simulatoren genutzt. Bei der Truppe ist jetzt eine III. Generation von Fahrzeugen im Einsatz.

In den letzten 15 Jahren ist über den *Bundeswehrfuhrparkservice* eine Flotte von Neufahrzeugen in den Einsatz bei der Bundeswehr gelangt, die sich an Modelle verschiedener Hersteller aus der Zivilproduktion anlehnt, allerdings zum Teil auch mit geländegängiger Auslegung. Von Einheitlichkeit, die man noch in der I. Fahrzeuggeneration anstrebte, ist da nicht mehr die Rede. Ein Standard-Fahrzeug, wie den bis in die 80er Jahre omnipräsenten legendären MAN 630 L Fünftonner, findet sich nicht mehr. Die in der II. Generation ab Ende der 70er Jahre beschafften handelsüblichen teilmilitarisierten LKW sind weitgehend aus dem Bild der Truppe verschwunden, während die voll geländegängigen standardisierten Fünftonner, Siebtonner und Zehntonner aus dem gleichen Zeitraum noch in größerer Zahl vorhanden sind. Hier

laufen jetzt aber auch neue Militär-LKW mit den Nutzlasten von 5 und 15 Tonnen zu, nicht zuletzt auch aufgrund konjunkturell bedingter Programme in der Pandemie. Die militärischen, auch im Gelände hochagilen Muster aus der *II. und III. Generation* sind mit ihren kantigen Führerhäusern für den Laien schwer auseinander zu halten. Ein Erkennungsmerkmal der Neufahrzeuge sind die Wechselpritschen. Die Anpassung von Schutzausstattungen gegen kinetische Waffenwirkung und der Einbau von fernbedienbaren Waffenstationen auf dem Führerhaus dieser *UTF (Ungeschützte Fahrzeuge)* ist möglich. Dazu kommt noch eine Vielzahl von in kleinerer Stückzahl beschafften geschützten und ungeschützten Spezialfahrzeugen. Abschließend noch der Hinweis, dass militärische Fahrzeuge immer nach ihrer Nutzlast klassifiziert werden und ein höheres Gesamtgewicht aufweisen als die Tonnenzahl angibt.



Militarisierte handelsübliche LKW vom Bw-Fuhrparkservice und der neue geländegängige UTF-Fünftonner (Aufnahmeorte Gerätedepot Ochtrup u. Erprobungsstelle 91 Meppen)

Zum Logistikkommando gehört auch die *Logistikschole der Bundeswehr* in Garlstadt, die mehrere auf die Teilstreitkräfte verteilte Schuleinrichtungen ersetzt hat.

Erwähnen muss man noch, dass ein Teil der Materialerhaltung von Luftwaffe und Marine für ihr spezifisches Gerät auch noch in militärischen Einrichtungen der Teilstreitkräfte erfolgt. Dies geschieht aber in enger Abstimmung mit der Industrie. In den *Waffensysteminstandsetzungszentren der Luftwaffe* arbeiten Techniker der Luftwaffe mit den Spezialisten der Luftfahrzeugindustrie zusammen, damit das Knowhow geteilt wird. Das Eckpunktepapier vom Mai 2021 sieht die Gründung von „*Systemhäusern*“ vor, um die technische Kompetenz wieder stärker in die Truppe zu holen und die Abhängigkeit von den Herstellern zu verringern.

Im Logistikkommando wären im Rahmen der Bündnisverteidigung Neuaufstellungen von aktiven bzw. nicht aktiven Einheiten erforderlich. Dieses Fehlen konnte bisher noch nicht abgedeckt werden. Es ist an eine Aufstockung um zwei weitere aktive Bataillone und einen zweiten Regimentsstab gedacht. Der Inspekteur der SKB musste neulich einräumen, dass seine logistischen Kräfte maximal zwei Divisionen unterstützen könnten. Es ist dabei auch zu bedenken, dass alle Teilstreitkräfte mit dem in der ganzen Bundeswehr genutzten querschnittlichen Gerät und Mengenverbrauchsgütern (Munition, Betriebsstoff) durch das Logistikkommando der SKB versorgt werden müssen. Insgesamt sind in der SKB 1900 zusätzliche Dienstposten für Logistik, ABC-Abwehr und Feldjäger beschlossen. Das Logistikkommando soll um zwei Bataillone und einen zweiten Regimentsstab wachsen. Das geschieht zum Teil durch internen DP-Umschichtungen, aber auch aus den 1900 Stellen.

Ab 2027 sollen die mobilen Logistiktruppen der SKB neben dem Spezialpionierregiment 164 und einem bis dahin voll aufgestellten RSOM-Bataillon 163

dann zwei Regimentsstäbe mit acht Logistikbataillonen umfassen. Das wären zwei schwere Logistikbataillone zum Betrieb des Umschlags in Häfen, Bahnhöfen und auf Flugplätzen, zur Materialbewirtschaftung im Einsatzgebiet und zur rückwärtigen Instandsetzung. Sechs leichte Bataillone sollen mit einer starken Transportkomponente die Landstreitkräfte im operativen Einsatz an die Folgeversorgung anschließen und die Versorgung der anderen Dimensionen sicherstellen. Leichte Bataillone werden je eine Nachschub- und Instandsetzungskompanie und zwei Transportkompanien führen. Es wird allerdings ein Kaderungsgrad von 30% erwogen, so dass nur zwei Drittel der Kräfte voll aktiv und kaltstartfähig wären. Ende 2023 wurde bekanntgegeben, dass das zusätzliche Logistikbataillon 472 in Fallingb. wieder aufgestellt werden und langfristig in Straßgräbchen bei Bautzen stationiert werden soll.

Ein weiteres Fähigkeitskommando mit einer Fachaufgabe stellt das *ABC-Abwehrkommando* in Bruchsal mit Einsatzkräften in Bruchsal, Höxter, Husum und Strausberg und einer *Schule in Sonthofen* (Verlegung nach Stetten vorgesehen) dar. Außerdem gibt es zwei Ergänzungstruppenbataillone ähnlich dem Heer. Eine Umgliederung in drei Regimentsverbände ist angelaufen. Man plant eine Integration der nicht aktiven Ergänzungstruppenteile in diese Regimenter. Die Aufstellung und Ausstattung kommt gegenwärtig nicht recht voran. Die ABC-Abwehrtruppe verfügt über hochspezialisierte Aufklärungs- und Laborkapazitäten zum Aufspüren nuklearer, chemischer, biologischer Kampfmittel und Ausstattung zur Entgiftung von Personen, Gerät und Infrastrukturen. Die bekanntesten Systeme sind der *Spürpanzer Fuchs* und der *Truppenentstrahlungsplatz 90* auf einem Spezial-LKW. Von einer Re-Integration ins Heer ist zurzeit nicht mehr die Rede. Auch hier gilt die Erkenntnis, dass die ABC-Abwehr keine flächendeckenden Leistungen anbieten kann und primär dem Schutz der Truppe in Schwerpunkten dient. Allerdings gibt es große Kapazitäten in der zivilen ABC-Abwehr, die im Rahmen des Zivilschutzes bei den Feuerwehren angesiedelt ist. In Katastrophensituationen würde die ABC-Abwehr der Bundeswehr aber mit Expertise und in Schwerpunkten unterstützen können.



ABC-Schutz gehörte immer zum Ausbildungsspektrum der Truppe (Foto: Traditionsverband Logistik Rheine)

Bundesweit ist die *Feldjägertruppe* im Feldjägerkommando mit einer *Schule in Hannover* und drei Regimentern mit 23 *Feldjägerdienstkommandos* bundesweit präsent. Gegenwärtig erfolgt eine Aufstockung der aktiven und nicht aktiven Teile. Das Aufgabespektrum dieser Militärpolizei ist weit gestreut, vor allem auch durch die vielfältigen Zusatzaufgaben in strukturschwachen Krisengebieten. Dazu gehören nicht nur der militärpolizeiliche Ordnungsdienst und die Verkehrsleitung, sondern auch

vielfältige Schutzaufgaben für Personen, Objekte, Übungen und Veranstaltungen. Feldjäger müssen auch Räume beobachten. Da die nicht aktiven Heimatschutzkräfte erst im Falle einer Mobilmachung nach Verkündung des Verteidigungsfalls umfassend zur Verfügung stünden, stellen die Feldjäger in einer unbestimmten Krisenlage und bei größeren Übungen für Sicherungsaufgaben die Kräfte der ersten Stunde. Im Frieden liegt die sicherere Antrittsstärke der Heimatschutzkräfte wegen der Freiwilligkeit und notwendigen Zustimmung der Arbeitgeber nur bei 35%. Die wenigen Ergänzungstruppeneinheiten (drei pro Regiment) bedürfen auch für hybride Herausforderungen dringend einer Aufstockung. Zwei weitere aktive Feldjägerkompanien sind geplant.



Feldjäger verfügen auch über Wasserwerfer und Schutzausstattungen für Konfrontationen mit gewalttätigen Demonstranten bei Friedensmissionen.

Die territorialen Aufgaben auf dem eigenen Staatsgebiet waren vor der Aufstellung des *Nationalen Territorialen Führungskommandos* beim *Kommando Territoriale Aufgaben* in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin gebündelt. Dies Führungsgebiet beinhaltet eine Vielzahl von Aufgaben: die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit zivilen Behörden, Beiträge der Bundeswehr zum Katastrophenschutz, vor allem aber auch den militärischen Heimatschutz.

Dafür sind dem Kommando die 16 *Landeskommandos* in den Bundesländern unterstellt, welche dort die territorialen Aufgaben wahrnehmen.

Kernaufgabe in den Ländern ist die zivilmilitärische Zusammenarbeit. Dazu stehen in allen Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten insgesamt ca. 430 *Verbindungskommandos* zur Verfügung, die mit Reserveoffizieren besetzt sind und bei Bedarf sehr schnell verfügbar sein müssen. Ein Ausbau der Führungsfähigkeit der Landeskommandos für den Heimatschutz mit den unterstellten *Heimatschutzkompanien* ist vorgesehen. So sollen bundesweit sechs teilaktive *Heimatschutzregimenter* als Stäbe aufgestellt werden, um *Heimatschutzkompanien* (zurzeit 37, künftig 42) aus Reservisten für Sicherungsaufgaben und Katastrophenschutz zu führen. Die Personalstärke wird mit 6100 angegeben. 300 aktive Dienstposten sollen diese Heimatschutzorganisation unterfüttern. Die Regimenter sollen auch über teilaktive Ausbildungskompanien und Unterstützungskompanien verfügen. Bis 2025 wären ca. 50 Heimatschutz-, Unterstützungs- und Stabs/Versorgungskompanien für sechs Heimatschutzregimenter denkbar.

Wenn es zutrifft, dass es ca. 3000 schutzbedürftige Objekte kritischer Infrastruktur in Deutschland gibt, die in einem hybriden Kriegsbild bedroht sein könnten, darunter laut eigener Recherche etwa 400 – 600 ausgewählte militärische Bundeswehrliegenschaften (von insgesamt 1500), dann reichen diese Heimatschutzkräfte allerdings nicht aus. Über den Bedarf und weiteren Kräfteaufbau laufen Untersuchungen im BMVg. Vielleicht kann eine Verdichtung der Beobachtung und Sicherung durch kleine Module ortsnah eingesetzter freiwilliger Reservisten Abhilfe schaffen. In der *Allgemeinen Reserve* mit zahlreichen nicht beordneten, aber zurzeit noch ca. 880.000, (2028 noch ca. 750.000) wehrdienstfähigen „Veteranen“, wie man jetzt alle ehemaligen Militärangehörigen bezeichnet, steckt noch Potential und Motivation.

Der *Eigenschutz der Bundeswehr* ist ebenso wie der *Schutz der zivilen kritischen Infrastruktur im Verteidigungsfall* ein sensibles Thema, vor allem in den verfassungsrechtlichen Grauzonen zwischen Krieg und Frieden. Die Bewachung militärischer Objekte obliegt im Frieden in hohem Maße heute zivilen Sicherheitsdiensten. Das hat auch Kostengründe, da die Ressource Personal knapp geworden ist und heute, im Unterschied zum Kalten Krieg, die Arbeitszeitrichtlinien der EU gelten. Der Wachdienst gehört an manchen Standorten nicht mehr zum militärischen Alltag. Es sollte aber Vorsorge getroffen werden, dass ab einer bestimmten Alarmierungsstufe die Angehörigen militärischer Einheiten und Einrichtungen nach bewährter militärischer Regel eine *Eigensicherung als Kombattanten* wahrnehmen und die knappen Heimatschutzkräfte damit nicht belasten. Dazu gehört eine *elementare infanteristische Grundausbildung* und die Erhaltung und Entwicklung dieser Fertigkeiten während der ganzen Dienstzeit, auch wenn viele Dienstposten damit nicht mehr unmittelbar in Verbindung stehen. Auch Stabsdienstsoldaten oder Techniker müssen sich im Notfall am bewaffneten Schutz ihrer Einrichtungen oder anderer Objekte beteiligen können, wenn sich die Lage in der Heimat zuspitzt. Es ist Natur der Sache, dass derartige Themen militärischer Sicherheit nicht in der Öffentlichkeit ausgebreitet und diskutiert werden, die Verantwortlichen aber auch eine öffentliche Empörung fürchten, wenn sie diese Fragen von Einsatzfähigkeit und Kampftätigkeit im eigenen Lande thematisieren.

Erfreulicherweise wurde im Juni 2022 ein Pilotprojekt zur Planung eines stationären Objektschutzes in allen Bereichen der Bundeswehr auf den Weg gebracht. Es wäre denkbar, dass die territorialen Reservekräfte für den Heimatschutz auf 26.000 aufwachsen könnten. Hinzu kommt die schon erwähnte Wiederaufstellung von nicht-aktiven Sicherungskräften zum Schutz der Gefechtsstände auf allen Ebenen des Heeres. Seit geraumer Zeit läuft auch die Aufstellung von Sicherungskompanien bei der Luftwaffe und Marine.

Der Heimatschutz wird künftig dem Heer unterstehen.

Zum *Aufgabenbereich der Landeskommandos* gehört auch die *Reservistenarbeit* und *Sicherheit der Standorte und Liegenschaften*. Auch diverse Dienststellen wie *Familienbetreuungszentren*, *Jugendoffiziere* oder *Sportfördergruppen* können unterstellt sein.



Ausbildung von freiwilligen Reservisten im Heimatschutz und in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit ist auch Auftrag der Landeskommandos. (Fotos RK Dülmen)

Zum Kommando territoriale Aufgaben gehört auch das *Wachbataillon* in Berlin, das im Verteidigungsfall auch einen militärischen Sicherungsauftrag für den Regierungssitz hat, auch wenn der Protokolldienst mehr im Fokus steht.

Eine besondere Einrichtung ist das *Multinationale Kommando für Zivilmilitärische Zusammenarbeit* als Kompetenzzentrum, um die Befähigung der Truppe zur Kooperation mit lokalen Kräften und Hilfsorganisationen bei Friedensmissionen zu verbessern. Diese Einrichtung in Nienburg an der Weser soll ebenfalls ins Heer zurückkehren.

Zum Verantwortungsbereich des Kommandos Territoriale Aufgaben gehören auch 17 *Truppenübungsplätze*, die in den drei Kommandanturen Nord, Ost und Süd zusammengeschlossen wurden. Diese koordinieren den Übungsbetrieb und betreuen die umfangreichen Liegenschaften. Neben den bekannten großen Übungsplätzen in der Lüneburger Heide (Munster Nord- und Süd, Bergen) muss man vor allem das Gefechtsübungszentrum Altmark in der Letzlinger Heide zwischen Magdeburg und Stendal erwähnen. Hier sind umfangreiche digitalisierte Übungs- und Simulationsanlagen entstanden. Neu ist dort die Anlage „Schnöggersburg,“ wo der Kampf in urbanem Umfeld in den Fassaden einer Übungsstadt simuliert werden kann. Die Übungsplätze liegen meist in siedlungsarmen Gebieten und wurden zu Rückzugsgebieten der Natur. So begann auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz auch die Rückkehr der Wölfe nach Deutschland. Spezielle Übungsplätze sind der Flugabwehrschießplatz bei Todendorf an der Ostsee und der Luft-Boden-Schießplatz bei Nordhorn. Es gibt auch Plätze in US-Verantwortung.



Übungsanlage auf dem Truppenübungsplatz Munster-Süd – Leopard II auf der Verbindungsstraße zwischen den Truppenübungsplätzen Munster und Bergen

Die Bundeswehr hält unter dem Dach der SKB in nationaler Initiative das *Multinationale Kommando Operative Führung* in Ulm als voll mobiles Hauptquartier für die Führung von multinationalen und teilstreitkraftübergreifenden Einsätzen für die NATO, vor allem aber auch die EU zur Verfügung. Vor allem Großbritannien hatte innerhalb der EU bis zum Brexit eine führende Rolle dieses Hauptquartiers, das neben den NATO-Korpsstäben existiert, nicht zugelassen, da es selber in der NATO ein multinationales Eingreifhauptquartier auf Korpsebene stellt (Allied Rapid Reaction Corps). Das Kommando Operative Führung wäre natürlich auch das *einzigste mobile Hauptquartier in primär nationaler Verfügung*, da das Einsatzführungskommando in Potsdam nur eine stationäre Einrichtung darstellt.

Das Ulmer Kommando hat nun für die NATO ein neues Gewicht bekommen, da am Standort Ulm das *Joint Enabling and Support Commando* entsteht, das eine zentrale Steuerungsaufgabe für Truppenbewegungen im europäischen NATO-Gebiet erhält. Angesichts der kritischen Sicherheitslage im Osten Europas wächst die Bedeutung dieser Aufgabe, auch wenn der Blickwinkel der NATO - Sicherheitspolitik 360° abdecken soll. Das Kommando operative Führung wurde jetzt dem neuen Nationalen territorialen Führungskommando unterstellt, um den besonderen Aufgaben der Bundeswehr für die Sicherung der Drehscheibenfunktion als Transitland im Bündnis gerecht zu werden.

Es war folgerichtig, dass ein Bereich, der immer schon teilstreitkräftegemeinsame Fachaufgaben zentralisiert hat, auch der Streitkräftebasis unterstellt wurde: das *Streitkräfteamt* in Bonn. Ihm untersteht der gesamte *Militärmusikdienst* mit 14 Musikkorps und der Big Band, die *Sportschule der Bundeswehr* in Warendorf, das *Zentrum für Verifikationsaufgaben* in Geilenkirchen für Rüstungskontrollaufgaben, das *Zentrum für Informationsaufgaben* für die Medienarbeit der Bundeswehr in Strausberg, ein *Ausbildungszentrum* für das schon erwähnte zentrale Datenverarbeitungssystem SASPF (Standard-Anwendungs-Software-Produkt-Familien) und die *Schule für Diensthunde* in Ulmen. Hunde werden nicht nur für Bewachungsaufgaben eingesetzt, sondern auch als Spürhunde für Drogen und versteckte Kampfmittel. *Verbindungskommandos* in den USA und Kanada, der *Militärattachédienst* und deutsche Anteile an NATO-Schulen runden die Palette des Streitkräfteamtes ab.



Der Militärmusikdienst ist für Protokoll und Zeremoniell unverzichtbar. Er leistet einen großen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit. Alle Militärmusiker sind übrigens in einer Zweitfunktion als Sanitäter ausgebildet, wenn ihre eigentlichen Dienstposten und Fähigkeiten in einem großen Konflikt wegfallen würden. (Aufnahmeort: Technischule des Heeres, Aachen)

Das Kommando Territoriale Aufgaben wurde ab Oktober 2022 durch das **Territoriale Führungskommando** ersetzt, dem die Landeskommandos, das Multinationale Kommando Operative Führung (Ulm) inkl. dt. Anteil JSEC, Truppenübungsplätze, Zentrum ZMZ, Wachbataillon, Sportfördergruppen unterstehen und das eine zentrale Rolle beim Heimatschutz, Host Nation Support, bei der Koordination von Truppenbewegungen auf deutschem Boden und bei der Katastrophenhilfe spielt. Der Kommandeur ist höchster nationaler territorialer Befehlshaber und hat diese Rolle vom Inspekteur SKB übernommen. Das Kommando untersteht wie das Einsatzführungskommando direkt dem Generalinspekteur.

Gliederung der SKB bis 2022:

Kommando Streitkräftebasis Bonn					
LogistikKommando Erfurt	Kommando Feldjäger Hannover	ABC-Abwehrkommando Bruchsal	Kommando Terr Aufgaben Berlin	Streitkräfteamt Bonn Zentrum für Verifikationsaufgaben Geilenkirchen Schule für Diensthundewesen Ulmen Zentrum für Informationsaufgaben Strausberg Zentrum Militärmusik Bonn Sportschule der Bundeswehr Warendorf	Multinationales Kommando OpFü Ulm mit Joint Enabling and Support Command (NATO) Amt für Militärkunde München Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin DtrMilVert im Militär-ausschuss NATO u. EU
LogBtl 161 Delmenhorst LogBtl 163 RSOM Delm. LogBtl 171 Burg LogBtl 172 Beelitz LogBtl 461 Walldürn LogBtl 467 Volkach LogBtl 472 Kümmersbr. SpezPiRgt 164 Husum LogZ incl. ortsfeste log. Einrichtungen Wilhelmshaven* LogSchule Garlstedt ZMilKfzWesen* Mönchengladbach incl. 20 KfzAZ ...	FjgRgt 1* Berlin ... FjgRgt 2* Hilden ... FjgRgt 3* München ... insg. 24 Fj-Kp, 3 na FjKp Schule für Feldjg. und Stabsdienst Hannover	ABC-AbwBtl 7 Höxter, Husum ABC-AbwBtl 750 Bruchsal ABCBwRgt 1 Strausberg Schule ABCAbw und gesetzliche Schutzaufg. Sonnhofen->Stetten	16 Landeskommandos mit terr.Reserve (30 HS-Kpn, 1 Landesrgt Bayern, 435 BVK/KVK) Zentrum ZMZ Nienburg/W. Wachbataillon BMVg Berlin Truppenübungsplatz-kommandanturen Nord (Bergen) Ost (Klietz) Süd (Wildflecken)		

Vereinfachte Darstellung * mit Einheiten/Einrichtungen an verschiedenen Standorten

Streitkräftebasis in neuer reduzierter Zielstruktur 2031

<u>Logistikkommando</u> Logistikschule Bw Logistikzentrum Bw Zentrum Kraftfahrwesen Bw SpezPiRgt = 9 Kpn LogRgt 1 = 5 Btle LogRgt 4 = 4 Btle d.h. plus 1 Rgt Stab und 2 Btle	<u>Feldjägerkommando</u> Schule Feldjäger- u. Stabsdienst Bw FeldjägerRgt 1=13 Kpn FeldjägerRgt 2 =13 Kpn FeldjägerRgt 3 =13 Kpn d.h. plus 2 Kpn	<u>ABCAbw-Kommando</u> Schule ABCAbw u. gesetzl.Schutzaufgaben ABCAbwRgt 1 = 9 Kpn ABCAbwRgt 7 = 11 Kpn ABCAbwRgt 750 = 14 Kpn d.h. plus 9 Kpn, viele na. Kpn durch Integration der ErgTrpnBtl 906 und 907
<u>Streitkräfteamt</u> - Zentrum für Verifikationsaufgaben Bw - Zentrum Informationsarbeit Bw - Schule Diensthundewesen - Zentrum Militärmusik - Sportschule Bw	<u>Bundesakademie für Sicherheitspolitik</u> <u>Dtr.mil.Vertreter MC/NATO u.EU</u> mil. Dienstposten: 23.302 ziv. Dienstposten: 6.357 29.659	

Q.: Hardthöhenkurier II / 2023

In der zweiten Ausgabe des Hardthöhenkurier 2023 wurde eine künftige Struktur der SKB bis 2031 vorgestellt. Diese Eigengrafik fasst die Planungen zusammen. Eine Grafik in der fünften Ausgabe des Hardthöhenkurier 2023 (S.91) nannte Ende 2023 eine Stärke von 28 aktiven und 9 nicht aktiven Feldjägerkompanien.

Die zwei Bataillone und zwei Kompanien der ABC-Abwehr-Ergänzungstruppen sollen in den drei Regimentern aufgehen, wo aktive und nicht aktive Kompanien verzahnt werden.

Im Bereich des Logistikkommandos sind an nicht aktiven Ergänzungstruppen bisher nur zwei Transportkompanien und eine Spezialpionierkompanie (Pipeline) vorgesehen. Die zunehmenden Anforderungen der Einsatzunterstützung an dieses ursprünglich nicht auf die Bündnisverteidigung abgestellten Kommandos lassen die Bedeutung der Verstärkung durch Reservisten auch in der Zahl von 14.000 nicht aktiven Dienstposten ablesen. Gerade im Bereich des Logistikkommandos dürfte man künftig nicht ohne Kaderungen auskommen.

Im Frühjahr 2024 wurde entschieden, die SKB und den zentralen Sanitätsdienst als eigenständige Organisationsbereiche aufzulösen und in einen zentralen Unterstützungsbereich der Bundeswehr einzugliedern. Die geplanten Ausgliederungen der ABC-Abwehr, Feldjäger und ZMZ an das Heer erfolgen nicht! Allerdings werden die Heimatschutzkräfte der territorialen Verteidigung dem Heer zugeordnet. Das Kommando CIR wird zur vierten Teilstreitkraft aufgewertet.

Das Unterstützungskommando wird in Bonn beheimatet sein und ist mit 600 Dienstposten geplant. Volle Einsatzbereitschaft soll im April 2025 erstellt sein. Zum Unterstützungskommando wird auch ein eigenes Fachkommando für die Gesundheitsversorgung Bw in Koblenz mit 500 Dienstposten gehören.

Dem Unterstützungskommando werden unterstehen:

- Sanitätsdienst der Bundeswehr**
- Logistikkommando**
- ABC-Abwehrkommando**
- Feldjägerkommando**
- ZMZ**
- Truppenübungsplätze**
- Planungsamt der Bundeswehr**
- Streitkräfteamt**
- Deutsche militärische Vertreter**
- Joint Support and Enabling Command**
- Multinationales Kommando Operationsführung**

Kommando Luftwaffe



Militärische Befähigungen in der Dimension Luft sind für die Auftragserfüllung der Bundeswehr unverzichtbar. *Dazu gehören die Überwachung des Luftraums, die Luftverteidigung mit fliegenden und bodengestützten Kräften, die Möglichkeit zum Luftangriff auf gegnerische Heeres- und Luftwaffenkräfte, Seeziele und wichtige stationäre Einrichtungen für Führung und Versorgung.* Die Zuständigkeit der Luftwaffe für den Weltraum ist nicht ganz unumstritten, da die Nutzung von Satelliten und die Kompetenzen bei der Nutzung des elektromagnetischen Spektrums mehr im Kommando Cyberinformationsraum verortet sind. Nach dem Verzicht auf bodengestützte Nuklearwaffen durch die NATO in Europa, bleibt die Luftwaffe der einzige *Träger der nuklearen Teilhabe*. Der *Lufttransport* spielt eine zunehmende Rolle. Er befördert Material und Personal im Grundbetrieb über große Entfernung, u.a. auch bei humanitären Aktionen. Luftlandeausbildung ist ohne Transportflugzeuge und Hubschrauber nicht möglich. In Krisen ermöglichen Lufttransportkräfte die schnelle Verlegung von leichten Kräften, und unterstützen bei Evakuierungen. Im Kriege sind Kommandoaktionen und Luftlandungen sowie schnelle Schwerpunktbildungen für Logistik und Verlegungen möglich.

Luftstreitkräfte eignen sich für *reaktionsschnelle Wirkung über große Entfernungen* und können sehr leicht *Schwerpunkte* bilden. Bei einer Überraschung und unter hohem Zeitdruck sind sie die *Kräfte der ersten Stunde*. Sie müssen nicht notwendigerweise in größerer Nähe zu den Grenzen eines Konfliktgegners stationiert sein und wirken *nicht so eskalierend* wie Truppenbewegungen von Bodentruppen. Einsätze können je nach politisch und militärischer Lageeinschätzung *flexibel skaliert* (dosiert) und hoch- oder runtergefahren werden. Kampfflugzeuge können schon in relativ geringer Zahl *hohe Waffenwirkungen ins Ziel bringen*, die bei entsprechender Technologie auch *sehr präzise* wirken können und zivile Schäden in Grenzen halten.

Die hochmobile Verlegung von Luftwaffenkräften im Rahmen sicherheitspolitischer Reaktionen hat die Luftwaffe im Sommer 2022 durch die weiträumige Verlegung von sechs Eurofightern mittels Luftbetankung in den Indo-Pazifik und gemeinsame Übungen mit den „Wertepartnern“ Australien, Japan, Neuseeland, Singapur und Korea in der Aktion Rapid Pacific demonstrieren wollen. Im Sommer 2023 folgte dann die umfassende Verlegeübung Air Defender 2023 mit vielen alliierten Partnern auf den Flugbasen Jagel, Hohn, Wunstorf, Lechfeld, Laage, Neuburg, Spangdahlem und Geilenkirchen. Ausländische Basen waren auch einbezogen. Daran waren 250 Flugzeuge und 10.000 Soldaten aus 23 Nationen beteiligt. 2024 übte die Luftwaffe in Alaska und setzte ihr Engagement im Indopazifik fort.

Allerdings können Luftstreitkräfte *keine Räume halten oder zurückgewinnen* und ihre fliegenden Teile können nicht ununterbrochen im Einsatzraum präsent sein. Außerdem sind die fliegenden Geschwader auf eine relative kleine Zahl von aufwändigen und

verwundbaren Basen am Boden angewiesen und können sich nicht so auflockern wie die Kräfte des Heeres.

Die Luftwaffe sieht sich wie alle Teilstreitkräfte in einen *übergreifenden Wirkungs- und Führungsverbund der Bundeswehr* eingeordnet und entwickelt ähnlich wie das Heer ein Konzept digitalisierter vernetzter Operationen mit anderen Teilstreitkräften, das auch die Bekämpfung von Bodenzielen wieder verstärkt betrachtet (*Air Surface Integration*)

Die Luftwaffe ist in besonders hohem Maße durch eine relativ geringe Zahl zentraler Waffensysteme geprägt, wo Beschaffungsentscheidungen sehr einschneidende Folgen haben können. Das sind gegenwärtig *140 Eurofighter, ca. 80 Tornado und 12 Feueereinheiten mit Patriot-Flugabwehrsystemen und um die 50 Transportflugzeuge und ca. 70 Hubschrauber*. Natürlich darf man auch die unverzichtbare Ausstattung für *Führungsunterstützung* in Operationszentralen und Stäben und für die Luftraumüberwachung mit *18 Radarstationen* nicht vergessen.

Das *Kommando der Luftwaffe in Berlin-Gatow* führt diese Teilstreitkraft, die wie die Streitkräftebasis noch knapp *27.000 Soldatinnen und Soldaten* umfasst. Die Reduktion der einst 110.000 Luftwaffensoldaten erfolgte durch Auflösung etlicher Geschwader und Räumung der Luftverteidigungsriegel durch die einst hochpräzise Flugabwehrraketentruppe. Es gibt auch keine luftwaffeneigenen Richtfunkketten mit vielen kleinen Relaisstationen mehr und ein großer Teil der Logistik wurde in die Streitkräftebasis überführt und das stationäre Fernmeldewesen liegt weitgehend in der Verantwortung der zivilen bundeseigenen Betriebsgesellschaft BWI.

Die Luftwaffe hat in hohem Maße ihre Fähigkeiten gebündelt und in wenigen Kommandos konzentriert. Die gemischt ausgestatteten regional verteilten Luftwaffendivisionen wurden deshalb aufgelöst.

Unter der oberen Führung des Luftwaffenkommandos in Berlin-Gatow gibt es das *Luftwaffentruppenkommando in Köln-Wahn* als Dach für die fliegenden und bodengebundenen Kräfte und auf gleicher Führungshöhe ein eigenes Kommando für die Einsatzführung, das *Zentrum Luftoperationen* in einer geschützten Infrastruktur im niederrheinischen Uedem (Paulsberg) und dem Kasernenstandort Kalkar.

' seit 2025 Air Component Command

Das *Zentrum Luftoperationen* in Uedem besteht aus mehreren Komponenten und ist mit einem NATO-Luftwaffenkommando am gleichen Standort verbunden. Das Zentrum ist nicht nur ein Befehlsstab, sondern auch ein Kompetenzzentrum für die Ausbildung und Entwicklung von Führungsfähigkeiten für Luftoperationen.

Zum Zentrum Luftoperationen gehören die *Operationszentrale der Luftwaffe* für die Führung aller Luftwaffeneinsätze als einziger verbliebener Führungsgefechtsstand für die Dimension Luft.

Der Zentrale ist in nationaler Verantwortung das ressortübergreifenden *Nationalen Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum* angeschlossen. Dies steuert in Abstimmung mit anderen Regierungsstellen Einsätze für die Bewältigung von Störungen der Luftraumsicherheit durch unkontrollierte Flugbewegungen. Das können im Extremfall Terrorlagen sein, aber den Alltag bestimmen die zahlreichen *luftpolizeilichen Abfangeinsätze* der Alarmrotten in Wittmund und Neuburg, wenn

Flugzeuge sich aufgrund technischen oder menschlichen Versagens im Luftraum falsch verhalten und jeweils zwei Eurofighter aufsteigen müssen, um die Objekte zu identifizieren und die Lage durch Kommunikation mit den Piloten zu bereinigen.

An das Zentrum angeschlossen sind *das Air Intelligence Center* der Luftwaffe für das Nachrichtenwesen und das *Geoinformationszentrum der Luftwaffe*, von dem sich Teile noch in Münster befinden. Geografische und meteorologische Informationen sind für den Flugbetrieb unverzichtbar.

2021 wurde das ressortgemeinsame *Zentrum Weltraumoperationen* beim operativen Führungszentrum der Luftwaffe in Betrieb genommen. Es geht auf das vormalige Weltraumlagezentrum in Uedem zurück und soll von 80 auf 250 Soldaten aufgestockt werden. Das Kommando kooperiert mit dem Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt und der Fraunhofer-Gesellschaft, u.a. durch Mitnutzung des Weltraumradars in Wachtberg (Bad Godesberg). Weitere Radare und Teleskope wurden beschafft, wie zum Beispiel das Radar GESTRA in Koblenz-Schmittenhöhe. Allerdings bedient das Weltraumkommando den neuen Einsatzraum im All nicht mit aktiven Kampffähigkeiten, sondern beobachtet primär mögliche Gefährdungen der eigenen Satelliten, um rechtzeitige Ausweichmanöver zu veranlassen. Natürlich impliziert das die Beobachtung der regen Weltraumaktivitäten vieler Nationen. Militärisch ist die Bundeswehr dort mit sechs Radarsatelliten SAR Lupe vertreten, die aus einer Kooperation mit Frankreich hervorgegangen sind. Frankreich verwendet dafür Bildsatelliten. Deren Aufklärungsergebnisse werden allerdings im Kommando Cyberinformationsraum ausgewertet, nicht in der Luftwaffe. Damit erhält die Bundesregierung für strategische Entscheidungen auch Informationen aus eigener Quelle, was in Krisenlagen von hohem Wert ist.

Das Zentrum in Uedem stellt für die NATO das „*Joint Force Air Component Headquarters*“ und für NATO und EU für Sondereinsätze ein „*Special Operations Air Task Group Headquarters*.“

Dem Zentrum Luftoperationen sind *eine Reihe von deutschen Anteilen an multinationalen Kommandos unterstellt*, die hier kurz vorgestellt werden:

Das *Europäische Lufttransportkommando* in Eindhoven koordiniert die Lufttransportkapazitäten mehrerer europäischer Luftwaffen und hat bei der Luftwaffe das Lufttransportkommando in Münster ersetzt. Der *fliegende Such- und Rettungsdienst ist heute bei den Heeresfliegern in Niederstetten bzw. Marinefliegern in Nordholz organisiert und kein Aufgabengebiet der Luftwaffe mehr*.

Die NATO betreibt mit deutscher Beteiligung auf der Basis Geilenkirchen einen *fliegenden Frühwarndienst* mit den fliegenden Radarzentralen auf der Basis der Boeing „Sentry“, allgemein als AWACS bekannt

Neu hinzugekommen ist eine unbemannte NATO-Aufklärungsflotte mit Großdrohnen der *NATO AGS-Force* in Sigonella auf Sizilien. Sie dient der weiträumigen Radaraufklärung und Luftbildauswertung.

Über seinen deutschen Anteil ist das Zentrum Luftoperationen auch an das übergeordnete *NATO-Luftwaffenhauptquartier AIRCOM auf dem US-Stützpunkt Ramstein* angebunden.

Dem Zentrum Luftoperationen untersteht der für das Luftlagebild unverzichtbare *Einsatzführungsdienst* (Radarführungsdienst) in ganz Deutschland, der in zwei *Einsatzführungsbereiche* gegliedert ist: Nr. 2 in *Erndtebrück* im Rothaargebirge und Nr. 3 in *Schönewalde-Holzdorf* in Südbrandenburg. Die Zentralen der beiden Einsatzführungsbereiche in Erndtebrück und Holzdorf können beide wechselseitig die Daten der 18 Radaranlagen für ein Lagebild in ganz Deutschland aufbereiten. Dort sind auch Arbeitsplätze für Jägerleitoffiziere. Die beiden Einsatzführungsbereiche sind allerdings keine autonomen Kommandozentren, sondern liefern nur Informationen für die operative Führung in Uedem. Die Zahl der unterstellten Radarstellungen, im modernen Militärdeutsch als Sensoren bezeichnet, hat sich wenig geändert. Die Geophysik und Topographie erfordern eine flächendeckende Stationierung. Die Anlagen sind in der Landschaft an den weithin sichtbaren *Radarschutzhauben* (Radome) auszumachen. Es gibt drei verschiedenen Systeme, die zu unterschiedlichen Zeiten eingeführt worden sind. Die westliche Kette betreibt das System HADR (*Hughes Air Defence Radar*) seit 1984 in vier Stellungen. In den neuen Ländern und in Ostbayern wurde in den 90er Jahren das System *RPR 117* an acht Standorten eingeführt und nach 2010 wurde die mittlere Kette in sechs Stellungen mit dem *ARED GROUNDMASTER* erneuert. Bei uns in Nordrhein-Westfalen gibt es eine HADR - Stellung in Marienbaum am Niederrhein und GROUNDMASTER-Stellungen im ostwestfälischen Auenhausen bei Höxter und in Erndtebrück. In Berlin überragt das dortige RPR 117 den ehemaligen Flughafen Tempelhof auf einem hohen Radarturm.



Die meisten Berliner wissen wohl nicht, dass der Radarturm in Tempelhof mit dem RPR 117 der Luftverteidigung Deutschlands dient. Der Radarturm in Auenhausen bei Höxter birgt mit einem ARED Groundmaster den neuesten Sensortyp.

Stark reduziert wurde die Zahl der Einsatzführungszentralen von einst acht verbunkerten Luftverteidigungsgefechtsständen (CRC) auf nur noch zwei in Erndtebrück und im südbrandenburgischen Holzdorf. In Holzdorf gibt es auch eine kleine Komponente mit *zwei mobilen Radaranlagen RAT 31 D* und einem *mobilen Einsatzführungsg efechtsstand DCRC*. Waren die ehemaligen CRC in Bunkieranlagen untergebracht, so kann nur der Einsatzführungsbereich 3 heute noch eine ehemalige NVA - Bunkieranlage in Holzdorf nutzen. In Erndtebrück wurde der Einsatzführungsbereich 2 in einem neuen ungeschützten oberirdischen Gebäude untergebracht. Es wird aber erwogen, die ehemalige Bunkieranlage MARTIN in Meßstetten auf der Schwäbischen Alb für die dortige HADR -Anlage und vor allem als alternatives operatives Führungszentrum der Luftwaffe wieder in Betrieb zu nehmen.



In einem oberirdischen Neubau können in Erndtebrück die Daten von 18 Radarsensoren und den NATO-Frühwarnflugzeugen AWACS zu einem Luftlagebild verarbeitet werden.

Die Radaranlagen werden im *Fernwirkbetrieb* abgesetzt betrieben und sind nur von einer kleinen technischen Betreuungsmannschaft in Zugstärke besetzt. Die 18 Sensoranlagen des Einsatzführungsdienstes verfügen also über keinen eigenen über den zivilen Wachdienst hinaus gehenden originären militärischen Schutz und dürften in einer Bedrohungslage viele Kräfte des Heimatschutzes binden!

Der sicherheitspolitische Umbruch von 2022 rückt auch die Luftverteidigung und den territorialen Raumschutz in ein neues Licht. *Über Nacht bemerkte die Politik, dass Deutschland eigentlich schon lange „kein Dach“ durch eine flächendeckende Bodenluftverteidigung mehr hat.* Auf deutsche Initiative wurde der European Skyshield mit 15 europäischen Teilnehmern zur Wiederentstehung einer flächendeckenden Luftverteidigung angeregt. Sollte tatsächlich eine Lösung wie das israelische Abwehrsystem Arrow-3 gegen ballistische Flugkörper im Mittelstreckenbereich eingeführt werden, wäre auch das Einsatzführungssystem und die Luftraumüberwachung zu ergänzen. *Der Bedrohung durch taktische und strategische Raketen, Marschflugkörper, Hyperschallflugkörper und Drohnen ist weder bei den Sensoren noch bei den Wirkmitteln mit einem einzigen Allroundsystem zu begegnen,* was in der aufgeregten Öffentlichkeit erst noch zu klären wäre.

Die Führungsunterstützung der Luftwaffe mit IT-Kräften ist im *Führungsunterstützungszentrum* gebündelt und untersteht mit seinen drei Führungsunterstützungssektoren (Nr. 1 Fürstenfeldbruck, Nr. 2 Köln-Wahn und Nr. 3 Kalkar) ebenfalls dem Kommando in Uedem. Nr.2 und 3 sind den Hauptquartieren an ihren Standorten zugeordnet, Nr. 1 hält mobile Komponenten und Kapazitäten zur Verstärkung bereit.

Für die Einsatzunterstützung der in Kalkar und Uedem beheimateten Einheiten steht als bataillonsstarker Verband eine *Luftwaffenunterstützungsgruppe* zur Verfügung. Einen gleichartigen Verband gibt es unter dem Dach des Luftwaffentruppenkommandos auch in Köln-Wahn. Diese Einheiten erbringen vielfältige Leistungen zum Betrieb und zur Versorgung der beiden Stabsstandorte.

Die Hauptsäule der Luftwaffe bildet das *Luftwaffentruppenkommando in Köln-Wahn*. Ihm unterstehen alle fliegenden, bodengebundenen und die in der Luftwaffe verbliebenen logistischen Kräfte, außerdem Einrichtungen für Ausbildung im In- und Ausland und ein Zentrum für Luft- und Raumfahrtmedizin.

Es gibt noch *sechs fliegende Kampfverbände*, die einheitlich als *Taktische Luftwaffengeschwader (TLG)* bezeichnet werden: Mit Eurofightern ausgerüstet sind

TLG 71 (Wittmund), 73 Laage bei Rostock, 74 (Neuburg/Donau) und 31 (Nörvenich). Die TLG 33 (Büchel) und 51 (Jagel) fliegen noch den Tornado.

Diese TLG üben regelmäßig auch im Ausland und sind auch schon in Kampfeinsätzen wie im Kosovokrieg, mit Drohnen in Afghanistan und Mali oder bei der Bekämpfung des Terrors mit Aufklärungsflügen im Nahen Osten präsent gewesen. Eine Dauereinsatzaufgabe sind die Beiträge zur *Luftraumsicherung der NATO im Baltikum* und neuerdings auch an der Südostflanke, wo Eurofighter regelmäßig Überwachungs- und Kontrollflüge machen und dort im Luftraum natürlich regelmäßig russischen Flugzeugen begegnen.

Die Bezeichnung *Taktische Luftwaffengeschwader* soll die Absicht unterstreichen, dass sie künftig *mehrrollenfähig* sein sollen und sowohl Luftverteidigungs- als auch Luftangriffsoperationen ausführen können. Diese Befähigung ist allerdings an technische Voraussetzungen geknüpft, die noch nicht abgeschlossen sind. Der seit 2004 eingeführte *Eurofighter* war als agiles Jagdflugzeug konzipiert worden, das primär nicht für schwere Waffenlasten von Jagdbombern ausgelegt wurde. Hauptbewaffnung sind die Luft-Luft Flugkörper Sidewinder und IRIS-T. Der Luft-Luft-Flugkörper mittlerer Reichweite Meteor für die Distanzbekämpfung soll zulaufen (vorerst 150 bestellt). Die britische Royal Air Force hatte allerdings von Anfang ihre Eurofighter auch für die Bekämpfung von Bodenzielen vorgesehen und ist dabei deutlich weiter als die deutsche Luftwaffe, die diesen Prozess erst in den letzten Jahren begonnen hat. Eurofighter können jetzt *gelenkte Bomben* des Typs GBU 48 (Bestand ca. 400) und künftig GBU 54 einsetzen. Es laufen auch Versuche, den *Abstandsflugkörper Taurus* mit einer Reichweite von 500 km zu integrieren. Es gibt aber auch Überlegungen, Abstandswaffen der britischen Eurofighter einzuführen. Die *schleppende Anpassung an eine Bodenrolle* hat im TLG 31 Nörvenich begonnen und ist in den immer noch primär für die Luftverteidigung eingesetzten TLG 71 Wittmund und 74 Neuburg noch nicht richtig angekommen. Das TLG 73 in Laage ist ein Einsatz-/Ausbildungsverband. Hauptträger der Luftangriffsrolle ist immer noch das in den 80er Jahren eingeführte *Mehrzweckkampfflugzeug Tornado*, das neben den oben genannten Lenkbomben auch den schweren Typ GBU 24, vor allem aber den in 600 Exemplaren eingeführten Abstandsflugkörper Taurus einsetzen kann. Mit Taurus lassen sich stationäre oder mobile, verbunkerte oder ungeschützte Hochwertziele bekämpfen, ohne dass sich das Trägerflugzeug der unmittelbaren Bedrohung der Luftverteidigung in den Zielgebieten aussetzen muss. Auf ein an den Tornado in den 80er Jahren besonders angepasstes System hat man wegen des Oslo-Abkommens verzichtet. Mit dem Behälter MW 1 konnte der Tornado verschiedene Sprengkörper und Minen in der Fläche verteilen, um Kampffahrzeuge zu bekämpfen und Startbahnen lahmzulegen. Solche *Streuwaffen* sollte das o.g. Abkommen abschaffen. MW-1 hatte damals die Abhängigkeit von taktischen Nuklearwaffen verringern sollen.

Die Tornados des TLG 33 am Standort Büchel sind auch die *einzigsten Waffenträger der nuklearen Teilhabe* Deutschlands. In Büchel lagern mutmaßlich 20 nukleare Abwurfbomben unter US-Kontrolle. Bei der Bewertung der in Deutschland umstrittenen nuklearen Teilhabe sollte man nicht vergessen, dass Deutschland im Reichweitenspektrum der im Raum Kaliningrad stationierten Iskander-Raketen und der neuen russischen Marschflugkörper SSC-8 liegt. Die sind mutmaßlich auch nuklear bestückbar. Angesichts der begrenzten Abwehrmöglichkeiten gegen neue Lenkwaffen großer Reichweite ist die Androhung von offensiven Gegenmaßnahmen im Sinne der Abschreckung oft die einzige glaubhafte Defensivoption. Nukleare

Teilhabe signalisiert die Entschlossenheit der Partnerstaaten, der nuklearen Bedrohung durch einen eigenen verhältnismäßigen Beitrag auf dem gleichen Niveau in Anlehnung an die US-Atommacht entgegenzutreten zu wollen. Es geht hier mehr um politische Psychologie und Diplomatie als um Kriegsplanung für den Weltuntergang. Es ist kein Zufall, dass es wenig konkrete Informationen über den tatsächlichen nuklearen Einsatzstand gibt, da das Risikokalkül mit Ungewissheiten zum Wesen der Abschreckung gehört.



Auf das vielseitige Kampfflugzeug Tornado kann die Luftwaffe immer noch nicht verzichten. Über die ab 2025 notwendige Nachfolge wurde erst 2022 entschieden, weil sich maßgebliche politische Kräfte in militärischen Fragen sehr schwer tun (Foto Wittmund 2013).

Das *TLG 51 in Jagel* bei Schleswig setzt den Tornado in der Rolle als *Aufklärungsflugzeug* und 20 Maschinen in einer *Spezialversion (ECR)* für die Bekämpfung der gegnerischen Flugabwehr mit elektronischen Mitteln und Flugkörpern ein, die sogenannte *SEAD (Suppression Enemy Defence)*. Das Geschwader geht übrigens auf einen Marinefliegerverband zurück und die Luftwaffe hatte ursprünglich auch die Aufrechterhaltung der Fähigkeit zur *Seezielbekämpfung aus der Luft* zugesagt. Dazu ist sie aber nach dem Ende der Lebensdauer des Flugkörpers Kormorans nicht mehr in der Lage, obwohl das eine für die Verteidigung in der Ostsee wichtige Fähigkeit wäre und im Kalten Krieg durch zwei Marinejagdbombergeschwader vom „Flugzeugträger Schleswig-Holstein“ aus hätte wahrgenommen werden können. Jagel ist auch als Standort für *Drohnen* und der Aufklärungsflugzeuge PEGASUS für SIGINT vorgesehen. Von einem Abzug der Kampfjets war auch schon die Rede. Die Luftwaffe betreibt in den Einsatzgebieten von Israel *geleaste Aufklärungsdrohnen Heron*. Die in Deutschland heftige Debatte um die Bewaffnung von Drohnen ist international recht singulär, kann in dieser Darstellung aber nicht thematisiert werden. Die Eurodrohnen wird nach 2030 erwartet. Die Dynamik der Drohnenentwicklung führt die in Deutschland gängige Beschaffung zahlenmäßig geringer, aber teurer und aufwändiger Hochwertdrohnen in langjährigen Einführungszyklen ad absurdum.

International unverständlich schien auch die Auseinandersetzung über die längst überfällige Entscheidung zur *Ablösung des Tornado bis 2030*. Hier überlagerten sich die Debatten um die nukleare Teilhabe, über die sensible deutsch-französischen Zusammenarbeit beim Projekt FCAS, um die Entwicklungspotentiale des Eurofighters und die Tauglichkeit der in vielen westlichen Staaten in Einführung befindlichen amerikanischen F 35, welche den technologischen Stand der 5. Generation verkörpert. Eine von der letzten Ministerin bevorzugte *Übergangslösung mit dem US-Modell F 18* in einer modernen Version blieb offen. Weniger problematisch wäre ein Teilersatz der

Tornado für konventionelle Luftangriffsaufgaben durch weitere Eurofighter, auch als Tribut an die deutsche Luftfahrtindustrie, aber für die nukleare Teilhabe kam das Muster nicht in Frage. Ende 2022 billigte der Haushaltsausschuss, dass in den USA 35 Tarnkappenflugzeuge des Typs F 35 beschafft werden, um die nukleare Teilhabe zu sichern. Das Finanzvolumen dieser Beschaffung in USA beläuft sich auf ca. 10 Mrd inklusive Ersatzteile und Wartung für fünf Jahre. Die Flugzeuge sollen 2025-29 zulaufen, ab 2027 auf der Einsatzbasis Büchel. Dort sind umfassende Umbaumaßnahmen erforderlich. Da die F 18 nicht mehr in Frage kommt, kann für die elektronische Kampfführung auch das verfügbare System F 18 Growler nicht beschafft werden und so sind 15 Eurofighter in einer Version für die Bekämpfung der gegnerischen Flugabwehr (SEAD) vorgesehen, die ab 2029 einsatzbereit sein sollen. Die vorgesehenen Eurofighter EK (elektronischer Kampf) sollen durch Adaption von marktverfügbaren Systemen an schon vorhandene Maschinen aus dem Bestand entstehen. Diese Adaption bedeutet immer noch ein nicht geringes finanzielles und zeitliches Risiko. F 35 und Eurofighter ECR können gemeinsam in dieser Rolle operieren. Will man den Tornado 1:1 ersetzen, werden auch noch ca. 40 weitere Eurofighter für die konventionelle Jagdbomberrolle benötigt. Davon war noch nicht die Rede! 2024 kündigte der Bundeskanzler die Beschaffung eines weiteren Loses von 20 Eurofightern an. Der Luftwaffeninspekteur forderte allerdings auch schon eine Tranche 5 im nächsten Jahrzehnt, die mutmaßlich 35 Maschinen umfassen müsste, finanziell aber nicht unterlegt ist. Es gibt auch Berichte, dass die Luftwaffe gerne die Tornadoflotte komplett durch F 35 ersetzen würde und gern weitere 35 F 35 hätte.

Die F 35 könnte im konventionellen Waffeneinsatz nicht das ganze eingeführte Spektrum der Tornado übernehmen, da die beschriebene Luft-Boden-Lenkwanne Taurus nicht in den Waffenschacht passen soll. So müssen eigene Waffen für die F 35 beschafft werden.

Die beschlossene *Beschaffung von 38 Eurofightern der Tranche 4* (Projekt „Quadrige“) zum Ersatz älterer Eurofighter Tranche 1 ist nicht Teil der Tornadonachfolge! Der Eurofighter hat mittlerweile wieder eine Einsatzbereitschaft von 70 % erreicht und wenig Schlagzeilen durch Flugunfälle gemacht. Als Modernisierung steht die Ausstattung mit einem Mehrzweckradar an.



Der Eurofighter ist noch lange das Arbeitspferd der Luftwaffe. (Foto Wittmund 2013)

Der große Entwurf für die Zukunft soll das deutsch-französisch-spanische *Future Combat Air System FCAS* zur langfristigen Ablösung der Eurofighter und französischen Rafale nach 2040 werden. FCAS ist mehr als ein Flugzeugmuster, vielmehr ein komplexer operativer Gefechtsverbund in den Flugzeuge, Drohnen,

Satelliten und Bodenaufklärung eingebunden sein sollen. Man sollte allerdings kritisch hinterfragen, ob eine Zahl von am Ende dann vielleicht 100-150 Hochtechnologiesystemen mit einem Kostenrahmen von 100 Milliarden € oder mehr wirklich einen angemessenen Mehrwert an Feuerkraft und Agilität bringen, während man nicht in der Lage ist, die Hausaufgaben bei der Luftverteidigung und kampfkraftigen Heeresdivisionen zu erledigen!

Würden nach Ersatz der Tranche 1 durch 38 Eurofighter Tranche 4, weitere 20 Eurofighter gemäß der Aussage von Kanzler Scholz beschafft und im nächsten Jahrzehnt weitere 35 Eurofighter Tranche 5 realisiert, würde sich die Eurofighterflotte auf ca. 190-200 Maschinen zubewegen und zusammen mit 35 F 35 einen Kampfflugzeugflotte von etwa 230 Maschinen ergeben. Das ist allerdings eine optimistische Annahme. Der Luftwaffeninspekteur mahnte, dass der Flottenbestand nicht unter 200 sinken dürfe. Die Beschaffung zusätzlicher Eurofighter soll u.a. auch den Anschluss der Luftfahrtindustrie an das FCAS-Projekt sichern und die Produktionslinien im kommenden Jahrzehnt erhalten. Das wäre bei einer Entscheidung für weitere F 35 weniger gegeben, ob diese Maschine aufgrund ihrer zunehmenden Verbreitung in der Allianz natürlich viele Möglichkeiten der Kooperation bietet. In jüngster Zeit fanden die Eurofighter der Luftwaffe größere Beachtung bei internationalen Übungsvorhaben im Indopazifik und Alaska mit weiträumigen Verlegungen. Bei der Einsatzbereitschaft scheint die Krise der vergangenen Jahre überwunden zu sein und der Klarstand bei 70-80 % zu liegen.

Eine weitere fliegende Komponente stellt die *Transportfliegerflotte* im *Lufttransportgeschwader 62 Wunstorf* bei Hannover und *Hubschraubergeschwader 64* in *Schönewalde-Holzsdorf* (Brandenburg) und *Laupheim* bei Ulm dar. Das *LTG 63* in *Hohn* bei Rendsburg betrieb die letzten *C 160 Transall*. Nach Auflösung des Geschwaders bis Ende 2022 soll aber der Fliegerhorst weiter genutzt werden. Das *LTG 62* betreibt den Transporter *Airbus A 400 M* und sollte ursprünglich auf dem ebenfalls weitergenutzten Fliegerhorst *Lechfeld* eine zweite Basis erhalten. Dies hat sich zerschlagen. *Lechfeld* wird auch von dem *TLG 74* aus *Neuburg* als Ausweichbasis genutzt.

Der *A 400 M* war ebenfalls lange ein Sorgenkind der Beschaffung und Einsatzreife, hat aber bei der Evakuierungsoperation in *Kabul* seine Feuertaufe bestanden, ist deutlich zuverlässiger geworden und hat auch die Zulassung für das Absetzen von Fallschirmjägern erhalten. Allerdings kann der *A 400 M* die Erwartungen bei der Nutzung behelfsmäßiger Pisten, wie man sie von der *Transall* bei Hilfsflügen kannte, nicht erfüllen und so muss die Luftwaffe in einem *Kooperationsvorhaben mit Frankreich* für diese Zwecke eine gemeinsame Flotte mit in den USA beschafften *C 160 J Herkules* in *Evreux* aufstellen. Die Luftwaffe beteiligt sich mit sechs Maschinen.



Beim Tag der Bundeswehr 2018 machte eine A 400 M ihre Runde über den verschiedenen Veranstaltungsorten.

Nachdem sich ein neues eigenes Hubschraubertransportgeschwader der Luftwaffe mit dem auch in Heer und Marine genutzten NATO-Hubschrauber 90 in Holzdorf nicht realisieren ließ, wurden bei der letzten Strukturreform die in Rheine und Laupheim stationierten *mittleren Transporthubschrauber CH-53 G* des Heeres kurzerhand in die Luftwaffe als neues *HTG 64* an den Standorten Holzdorf und Laupheim überführt. Natürlich stand dabei Ärger ins Haus, denn in Rheine war die Infrastruktur für die CH 53 noch modernisiert worden und die in Holzdorf erstellten Neuobjekte waren auf NH 90 abgestellt. Die Bundeswehrführung zog die Entscheidung aber gegen alle Proteste und Bedenken durch. Die bewährten und mehrfach modernisierten CH 53 aus den 70er Jahren kommen aber nun in die Jahre und die *Beschaffung eines schweren Transporthubschraubers* bei den US-Herstellern Sikorsky und Boeing wurde ausgeschrieben. Die Ausschreibung wurde zurückgezogen als die von der Bundeswehr vorgegeben Anforderungen zu teuer wurden. 2022 ist die Entscheidung für 60 Chinook von Boeing als „fliegende Ladefläche“ gefallen. 2027 bis 2032 werden 60 CH 47 F zulaufen. Davon werden 47 in Holzdorf und 10 in Laupheim stationiert.

Laupheim wird zum Standort der Hubschrauberkräfte für Spezialoperationen und beherbergt dann auch 15 leichte Hubschrauber H 145 M LUH SOF und möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt auch 10 leichte Kampfhubschrauber H145 M LKH SOF. Für Holzdorf wird auch der Ausbau zu einem Umschlagplatz für Großraumtransporter gefordert. Derartige Ambitionen waren wohl auch ein Faktor bei der militärisch umstrittenen Aufgabe des Standortes Bentlage.



Schon lange im Dienst: 1992 landet eine CH 53 G der Heeresflieger aus Rheine vor einer heute längst aufgegebenen Kaserne in Münster. 2018 wird sie bei der Erprobungsstelle 91 in Meppen vom Hubschraubertransportgeschwader der Luftwaffe ausgestellt.

Zu den ca. 60 CH 53 G kommen noch *15 neu beschaffte leichte Hubschrauber H145M LUH SOF Light Utility Helicopter*, die unter anderem auch für das Kommando Spezialkräfte im Einsatz sind. Die vielfältigen Aufgaben der Transporthubschrauber im Truppentransport und Logistik werden durch humanitäre Einsätze, Aufklärungsaufgaben in Auslandsmissionen, aber auch im Heimatschutz immer mehr erweitert, so dass sich auch die ergänzende Beschaffung eines leichten Musters empfahl. Logistik und Ausbildung der Hubschrauberkräfte der Luftwaffe sind natürlich mit Heeresfliegern und Marinefliegern abgestimmt.

Als weitere sehr öffentlichkeitswirksame Komponente tritt die *Flugbereitschaft des BMVg* an ihrem Hauptstandort in Köln-Wahn und Nebenstandorten in Berlin-Tegel und Berlin-Schönefeld in Erscheinung. Sie betreibt den parlamentarischen und Regierungsflugbetrieb, hat aber auch vielfältige militärische Transporteinsätze wie Luftbetankung und medizinische Transporte (MEDEVAC) zu leisten. Der Transport von Personal in ferne Einsatz- und Übungsgebiete und die Beförderung von Wechselbesatzungen der Marine gehört zum Beispiel auch dazu. Die Flugbereitschaft war an der Evakuierung aus Afghanistan mit dem Transfer von Usbekistan nach Deutschland beteiligt und führte zuletzt Verlegungsflüge für Intensivpatienten in der Pandemie durch. Der Flugzeugpark ist dementsprechend vielfältig: ein Airbus A 310 MRTT Multi Role Tanker Transport, ein Airbus A 350, jeweils zwei Airbus A 340 und A 319CJ, ein Airbus A319 OH Offener Himmel, ein Airbus A321, vier Bombardier Global 5000, drei Global 6000 und drei Cougar AS-532 Hubschrauber. Die Maschine für den Einsatz „Offener Himmel“ ist für die Durchführung von Beobachtungsüberflügen im Rahmen von Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildenden Maßnahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) beschafft worden. Da die USA und Russland aus dem „Open Skies-Vertrag“ ausgestiegen sind, fehlen jetzt wichtige Vertragspartner und Überwachungszonen. Die Bundeswehr hatte nach dem Absturz eines noch von der NVA übernommenen Musters in Südafrika, das sie auch für diese Zwecke verwendete, lange durch Mitnutzung von Maschinen befreundeter Luftwaffen improvisieren müssen.



Die Airbus-Jets der Flugbereitschaft werden nicht nur für Regierungsflüge eingesetzt.

Bei den kleineren Flugmustern dürften die jüngst beschafften drei *Global 6000* noch von weitergehendem Interesse sein, da sie für das *Projekt Pegasus* als Träger für die *weiträumige elektronische Aufklärung* vorgesehen sind. Die durch die Ausmusterung

der Marinepatrouillenflugzeuge Atlantic vor 13 Jahren entstandene Lücke bei der Erfassung von elektronischen Aufklärungssignalen in weiträumigen Gebieten konnte wegen des Scheiterns von zwei Lösungen mit Großdrohnen (Eurohawk, Triton) lange nicht gefüllt werden und nun soll die fertig entwickelte Aufklärungsausstattung ISIS in Global 6000 eingerüstet werden.

Deutschland beteiligt sich künftig mit drei Airbus A 330 MRTT, die in Wahn stationiert werden, an einer *multinationalen Tankerflotte*, deren Einsatz vom Europäischen Lufttransportkommando koordiniert wird.

Im Zusammenhang mit den fliegenden Systemen muss man noch die dem Luftwaffentruppenkommando unterstellten fliegerischen Ausbildungsteile in den USA erwähnen. Das *Ausbildungskommando USA* wurde von Holloman zur Sheppard Airforce Base verlegt, da eine Umstellung auf eine fliegerische Ausbildung in Europa noch nicht abgeschlossen ist.

Das *Zentrum für den elektronischen Kampf fliegender Systeme* befindet sich am Standort Kleinaitingen, bekannter als Lechfeld, und an zwei weiteren Dienststellen im Bundesgebiet und betreibt die Weiterentwicklung und das Training zur Abwehr gegnerischer und Anwendung eigener elektronischer Störmaßnahmen, die für das Überleben eigener und die Abwehr gegnerischer Systeme unverzichtbar sind. Das Zentrum unterstützt auch andere Teilstreitkräfte und Partner.

Neben den fliegenden Kräften hat in der deutschen Luftwaffe immer auch die *bodengebundene Flugabwehr mit Raketen* eine große Rolle gespielt. Im Zeitraum 1986 – 93 war der Bestand auf 87 Feueinheiten mit den Systemen Patriot, Hawk und Roland angewachsen, um dann wieder schrittweise zu verschwinden, da man *sich von einer flächendeckenden Raumverteidigung in multinationalem Verbund innerhalb fester Riegel und später mobiler Clustern verabschiedete*. Nacheinander wurden die festen Flugabwehrraketstellungen (über 100) durch die Luftwaffe und ihre NATO-Partner aufgegeben und die verbliebenen Batterien *auf wenige Standorte konzentriert*. Bis 2005 waren das Tieffliegerabwehrsystem Hawk und das Nahbereichssystem Roland verschwunden und die Zahl der Patriot-Batterien in sechs Flugabwehrraketengeschwadern von 36 auf 24 reduziert. Mit der nächsten „Bundeswehrreform“ *blieben 2012 nur noch drei Gruppen in einem Geschwader übrig, die in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern konzentriert wurden*. Die „FlaRak“ musste ihre Standorte in Bayern, NRW und Niedersachsen räumen. Eine flächendeckende territoriale Bodenluftverteidigung existiert nicht mehr. *Das Dach der „FlaRak“ über Deutschland ist Geschichte*. Das soll nun die Initiative European Skyshield im europäischen Rahmen (ohne Frankreich!) ändern, in welches die verschiedenen Staaten ihre (verschiedene) Waffensysteme und Sensoren einbringen und auch an weltraumgestützte Überwachungssysteme gedacht ist. Deutschland könnte die verschiedenen Versionen des bodengestützten Flugabwehrraketensystems IRIS-T-SLM einbringen, das sich gerade als Waffenhilfe für die Ukraine bewährt.

Die verbleibenden Kräfte üben den *Schutz weniger Räume in den Einsatzgebieten der NATO*, um vorwiegend eigene Truppen oder ausgewählte Objekte gegen Bedrohungen aus der Luft zu verteidigen. Dazu zählen nicht nur *Flugzeuge, Hubschrauber und ballistische Raketen*, sondern zunehmend auch *Drohnen*. Der

waffentechnische Anpassungsbedarf ist dementsprechend hoch. Jede Gruppe betreibt zur Ausbildung noch eine feste Friedensausbildungsstellung (FAST).

Die Flugabwehrraketentruppe der Luftwaffe umfasst heute das *Flugabwehrraketengeschwader 1 in Husum* mit der *Flugabwehrraketengruppe 26 in Husum*, der *Flugabwehrraketengruppe 21 in Sanitz* (Mecklenburg) und die *Flugabwehrraketengruppe 24 in Bad Sülze / Boehlendorf* in Vorpommern, dazu kam das *Taktische Ausbildungs- und Weiterbildungszentrum Flugabwehrraketen* in Fort Bliss/USA, welches ab 2022 durch das Ausbildungszentrum Flugabwehrraketen in Husum-Schwesing und Panker (Todendorf) ersetzt wird. Das Geschwader betreibt noch 12 *Feuereinheiten* mit dem Raketensystem Patriot für den Einsatz und verfügt Gerät von zwei weiteren für Ausbildung und Umlaufreserve. Die Ukrainehilfe bedeutete aber die Abgabe von zwei Feuereinheiten. Das in den USA hergestellte System nutzt deutsche LKW und Fernmeldegerät. Im Zentrum einer Feuereinheit (FlaRakStaffel) steht eine mobile Kampfführungsanlage mit einem Multifunktionsradar und einem Feuerleitstand für sechs auf LKW verlastete Patriot-Starter mit Flugkörpercontainern. Das Radar erfüllt verschiedene Funktionen wie Luftraumüberwachung, Zielerfassung, Zielerkennung, Zielverfolgung und Flugkörperlenkung. Das Radar ist allerdings kein Rundsuchradar, sondern auf einen festen Sektor von 120° ausgerichtet. Hier könnten künftige Nutzungsdauerverlängerungen und Kampfwertverbesserungen Abhilfe schaffen. Die Starter können verschiedene Flugkörper abfeuern, die regelmäßig modernisiert wurden. Den letzten Rüstzustand weist der Flugkörper PAC-3 MSE auf mit einer verbesserten Befähigung zur Abwehr ballistischer Raketen, von dem die Luftwaffe eine kleinere Stückzahl (50) beschaffen konnte. Die Patriot-Systeme wurden und werden kontinuierlich modernisiert und ihre Ablösung ist noch offen (2038 oder länger?) Das *Taktische Luftverteidigungssystem TLVS*, das von deutscher Seite nach dem Ausstieg der USA und Italiens allein weiterentwickelt wurde, ist im Haushalt nicht mehr unterlegt. Sein Vorteil wäre die Auslegung auf viele Bedrohungen mit Einbindung verschiedener Raketensysteme und Sensoren in einer sogenannten offenen Systemarchitektur und das mit einem 360° Radius wirkenden rotierenden Radar gewesen.



Eine Patriot-Feuereinheit verfügt u.a. über ein Mehrzweckradar und sechs Startfahrzeuge.

Das Flugabwehrraketengeschwader 1 betreibt einen *Gefechtsstand (SAMOC)* für eine umfassende Führung der gesamten Flugabwehrraketenkräfte. *Friedensausbildungsstellungen* befinden sich auf dem ehemaligen Fliegerhorst Schwesing bei Husum, in Prangendorf bei Sanitz und in Warbelow bei Bad Sülze. Für die Ausbildung wird auch noch der *Raketenschießplatz auf Kreta* genutzt. Die in den

80er Jahren beschafften, immer wieder modernisierten Luftabwehrraketen Patriot werden weit über 2030 hinaus die bodengestützte Luftverteidigung gegen Flugzeuge und ballistische Kurzstreckenraketen wahrnehmen müssen. Die Ausbildung wurde mittlerweile aus den USA nach Schleswig-Holstein verlagert.

Die Aufmerksamkeit hat sich in letzter Zeit allerdings von der großräumigen Luftverteidigung wieder zur *Nahbereichsflugabwehr* verschoben. *Als großes Defizit hat man angesichts der sich abzeichnenden Bedrohung durch Kampfdrohnen wieder die Nahbereichsluftverteidigung erkannt*, nachdem man zehn Jahre zuvor noch die Heeresflugabwehrtruppe komplett aufgelöst hatte. Die Luftwaffe hat die Reste der Heeresflugabwehr in der kleinen *Flugabwehrraketengruppe 61 im ostholsteinischen Panker nahe dem Flugabwehrschießplatz Todendorf* an der Ostsee zusammengezogen, mit 19 leichten Flugabwehrraketenpanzern *Ozelot* und wenigen stationären 35 mm-Geschützen zum Schutz von Feldlagern (MANTIS) und einigen mobilen Luftraumüberwachungsradaren. Die *Ozelot* sind mit leichten Flugabwehrraketen *Stinger* ausgerüstet. Fotos scheinen auch noch deren Nutzung als *tragbare Fliegerfaust* zu belegen, mit denen früher der Objektschutz der Luftwaffe und die Heeresflugabwehr ausgestattet war. Die Flugabwehrraketengruppe 61 wurde der *niederländischen Luftverteidigungsgruppe in de Peel* unterstellt. Über den Wiederaufbau einer begrenzten Flugabwehr unter dem Arbeitsbegriff „qualifizierte Flugabwehr“ wurde im Kapitel Heer berichtet. Nach den Erfolgen des an die Ukraine gelieferten Flugabwehrraketensystems IRIS-T ist dies System zum neuen Hoffnungsträger geworden und wird in verschiedenen Versionen in den 14 Feuereinheiten der künftigen Luftverteidigung, davon vier für das Heer, Verwendung finden. Aktuell ist die Beschaffung von sechs IRIS-T-SLM Staffeln beginnend 2025 vorgesehen. Dazu kommen sollen IRIS-T-SLS für den Nächstbereich auf einem geschützten Radfahrzeug und ein Flugabwehr-Radpanzer mit Sensor, Kanonen- und Raketenbewaffnung. Darüber hinaus sollen die Patriot-Systeme auf dem neuesten Stand gehalten werden und ggf. auch die Flugkörperherstellung in Deutschland wiederaufgenommen werden.

In der Presse war von vier gemischten Feuereinheiten mit einer Version von IRIS-T für den Nahbereich (Version SLS) plus eine Kanonenlösung für das Heer die Rede, so dass sich künftig die bodengestützte Luftverteidigung wieder auf vier Batterien des Heeres und zehn der Luftwaffe verteilen könnte. Nach einer Einigung zwischen Heer und Luftwaffe wird es für den Eigenschutz des Heeres zur Wiederaufstellung einer Heeresflugabwehr am Standort Lüneburg kommen. Eine Integration in die Artillerie aufgrund der dort verorteten Aufklärungskapazitäten und -verbünde wurde wieder verworfen



Die Flugabwehrgruppe 61 unterhält wenige Flugabwehrsysteme MANTIS zum Feldlagerschutz. Das System wurde an die Slowakei abgegeben.

Die Frage der Boden-Luft-Verteidigung hat 2022 angesichts der Drohungen des russischen Präsidenten mit Nuklearwaffen und dem Einsatz von Hyperschallwaffen in der Ukraine plötzlich eine neue Gewichtung bekommen. Dabei geht die Bedrohung nicht nur von der Enklave Kaliningrad aus, von wo Iskander-Raketen das Baltikum, Polens und den Großraum Berlin bedrohen können. Mittelstreckensysteme wie der Marschflugkörper SSC-8 könnten auch von Russland aus wirken, von dem gesamten land-, luft- und seegestützten russischen Nukearpotential ganz zu schweigen. Dabei ist eine dringende Klärung in der Öffentlichkeit und Fachwelt geboten, da eine unsachgemäße Übertragung der Erfolge des israelischen „Iron Dome“ auf Deutschland erfolgte und übersehen wurde, dass die weiträumige Luftverteidigung bislang der NATO-Integration vorbehalten war und sich nationale Alleingänge verbieten. Immerhin gibt es im Rahmen von PESCO auch das europäische Projekt TWISTER in diesem Sektor, das bisher unbeachtet blieb. Ebenso muss bei den Bedrohungen hinsichtlich der Trägersysteme, ihre Reichweite, Flugbahn, Flughöhe und Manövrierfähigkeit unterschieden werden und ein einziges System bei der Sensorik und Abwehrwirkungsmitteln keine Patentlösung bieten. So bleibt das Wirkspektrum des Patriot-System oder eines Nachfolgers gegen Flugzeuge, Hubschrauber und taktischer Raketen geringerer Reichweite wie Iskander weiterhin unverzichtbar, während das in den Schlagzeilen nun auftauchende israelische System Arrow-3 das Höhen- und Reichweitenband der Mittelstreckenraketen abdeckt und das ab 2025 zulaufen soll. Das löst aber die bekannten Defizite im Nah- und Nächstbereich nicht, die ebenfalls mit eigenen Einheiten und Systemen gefüllt werden müssten. Nach dem aktuellen Stand der Dinge wird die Bundeswehr sechs Staffeln IRIS-T-SLM für die Luftwaffe und vier IRIS-T-SLS auf Boxer für die wiederaufzustellende Heeresflugabwehr zu schaffen.

In Deutschland müssten Standorte für Arrow-3 Raketen, Führungs- und Radaranlagen neu eingerichtet werden. So wird es zur Stationierung in vorhandenen Luftwaffenliegenschaften kommen, sofern dies die Einsatzkonzeption und topografischen Anforderungen zulassen. Die erste Auswahl wurde für den Standort Holzdorf getroffen. Als weitere Standorte sind Lechfeld und Hohn im Gespräch. In der politischen Landschaft hätte die Thematisierung einer Raketenabwehr vor noch nicht allzu langer Zeit auch in den Reihen der sie jetzt fordernden Regierungspolitiker wenig Gegenliebe gefunden, berührt eine derartige Forderung doch auch das alte Dogma der Friedenserhaltung durch gegenseitig gesicherte nukleare Vernichtungsfähigkeit.

Im Zusammenhang mit den Einsatzkräften muss auch ein ganz besonderer bodengebundener Verband des Luftwaffentruppenkommandos erwähnt werden: das *Objektschutzregiment der Luftwaffe* an den Standorten Jever und Diepholz. Der Verband soll in der Lage sein, eine Luftwaffenbasis im Einsatzgebiet zu übernehmen, zu betreiben und zu schützen. Zum Schutz gehören nicht nur die Sicherung, sondern auch Brandschutz, ABC-Abwehr und Pionierdienst zur Schadensbeseitigung. Das Regiment kann auch zusätzliche Sicherungskräfte aus dem jüngst gestarteten Projekt eines einjährigen militärischen Freiwilligendienstes (s.o.) übernehmen. Das Objektschutzregiment kann die entsprechenden Schutzaufgaben natürlich auch bei Luftwaffeneinheiten im Inland wahrnehmen. Es verfügt auch über geschützte Fahrzeuge wie den Dingo. Das Regiment kann in seinem III. Bataillon auch viele Reservisten einplanen. Die Flugabwehrkomponente für die Nahbereichsverteidigung mit leichten „Fliegerfäusten Stinger“ wurde wieder ausgegliedert und ist nur noch im Flugabwehrraketengeschwader 1 vorhanden.



Die vielseitigen geschützten Fahrzeuge aus den verschiedenen Baureihen des *DINGO* sind bei vielen Truppengattungen im Einsatz, auch beim Objektschutzregiment.

Dieses Regiment kann als *exemplarischer Fall für den Paradigmenwechsel von der Landesverteidigung zu Kriseneinsätzen im Ausland* gelten. Ursprünglich hatten alle Fliegerhorste in Deutschland Maßnahmen zum Schutz (z.B. Flugzeugschutzbunker) getroffen und aktive und nicht aktive Einheiten zur Sicherung, Flugabwehr und den Luftwaffenpionierdienst aufgestellt, um den Betrieb auch unter Feindeinwirkung möglichst lange sicherzustellen bzw. wiederherzustellen. Neben der fliegenden Gruppe und der technischen Gruppe existierte auf den Fliegerhorsten ein dritter bataillonsstarker Verband für diese Aufgaben: die Fliegerhorstgruppe. Die Bewertung, dass das deutsche Staatsgebiet nicht mehr bedroht sei, führte zum Abbau dieser Kapazitäten, um Kosten einzusparen. Teilweise wurden sogar die Flugzeugschutzbunker nicht mehr genutzt und Fertigbauhallen zur Abstellung der Eurofighter errichtet. Etwas zurückhaltender mit diesem Fähigkeitsabbau war man beim TLG 33 in Büchel wegen des Nuklearauftrages. Bei Auslandseinsätzen sind auch Zelte für die Abstellung der Flugzeuge verfügbar. Um den mobilen Einsatz der Luftwaffe auf außerdeutschen Basen sicherzustellen, wie z.B. beim „Airpolicing“ im Baltikum oder bei früheren Aufklärungsflügen auf jordanischen Basen zur Bekämpfung von ISIS, benötigt man eine mobile Unterstützungskomponente wie das Objektschutzregiment. Ob man einige deutsche Flugbasen wieder „härten“ und durch Wiederaufstellung von Fliegerhorstgruppen widerstandsfähiger machen kann, ist sicher noch nicht entschieden. Allerdings stellt die Luftwaffe mittlerweile wieder eigene nicht aktive Sicherungsstaffeln im III. nicht aktiven Bataillon des Objektschutzregiments auf. Außerdem plant die Luftwaffe im Rahmen des Projekts Reserve 2025- Schutz und Sicherung Inland vier nicht aktive Sicherungszüge in Jagel, Schönewalde, Nörvenich und Manching.

Im Rahmen der Strategie der Reserve war auch für die Luftwaffe von einem Aufwuchs um 15.000 Reservisten die Rede. Die Zahl scheint recht hoch, denn die Luftwaffe kann nicht wie das Heer größere Reserveformationen einbinden, braucht aber viel Personal, um seine Geschwader auf volle Einsatzstärke zu bringen. Die Zahlen in Planungsdokumenten eilen sicher der realen Umsetzung oft weit voraus und die theoretische Verfügbarkeit von Grundbeordneten kann nur mit viel Personalbearbeitung, Kommunikation und Qualifizierung erst einmal Gestalt annehmen. Möglicherweise ist aber an zusätzliche Sicherungsstaffeln und Startbahninstandsetzungskräfte gedacht, die man beim Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen eines Verteidigungsfalles mit „einberufenem“ Gerät aus der Bauwirtschaft ausstatten könnte. Am Projekt des Freiwilligen Jahres für Deutschland ist auch das Objektschutzregiment beteiligt. Die Sicherungsaufgaben zum Schutz

einer Luftwaffenbasis mit Flugbetrieb stellen zum Teil andere Anforderungen als der Heimatschutz zur territorialen Sicherung.

Zahlreiche der genannten Verbände führen als *Traditionsbezeichnungen* Beinamen, die gelegentlich auch kritisch hinterfragt werden. Die TLG 71, 33 und 51 mit den Beinamen *Richthofen*, *Boelcke* und *Immelmann* beziehen sich auf die Fliegertradition des Ersten Weltkrieges. Das JG 74 musste den Namen des Fliegerassess *Mölders* aus dem Zweiten Weltkrieg 2004 ablegen. Dagegen ist die Benennung des TLG 73 *Steinhoff* mit einem auch in der Bundeswehr renommierten Luftwaffengeneral oder die regionale Zusatzbezeichnung *Ostfriesland* für das Objektschutzregiment unproblematisch. Mit der Auflösung des Lufttransportgeschwaders 63 in Hohn verschwindet leider der bei den Transportfliegern legendäre und unkriegerische Beiname *Hans Hückebein*. Die *Kaserne der Unteroffizierschule* in Appen bei Pinneberg hat den Namen des Fliegerhelden *Marseille* aus dem II. Weltkrieg gegen den des ehemaligen F 104-Piloten *Jürgen Schumann* eingetauscht, der sich 1977 als Flugkapitän der entführten „Landshut“ auszeichnete und ermordet wurde. Das Thema der *Traditionspflege in der Bundeswehr* sei damit kurz angerissen, aber nicht ausgeführt.

Das Luftwaffentruppenkommando führt auch Einheiten und Einrichtungen für die Ausbildung. Der *Offizierschule der Luftwaffe* befindet sich noch im traditionsreichen Luftwaffenstandort Fürstenfeldbruck, soll aber 2023 eine neu errichtete Infrastruktur in Roth bei Nürnberg beziehen. Die *Unteroffizierschule* befindet sich in Appen (*Pinneberg*) und die Grundausbildung der Rekruten der Luftwaffe erfolgt in einem *Ausbildungsbataillon in Germersheim und Roth*. Eine erstaunliche Reduktion, wenn man bedenkt, dass es zu Zeiten der Wehrpflicht fünf Ausbildungsregimenter gab.

Für die Ausbildung von Waffenlehren für Eurofighter und Tornado gibt es die *Waffenschule in Laage*. Besonderes Gewicht hat in der Luftwaffe natürlich die technische Ausbildung im *Technischen Ausbildungszentrum der Luftwaffe* mit Standorten auf dem Fliegerhorst *Faßberg* in der Lüneburger Heide und in Kaufbeuren. Angeschlossen ist eine *Fachschule* in Faßberg für die berufliche Qualifikation von Offizieren. Ein Ausbildungszweig befindet sich beim Einsatzführungsbereich 2 in Erndtebrück (s.o.), wo das Radarpersonal ausgebildet wird.

Für die besonderen medizinischen Belange der Teilstreitkraft befindet sich das *Zentrum für Luft- und Raumfahrtmedizin am Standort Köln-Wahn* unter dem Dach des Luftwaffentruppenkommandos. Die Existenz einer eigenen *Luftwaffenunterstützungsgruppe* für den Betrieb des Standortes *Wahn* wurde schon erwähnt.

Die Vorstellung des Luftwaffentruppenkommandos und der Luftwaffe schließt mit den in der Teilstreitkraft verbliebenen *logistischen Teilen für die Materialerhaltung des luftwaffeneigentümlichen Geräts*. Natürlich sind in allen Truppenteilen auch logistische Elemente vor Ort vorhanden und die fliegenden Geschwader verfügen über eine eigene Technische Gruppe, um die Einsatzbereitschaft der Maschinen inklusive der Bestückung und Betankung zu erhalten. Für die höheren Stufen der Materialerhaltung, die in enger Kooperation mit Personal der Hersteller erfolgt, gibt es die *Waffensystemunterstützungszentren 1 und 2 in Manching und Diepholz*. Das WUZ 1 betreut Luftfahrzeuge, das WUZ 2 Flugabwehrraketensysteme, Radar-, Flugsicherungs-, Kommunikations- und Bodennavigationsanlagen. Den Zentren unterstehen die Instandsetzungszentren 1 in Manching, 12 Ummendorf und 13 Landsberg/Lech sowie das Systemzentrum 14 Manching bzw. die Systemzentren 23

Wunstorf, 24 Trollenhagen, später Laage, 25 Erndtebrück und 26 Wunstorf. Das für Hubschrauber zuständige Systemzentrum 21 wurde aus dem WUZ 2 ausgegliedert und als *abgesetzte Instandsetzungsstaffel HTG 64* dem Hubschrauberregiment in Holzdorf unterstellt, bleibt aber am Standort Diepholz. Die Staffel betreibt nun auch den Flugbetrieb in Diepholz. Die Verlegung des Stabes WUZ 2 nach Holzdorf war geplant, wird aber möglicherweise nicht umgesetzt. Das BMVg hat auch entgegen ursprünglicher Absichten eine Weiternutzung des Standortes Diepholz vorgesehen.

Die Zukunft dieser Teilstreitkraft, die sich gern als „Team Luftwaffe“ darstellt, ist auf die Werbung qualifizierten Nachwuchses angewiesen und muss sich darauf verlassen, dass ihre sehr kostspieligen Systeme durch Entscheidungen der „Haushälter“ im Bundestag auf einem zeitgemäßen technischen Stand gehalten werden. Die Luftwaffe kann schon aus Gründen der Flugsicherheit ihre Systeme und wegen der enormen Kostensteigerungen bei der Materialerhaltung mit zunehmender Einsatzdauer nicht ewig weiterbetreiben, wie das beim Heer mit Systemen wie Leopard oder Marder vielleicht noch etwas länger geht. Über die Fokussierung auf die Entwicklungen, Beschaffungsentscheidungen und Einsatzbereitschaft bei fliegenden Systemen hinaus, gibt es auch noch andere Baustellen, wie die doch sehr lückenhafte Bodenluftverteidigung und die Überlebensfähigkeit der Einsatzbasen.

Kommando Luftwaffe Berlin-Gatow				
Zentrum LuftOP Kalkar/Uedem		Luftwaffentruppenkommando Wahn		
JFAC HQ	WB/WE AirC2 OPZLW	KdrFlgVbde Lw	KdrBodenVbde Lw	KdrUstgVbde Lw
EinsFüBereich 2 Erndtebrück ... **	EinsFüBereich 3 Holzdorf ... **	TLG 71 Wittmund (Eurofighter)	FlaRakG 1 Husum -FlaRakGrp 21 Sanitz (Patriot) -FlaRakGrp 24 Bd.Sülze(Patriot) -FlaRakGrp 26 Husum(Patriot) -FlaRakGrp 61 Panker->NL -AZFlaRak Husum	WaSysUstgZ 1 Manching** InstZ 11 Erding>Manching InstZ 12 Ummendorf InstZ 13 Landsberg/L. SystZ14 Manching
FüUstgBereichLw** FüUstgSkt 1 Fürstenfeld. FüUstgSkt 2 Wahn FüUstgSkt 3 Kalkar	DDO/Dt A NAEW&C E 3 Geilenkirchen LwUstgGrp Kalkar	TLG 73 Laage (Eurofighter) TLG 74 Neuburg/D. (Eurofighter) TLG 31 Nörvenich(Eurofighter) TLG 33 Büchel (Tornado) TLG 51 Jagel (Tornado, Heron 1) HSG 64 Holzdorf, Laupheim (CH 53, H145M) LTG 62 Wunstorf (A 400M) LTG 63 *Hohn (Transall) FlgBerBMVg Wahn Berlin-Tegel FlgAusbZ Lw Holloman ->Jagel ZentrumEKflgWaSys Lechfeld	ObjSRgt Lw Jever, Diepholz III.Btl =ErgTrp LwAusbBtl Germersheim OSLw Roth USLw Appen LwUstgGrp Wahn	WaSysUstgZ 2 Diepholz** SystZ 21 Diepholz> Holzd. SystZ 23 Wunstorf SystZ 24 Trollenhgn> Laage SystZ 25 Erndtebrück SystZ 26 Wunstorf TAusbZ Lw Faßberg, Kaufbeuren

vereinfachte Darstellung, Sachstand 2018 *Auflösung nach 2020 ** weitere Standorte mit Einheiten, abgesetzten Bereichen z.B Radarsensoren, Fernmeldestellen etc.

Kommando Marine



Die Marine mit ihren rund 15.000 Militärangehörigen ist naturgemäß im Unterschied zu den anderen Teilstreitkräften /Organisationsbereichen *nicht flächendeckend in Deutschland präsent*, ist aber durch die Herkunft des Personals und auch durch die wehrtechnische Zulieferindustrie *eng mit dem Binnenland verbunden*.

Die *Benennung ihrer Schiffe* unterstreicht ihre Verbundenheit mit Ländern und Kommunen, während die noch in den Anfangsjahren gebräuchlichen Traditionsnamen aus der deutschen Militärgeschichte mit der Außerdienststellung dieser Schiffe verschwunden sind (z.B. Lütjens, Rommel, Scheer, Hipper, Scharnhorst u.a., Ausnahme: Gorch Fock!). Die Fregatten der Marine sind heute meist nach Bundesländern benannt. Dabei kam bei den neuen Fregatten Klasse 125 zum ersten Mal auch „Nordrhein-Westfalen“ zum Zuge und ein Modell dieses Schiffes findet sich im Foyer des Düsseldorfer Landtages. Korvetten, Minenkampfeinheiten und die großen Einsatzgruppenversorger tragen Städtenamen, die oft mit Patenschaften unterlegt sind. Einige Fregatten trugen oder tragen demnächst wieder Städtenamen, die in der Marinegeschichte auch eine längere Tradition haben (u.a. Emden, Karlsruhe, Köln, Lübeck). Flüsse oder Gebirgszüge sind bei Unterstützungsschiffen beliebt (u.a. Rhein, Lahn, Mosel, Oker, Rhön, Spessart). Bei den U-Booten hat man die Marinetradition der Durchnummerierung beibehalten (U 31, U 32 etc.). Schnellboote, die Namen und S-Nummerierung kombinierten, gibt es nicht mehr.

Unter Einbeziehung von im Bau befindlichen Einheiten besteht der Einsatzbestand an Schiffen, Booten und Versorgungsschiffen aus *unter 50 Einheiten*, Hilfsschiffe nicht mitgerechnet. Mit Zulauf von neuen Korvetten wird diese Zahl wieder auf über 50 anwachsen. Dazu kommt eine Zahl von künftig ca. 55 *Hubschraubern und Flugzeugen* des Marinefliegerkommandos. Folgt man dem Zielbild Marine 2035 müsste ein Aufwachsen auf 75 Schiffseinheiten und 34 unbemannte fliegende und schwimmende Systeme erfolgen.

Die Marine hat *schon in den 90er Jahren zukunftsweisende Strukturen* eingenommen, da die brisante Standortfrage mit all ihren politischen Interventionen für sie weniger ins Gewicht fiel. Sie musste ihr Strukturen weniger danach ausrichten, dass möglichst viele Standorte erhalten blieben. Diese Zwänge hatten die anderen Teilstreitkräfte belastet und dort dauerhaft zukunftsfähige Entwürfe behindert, so dass es zu der berüchtigten Dauerbaustelle Bundeswehr mit immer wieder nachgelegten „Reformen“ kam, weil die Mittel nicht reichten, um die immer wieder neu geflickten Fassaden zu erhalten.

Die Marine hat auch eine *starke industriepolitische Lobby* wegen der Förderung der unter starkem Konkurrenzdruck stehenden Schiffbauindustrie in den Küstenländern und Zulieferern im Binnenland. Sie wurde als *Schlüsselindustrie* deklariert, die ungeachtet aller EU-Richtlinien, der Unterstützung der Politik sicher sein kann. Kriegsschiffe machen einen *hohen Anteil des Rüstungsexports* aus und sorgen durch deren Preise, weniger durch die Stückzahlen, für einen Spitzenplatz Deutschlands und damit für viel Kritik. Vor allem konventionelle U-Boote sind gefragt. Eine vergleichbare beliebte Angriffsfläche bietet die vor allem im Süden ansässige Luftfahrtindustrie, die sich der Fürsorge der Unionsparteien sicher sein kann, während in den Küstenländern auch sozialdemokratische Interessen involviert sind. So gilt wohl weiterhin beim Rüstungsexport der Grundsatz „Was schwimmt, läuft“, da man Skrupel mit dem Hinweis auf den geringen Nutzen von Schiffen bei der Unterdrückung von Oppositionsbewegungen verdrängt und heimlich an seine Wählerschaft in den Küstenstandorten der Werften denkt.

Der gelegentliche Vorwurf, dass *kostenintensive Marine- und Luftwaffenprojekte* oft zulasten des Heeres begünstigt waren, ist sicher nicht ganz unbegründet.

Übrigens hat das *Vertrauen der Marine in die nationale maritime Industrie* nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte *etwas gelitten*. Die Fregatten 125 erfüllen immer noch nicht die Erfordernisse einer vollen Einsatzbereitschaft bei der Waffeneinsatzführung und die Korvetten 130 bereiteten anfangs großer Probleme bei der Antriebsanlage. Die Bundeswehrhistoriker werden wissen, dass es auch in den 60er Jahren bei den Eigenbauten von Zerstörern und U-Booten haperte.

Dieser Einstieg soll unterstreichen, dass die Marine trotz ihres zahlenmäßig begrenzten Umfangs immer einen hohen Stellenwert besaß. Als *Exportnation besteht ein großes Interesse an der Sicherung der internationalen Seewege und freien Schifffahrt* und dementsprechend kann man im Rückblick feststellen, dass es in der Deutschen Marine einen kontinuierlichen *Aufwuchs der Hochseekräfte* gab. Das NATO-Planziel von 15 deutschen hochseefähigen Kampfschiffen ab Fregatten aufwärts galt damals und heute, auch wenn es *mit vorläufig nur 11 Einheiten* nicht erfüllt werden kann. Die deutschen Fregattenbauten wurden seit den 80er Jahren nach Wegfall der WEU-Beschränkungen immer größer und entsprechen in der Tonnage, eigentlich dem, was man früher Zerstörer oder Kreuzer nannte. Diese Begriffe sind allerdings nicht im Trend einer verschleiernenden Terminologie, die nicht zu kriegerisch klingen möchte.

Waren die deutschen „Dickschiffe“ ursprünglich noch auf die Nordsee beschränkt, sind sie nun in den letzten Jahrzehnten *weltweit unterwegs* und erfüllen international mandatierte Einsätze, beteiligen sich an NATO-Einsatzgruppen oder befinden sich nach Vorgaben des Auswärtigen Amtes auf *Seereisen mit diplomatischem Hintergrund*, wie 2021/22 die Fregatte „Bayern“ als Symbol deutscher Präsenz im Indo-Pazifik. Hier hat natürlich das kostenträchtige Segelschulschiff „Gorch Fock“ auch seine Rolle als *„Botschafter in Blau“*.

Der *ursprüngliche Kernauftrag* der Marine, der seit dem NATO-Gipfel von Wales 2014 wieder einen neuen Stellenwert bekommen hat, war die *Verteidigung in der westlichen Ostsee*, damals gegen die Baltische Flotte, die polnische Marine und DDR-

Volksmarine. Die Bundesmarine trug mit 24 kompakten für die Küstengewässer optimierten U-Booten, 40 Schnellbooten, über 70 Minenkampfeinheiten und 110 Marinejagdbombern (F 104 G, dann Tornado) zusammen mit der dänischen Marine zum Schutz der Ostseezugänge und „nassen Flanke“ der bundesdeutschen Ostseeküste bei. Dieses *Potential vieler kleiner kampfkraftiger Einheiten bzw. einer relativ starken landgestützten Marineluftwaffe* wurde mit der veränderten politischen Lage *radikal zusammengestrichen*, während das Hochseepotential aufgrund der globalen Krisenausrichtung in der Substanz erhalten blieb.

Die *strategische Lage in der Ostsee* hat sich natürlich für die NATO durch den Beitritt Polens und der baltischen Staaten und die Kooperation mit Schweden und Finnland geändert, aber dies ist auch mit territorial erweiterten Beistandspflichten verbunden, für die *nur noch geringe Kräfte* verblieben sind. Im Grunde sind das nur die von *fünf, demnächst auf 10 aufgestockten Korvetten Klasse 130* im Marinestützpunkt Warnemünde und *12 Minenabweereinheiten* in Kiel. Die sechs, demnächst vielleicht *acht U-Boote Klasse 212* in Eckernförde sind eher für weiträumige Hochseeinsätze konzipiert und nicht mehr wie ihre Vorgänger als kompakte durch geringe Größe überlebensfähige Boote für die Ostsee optimiert. Eine Fähigkeit zur luftgestützten Seezielbekämpfung fehlt, seit die Luftwaffe mit ihrem Geschwader in Jagel (s.o.) den Seezielflugkörper Kormoran nicht mehr einsetzen kann. Allerdings setzte die Marine nach dem russischen Angriff auf die Ukraine kurzfristig 28 seegehende Einheiten ihres gesamten Spektrums in der Ostsee als Signal westlicher Verteidigungsbereitschaft ein.

Die Deutsche Marine hat mit dem „*Baltic Maritime Component Command*“, das beim „*German Maritime Operation Center*“ in Rostock (Operationszentrale der Marine) eingerichtet wurde, die NATO-Führungsverantwortung für die westlichen Kräfte in der Ostsee übernommen. In Kiel betreibt die Marine für die NATO ein *Kompetenzzentrum für die Seekriegführung in Küstengewässern*, für die sie in den Jahrzehnten der Einsatzschwerpunkte in Ostsee und Nordsee große Erfahrungen angesammelt hat.

Besondere Anstrengungen erfordern nach wie vor die Verpflichtungen der Marine bei *internationalen Einsätzen außerhalb der deutschen Gewässer*. Hier seien einige Einsätze von der Vergangenheit bis in die Gegenwart aufgelistet: Minenräumaktion im Persischen Golf 1990/1, Embargokontrolle in der Adria 1992, Evakuierung des deutschen Kontingents nach dem gescheiterten Somaliaeinsatz 1994, Seeraumüberwachung zur Terrorismusbekämpfung seit 2001 durch SNMG 2 (s.u.), Unterstützung der UN-Überwachung des Waffenschmuggels an der libanesischen Küste ab 2006 (UNIFIL), Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika für UN, NATO und EU, Evakuierungen an der libyschen Küste 2011 Unterstützung bei der Vernichtung syrischer Chemiewaffen 2014/15, Flüchtlingsrettung und Schleuserbekämpfung im Mittelmeer 2015-2020, Schutz eines französischen Trägers im Mittelmeer in der internationalen Mission gegen die Terrororganisation des Islamischen Staates 2016, Embargokontrolle vor der libyschen Küste seit 2020 (IRINI).

Hinzu kommen die Beteiligungen an der Präsenz der *ständigen maritimen Einsatzgruppen der NATO* (Standing NATO Maritime Groups) im Rahmen der Bündnisverteidigung. Dazu gehören SNMG 1 im Atlantik, SNMG 2 im Mittelmeer oder Krisengebieten. Für die Minenabwehr und zusätzlichen mandatierten Missionen

bestehen die beiden Einsatzgruppen (Standing NATO Mine Counter Measure Group) SNMCMG 1 und 2. Das Lastenheft der Marine bei schwindenden Schiffseinheiten führt gelegentlich dazu, dass *neben Fregatten oder Korvetten auch Versorgungsschiffe bei Überwachungsaufgaben* zum Einsatz kommen, so dass diese auch mit digitalisierten Lagedarstellungsgeräten nachgerüstet werden müssen. Die Bestandszahlen der Flotte dürfen aufgrund von Werftfliegezeiten und der langen An- und Abmarschwege nicht mit *Verfügbarkeit* im Einsatzgebiet gleichgesetzt werden. Mit dem Verfahren von *Wechselbesatzungen* bei neuen Fregatten will man die Stehzeiten der Schiffseinheiten im Einsatzgebiet verlängern, aber Personal bleibt eine knappe Ressource. Wenn sich der Schwerpunkt wieder mehr zu den näheren Seegebieten in den nördlichen Regionen verlagert, könnte dies Konzept allerdings angesichts der Personalknappheit wieder reduziert werden.

Bis zu ihrer Außerdienststellung wurden auch *Schnellboote* außerhalb ihres natürlichen Einsatzraumes in der Ostsee an der Straße von Gibraltar oder am Horn von Afrika eingesetzt. Fehlende Klimatisierung, die begrenzte Einsatzdauer von Einheiten mit geringer Besatzungszahl und der aufwändige Transport an das Horn von Afrika mit Dockschiffen zur Schonung der Antriebe setzten diesen Einsätzen allerdings Grenzen. Keine offiziellen Informationen gibt es über die *Aufklärungseinsätze von U-Booten und Flottendienstbooten* (s.u.) außerhalb der deutschen Gewässer, die zum Lagebild beitragen sollen.

Ein organisatorischer Überblick über den *Ist-Zustand der Marine* folgt: Das *Kommando der Marine in Rostock* entspricht den Funktionen eines Teilstreitkraftkommandos mit dem Befehlshaber in einer Doppelrolle als Kommandeur und Inspekteur. Sein Stellvertreter ist zugleich Befehlshaber der Flotte. Das Marinekommando kommt mit wenigen Zwischenebenen der Führung aus und kann einige Organisationseinheiten wie Schulen direkt führen, so gibt es zum Beispiel kein Ausbildungskommando. Auch bei der Marine ist eine genaue Unterscheidung zwischen administrativer, planerischer und truppendienstlicher Führung auf der einen und taktischer Operationsführung auf der anderen Seite zu treffen. In der *Hansekaserne in Rostock* wurde die Infrastruktur für den Stab „*German Maritime Forces*“ eingerichtet, dem das o.g. NATO-Kommando für den Ostseeraum angeschlossen ist. Eine unterstellte Dienststelle ist auch die *SAR-Zentrale für den Such- und Rettungsdienst über See*, für den die Marine mit ihren Hubschraubern zuständig ist.

Die Unterbringung der *operativen Führung (Maritime Operation Center)* erfordert eine genaue Betrachtung. Als Zielstandort für den Stab „*German Maritime Forces*“ als operatives Führungszentrum der Deutschen Marine ist die Hansekaserne Rostock vorgesehen. Das dazu gehörende Maritime Operation Center befand sich bisher im verbunkerten ehemaligen Marinehauptquartier *in Glücksburg bei Flensburg und ist 2022 nach Rostock umgezogen*, das Objekt in Glücksburg wird aber möglicherweise nicht ganz aufgegeben, denn für den Standort ist sogar eine eigene nicht aktive Marinesicherungskompanie vorgesehen.

Der Marineführung unterstehen drei Einsatzkomponenten: die Einsatzflottille 1 in Kiel, die Einsatzflottille 2 in Wilhelmshaven und das Marinefliegerkommando in Nordholz bei Cuxhaven.

Die *Einsatzflottille 1* führt das *1. Korvettengeschwader* in Warnemünde, das *3. Minensuchgeschwader* in Kiel, das *1. U-Bootgeschwader* in Eckernförde, das *Unterstützungsgeschwader* in Kiel, das *Kommando Spezialkräfte Marine* in Eckernförde, das *Seebataillon* in Eckernförde, das *U-Bootausbildungszentrum* in Eckernförde und die *Stützpunktkommandos Kiel, Eckernförde und Warnemünde*. Außerdem gehört das *NATO-Kompetenzzentrum für Küstenkriegführung* in Kiel zur Einsatzflottille 1. In der Marine gilt die Tradition, dass in der Ostsee ungerade und in der Nordsee gerade Nummern verwendet werden.

Das *1. Korvettengeschwader* in Warnemünde, das künftig von fünf auf zehn *Korvetten Klasse 130* aufwachsen wird, stellt eine spezifische Befähigung zur küstennahen Kriegführung bereit und führt einen Schiffstyp, der von seiner Größe und seinem Profil in der Marine neu ist. *Korvetten sind an die Stelle der Flugkörperschnellboote getreten*, die mit 40 Einheiten eine hohe und überlebensfähige Kampfkraft in der Ostsee darstellten, in der Einsatzdauer und Seegängigkeit aber beschränkt waren. Korvetten sind mit einer Größenordnung zwischen 1000 und 2000 Tonnen *unbeschränkt hochseefähig* und können auch in fernere Einsatzgebiete verlegen. Als Schiffstyp sind sie nach Größe, Besatzungszahl, Ausstattung und Bewaffnung zwischen Schnellbooten und Fregatten angesiedelt. Sie sind vor allem *auf küstennahe Einsätze ausgerichtet*, wo man hochwertigere Schiffseinheiten nicht einsetzen möchte. Die Korvetten der Klasse 130 können 21 Tage im Einsatz sein und müssen dann Versorgungsschiffe in Anspruch nehmen. Sie können *ununterbrochen im Wachwechsel* betrieben werden. Die Klasse 130 zeichnet eine hohe *personalsparende Automation* aus. Sie hat eine hochwertige *Waffeneinsatzführungsanlage*. Die Bewaffnung ist auf See-, Luft- und Landziele abgestellt, während die U-Bootbekämpfung nicht zu ihrem Profil gehört: ein *Schiffsgeschütz 76 mm*, zwei *Schnellfeuerkanonen 27 mm*, *Unterschallflugkörper RBS 15* gegen Land- und Seeziele, *2 Flugabwehrraketenstarter RAM* sowie *elektronische Abwehrmittel und Täuschkörper* zur Eigenverteidigung. *Hubschrauber* können auf dem Heck landen, aber nicht dauerhaft eingeschifft werden. Sie können damit zeitweise auch U-Bootabwehrfähigkeit einbinden oder Material und Personal befördern (z.B. für Bordkontrollen bei der Embargoüberwachung). Neuerdings gehören auch *kleine Drohnen* (Sea Falcon) für Aufklärungsaufgaben zur Ausstattung. Korvetten eignen sich gut für Überwachungsmissionen in Küstennähe, die *Feuerkraft in einem Großkonflikt zur See ist aber begrenzt*. In der Ostsee üben Korvetten jetzt auch häufiger das *Minenverlegen*, um die Nutzung des Seeraums für einen Gegner zu erschweren. Dabei bindet man auch mit einer geringen Zahl von Minen die Kräfte des Angreifers, wenn er das Risiko von Verlusten nicht eingehen will. Das Zielbild Marine 2035 will Korvetten im Verbund mit einer größerer Zahl kleinerer Kampfschiffe (Future Combat Surface Systems) einsetzen.

Ein ursprünglich geplantes drittes Los wurde von fünf auf eine Einheit reduziert.



Korvette „Magdeburg“ Klasse 130 liegt vor dem Marinearsenal in Kiel.

Möglicherweise wird man in der Ostsee eine stärkere Einbindung von land- und seegestützten Drohnen und Flugkörpern in die Planung für die Kontrolle dieses Seegebietes in Kombination mit kleineren (stealthfähigen) Kampfschiffen erwägen.

Das im März 2023 publizierte Zielbild Marine 2031 sieht 40 - 50 schwimmende und fliegende unbemannte Plattformen zur Ergänzung von Mineneinheiten, Korvetten, U-Booten und Seeaufklärern vor, mit denen diese im Verbund operieren sollen. Das dürfte allerdings zu Abstrichen beim Bau bemannter Einheiten führen, wie zum Beispiel bei der Neubeschaffung von Korvetten.

Das Konzept sieht auch bis zu 18 kleinere Kampfeinheiten (Future Combat Surface Systems) als Ergänzung der Korvetten vor, so dass man hier wohl wieder an die Erfahrungen der Ostseeverteidigung im Kalten Krieg anknüpft, wo stark bewaffnete Schnellboote eine wichtige Rolle spielten.

Das 3. *Minensuchgeschwader* in Kiel mit 12 Einheiten ist von einer mit bis zu 70 Booten ausgestatteten Minenwaffe zur Zeit des Kalten Krieges übriggeblieben. Damals lag ihr Schwerpunkt nicht in der Minenabwehr in der Nordsee, sondern in der schnellen Verminung der Ostseezugänge und Ostseeküste. Daneben gehörten verschiedene Verfahren der Minenräumung zu ihrem Fähigkeitsspektrum, das auch für die Beseitigung von Minen aus den Weltkriegen wichtig war. Die heutigen Mineneinheiten sind vor allem *Minenjagdboote der Klasse MJ 332* (Frankenthal-Klasse), die Minen mit verschiedenen Verfahren *aufspüren und vernichten*, vor allem *mit ferngelenkten Mitteln* (Unterwasserdrohnen). Daneben gibt es *Verfahren zur Räumung* durch Simulation von Schiffsbewegungen mit ferngelenkten Booten (TROIKA), welche Minen auslösen, oder den Einsatz von *Minentauchern*. Die Marine hat hier im internationalen Vergleich eine hohe Expertise, die zu ihrem Kompetenzprofil in der küstennahen Seekriegführung beiträgt. Die künftigen Mineneinheiten sollen auch Fähigkeiten zur Unterwasseraufklärung und Überwachung des Meeresgrundes besitzen.



Minenjagdboote des 3.Minensuchgeschwaders in Kiel

Neben den zurzeit *sechs U-Booten der Klasse 212* gehören zum 1. U-Bootgeschwader auch die *drei Aufklärungsschiffe der „Alster-Klasse“*, die unter der wenig aussagekräftigen Bezeichnung Flottendienstboote in internationalen Gewässern mit ihrer elektronischen Ausstattung Informationen über militärische Aktivitäten in ausgewählten Land- und Seeregionen sammeln können. Dabei ist Personal des Kommandos CIR eingebunden. Diese Boote sollen in den kommenden Jahren durch drei Neubauten ersetzt werden.



Aufklärungsboote im Marinestützpunkt Kiel und U-Boot Klasse 212 in der HDW-Werft

Aufklärung ist heute auch ein wichtiger Auftrag von U-Booten geworden, neben der Fähigkeit zur Bekämpfung von Seezielen mit Torpedos. U-Boote können in fernen Seegebieten eine unauffällige Präsenz aufrechterhalten, welche die andere Seite einkalkulieren muss, die aber wegen der geringen Sichtbarkeit weniger provozierend und eskalierend wirkt. U-Boote können auch Kampfschwimmer für Kommando-einsätze absetzen oder Minen verlegen. Für die Kommunikation mit den U-Booten unterhält die Marine im ostfriesischen Saterland eine Funkstelle mit einem Langwellensender.

Die Boote der Klasse 212 zeichnet der *Brennstoffzellenantrieb* aus, der ihnen größere Reichweite und Unterwasserverweildauer ermöglicht und sie nicht mehr auf die Randmeere beschränkt. Eine Bewaffnung mit einem *lichtwellenleitergelenkten Flugkörper gegen Luft- und Landziele* ist aber *bisher über das Planungsstadium nicht hinausgekommen*. In Zusammenarbeit mit Norwegen werden zwei weiterentwickelte Boote der Version *U 212 CD* (Common Design=gemeinsamer Entwurf D/NO) beschafft. Die konventionellen U-Boote aus deutschen Werften sind gefragte Exportprodukte. U-Boote verleihen gerade kleineren Marinen, die keine großen

Einsatzverbände formieren können, eine gewisse Kampfkraft. Auch Israel gehört zu den Kunden. Die gegenüber der Klasse 212 viel kleineren Vorgängerboote der Klasse 206/209 waren bei NATO-Manövern durch spektakuläre unentdeckte Annäherungen an US-Flugzeugträger aufgefallen und stellten für die Ostseeverteidigung im Kalten Krieg ein Risikopotential für einen Angreifer dar.

Im *Unterstützungsgeschwader* sind die sechs als *Tender* bezeichneten *Versorgungsschiffe für die kleineren Schiffseinheiten* zusammengefasst. Sie unterstützen vor allem die Minenjagdboote und Korvetten. Der Tender Main ist an das U-Bootgeschwader abgestellt. Tender verlängern mit ihren Vorräten die Einsatzdauer der Bootseinheiten, haben aber auch Kapazitäten zur Instandsetzung und Sanitätsversorgung an Bord. So können Tender besondere Instandsetzungscontainer mit dem Bordkran auf dem Deck platzieren. Von der regelmäßigen Nutzung der Tender als Führungs- oder Einsatzschiffe bei den Einsatzgruppen der NATO und mandatierten Missionen war schon die Rede. Das Nachfolgemodel soll neben dem Versorgungsauftrag, auch für den Drohneneinsatz, Patiententransport und das Absetzen von infanteristischen Kräften geeignet sein.

Unabhängig vom Kommando Spezialkräfte des Heeres betreibt die Marine eine *eigene Einheit für Kommandoeinsätze*, die in der Vergangenheit als Kampfschwimmer bekannt wurden und nun als *Kommando Spezialkräfte Marine* für die besonderen Anforderungen möglicher Sondereinsätze auf See, an der Küste oder in Flüssen ausgebildet werden. Das Spektrum ist sehr vielseitig. Die Einsätze müssen nicht nur offensive Kommandoaktionen gegen Schiffe und Infrastruktur sein, sondern können auch humanitäre Aktionen wie Evakuierungen am Strand unterstützen.

Das *Seebataillon* mit seinen acht Kompanien ist ein vielseitiger Verband und repräsentiert die *amphibische Komponente*. Dazu gehören Kräfte für Einschiffung an Bord, um eigene Schiffe zu schützen und Kontrollen an Bord anderer Schiffe durchzuführen. Eine Kompanie hat *Sicherungsaufgaben* zum Schutz von Marineanlagen an Land. Eine Kompanie kann Küsten aufklären (u.a. mit Drohnen) und überwachen. Die *Minentaucherkompanie* beseitigt Minen und andere Kampfmittel. Das Bataillon kann *amphibische Operationen*, d.h. die Anlandung von Kräften oder seeseitige Evakuierungen *unterstützen* und kooperiert mit der *niederländischen Marineinfanterie* (Korps Mariniers), um eine binationale amphibische Kampfgruppe zu bilden. Im Gespräch ist die Beschaffung von *Kampfbooten*, die auch zum Schutz von Schiffen in Hafenanlagen gegen Anschläge (asymmetrische Bedrohung) nützlich sind. Gegenwärtig betreibt das Seebataillon auch die Aufstellung von *Marinesicherungskompanien aus Reservisten* im Rahmen der Reaktivierung des Heimatschutzes. Bei der Marinesicherung müssen von der Seeseite auch Boote eingesetzt werden. Das Seebataillon hat auch zwei Ausbildungskompanien. Der Begriff Seebataillon hat in der Marinegeschichte Tradition, deshalb wird die nach Umfang und Vielfalt angemessene Größenordnungsbezeichnung Regiment nicht verwendet.



Boote spielen heute für Überwachung, Sicherung und Boarding eine große Rolle, bei Bedarf auch auf hoher See als Teil der Schiffsausrüstung.

Die *Stützpunktkommandos* organisieren den Betrieb in den Marinestützpunkten an Land und im Hafen. Sie verfügen dazu auch über Hilfsschiffe wie Schlepper. Einige Schlepper haben auch Zusatzaufgaben bei der Ausbildung von Tauchern, für das Überlebenstraining auf See oder bei Unterstützung von Arsenalen und Errprobungsstellen.

Die *Einsatzflottille 2 in Wilhelmshaven* führt die *Hochseekomponente* der Marine mit Fregatten und Versorgungsschiffen. Diese sind im 2. und 4. *Fregattengeschwader* und dem *Trossgeschwader* zusammengefasst. Fregatten sind der Kern der maritimen Bündnisverteidigung und weltweit einsetzbar. Sie können *Seeräume in den Dimensionen Luft, Über- und Unterwasser überwachen und Überwasserschiffe, U-Boote und Flugziele bekämpfen*. *Einsatzgruppenversorger* und *Flottentanker* stellen die logistische Unterstützung auf See sicher. Durch ein *Mehrbesatzungskonzept* sollen die Einheiten länger in See bleiben können, d.h. in den Einsatzgebieten wird das Personal an Bord abgelöst, wenn dessen Stehzeiten abgelaufen sind. Durch *Ausbildungssimulatoren an Land* sollen die Besatzungen auch ohne Dienst an Bord qualifiziert und fachlich fit gehalten werden.

Das 2. *Fregattengeschwader* führt die drei Fregatten der *Sachsen-Klasse (Klasse 124)* und die vier Fregatten der *Brandenburg-Klasse (Klasse 123)*. Alle Fregatten sind zur Bekämpfung von Überwasser-, Unterwasser- und Luftzielen befähigt. Bei der *Klasse 124* liegt ein *Schwerpunkt zur Luftverteidigung großer Seeräume*, die größere Schiffsverbände schützen können. Es besteht auch ein *Entwicklungspotential für die weiträumige Raketenabwehr*, was in nächster Zeit sicher noch thematisiert wird. Die etwas ältere *Klasse 123* ist vor allem auf *U-Bootabwehr* ausgerichtet. Sie wird gegenwärtig einer Nutzungsdauerverlängerung bis 2035 unterzogen und u.a. werden die am Ende ihrer Nutzung stehenden Harpoon-Flugkörper mit den Flugkörpern RBS 15 ersetzt, die auch bei den Korvetten verwendet werden.

Erwähnung verdient auch der jetzt mit der „Lübeck“ auslaufende Typ F 122, der Bremen-Klasse, die in den 80er Jahren mit acht Einheiten in deutsch-niederländischer Kooperation beschafft worden war.



Fregatte „Sachsen“ der Klasse 124 beim Hafengeburtstag in Hamburg 2013

Zum 4. *Fregattengeschwader* gehören die vier gerade eingeführten Fregatten der *Baden-Württemberg-Klasse (Klasse 125)*. Bei deren Entwurf galt das Paradigma der Kriseneinsätze. Dementsprechend wurden sie auf eine *Verweildauer von zwei Jahren* mit einem Mehrbesatzungskonzept ausgelegt. Sie können auch über die Besatzung hinaus zusätzliches Personal für verschieden *Einsätze See-Land* an Bord nehmen und verfügen wieder über ein großkalibriges Schiffsgeschütze *Kaliber 127 mm*, das auch gegen Landziele wirken kann. Besonderes Gewicht wurde auf die *Abwehr asymmetrischer Bedrohungen* gelegt und so gehören auch Speedboote zur Ausstattung. F 125-Fregatten haben das übliche Spektrum an Schiff-Schiff, Schiff-Luft- und U-Bootabwehrbewaffnung, verfügen über ein *hohes Maß an Automation* mit einer Besatzung von *nur 120 Mann/Frau* und ein anspruchsvolles *Waffeneinsatzführungssystem*, das aber zurzeit noch Probleme bereitet. Es gibt aber die *Kritik*, dass die Fregatten der Klasse 125 für ihre Größe und Kosten nur eine begrenzte Kampfkraft in einem Szenario der Bündnisverteidigung zur See hätten.

Ein weiterer Fregattentyp als *späterer Nachfolger der Klasse 123 und zur Aufstockung des Bestandes* entsprechend der NATO-Zusagen wurde auf den Weg gebracht: Die *Klasse F 126* wird mit 10.000 t fast dreimal so groß, wie die in den 80er Jahren beschafften Fregatten der *Bremen-Klasse Klasse 122*, deren letzte Einheit jetzt außer Dienst gestellt wird. Diese Größe entspricht eigentlich nicht mehr der Norm dieses Schiffstyps, aber es hat wohl auch politische Gründe, dass man die deutlich kriegesischen Begriffe Zerstörer und Kreuzer meidet (s.o.). Die Klasse F126 wird unter Federführung eines *niederländischen Konsortiums* unter Beteiligung der deutschen Werftindustrie realisiert. *Vier Einheiten dieser „Niedersachsen-Klasse“* sind vorgesehen *und die Option auf zwei weitere soll auch genehmigt werden*. Eine durch den Rechnungshof veranlasste Modifikation des Wirtschaftsplans hatte die 5. und 6. Einheit zeitweilig aus dem Sondervermögen genommen. Neu ist die *modulare Auslegung*, d.h. mit Bordmitteln können schnell Waffensysteme und Einsatzausstattungen ausgetauscht und an wechselnde Rollen angepasst werden, so dass man konzeptionelle Einseitigkeiten wie bei der Klasse 125 vermeidet. Die F 126 wird in der Grundausstattung wieder für die Bündnisverteidigung auf See und Behauptung der Kontrolle über die Seewege ausgelegt. Die mit der F 125 beschrittenen Wege hoher Automation und Austausch von Wechselbesatzungen werden weiterverfolgt.

Die Vergabe an ein niederländisches Konsortium führte zur Verstimmung in Politik und Werftindustrie, weniger bei der Marine.

Im Rahmen der deutsch-norwegischen Marinekooperation sollen für die Fregatten 124, 125 und 126 *norwegische Schiff - Schiff/Land Flugkörper NMS Block A* zum Ersatz der auslaufenden *Harpoon-Seezielflugkörper* beschafft werden.

Die von den Marine gewünschte Zielstruktur ab 2035 sieht langfristig sechs Fregatten 126 (Schwerpunkt Unterwasserkrieg), sechs Fregatten 127 (Schwerpunkt Überwasserkrieg und Luftverteidigung über See) und noch drei Fregatten 125 (Schwerpunkt Krisenmanagement) vor. Insgesamt zeigen die Zielbilder eine Größenordnung von 61 schwimmenden bemannten Einheiten der verschiedenen Kategorien für Seekrieg und Unterstützung.

Im *Trossgeschwader* finden sich die *Einsatzgruppenversorger* Berlin, Frankfurt und Bonn und die *Flottentanker* Rhön und Spessart, die jetzt durch Neubauten ersetzt werden, sowie die *Seeschlepper* Wangerooge und Fehmarn.



Einsatzgruppenversorger „Frankfurt“ Klasse 702 als Werftlieger in Hamburg

Zur Einsatzflottille 2 gehört auch das *Stützpunktkommando Wilhelmshaven*.

Zum *Marinefliegerkommando auf der Flugbasis Nordholz* bei Cuxhaven gehören die *Marinefliegergeschwader* (MFG) 3 und 5. Das MFG 3 erbringt die großräumige *Seeüberwachung und Befähigung zur U-Bootbekämpfung mit acht viermotorigen P3 C Orion*, außerdem zwei Überwachungsflugzeugen DO 228 zur Umweltüberwachung der deutschen Küstengewässer in Abstimmung mit deutschen Behörden. Die „Orion“ waren nach der Außerdienststellung der Breguet Atlantic als gebrauchte Maschinen von den Niederlanden erworben worden. Eine *Nutzungsdauerverlängerung* dieser Maschinen musste aber wegen technischer Schwierigkeiten und der Kostenentwicklung *abgebrochen* werden. Ab 2025 sollen acht in den USA beschaffte zweistrahlige *Boeing Poseidon P 8A* die Lücke bei den Seeaufklärern füllen, bis eine deutsch-französische Entwicklung Wirklichkeit geworden ist. Die technische Betreuung regelt eine Kooperationsvereinbarung zwischen Boeing und der Lufthansa.

Die modifizierte Marinestruktur 2035 plant eine Ergänzung durch sechs unbemannt fliegende Aufklärungssysteme.



Noch fliegen die Seeraumüberwachungsflugzeuge Orion P8 beim Marinefliegerkommando in Nordholz.

Das MFG 5 betreibt die sehr umfangreiche Hubschrauberflotte der Marine. Dazu gehören 22 *Bordhubschrauber Sea Lynx Mk 88*, die jeweils in zwei Exemplaren auf Fregatten *eingeschifft* werden können und der *U-Bootbekämpfung, Aufklärung und für Transportaufgaben* (z.B. beim „Boarding für Schiffsüberwachungen“) dienen. Sie wurden auch mit schweren MG für asymmetrische Bedrohungen nachgerüstet. Die Sea Lynx müssen ab 2025 ersetzt werden. Geplant ist die *Beschaffung von 31 Exemplaren der Bordhubschrauberversion des NATO-Hubschraubers 90*, der als „Sea Tiger“ bezeichnet werden wird. In der *maritimen Transportversion „Sea Lion“* laufen zurzeit 18 Muster zu, welche die in 21 Exemplaren vorhandenen, aber nur noch begrenzt verfügbaren *Seaking Mk 41* ablösen. Die Seaking haben in ihren über 40 Dienstjahren viele spektakuläre SAR-Einsätze über See geflogen und waren den harten Bedingungen des Fluges über See unter schwierigsten Sicht- und Wetterbedingungen gewachsen. Sie dienen auch für Aufklärungs- und Transportflüge und waren zeitweise auch mit leichten Antischiff-Flugköpern bewaffnet. Die Marine hält für ihren *SAR-Auftrag über See* jeweils einen dieser alten bzw. neuen Helikopter in Warnemünde und auf Helgoland präsent. In der Marine gab es erst Zweifel an der Eignung des NH-90 für den Einsatz über See, aber das Muster ist schon längere Zeit bei verbündeten Marinen in dieser Rolle im Einsatz. Im Hintergrund steht auch ein Deal zwischen dem BMVg und Airbus nach Differenzen über den Lieferumfang beim NATO-Hubschrauber 90.



Der bewährte Mehrzweckhubschrauber Seaking hat das Ende seiner Einsatzzeit erreicht. Bei den Franzosen und Niederländern ist der NATO-Bordhubschrauber 90 schon im Einsatz.

Der Einsatz der Marine bedarf natürlich auch einer Unterstützung bei der Logistik und Führungseinrichtungen. Diese ist im *Marineunterstützungskommando* in Wilhelmshaven und an anderen Standorten zusammengefasst. Das Kommando sorgt mit seinem Personal für die *technische Einsatzfähigkeit* der zahlreichen schwimmenden und landgestützten Systeme. Außerdem ist es für die *landgestützte*

Bordausbildung in Simulatoren verantwortlich. In der Marine besteht der große Wunsch, dass der *Arsenalbetrieb* in Kiel und Wilhelmshaven für die Materialerhaltung der Schiffe und Boote vom Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung wieder in die Zuständigkeit der Marine zurückkehrt, um eine Beschleunigung der Instandsetzung der knappen Schiffseinheiten zu erreichen. Ein unkonventioneller Schritt zur Verbesserung der Materialerhaltung der Marine ist die Übernahme der insolventen MV-Werft in Wismar mit einem neuen Marinearsenal in Rostock sein. Diese logistischen Kräfte dürften sich analog zu den anderen Teilstreitkräften zu einem *Systemzentrum Marine* entwickeln. Ein Teil der Marinelogistik wie die Bevorratung von Munition ist in der *Streitkräftebasis* beheimatet, die auch ortsfeste logistische Einrichtungen an der Küste unterhält.

Das zweite Standbein des Marineunterstützungskommandos ist der *Betrieb von Gefechtsständen und Fernmeldeeinrichtungen durch IT-Kräfte*, die das *Führungszentrum in Glücksburg* beim Maritime Operation Center, die *Sendestelle für die U-Boote in Saterland -Rhauderfehn* und andere kleine Dienststellen betreibt.

Im Zusammenhang mit der maritimen Technik muss noch eine dem Marinekommando unterstellte besondere Einrichtung genannt werden: Das *Einsatzausbildungszentrum Schadensabwehr Marine in Neustadt/Holstein*. Hier werden Marinesoldaten bei der Bekämpfung von Leckagen, Bränden oder ABC-Kampfmitteln ausgebildet. Als Übungshulk dient eine ausgemusterte Fregatte. Wahrzeichen der Einrichtung ist der hohe Tauchturm für die Ausbildung in der Rettung von U-Boot-Besatzungen. Die Einrichtung betreibt auch Taucherausbildung und hat dafür zwei eigene Schiffe.

Ebenfalls direkt dem Marinekommando unterstellt ist analog zur Luftwaffe für die besonderen sanitätsdienstlichen Belange der Marine das *schiffahrtsmedizinische Institut der Marine* in Kronshagen. Für die sanitätsdienstliche Betreuung Marine ist aber primär der zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr zuständig, der auch Personal für den Bordeinsatz und die Rettungszentren auf Versorgungsschiffen stellt und in Marinestandorten regionale Sanitätsversorgungszentren unterhält.

Abschließend sei die für diese relative kleine Teilstreitkraft sehr ausgeprägte Schullandschaft vorgestellt. An der Spitze steht die *Marineschule Mürwik* für den Offiziersnachwuchs an einem traditionsreichen Standort, wozu auch noch die Zuständigkeit für das in Kiel beheimatete Segelschulschiff *Gorch Fock* beiträgt. Beginnen müssen die Offizieranwärter auch hier mit einer Grundausbildung. Zu den technischen Ausbildungsmitteln gehört ein Brückensimulator.



Das Segelschulschiff Gorch Fock in Kiel neben einem Tender

Für die *Unteroffiziere*, in der Marine als Maate und Bootsmänner bezeichnet, befindet sich die *Schule in Plön*, wo auch Grundausbildung und die für die Marine zunehmend bedeutsame Schulung für Fertigkeiten beim Schießen und Gefechtstätigkeiten betrieben wird. Auch Köche werden dort ausgebildet.

Die technische Ausbildung wurden in der neu errichteten *Marinetechnikschule in Parow bei Stralsund* konzentriert. Nach der Grundausbildung differenziert sich die Ausbildung in eine Vielzahl systemspezifischer Lehrgänge, wo die Teilnehmer lernen, wie die zahlreichen Waffensysteme, Führungsanlagen, Sensoren und Schiffstechnik in Betrieb gehalten, gewartet und repariert werden können.

Die *Marineoperationsschule in Bremerhaven* bietet eine Vielfalt von Ausbildungen für die Bedienung von Waffensystemen, Sensoren und Führungssystemen an. Außerdem gehört Navigation zu den zu vermittelnden Kernkompetenzen. In einem *Taktikzentrum* werden die Befähigung zum übergeordneten Einsatz und dem Zusammenwirken aller Systeme vermittelt und weiterentwickelt. Die Schule ist auch für das *Überlebenstraining auf See* zuständig, dem sich fliegende Besatzungen regelmäßig unterziehen müssen. Am Standort der Schule wird gegenwärtig das *Maritime Warfare Center* aufgestellt. Es setzt die Aufgabe des Taktikzentrums fort und soll umfassende Befähigungen bei der Führung maritimer Operationen vermitteln und zu einer „Denkfabrik“ der Marine werden.

Die Marine durchläuft damit auch den eingeleiteten Erneuerungsprozess der die gesamte Bundeswehr in Anpassung an neue sicherheitspolitische Voraussetzungen und technologische Herausforderungen erfassen soll.

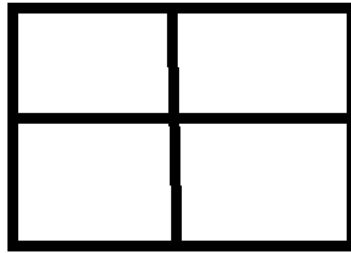
Marinekommando Rostock				
EinsFltl 1 Kiel 3.MinensuchG Kiel UnterstützungsG Kiel 1. KorvettenG Warnemünde 1.U-BootG Eckernförde KdoSpezKr M Eckernförde Seebataillon Eckernförde Marinestützpunkte	EinsFltl2 Wilhelmshaven 2.FregattenG Wilhelmshaven 4.FregattenG Wilhelmshaven Trossgeschwader Wilhelmshaven,Kiel Marinestützpunkte	MflgKdo Nordholz MFG 3 (Orion) Nordholz MFG 5 (Hbr) Nordholz	MarineUstgKdo Wilhelmshaven Abt.BetrUstg,Technik* Abtl.EinsUstg,Prüfung* AbtlüUstgM** MFüUstgZ 1 Glücksburg* MFüUstgZ 1 Saterland*	MS Mürwik (Flensb.) MUS Plön MOps Bremerhaven MTS Parow EinsatzAusbZ Schadensabwehr Neustadt/Holst. Schiffahrtsmed. Institut der M Kiel

* verschiedene Standorte

Die **Marine** hat in ihren großen Stützpunkten Kiel, Wilhelmshaven, Warnemünde, Eckernförde, Rostock, Nordholz mit dem Aufbau von sieben Marineschutzkompanien als Reserveeinheiten begonnen, da ihre Einheiten in Häfen und in Küstennähe besonders gefährdet sind. Diese Reservekompanien unterscheiden sich durch ihren maritimen Schutzauftrag von den Heimatschutzkompanien im Binnenland. Sie setzten seeseitig auch Festrumpfschlauchboote ein und müssen auch Küstenabschnitte überwachen können. Darüber hinaus plant die Marine zwölf weitere abgesetzte Sicherungszüge an großen und kleinen Standorten an der Nord- und Ostsee (Marinearsenale in Wilhelmshaven, Kiel und Rostock, Preußerkaserne Eckernförde, Erprobungsstellen in Schwedeneck und Schirnau, wichtige Führungsobjekte in Sengwarden sowie Staberhuk und Marienleuchte auf Fehmarn).

Auf die 5000 nicht aktiven Dienstposten für die Verteidigungsstruktur der Marine entfällt natürlich auch Verstärkungspersonal für die seegehenden Einheiten.

Kommando zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr



Der Sanitätsdienst war bis zur Jahrtausendwende in die Teilstreitkräfte integriert, auch wenn er *immer schon eine besondere fachdienstliche zentrale Führung durch das Ministerium* erfuhr und *zahlreiche eigene spezifische Einrichtungen* wie die Bundeswehrkrankenhäuser, Untersuchungsinstitute und die Sanitätsakademie in München unterhielt. Alle Truppenteile verfügten vor 2000 über Teileinheiten des Truppensanitätsdienstes, die an die Bedürfnisse ihrer Teilstreitkräfte angepasst waren. So gab es Luftwaffen- und Marinesanitätsstaffeln und das Heer unterhielt Sanitätsbataillone. Der Truppensanitätsdienst war in Bataillone und Geschwader integriert und auch Kompanien hatten ihr Sanitätspersonal, das im Normalbetrieb in den Sanitätsbereichen der Standorte eingesetzt war, bei Übungen aber ihre Stammeinheiten begleitete. Eine besondere Rolle spielte der Sanitätsdienst des Heeres, zu dem ja auch das Territorialheer gehörte. Sanitätsbataillone der Divisions- und Korpstruppen waren für die Erstversorgung und den Krankentransport zuständig. Allerdings waren schon diese Bataillone stark von Verstärkungen in der Mobilmachung abhängig. Dies galt erst recht für den rückwärtigen Sanitätsdienst des Territorialheeres, der für den Weitertransport und die Weiterbehandlung in stationären Einrichtungen vorsah. Da gab es eine umfangreiche mobilmachungsabhängige Sanitätsorganisation, die vor allem aus Reservelazaretten bestand, die in dafür infrastrukturell vorbereiteten öffentlich Gebäuden, z.B. Schulen, als Hilfskrankenhäuser eingerichtet werden konnten. Die Notstandsgesetze sahen dabei auch die Möglichkeit der Verpflichtung von Frauen vor. Der Umfang war auf die zu erwartenden Verwundetenzahlen und zivilen Opfer abgestellt, aber *im Rückblick mag man bezweifeln, ob der hohe Aufwuchs dieses sehr mobilmachungsabhängigen Systems funktioniert hätte*. Immerhin gehörten diese Vorbereitungen auch zu den Verpflichtungen eines Zivilschutzes. Diese *Reserveinfrastruktur wurde dann schrittweise abgebaut* und in den 90er Jahren nach der Auflösung des Territorialheeres stärker in das Heer integriert. Die letzten Reservelazarette wurden im Zuge des Paradigmenwechsels nach 2003 aufgelöst. Dies mag man heute mit Blick auf den Bevölkerungsschutz bedauern, allerdings unterlag das eingelagerte Gerät auch der Überalterung und war nicht mehr auf dem aktuellen medizinischen Stand.

Die realen Einsatzbedingungen der in den 90er Jahren beginnenden Kriseneinsätze konfrontierten die Truppe mit den *Anforderungen einer funktionierenden Realversorgung im Felde und einer reibungslosen Rettungskette*. War der Sanitätsdienst vorher vor allem durch die alltägliche Friedensversorgung bzw. die Planungen für einen wenig wahrscheinlichen Ernstfall geprägt, so rückte der Sanitätsdienst jetzt mehr in den Fokus der Planer, *weil die Sanitätsversorgung im*

Einsatz nun „Ernst“ wurde und zu umfangreichen Überlegungen hinsichtlich einer optimalen Strukturierung und bestmöglichen Vorsorge führte.

Der Sanitätsdienst wurde mit den Transformationen und Neuausrichtungen nach 2000 und dem Paradigmenwechsel zur Krisenstabilisierung auch den Grundsätzen der *Bündelung und Konzentration auf kleine Einsatzmodule* untergeordnet. Eine breite Aufstellung wie sie jetzt wieder gefordert wird, schien vor 20 Jahren überholt. So entstand *ab 2000 schrittweise* parallel zur Streitkräftebasis ein eigener Organisationsbereich, *der zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr*. Das war wegen der speziellen Fachaufgabe auch sinnvoll und eine Integration in die auf über 40.000 Angehörige aufgewachsene Streitkräftebasis hätte diese überdimensioniert.

Gegenwärtig wird die Rückführung von Sanitätskräften in die Teilstreitkräfte diskutiert, um diese „kaltstartfähig“ zu machen und schon in „den ersten Stunden“ mit eigenen Sanitätskräften in den Einsatz gehen zu können. Andererseits sieht man den besonderen Charakter dieses Fachdienstes und will die *Fachaufsicht durch ein Gesundheitskommando für die gesamte Bundeswehr und einen Generalarzt* sicherstellen. Entschieden ist noch nichts.

Auch hier war ein historischer Abriss erforderlich, um mit den Erfahrungen aus der Ära der Bündnisverteidigung im Kalten Krieg künftige Herausforderungen mit ähnlichen Profilen besser zu verstehen. *Die geschilderten Defizite der Sanitätsorganisation damals illustrieren allerdings auch, dass die „Früher war alles besser“-Perspektive kein Rezept für neue Problemlösungen sein kann.*

Der Blick richtet sich nun auf die Strukturen des zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr nach einer über 20-jährigen eigenen Entwicklung, die natürlich auch Veränderungen unterlag. Der Sanitätsdienst hat gegenwärtig fast 20.000 Soldatinnen und Soldaten.

Kommando Sanitätsdienst Bw Koblenz			
	KdoSanEinsUstg Weißenfels	Kdo RegSanUstg Diez	Sanitätsakademie München
BwKrhs Koblenz	SanRgt 1 Weißenfels/Berlin	SanUstgZ Kiel	InstPharmaToxBw München
BwKrhs Ulm	SanRgt 2 Rennerod/Koblenz	SanUstgZ Neubrandenburg	InstMikroBioBw München
BwKrhs Berlin	SanRgt 3 Dornstadt	SanUstgZ Wilhelmshaven	InstRadBioBw München
	SanRgt 4 Rheine		
BwKrhs Hamburg	SanRgt(L) Feldkirchen	SanUstgZ Munster	InstPrävMedBw Andernach
BwKrhs Westerstede	Kdo SES Leer	SanUstgZ Hammelburg	
Zinst San Bw Kiel	VersInstZSanMat Quakenbr.	SanUstgZ Augustforf	
Zinst San Bw München	VersInstZSanMat Blankenbg.	SanUstgZ München	
	VersInstZSanMat Pfungstadt		
		SanUstgZ Cochem	
		SanUstgZ Berlin	
		SanUstgZ Wahn	
		SanUstgZ Erfurt	
		SanUstgZ Kümmersbruck	
		SanUstgZ Stetten	
		ZSportMed Warendorf	

Das 2012 eingerichtete *Kommando des zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr* ist in *Koblenz* beheimatet. So blieb ein traditionsreicher Stabsstandort erhalten, wie das an anderen Orten auch der Fall war (Münster, Ulm, Potsdam, Köln-Wahn).

Auch hier gilt die *Doppelrolle von Inspekteur und Teilstreitkraftkommandeur*

Direkt unterstellt sind die *Bundeswehrkrankenhäuser in Berlin, Hamburg, Westerstede, Koblenz und Ulm*, die nicht nur der freien Heilvorsorge für Bundeswehrangehörige dienen, sondern auch zivile Patienten behandeln.

Weiter untersteht dem Kommando die *Sanitätsakademie* der Bundeswehr in München als zentraler Ausbildungseinrichtung. Integriert sind auch *Institute* für Mikrobiologie, Radiobiologie und Toxikologie/Pharmakologie.

Weitere *Institute* des Kommandos gibt es für Präventivmedizin in Andernach (übrigens am Standort der ersten Kaserne in der Bundeswehrgeschichte) und Zentralinstitute für verschiedene Aufgaben in Kiel und München.

In der Rolle von militärischen „Gesundheitsämtern“ unterstehen *regionale Untersuchungsstellen für öffentlich-rechtliche Aufgaben* des Sanitätsdienstes in Kiel-Kronshagen, München, Koblenz und Potsdam.

Auch für den Sanitätsdienst gibt es das Prinzip der Multinationalität und so entstand in Koblenz das *Multinational Medical Coordination Centre / European Medical Command*

Die Masse des Sanitätsdienstes ist in zwei Kommandos gegliedert:

Das *Kommando regionale sanitätsdienstliche Unterstützung* mit dem Stab in Diez organisiert die medizinische Versorgung aller Bundeswehrangehörigen in stationären Einrichtungen.

Das *Kommando sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung* mit dem Stab in Weißenfels stellt die Kräfte für die bewegliche Einsatzversorgung

Dem Kommando unterstehen als hochmobile Kräfte der ersten Stunde das *Kommando Schnelle Einsatzkräfte* in Leer, welches reaktionsschnell luftverlegbare Sanitätskräfte inklusive Rettungsstationen in ein Einsatzgebiet verbringen kann. Es kann zwei Luftrettungszentren einrichten. Wie alle Sanitätskräfte kann es natürlich auch für humanitäre Aufgaben oder Katastrophenhilfe herangezogen werden.



Container stellen eine gute Ergänzung der Zelte bei der Einrichtung mobiler Rettungsstationen und Lazarette dar.

Das *Kommando sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung* führt weiterhin *fünf Sanitätsregimenter*: Sanitätsregiment 1 Weißenfels und Berlin, Sanitätsregiment 2 Rennerod und Koblenz, Sanitätsregiment 3 Dornstadt bei Ulm und das neu aufgestellte Sanitätsregiment 4 Rheine-Bentlage sowie das Lehrregiment in Feldkirchen. Die Sanitätsregimenter haben einen Einsatzumfang von ca. 1000 Soldaten, haben Kompanien für *Patiententransport* und die Einrichtung bzw. den

Betrieb von mobilen Sanitätseinrichtungen (Rettungszentren) und Grundausbildungseinheiten. Sanitätsregimenter bilden eine *Rettungskette* von der *Erstversorgung am Ereignisort* zu einer *Rettungsstation (Ebene 1)*, eine, *Rettungszentrum (Ebene 2)* und einem *Einsatzlazarett (Ebene 3)*. Es schließt sich in anderer Verantwortung der *Rücktransport* in ein *Bundeswehrkrankenhaus* bzw. *ziviles Krankenhaus (Ebene 4)* an. Die Sanitätstruppe verfügt eine große Zahl verschiedener *geschützter Fahrzeuge* für den Transport von beweglichen Arzttrupps, Rettungspersonal und verwundeten Patienten (Eagle, Fuchs, Boxer, Wiesel, Yak, Duro). Auch *Hubschrauber* und vier *Rüstsätze für medizinische Transporte in Airbussen (MEDEVAC)* werden eingesetzt.

Für den Transport von medizinischen Einrichtungen ins Gelände sind auch einige voll geländegängige teilgeschützte LKW 15t mit Wechsellpritscheneinrichtung vorgesehen.



Die Einsatzausbildung der Sanitätstruppen bedient sich durchaus drastischer Demonstrationsmittel.

Auch ein leichter Panzer Wiesel lässt sich zum Rettungsfahrzeug modifizieren.



Sanitätspersonal kommt auch ganz vorne zum Einsatz und muss mit entsprechender Schutzausstattung versehen werden. Der früher gepflegte Sonderstatus und eine gewisse militärische Abstinenz aufgrund der *völkerrechtlichen Regularien* wurde durch die Einsatzwirklichkeit in Krisengebieten relativiert und gelegentlich müssen Sanitäter und Ärzte die internationalen Schutzzeichen ablegen, weil sie von irregulären Kämpfern als bevorzugte Ziele ins Visier genommen werden.



Der Sanitätspanzer Boxer ist das größte und neueste geschützte Transportfahrzeug des Sanitätsdienstes.

Für die Ausbildung untersteht dem Kommando das *Sanitätslehrregiment* im niederbayerischen Feldkirchen. Es ist sowohl Einsatz- wie Ausbildungsverband. Es wird auch für Lehrvorführungen und Erprobungen herangezogen. Das medizinische

Personal befindet sich im Friedensbetrieb in der Regel nicht in den mobilen Einsatzeinheiten, sondern in der stationären Versorgung.

Die Sanitätstruppe muss aus völkerrechtlichen Gründen eine *eigene Logistik* für Sanitätsmaterial betreiben. Dem Kommando in Weißenfels unterstehen *drei Versorgungs- und Instandsetzungszentren* für Sanitätsmaterial in Quakenbrück, Pfungstadt und Blankenburg. Allerdings gibt es auch ortsfeste logistische Einrichtungen für Sanitätsmaterial unter dem Dach des Logistikkommandos, wie z.B. in Gronau-Epe. Allerdings lagern diese Depots nur Sanitätsmaterial.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass wegen besonderer Einsatzerfordernisse *einige Truppenteile ihre eigenen Sanitätskräfte behalten haben*: die beiden Fallschirmjägerregimenter 26 und 31, die Deutsch - Französische Brigade und das Kommando Spezialkräfte. Die speziellen medizinischen Institute der Luftwaffe und Marine wurden schon erwähnt. Viele Stäbe haben beratende Sanitätsoffiziere integriert.

Das *Kommando regionale sanitätsdienstliche Unterstützung* (Diez) betreibt regional verteilt *21 Sanitätsunterstützungszentren*, denen *129 Sanitätsversorgungszentren* an den Standorten, *15 Facharztzentren* und *14 mobile Sanitätsstaffeln* Einsatz unterstehen. Die Sanitätsstaffeln begleiten die Truppe bei Ausbildungs- und Übungsvorhaben, z.B. auf Truppenübungsplätzen und sind in Großstandorten präsent. Die Sanitätsunterstützungszentren entlasten die Versorgungszentren von bürokratischen Aufgaben. Der regionale Sanitätsdienst setzt im Grunde den alten Truppensanitätsdienst fort, der auch die Standort-sanitätsbereiche personell unterstützte. Während diese Truppensanitäter auch mit ihren Einheiten ausrücken konnten, haben diese Aufgabe heute spezielle Sanitätsstaffeln übernommen, da die Sanitätszentren ihre medizinische Versorgung vor Ort ununterbrochen und ungestört fortsetzen müssen. Das Kommando Einsatzunterstützung hat die Rolle der ehemaligen Sanitätsbataillone des Heeres und Sanitätsstaffeln der Luftwaffe und Marine übernommen, welche damals schon eine feldmäßige Lazarettversorgung und die Rettungsketten organisierten. Jüngst wurden zur Ablösung älteren Geräts 8 neue luftmobile Rettungszentren bestellt (mit einer Option für 18 weitere), um schnell eine Einsatzversorgung vor Ort aufbauen zu können.

Der Sanitätsdienst muss natürlich zwischen der optimalen Einzelversorgung seiner Patienten im Rahmen der Heilfürsorge im Frieden und der Einsatzaufgabe in einem Großkonflikt unterscheiden, wenn die Wiederherstellung der Gesundheit und Einsatzfähigkeit möglichst vieler Verwundeter bei knappen Behandlungsressourcen im Vordergrund steht. Das sensible Thema der sogenannten Triage bei Großkatastrophen, wo die Rettung einer großen Zahl von Opfern mit Heilungsperspektive unter Vernachlässigung aussichtsloser Fälle praktiziert werden muss, gehört in diesen Kontext.

Diskutiert wird auch, ob die modernen beschleunigten Abläufe von Landoperationen eine Rettungskette mit länger an einem Ort verbleibenden Stationen noch zulassen und eher an beschleunigte Verwundetentransporte gedacht werden muss. Vor allem der strategische Verwundetentransport im rückwärtigen Bereich weist große Lücken auf und es sind wieder Schienentransportlösungen nachfrüheren Vorbildern im

Gespräch, bei denen man Fahrzeuge der Deutschen Bahn mit Rüstsätzen für den Sanitätstransport im Bedarfsfall umrüsten würde.

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr genießt hohe medizinische Reputation, aber auch er steht vor der Herausforderung, sich für den Fall einer Bündnisverteidigung auf einen enormen Anstieg von zu behandelnden Patienten einstellen zu müssen. Auch im Sanitätsdienst besteht ein hoher Bedarf an fachlich qualifizierten Reservendienstleistenden, die in die bestehenden Einheiten und Einrichtungen als Verstärkung eingegliedert werden können. Reserveeinheiten in großem Umfang sind momentan noch nicht in den Planungsbildern. Hier bestehen natürlich auch Anforderungen des Zivil- und Katastrophenschutzes bei der Gewinnung von zusätzlichen Kräften für „Großschadensereignisse“ und einen Verteidigungsfall.

Gegenwärtig umfasst die Reserve des Sanitätsdienstes 2710 Posten in der Verstärkungsreserve, vorwiegend bei der Einsatzunterstützung, und 7530 in der Personalreserve für den gesamten Organisationsbereich. Jedes Sanitätsregiment und das Kommando Schnelle Einsatzkräfte Sanität verfügen über eine nicht aktive Sanitätskompanie mit ca. 200 Dienstposten. 400 Verstärkungsreservisten sind für die fünf Bundeswehrkrankenhäuser eingeplant.

Sicherlich erschwert die hohe Bindung von Personal für die Heilfürsorge der Truppe im Frieden und die relativ geringe Zahl von mobilen Sanitätseinheiten den Aufwuchs eines Feldsanitätsdienstes, der durch Heranziehung der Reserve im Verteidigungsfall schnell ausgeweitet und kaltstartfähig mit der Truppe ausrücken kann. So dürfte das Hauptaugenmerk der Verteidigungsplanung für den Sanitätsdienst auf einem schnellen Patiententransport in die Sanitätsinfrastruktur im Heimatland liegen. Vielleicht sollte man aber darüber nachdenken, in Deutschland wieder Reservestrukturen im Sanitätswesen zu schaffen, die bei größeren nationalen Katastrophen der ganzen Bevölkerung zugute kommen.

Dabei ginge es um die Vorbereitung vorhandener baulicher Infrastruktur für die Erweiterung der Krankenhauskapazitäten (analog den ehemaligen ‚Hilfskrankenhäusern‘), die optimale Einplanung medizinischen Fach- und Hilfspersonals und die Bereithaltung von zusätzlicher Ausstattung und Vorräten.

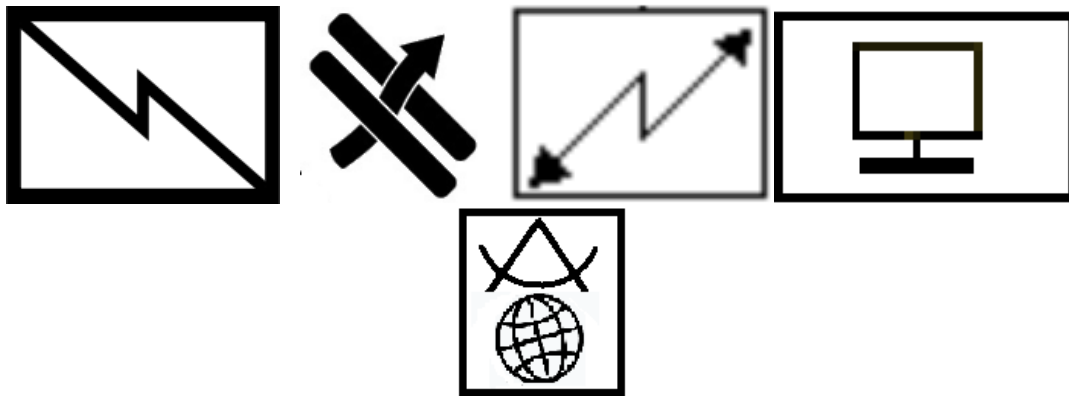
In den 90er Jahren gab es durch die Zusammenarbeit von Krankenhäusern mit Reservelazaretten hier gute Ansätze, die sich dann mit dem Ende der Reservelazarettorganisation bis 2008 erübrigten.

Nachzutragen wären einige Daten aus der Tagung der Reserve im Herbst 2023. Demzufolge soll der Sanitätsdienst 16400 nicht aktive Dienstposten umfassen mit Verzahnung von „echte Reservisten“ und Aktiven in „Zweitrolle“, darunter sicher auch viel medizinisches Personal der Friedensversorgung. Es gibt auch Verstärkungen für die stationären Einrichtungen und als Ergänzungstruppenteile sieben Sanitätsstaffeln und die Sanitätsstaffeln für die sechs Heimatschutzregimenter. Auch der Sanitätsdienst wird sein Kommando in Koblenz, die Sanitätsakademie in München und die Bundeswehrzentralkrankenhäuser Koblenz, Berlin, Hamburg, Ulm und Westerstede mit neu aufgestellten nicht aktiven Zügen schützen.

In der künftigen Struktur wird der Sanitätsdienst seine Eigenständigkeit als Organisationsbereich verlieren und wie die Streitkräftebasis in den zentralen Unterstützungsbereich überführt. Es wird allerdings einen Generalarzt mit zentraler Verantwortung für das Sanitätswesen in der gesamten Bundeswehr geben. Zum Unterstützungskommando der Bundeswehr in Bonn wird auch ein eigenes Fachkommando für die Gesundheitsversorgung Bw in Koblenz mit 500 Dienstposten gehören.

Angesichts der Dynamik der militärischen Abläufe auf einem gläsernen Gefechtsfeld werden die Anforderungen an die Rettungskette laufend überprüft. Deren Mobilität wird gesteigert werden müssen und man denkt an die Aufstellung von 8(?) kleineren Sanitätsbataillonen an Stelle der Regimentsstruktur.

Kommando Cyber- und Informationsraum (CIR)



Der 2017 erfolgten *Neuaufstellung* eines weiteren Organisationsbereichs als sechste „Teilstreitkraft“ war nicht unbedingt eine langjährige Debatte und immer wieder vorgetragene Forderung der Fachwelt vorausgegangen, wie das sonst bei militärischen Fragen der Fall ist, wo zwischen öffentlicher Thematisierung und Realisierung oft Jahrzehnte vergehen.

Vom *Begriff „Cyber“* ging natürlich eine gewisse Zaubervirkung aus und nach außen konnte der Eindruck entstehen, dass sich da jetzt *Hacker in Uniform* an ihren PC an der Spitze des technologischen Fortschritts den neuen technologischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen stellen könnten und *die Zeit der Panzer und Bomben vorbei sei*. Mag sein, dass einige Entscheidungsträger diese öffentliche Wirkung auch im Sinn hatten. Bei einem genauen Blick auf das Organigramm wird man allerdings feststellen, dass im *Kommando Cyber- und Informationsraum* „*längst nicht alles Cyber ist*“. Das Kommando führt viele ehemalige Komponenten aus dem „Vorcomputerzeitalter“, die ihre *Ursprünge* schon auf die *Anfangsjahre der Bundeswehr* zurückführen können und immer teilstreitkraftübergreifende Spezialaufgaben wahrgenommen haben. Dass viele Wurzeln auf frühere Kräfte der Führungsunterstützung der Obersten Bundeswehrführung in der alten Bundesrepublik zurück gehen, lässt sich zum Beispiel an den zahlreichen von dem heutigen Kommando CIR genutzten *Standorten der ehemaligen Führungsfernmeldebrigade des Heeres im Rheinland nahe der einstigen Bundeshauptstadt Bonn* ablesen. In den neuen Ländern ist dieser Organisationsbereich allerdings auch mit einigen IT-Bataillonen vertreten.

Richtig ist, dass *mit der weltweiten Vernetzung und der hohen Bedeutung von Informationstechnologie für die militärische Nutzung neue Herausforderungen für die Sicherheitspolitik und die Truppe entstanden sind*.

Die Welt des *Cyberraums* bietet für *Aggressoren neue Handlungsmöglichkeiten der Beeinflussung und Störung von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Militär*, ohne dass ein Schuss abgegeben wird und ein Soldat Grenzen überschreitet. Die IT-Systeme von Verwaltungen, Versorgungsunternehmen, Wirtschaftsunternehmen, aber auch des Militärs können durch Hackerangriffe gestört oder ausgeschaltet werden. Täglich soll es über 4000 Attacken auf die IT-Systeme der Bundeswehr geben, oft durch automatisierte Programme. Die Firewalls und Schadsoftwareprogramme dürften dem meist standhalten, aber die schnelle Identifizierung eines erfolgreichen Eindringens

und möglicher Folgen mit unmittelbaren Gegenmaßnahmen bleibt eine Herausforderung.

Gleichzeitig bieten die *neuen sozialen Medien* ein *Einfallstor für Propaganda und "Fake News"*, um eine Gesellschaft und ihre Widerstandsfähigkeit zu zermürben bevor eine eigentliche militärische Aggression erfolgt. Allerdings ist diese *hybride Kriegführung nicht neu* und kann mit vielen historischen Beispielen aus der Zeit vor der modernen Informationstechnologie belegt werden, man denke nur an das Vorgehen Hitlers in den Jahren 1938/39.

Es sind durch die technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen *verfassungsrechtliche Grauzonen* entstanden. Darf man nach einem Cyberangriff mit einem "Hack Back" offensiv gegen einen kaum auszumachenden Angreifer jenseits der eigenen Grenzen vorgehen? Und wer darf das? Die Bundeswehr oder die zivilen Behörden? Verfassungsjuristisch setzt das eine Verkündung des Verteidigungsfalls nach Artikel 115 a GG voraus. Neben der schwierigen Identifizierung der Akteure im Netz ist auch die räumliche Lokalisierung und der Ausgangspunkt aggressiver Cyberaktionen schwierig. Die Zahl der nichtstaatlichen Akteure wächst.

Militärisch hat man sich schon lange des *elektromagnetischen Spektrums* zur Kampfführung bedient. Der Funkverkehr des Gegners wurde *abgehört, gestört oder zur Täuschung durch gezielte Falschinformationen* genutzt und gehörte unter dem Sammelbegriff elektronische Kampfführung ("*Eloka*") immer schon zur Bundeswehr.

Wirkung sollte auch immer die *Beeinflussung der Meinung mit Medien* erzielen. Propaganda bediente sich spezieller Radiosender, deren Programme dann im Zuge der Entspannung wechselseitig eingestellt wurden. Im Kalten Krieg und auch noch etwas darüber hinaus verfügte die *Psychologische Verteidigung* der Bundeswehr sogar über einen eigenen Mittelwellensender in einem mobilen "Rundfunkbataillon". Die heute als "*Operative Kommunikation*" bezeichnete Spezialtruppe erstellt immer noch Printmedien und TV/Radioprogramme für die eigene Truppe und Öffentlichkeitsarbeit und verbreitet Informationen mit Flugblättern und Lautsprechern in den Einsatzgebieten. Sie könnte das im Rahmen des Heimatschutzes auch in Deutschland und den Einsatzgebieten der Bündnisverteidigung tun. Der Einsatz im Cyber- und Informationsraum hat also *eine technologische, aber auch eine "ideologische" Komponente*.

Unbestritten ist, dass die *eigene Informationstechnologie beständig gefährdet* ist und andauernder Bemühungen des Schutzes bedarf. Da gibt es viele Schnittstellen und verfassungsrechtliche Grauzonen zwischen militärischen und zivilen Zuständigkeiten im Rahmen der nationalen Cyberstrategie. Zentraler zivilbehördlicher Ansprechpartner ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in Bonn. Das Kommando CIR war 2021 in Amtshilfe tätig als die gesamte Informationstechnologie eines Landkreises in Sachsen-Anhalt lahmgelegt worden war.

Schutzbedürftig sind nicht nur Fernmeldegeräte, Waffenrechner, Datennetze und die unverzichtbare Datentechnologie in der zivilen Welt, sondern auch unscheinbare Chips, die sich in unzähligen Gerätschaften, z.B. auch Fahrzeugantrieben, verbergen. So gab es schon das Gruselbild, dass der Fahrzeugpark der Bundeswehr wegen der vielen chinesischen Chips in Neufahrzeugen lahmgelegt werden könnte.



Die Nutzung der Informationstechnologie für das „Battlefield Management“ birgt auch Risiken und ist ein wichtiges Arbeitsfeld für Cybersicherheit und Softwareentwicklung

Umgekehrt kann man sich dieser Technologie operativ auch zur eigenen Informationsgewinnung und Beeinflussung bzw. Störung eines Gegners bedienen.

Die Bemühungen um eine vernetzte digitalisierte Gefechtsführung, die zunehmende Zahl von Hackerangriffen und die neue Wahrnehmung der Gefahren hybrider Kriegsbilder mit vielen Einfallstoren für Manipulation und Propaganda ließen einen eigenen militärischen Organisationsbereich am Ende durchaus folgerichtig erscheinen. Im Cyberraum findet der „Krieg“ durch Hackerattacken und „Fake News“ täglich statt. Der Ernstfall ist hier Alltag. Die Existenz des Kommandos CIR steht auch nicht mehr in Frage. Eine Neustrukturierung steht allerdings bevor. Das Kommando stellt sich heute im Organigramm wie folgt dar:

Kommando Cyberinformationsraum Bonn						
Kommando Strategische Aufklärung				ZGeoBw Euskirchen	Kommando Informationstechnik Bw Bonn	
	Grafschaft				BetrZ-IT-SysBw Rheinbach	IT-Schule Bw Pöcking
Zentrum ab- bildende Aufkl Grafschaft	AuswZ Eloka Daun	Z U-Stelle Bw TAufkl Hof	SchuleStratAufkl Bw Flensburg		ZSoftwarekompetenz Euskirchen	
Zentrum Cyber- operationen Rheinbach	ZentrumOp KommunikationBw Mayen				Zentrum Cybersicherheit Euskirchen	IT-Btl 281 Gerolstein
ElokaBtl 911 Stadum	ElokaBtl 912 Nienburg/Weser	ElokaBtl 931 Daun	ElokaBtl 932 Frankenberg		DDO/DtrAnt 1st NATO SignBn Wesel	IT-Btl 282 Kastellaun
					IT-Btl 292 Dillingen/Donau	IT-Btl 293 Murnau
					IT-Btl 381 Storkow	IT-Btl 383 Erfurt

Das Kommando Cyber- und Informationsraum befindet sich in Bonn in unmittelbarer Nähe zum Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI). Der Inspekteur und Kommandeur führt einen Organisationsbereich mit ca. 14.000 Soldatinnen und Soldaten. Das Kommando betreibt ein nationales Lagezentrum für den Cyberraum.

In einer nachgeordneten Ebene existieren gegenwärtig noch zwei Kommandos mit einem Zweisternegeneral an der Spitze: das Kommando Informationstechnik in Bonn und das Kommando Strategische Aufklärung in Grafschaft südlich von Bonn. 2023 wurde daraus das Kommando Informationstechnik/Services und das Kommando Aufklärung und Wirkung. Eine dritte kleinere Organisationseinheit ist das Zentrum für Geo-Informationswesen in Euskirchen, in der Bundeswehr als „MilGeo“ bekannt. Es sammelt und verbreitet Informationen über die jeweiligen Einsatzregionen und ist auch für das militärische Kartenwesen zuständig.

Die Cyberkriegführung verteilt sich auf die beiden großen Kommandosäulen und ist im Augenblick noch organisatorisch nicht vereint. Im Kommando Informationstechnik befindet sich das *Zentrum für Cybersicherheit der Bundeswehr* in Euskirchen mit einer eher defensiven Rolle. Dem Kommando Strategische Aufklärung untersteht das *Zentrum für Cyberoperationen* in Rheinbach, das die Abwehr von Cyberangriffen, aber auch die offensive Kriegführung im Cyberraum wahrnehmen kann. Die Einordnung in das Kommando elektronische Aufklärung ist insofern folgerichtig, weil auch vier Bataillone für elektronische Kampfführung in dem Kommando verortet sind, das sich als „Wirkkommando“ mit einer offensiven operativen Rolle versteht.

Dem Kommando ist auch das Zentrum für Operative Kommunikation in Mayen unterstellt, das medial auf den Gegner, die eigene Truppe und die Zivilbevölkerung mit seinen Informationen Einfluss ausüben möchte. Dabei gilt die Devise „Wahr muss es sein!“ Das Zentrum kann Radioprogramme, Fernsehprogramme, Printmedien erstellen und auch mit Lautsprechern wirken. In den Kriseneinsätzen sind diese Spezialisten zu einer festen Größe bei der Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung geworden.

Die beiden großen Kommandos waren bis 2017 der SKB unterstellt, haben aber viel ältere Wurzeln. Das *Kommando Informationstechnik* hat als zentrale Aufgabe die Führungsunterstützung für die Bundeswehrführung und betreibt das IT-Netz der Bundeswehr in der Nachfolge des einstigen Fernmeldedienstes für den Betrieb und den Aufbau von Verbindungen. Das Kommando ist für den stationären IT-Betrieb zuständig, hat aber auch einige mobile Bataillone für den *Fernmeldeweitverkehr* übernommen, von denen einige schon in den 50er Jahren aufgestellt worden waren. *Sechs IT-Bataillone* stellen national und global die Kommunikation über große Distanzen sicher. Hinzu kommt der *deutsche Anteil eines Fernmeldebataillons für die NATO* in Wesel. Die Bataillone nutzen Richtfunk- und Satellitenverbindungen und binden die Einsatzkontingente auch in fernen Räumen an die Führung in der Heimat ein. Ein ungewöhnlicher Einsatz war vor einiger Zeit die Anbindung von Flugabwehrraketentruppen beim Schießen auf Kreta an den in Husum verbliebenen Geschwadergefechtsstand durch das IT-Bataillon 292 aus Dillingen/ Donau.



Zum Kommando IT-Technik gehört auch der deutsche Anteil eines NATO-Fernmeldebataillons in Wesel.

Das *Betriebszentrum IT-System der Bundeswehr* in Rheinbach stellt den Kernbetrieb für die Fernmeldeführung der Bundeswehr sicher und ist an mehreren Standorten mit seinen Kräften präsent. Zum IT-Kommando gehört natürlich auch eine zentrale Ausbildungseinrichtung, die *IT-Schule* am Standort der ehemaligen Fernmeldeschule in *Pöcking/Starnberger See*. IT-Kapazitäten gibt es natürlich in Einheiten und Stäben aller Teilstreitkräfte / Organisationsbereiche. Das Heer stellt jetzt auch wieder eigene Fernmeldebataillone für seine Divisionen auf, aber die zentrale Zuständigkeit für den IT-Bereich liegt beim Kommando CIR.

Das *Zentrum für Softwarekompetenz der Bundeswehr* in Euskirchen hält die Softwareentwicklung der Bundeswehr auf dem neuesten Stand und hat unter anderem für den Amtshilfeinsatz in der Pandemie mit der schnellen Entwicklung angepasster Programme für die zahlreichen Helfer in Uniform in den Gesundheitsämtern helfen können. Auch an der *Entwicklung des „Battlefield Management“* in allen Teilstreitkräften ist das Zentrum beteiligt. Das *Zentrum für Cybersicherheit* in Euskirchen wurde schon erwähnt. Sein Zentralauftrag ist der *Schutz der Informationstechnologie* der Bundeswehr. Dabei geht es nicht nur um die *Verhinderung von Cyberangriffen*, sondern auch um die *Abhörsicherheit* der Systeme. Messtrupps sind im ganzen Bundesgebiet unterwegs, um Schwachstellen in der Abstrahlung der eigenen Fernmeldesysteme und Rechner aufzuspüren.

Das *Kommando Strategische Aufklärung* war im Rahmen der Streitkräftebasis entstanden und hatte dort die auf die drei Teilstreitkräfte verteilten Einheiten für die elektronische Aufklärung und Kampfführung zusammengefasst. Die vier erwähnten *Eloka-Bataillone* sammeln Informationen, können aber auch auf den Gegner durch Störung des Fernmeldeverkehrs oder Täuschungsmaßnahmen einwirken. Sie nutzen stationäre Einrichtungen sind aber auch mobil und verfügen zum Beispiel über den Störpanzer „Hummel“ auf der Basis des Radpanzers Fuchs für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld. Peilsender gibt es auf dem geschützten Fahrzeug Duro. Eine zentrale Auswertung erfolgt in einem eigenen *Auswertungszentrum in Daun*. Durch die Verfügbarkeit von sechs eigenen *Radaraufklärungssatelliten SAR Lupe* ergibt sich die Notwendigkeit einer Auswertezentrale. Die befindet sich im *Zentrum für abbildende Aufklärung* in Graftschaff. Die *Zentrale Untersuchungsstelle für Technische Aufklärung* in Hof existierte schon sehr lange unter anderen Bezeichnungen. Der Standort in Nordbayern ergibt sich natürlich noch aus der räumlichen Nähe des früher aufzuklärenden Gebiets im Warschauer Pakt. Dort wird die Technik für Aufklärung im elektromagnetischen Spektrum weiterentwickelt. Die *Schule des Kommandos für Strategische Aufklärung* befindet sich in *Flensburg*. Die *Zentren für Cyberoperationen und Operative Kommunikation* wurde schon erwähnt.

Für das Kommando CIR sind eine Reihe von *Strukturmaßnahmen eingeleitet, die auch Umbenennungen nach sich ziehen. Zu den beiden Hauptachsen des Konzepts „CIR 2“* gehören die *Befähigung zu defensiven und offensiven Cyberoperationen* und die *Erhaltung und Entwicklung der technologischen Kompetenz im Cyberraum*.

- a) Die *Aufteilung auf zwei hochdotierte Kommandos wird abgebaut*, auch um personelle Ressourcen zu gewinnen.
- b) Die *Zusammenführung des Nachrichtenwesens der Bundeswehr soll im Joint Intelligence Center* erfolgen. Hier sollen alle Aufklärungsinformationen zusammengeführt werden, nicht nur aus dem Bereich CIR, sondern z.B. auch durch

die U-Boote und Aufklärungsschiffe der Marine und künftig sicher auch durch PEGASUS der Luftwaffe (s.o.). Eine der großen Herausforderungen des Informationszeitalters besteht darin, die Flut der Meldungen zu filtern und zu bewerten, gegebenenfalls auch mit Hilfe künstlicher Intelligenz.

c) Weiterhin ist gemäß den im Fähigkeitsprofil gemachten Zusagen an die NATO eine *Cyber- und Information Task Force* vorgesehen, die jederzeit im Bündnisrahmen eingesetzt werden kann.

d) In enger Abstimmung mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie und dem Nationalen Cyberabwehrzentrum soll ein *Cyberausbildungszentrum* entstehen.

e) Das Kommando CIR übernimmt die zentrale Verantwortung für die Digitalisierung der Bundeswehr. Dafür ist mittlerweile das Zentrum Digitalisierung der Bundeswehr in Bonn entstanden.

f) Analog zu den anderen Teilstreitkräften wird auch im Kommando CIR eine zentrale Einrichtung der Kompetenzentwicklung, das *Cyber- and Information Warfare Center*, aufgestellt.

g) Nachdem der Luftwaffe die Zuständigkeit für den Weltraum zugewiesen wurde, ist eine enge Kooperation bei der Satellitenaufklärung auszubauen.

Die Existenz dieses jüngsten Organisationsbereiches kann als gesichert betrachten werden, allerdings besteht eine große Herausforderung bei der *Gewinnung geeigneten Fachpersonals*. Hier muss die Bundeswehr auf dem Arbeitsmarkt mit der zahlungskräftigen Wirtschaft konkurrieren. Auch „ungediente“ Seiteneinsteiger werden umworben und eine *Cyberreserve* mit für Reservedienstleistungen geworbenen und beordneten Fachkräften aus der Wirtschaft angestrebt. Die Cyberreserve gehört neben sechs nicht aktiven IT-Kompanien und vier nicht aktiven Eloka-Kompanien zum Umfang der 3500 nicht aktiven Dienstposten für die Verteidigungsstruktur. Eigene Sicherungszüge sind allerdings nicht vorgesehen. Es wird unter den 10 standortgebundenen Sicherungszügen des Territorialen Führungskommandos in Bonn, Bruchsal, Burg, Delmenhorst, Frankenberg, Gotha, Koblenz, München, Putlos, und Storkow auch zwei Einheiten geben (Bonn, Frankenberg), die CIR-Standorte sind.

Das Kommando stellt einen gewichtigen Beitrag als „*Force Enabler*“ bei der Optimierung der Einsatzeffektivität der Bundeswehr. Es *sollte allerdings nicht als Alternative zu den klassischen Befähigungen der Streitkräfte hochstilisiert werden*. Es bedient mit dem Fernmeldeweiterverkehr, dem elektronischen Kampf, der Militärgeographie und der modernen Version der psychologischen Verteidigung ja immer auch noch sehr klassische Fähigkeitsspektren. Da ergeben sich aber viele Schnittstellen und Synergieeffekte mit der Informationstechnik und Cyberkompetenzen. Das Kommando passt die Bundeswehr an veränderte Technologien und Konfliktszenarien an, *kann aber letztlich nicht die kämpfenden Teile ersetzen, die alleine den Raum behaupten können*. Während des Krieges gegen die Ukraine ist die befürchtete Dominanz Russlands in der hybriden Kriegführung im Cyber- und Informationsraum nicht eingetreten, eher bedient sich der angegriffene Staat sehr wirksam dieses Spektrums im internationalen Informationsumfeld. Eine Zermürbung des Angegriffenen ist weder vor noch nach dem ersten Schuss erfolgt und die Entscheidungen werden im Gefecht, nicht im Cyberkrieg fallen.

Aus der strategischen Mittellage Deutschlands mit ungewissen Risiken am Ostrand des Bündnisses ergibt sich eine *natürliche Priorität* für eine *reaktionsschnelle Landstreitmacht, leistungsfähige Luftverteidigung und Befähigung zum Schutz der*

Seewege in der Ostsee, unterlegt mit einer funktionierenden Logistik, digitalisierten Führungsfähigkeit und Sicherheit für die Informationstechnologie. Bei der letzten Aufgabe ist aber auch zu überlegen, inwieweit hier nicht auch der Schwerpunkt im zivilbehördlichen Bereich bei Experten ohne Uniform liegen könnte.

In der jüngsten Strukturentscheidung wird das Kdo Cyber- und Informationsraum zur vierten Teilstreitkraft neben Heer, Luftwaffe und Marine aufgewertet.

Faktencheck Bundeswehr

ca.181.000 - 183.000 aktive Soldatinnen und Soldaten plus **62.000 Reserve-dienstposten**, davon dienen aktiv ~62.000 im **Heer**, ~22.600 in der **Streitkräftebasis**, ~27.000 in der **Luftwaffe**, ~15.000 in der **Marine**, ~19.900 im **zentralen Sanitätsdienst** und 14.000 im **Kommando Cyberinformationsraum**. Ca. 21.000 Militäranghörige verteilen sich auf verschiedene Dienststellen, u.a. im BMVG und Rüstungsbereich oder auf Schülerstellen. Es gibt z.Zt. (Frühjahr 2023) ~ **56.000 Berufssoldaten**, ~**115.500 Zeitsoldaten**, ~ **9600 Freiwillig Wehrdienstleistende** und ~**410 Freiwillige im Heimatschutz**. Der Frauenanteil beträgt z.Zt. 13%.

Das **Heer** steht vor einer Umgliederung, die bis 2031 abgeschlossen sein soll und folgende Kräfte für **3 Divisionen mit 8 Brigaden (plus PzBrig 42 für Litauen)** vorsieht:

- **Schwere Kräfte** (Panzer, Panzergrenadiere): 14 Bataillone
 - **Mittlere Kräfte** (Jäger mit Radpanzern): 7 Bataillone
 - **Leichte Kräfte** (Fallschirm- u. Gebirgsjäger): 7 Bataillone
- } **28 Bataillone**
- plus **3 Heeresfliegerregimenter, Spezialkräfte** (KSK, Fernspäher) und **4 Reserveformationen in Bataillonsstärke** (Jäger, Panzer)

● **Kampfunterstützung** durch...

Artillerie:	9 Bataillone	} 26 Bataillone, davon 9 geplante Neuaufstellungen
Pioniere:	9 Bataillone	
Heeresaufklärung:	8 Bataillone	

● **Einsatzunterstützung** durch...

Fernmelder:	4 Bataillone	} 13 Bataillone davon 4 geplante Neuaufstellungen
Heereslogistik:	9 Bataillone	

● Hinzu kommen in allen Bereichen **27 selbstständige Einheiten in Kompaniegröße**, davon 16 geplante Neuaufstellungen.

● Weitere Unterstützung wird aus SKB, ZSan, Kdo CIR und Luftwaffe zugeordnet.

● Als **Ausrüstung** sind gegenwärtig u.a. 320 Leopard II*, ~350 Spz Puma und über 300 Marder, ~150 Haubitzen*, Raketenwerfer*, >3000 gepanzerte Radfahrzeuge und ~200 Hubschrauber verfügbar. Eine Aufstockung um mindestens ~100

Artilleriesysteme ist erforderlich. **z.Zt. durch Abgaben an die Ukraine reduziert*

Die **Luftwaffe** verfügt in neun Geschwadern über ~220 Eurofighter u. Tornado, ~50 Airbus A 400 M, ~70 Hubschrauber und 12 Flugabwehrraketeneinheiten Patriot*. Die Flugabwehr muss aufwachsen. F35 und neue Eurofighter ersetzen den Tornado.

Die **Marine** betreibt u.a. in 7 Geschwadern z.Zt. 11 Fregatten, künftig 10 Korvetten, und 8 U-Boote, z.Zt. 12 Minenabwehreinheiten, ca. 50 Flugzeuge und Hubschrauber. Das Seebataillon führt amphibische Teile und Marineschutzkräfte. Die Marine hat wie das Heer eigene Spezialkräfte (eh. 'Kampfschwimmer').

Die **Streitkräftebasis (SKB)** unterstützt die gesamte Bundeswehr künftig mit ca. 15 Verbänden in Bataillons- und Regimentsstärke und ~40 stationären Einrichtungen im Bereich der Logistik, ABC-Abwehr und im Feldjägerwesen.

Der **zentrale Sanitätsdienst (ZSan)** unterhält die stationäre regionale Sanitätsversorgung und stellt mobile Kräfte (6 Regimenter, 14 Staffeln) für die Einsatzunterstützung bereit.

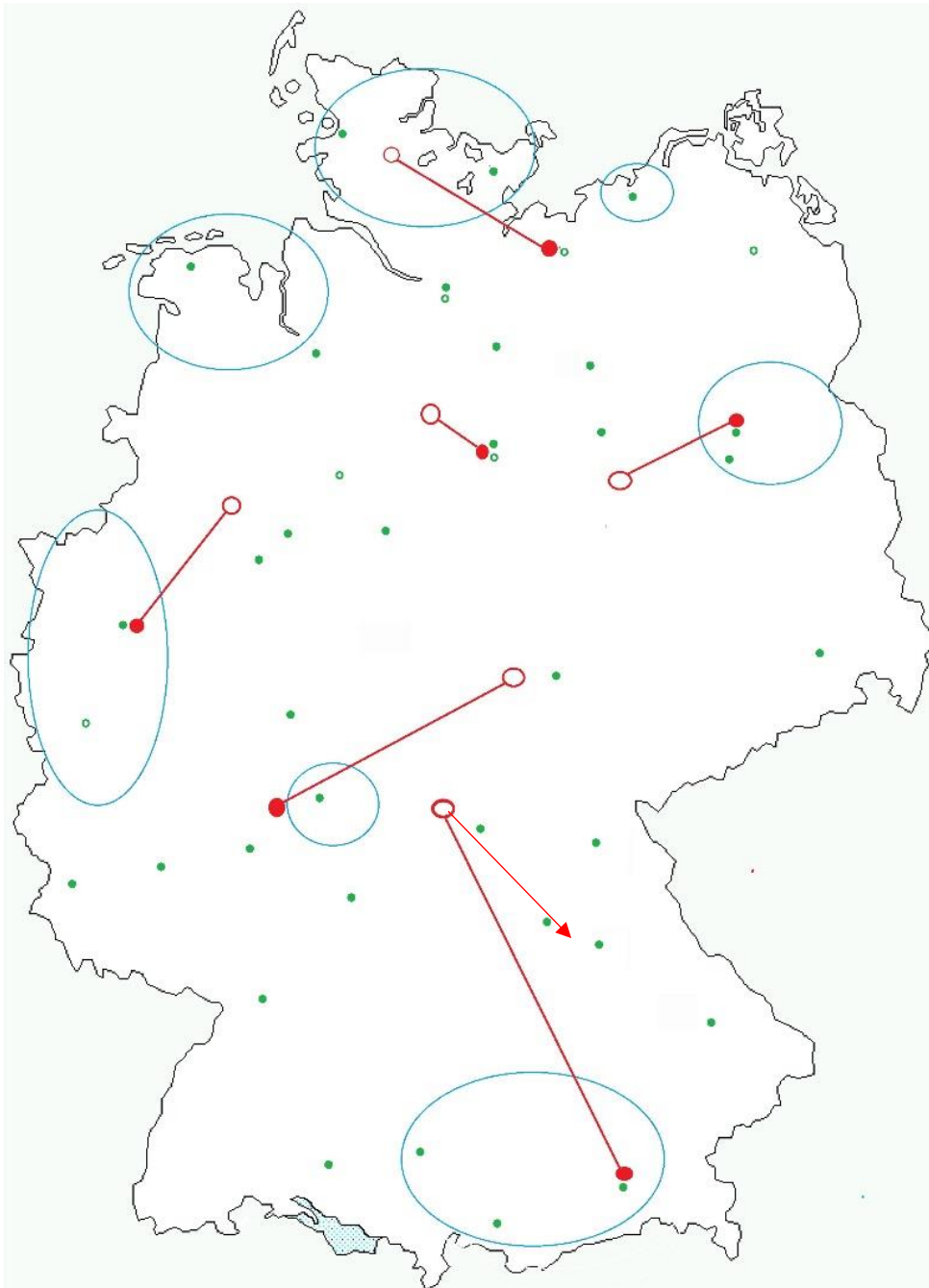
Das **Kommando Cyberinformationsraum** konzentriert Kräfte für den Fernmelde- weitverkehr (7 Btl.), die elektronische Kampfführung (4 Btl.), strategische Aufklärung, Cyberkriegführung, operative Information und militärgeografischen Dienst. Das Kdo CIR hat auch eine Schlüsselrolle bei der Digitalisierung aller Kräfte der Bundeswehr.

Das neue **Territoriale Führungskommando** bündelt viele nationale territoriale Aufgaben, für die bisher die SKB zuständig war (Heimatschutz, zivilmilitärische Zusammenarbeit, Truppenübungsplätze etc.)

Q: eigene Recherchen, Stand 6/ 2023

Verteilung der Heimatsschutzkompanien - Stand Ende 2023:

2 (Schleswig-Holstein), 1 (Hamburg), 1 (Bremen), 4 (Niedersachsen), 3 (Mecklenburg-Vorp.), 2 (Sachsen-Anhalt), 1 (Berlin), 2 (Brandenburg), 3 (NRW), 2 (Rheinland-Pfalz), 1 (Saarland), 3 (Hessen), 1 (Thüringen), 1 (Sachsen), 3 (Baden-Württemberg.) 7 (Bayern) = 37, Arbeitstage Reserve nennt Planziel 42



Voraussetzung einer einsatztauglichen Bundeswehr ist die Sicherung der Heimatbasis Deutschland. Die Übersicht zeigt die bisher aufgestellten (●) oder geplanten (○) Heimat-schutzkompanien und Landeskommmandos (●) mit Heimatschutzregimentern und ihren Ausbildungsstandorten (○). Mutmaßliche Schwerpunkte einer einsatzrelevanten Planung für den Heimatschutz sind blau umrandet. (Q:eigene Grafik)

Herausforderung Heimatschutz

Aufbau einer flächendeckenden
Verbindungsorganisation mit 430 BVK/KVK

Planung bis 2025:

Sechs Heimatschutzregimenter im Bereich der
Landeskommandos Bayern, Nordrhein-Westfalen,
Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern,
Berlin und Hessen mit insg. 47 Kompanien*, fünf
regionalen Ausbildungsstützpunkten Münster,
Nienburg, Alt-Duvenstedt, Altengrabow, Ohrdruf und
einem zentralen Ausbildungsstützpunkt in Wildflecken.
Zu 30 % mit Material und Personal ausgestattet.

*inkl. StabsVersKpn u. Ustg-Kpn der 6 HS-Rgt

Planung bis 2031:

Zu 100 % mit Material und Personal ausgestattet, 6000
Reservedienstposten

Die regionalen Zuständigkeiten sind noch nicht
endgültig entschieden: 1“ Bayern - 2“ NRW mit
Rheinland-Pfalz u. Saarland? – 3“ Niedersachsen mit
Bremen – ?“ MVP mit SH und HH? – ?“ Berlin mit
Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und
Thüringen? – ?“ Hessen mit Baden-Württemberg?

Ausbau von Objektschutzkräften der Luftwaffe,
Marine, Streitkräftebasis und ZSan

„Projekt Reserve 2025 – Schutz und Sicherung
Inland“: Erprobung eines stationären
Objektschutzes in den Standortbereichen

Stand Juni 2023

Info: OTL i.G. Fiebig in: Blauer Bund Heft 54, 12/2022

Ergänzende Aktualisierungen lt. Arbeitstagung Reserve 2023, u.a. nur 414
BVK/KVK, sofern kein Übermittlungsfehler

Heimatschutzkompanien Ist 2023 und Soll 2025

Die räumlichen Zuständigkeiten werden noch festgelegt. * Die Standorte der Regimenter 4,5 und 6 mit Führung und Ausbildungseinrichtungen außerhalb des eigenen Landes abhängig von fehlender Verfügbarkeit von Infrastruktur im eigenen Landeskombereich

Heimatschutzregiment 1 Bayern (München, ab 2024 Roth):

„Oberbayern“ (Murnau) - „Niederbayern“ (Bogen) – „Oberpfalz“ (Kümmersbruck) - „Mittelfranken“ (Nürnberg) – „Oberfranken“ (Bayreuth) – „Unterfranken“ (Volkach) - „Schwaben“ (Dillingen)

Heimatschutzregiment 2 NRW (Münster):

„Rheinland“ (Düsseldorf) – „Ruhrgebiet“ (Unna) – „Westfalen“ (Ahlen) - ... (Minden) - ... (südl.Rheinland/Sauerland?)

Heimatschutzregiment 3 Niedersachsen (Nienburg/Weser):

„Küste“ (Wittmund) – Nordheide (Lüneburg) – Solling (Holzminden) - ... (Hannover)

Heimatschutzregiment 4 Mecklenburg-Vorpommern (Alt-Duvenstedt/Schleswig-Holstein)*:

„Mecklenburg“ (Schwerin) – „Ostsee“ (Parow) – Vorpommern (Neubrandenburg)

Heimatschutzregiment 5 Hessen (Ohrdruf/Thüringen)*

„Nordhessen“ (Frankenberg) – „Südhessen“ (Frankfurt) – „Mittelhessen“ (...)

Heimatschutzregiment 6 Berlin (Möckern-Altengrabow/Thüringen)*

vmtl. auch Unterstellung der HSKpn in Brandenburg, ggf. auch Sachsen-Anhalt, Sachsen u. Thüringen, bis zur Aufstellung weiterer Regimenter nach 2025?

„Berlin“ (Berlin) – Potsdam - +(...)

Landeskommando Hamburg:

„Hamburg“ (Hamburg)

Landeskommando Schleswig-Holstein:

„Schleswig“ (Husum) – „Holstein“ (Eutin) -+ ...(...)

Landeskommando Bremen:

„Bremen“ (Bremen)

Landeskommando Sachsen-Anhalt:

„Sachsen-Anhalt I“ (Magdeburg) – „Sachsen-Anhalt II“ (Kietz)

Landeskommando Thüringen:

„Thüringen“ (Erfurt)

Landeskommando Sachsen:

„Sachsen“ (Dresden)

Landeskommando Rheinland-Pfalz:

„Rheinland-Pfalz (Mainz) – „Hunsrück“ (Baumholder)

Landeskommando Saarland:

„Saarland“ (Saarlouis)

Landeskommando Baden-Württemberg:

„Odenwald“ (Walldürn) – Oberrhein (Bruchsal) – Schwäbische Alb (Stetten a.k.M.)- +...(..)

=35 + 7 weitere HSKpn bis 2025: >>mtml +....Rheinland oder Sauerland (NRW) + ...Minden (NRW) +... (Brandenburg) +... (Hamburg?)+ ... (Baden-Württemberg) +...+...

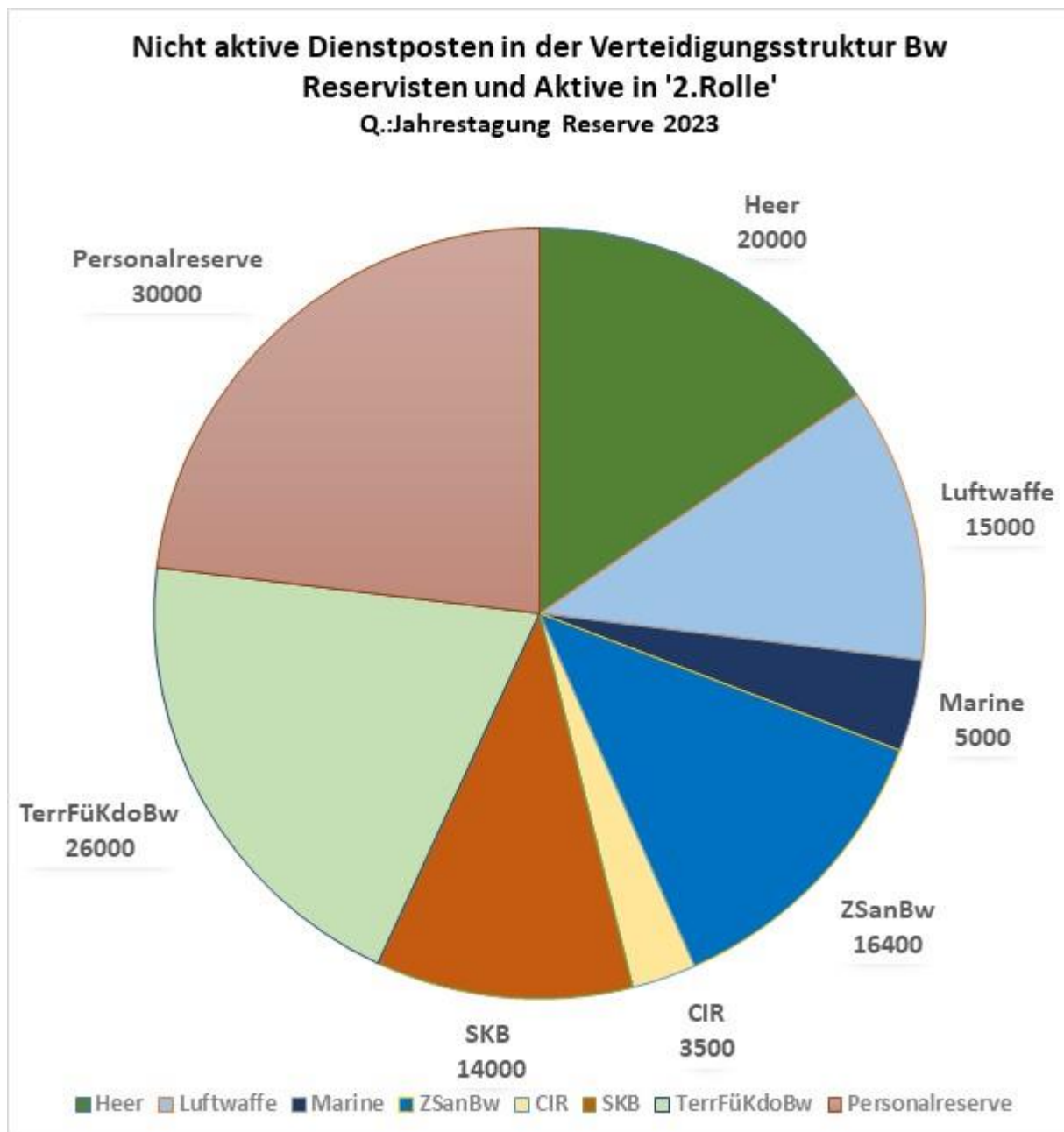
Jede nicht aktive Heimatschutzkompanie hat 120 Dienstposten

Jedes Heimatschutzregiment verfügt im Endausbau über eine nicht aktive Stabs/Versorgungskompanie, eine teilaktive Ausbildungskompanie, eine nicht aktive gemischte Unterstützungs-kompanie und eine Sanitätsstaffel des ZSanBw.

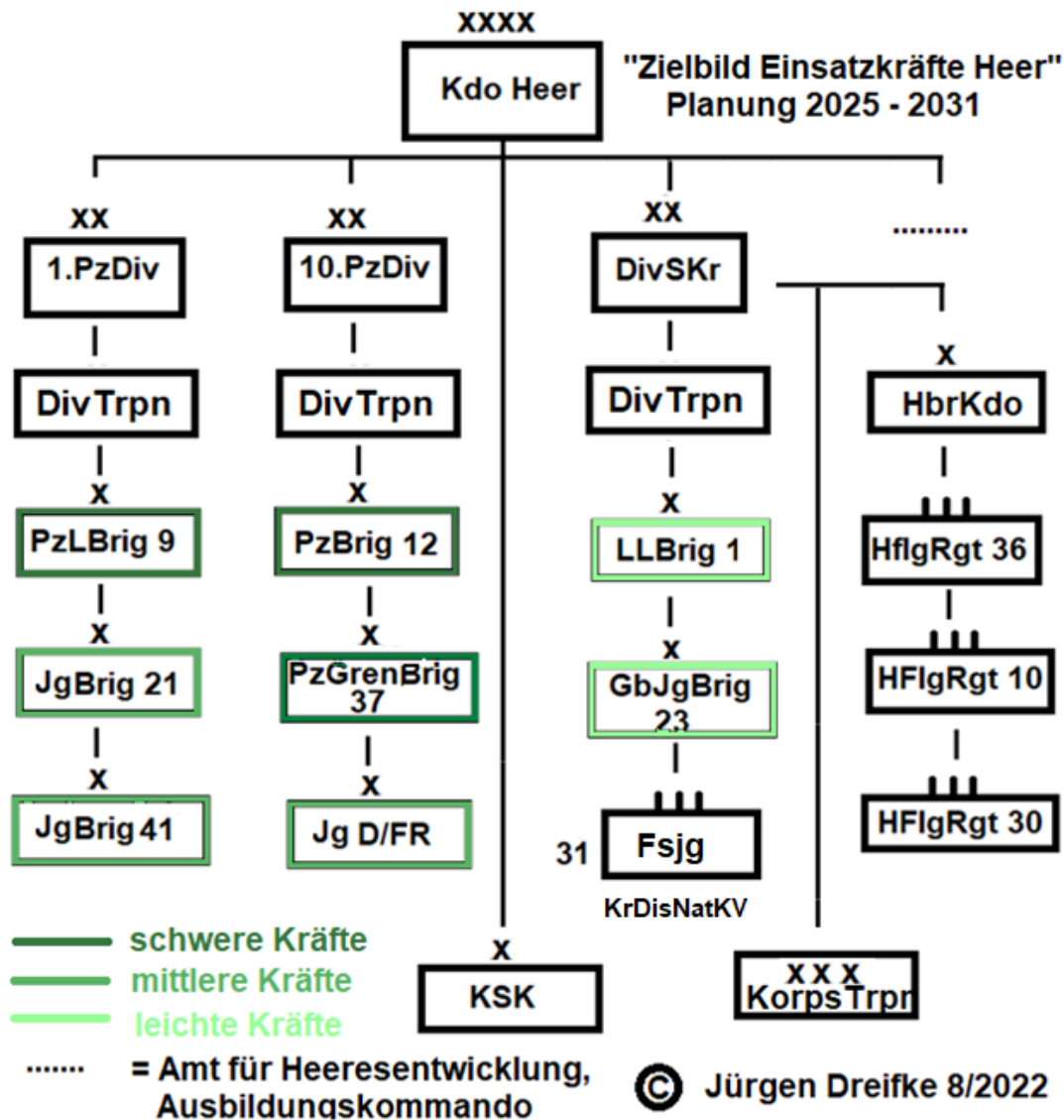
Die Führungskapazität. soll bei Bedarf eine Unterstellung von ca. 11 Kompanien zulassen, auch aus anderen Landeskombandos. Schwerpunkt dürfte der Schutz der Transitwege und -räume sein. Die Unterstellung von Kompanien außerhalb des eigenen Kombandobereichs dürfte maßgeblich durch diese Rolle bestimmt. Die sechs Landeskombandos mit eigenen Heimatschutzregimentern werden auch eine gestärkte (mobile)Führungsfähigkeit erhalten.

2025 soll insgesamt eine Befähigung von 30% erreicht sein. Ca 6000 Dienstposten sind für die Heimatschutzregimenter geplant. Die Regimenter verfügen dann über eine eigene Infrastruktur für Unterbringung und Ausbildung und zunehmend eigene Bewaffnung und Ausrüstung. Als Handwaffen werden G 36 zur Verfügung stehen, die durch die Einführung des G 95A1 freierwerden.

Q: Datengrundlage Heimatschutzkompanie – Wikipedia (abgerufen am 26.12.23) und Ausgaben 2023 des Reservistenmagazins „Loyal“



Die ca. 100.000 nicht aktiven Dienstposten setzen sich zusammen aus 60.000 Dienstposten für Reservisten und 40.000 Dienstposten für aktive Soldaten, deren Dienstposten im Kriege wegfallen würden und die in einer 2.Rolle einen Verteidigungsdienstposten einnehmen. In der Präsentation des BMVg für die Jahrestagung der Reserve werden gesondert 30.000 Spiegeldienstposten der Personalreserve dargestellt. **Das sind alles nur Planungszahlen die erste mit Beordnungen unterlegt werden müssen!** Diese setzen sich zusammen aus beordneten freiwilligen Reservisten, Freiwilligen des Dienstes 'Dein Jahr für Deutschland' und zunehmend aus Bundeswehrangehörigen, die nach ihrer Entlassung noch einer sechsjährigen Grundbeordnung unterliegen. Diese Dienstposten entfallen zum größten Teil auf die Verstärkungsreserve für die Auffüllung aktiver Truppenteile und Mobilmachung nicht aktiver Ergänzungstruppenteile. Die Heimatschutzkräfte und die Verbindungskommandos der Territorialen Reserve unterstehen dem Territorialen Führungskommando. Mit der Unterstellung des Heimatschutzes unter das Heer sind hier Veränderungen zu erwarten



Quelle:

[Neue Heeresstruktur weist den Weg in die Zukunft - Reservistenverband \(archive.org\)](https://www.reservistenverband.de/neue-heeresstruktur-weist-den-weg-in-die-zukunft)

KrDisNatKV = Kräftedispositiv nationale Krisenvorsorge

Link: [Neue Heeresstruktur lt.BMVg 8.8.22 - Fokus Sicherheitspolitik im Münsterland \(bahnjdbund.de\)](https://www.bahnjdbund.de/neue-heeresstruktur-lt-bmv-g-8-8-22-fokus-sicherheitspolitik-im-muensterland)

Glossar

Aktuelle Strukturentscheidungen sind nach Möglichkeit integriert.

Allgemeine Reserve: Gesamtheit aller noch wehrdienstfähigen Reservisten, die in der Bundeswehr gedient haben, sich aber nicht in einem Beordnungsverhältnis befinden. Man geht von ca. 900.000 wehrrechtlich Verfügbaren mit fallender Tendenz aus. Insgesamt werden 10 Millionen ehemalige „Veteranen“ unabhängig von Alter und Gesundheit in manchen Dokumenten auch zur Allgemeinen Reserve gezählt.

Amtshilfe: Im Grundgesetz Artikel 35 vorgesehene Hilfeleistungen der Bundeswehr zur Unterstützung ziviler Behörden in Notlagen auf deren Anfrage. Die Federführung der Einsätze bleibt dabei bei den zivilen Behörden (z.B. den Landräten)!

Arrow 3: isrealisch-amerikanisches Flugabwehrsystem extremer Reichweite, das ballistische Flugkörper auf ihren Weltraumflugbahnen abfangen will. Wird von Deutschland zur Beschaffung erwogen, um eine erweiterte territoriale Luftverteidigung gegen nuklearfähige Flugkörper großer Reichweite aufzubauen.

Aufwuchs: Vergrößerung des Umfangs der Bundeswehr im Spannungs- und V-Fall durch einen Ergänzungsumfang von über 60.000 Reservedienstleistenden und 40.000 aktive Soldaten auf „im Krieg wegfallenden Dienstposten“. Der Aufwuchs erfolgt durch Aktivierung nichtaktiver Einheiten (Ergänzungstruppenteile) und Verstärkung aktiver Einheiten. Man differenziert zwischen einer *Verstärkungsreserve* für die Einsatzkräfte und der *Territorialen Reserve* im Inland für den Heimatschutz. Ein großer Anteil der Reserve dient auch als *Personalreserve* für ausgewählte „Spiegeldienstposten“ bei Vakanzen und Ausfällen. Ein *allgemeiner Personalsatz (Feldersatz)* für den Verteidigungsfall soll auch wieder aufgebaut werden. Nicht vergessen darf man auch den viel größeren Umfang der *Allgemeinen Reserve* (s.o.), die als ehemalige Soldaten noch erfasst und von denen die unter 65 Jahren für einen Wehrdienst im Verteidigungsfall herangezogen werden könnten, aber nicht als Reservisten eingeplant sind. Nach Wegfall der Kreiswehrrersatzämter fehlen Fähigkeiten zur statistischen Erfassung. Möglicherweise können die Karrierecenter hierzu ausgebaut werden. Der Aufwuchs schließt auch die Mobilisierung von zusätzlicher Ausrüstung ein, die in Depots eingelagert ist, aus nicht einsatzrelevanten Dienststellen abgezogen, aus der Zivilwirtschaft eingezogen oder in Schnellbeschaffungen aufgestockt wird. Jüngste Zahlen nennen eine Ausplanung von 46.000 Dienstposten für den Aufwuchs von Heer und Territorialem Führungskommando (Territoriale Reserve, Feldjäger, ABC etc.). Beim Sanitätsdienst kann man von ca. 10.000 – 16.000 Posten (ca 1/3 Verstärkungs-, 2/3 Personal-)ausgehen. Bei der Luftwaffe soll ein Bedarf von 15.000 und bei der Marine von 5.000 bestehen. Bei diesen Zahlen dürften sich das Personal wohl gleichermaßen aus Reservedienstleistenden als auch aktiven Soldaten auf im Kriege wegfallenden Dienstposten zusammensetzen, d.h. also für den Ergänzungsumfang. Die Begriffe Reservedienstposten und Ergänzungsumfang bzw. Aufwuchs sind also nicht deckungsgleich! Siehe S.42.

Asymmetrischer Krieg/Konflikt: Ein asymmetrischer Krieg ist eine militärische Auseinandersetzung zwischen Parteien, die waffentechnisch, organisatorisch und strategisch stark unterschiedlich ausgerichtet sind. Asymmetrische Kriegführung unterscheidet sich vom gewohnten Bild des Krieges. Eine der beteiligten Kriegsparteien ist waffentechnisch und zahlenmäßig so überlegen, dass die andere

Seite militärisch in offen geführten Gefechten nicht gewinnen kann. Langfristig können jedoch nadelstichartige Verluste und Zermürbung durch wiederholte kleinere Angriffe zum Rückzug der überlegenen Partei führen. Das Debakel des Afghanistaneinsatzes ist ein Musterbeispiel. In den meisten Fällen agiert das Militär der überlegenen Partei auf dem Territorium eines anderen Landes und kämpft gegen eine kämpferische Widerstands- bzw. Untergrundbewegung, die sich aus der heimischen Bevölkerung gebildet hat. Diese Kampfweise gegen die traditionellen Regeln ist als Guerillakrieg altbekannt. Die vermeintlich überlegene Kriegspartei ist mit dem Einsatzraum und seiner Bevölkerung nicht vertraut und kann das Gebiet nicht flächendeckend kontrollieren. Zudem gerät sie ideologisch oft im Einsatzland, aber auch in der Weltmeinung in eine defensive Rolle und kann auch aus diesem Grund keine Entscheidung herbeiführen. Die scheinbar unterlegene Seite hingegen bekommt neuen Zulauf aus der regionalen Bevölkerung, oft auch durch Einschüchterung, und wird von dieser mit Informationen und logistisch unterstützt. Dem asymmetrischen Kriegsbild sind auch Terroranschläge außerhalb von Landkriegsschauplätzen wie die Attacken auf das World Trade Center oder US-Kriegsschiffe in Häfen zuzuordnen.

Autonome Waffensysteme: Waffensysteme, die aufgrund digitaler künstlicher Intelligenz den Waffeneinsatz auch ohne menschliche Befehle und Entscheidungen in automatisierten Abläufen durchführen können. Diese wäre zum Beispiel bei Drohnen der Fall, die sich ihre Zielobjekte in der Einsatzzone selbstständig suchen und diese ohne Feuerleitung durch einen Bediener bekämpfen. Einen autonomen Feuerkampf gab es auch schon als Modus des Flugabwehrraketensystems PATRIOT gegen Massenangriffe mit automatisierter Zielbekämpfung in ausgewählter Reihenfolge nach rechnerischer Risikobewertung. Denkbar wären auch unbemannte Artilleriesysteme, die sich zeitweise autonom im Gelände bewegen und den Feuerkampf aufgrund der Ergebnisse von vernetzten Sensoren und Waffenrechnern führen. Auch Kampfpanzer eignen sich für eine Anpassung an einen autonomen Feuerkampf. Führungsinformationssysteme in Gefechtsständen könnten mit künstlicher Intelligenz autonome Einsatzentscheidungen im Verbandsrahmen treffen. Davon abgrenzen muss man Systeme, die sich nach dem „Fire and Forget“-Prinzip nach Zielzuweisung durch den Menschen selbstständig in das Ziel steuern. Außer menschliche Kontrolle geratene Kampfroboter sind aber noch Fiktion. Diese setzen eine selbstlernende künstliche Intelligenz voraus.

Battle Field Management System: Hardware, Software und Einsatzkonzept für vernetzte digitale Einsatzführung im Gefecht.

Beorderung: Eine Beorderung bedeutet in der heutigen Bundeswehr die Einplanung eines Reservisten nach freiwilliger Meldung auf einem Reservedienstposten, auf dem er mit seiner Zustimmung und der Zustimmung des Arbeitgebers auch Reservedienstleistungen (Wehrübungen) erbringen kann. Bis 2011 waren Beorderungen im Frieden Teil der Wehrpflicht und nicht an Freiwilligkeit gebunden. In einer Beorderung können Reservedienstleistende auch Lehrgänge als Grundlage von Beförderungen absolvieren. Dienstgradkarrieren sind nur mit Beorderung oder als Zeitsoldat möglich. Dies unterscheidet beordnete Reservisten von den Freiwillig Wehrdienstleistenden in der Truppe und den Freiwilligen im Heimatschutz. Beordnungsfähig ist ein Reservist, wenn er nach Alter und Gesundheitszustand die notwendigen Voraussetzungen mitbringt. Dazu muss dann aber noch die freiwillige

Dienstbereitschaft und eine durch Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweise passende Qualifikation für die jeweiligen Dienstposten kommen. 2021 gab es 32.000 Beorderungen bei einer Gesamtzahl von 62.000 Reservedienstposten

BMVg: Bundesministerium der Verteidigung in Berlin und Bonn. Der jeweilige Minister oder Ministerin ist *Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt* im Frieden.

CIR: Cyber- und Informationsraum. Das Netz der elektronischen Kommunikation und des Internets, soziale und klassische Medien sowie die Informationsbeschaffung (Aufklärung) werden heute als eigener militärischer Einsatzraum neben Land, Luft, See und Weltraum betrachtet.

Combat Cloud: Vernetzung von Sensoren und abgesetzten fliegenden unbemannten Wirkmitteln als Teil des Kampfflugzeugprojekts FCAS (D/F/SP)

DCRC: "Deployable Command Reporting Center": Mobiler Luftverteidigungsgefechtsstand zur Einsatzführung der Luftverteidigung, Standort: Schönewalde-Holzdorf

Dein Jahr für Deutschland: Initiative des BMVg für einen freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz analog zu anderen sozialen Freiwilligendiensten. Freiwillige sollen ab 2021 eine siebenmonatige Grundausbildung und Spezialausbildung absolvieren und dann in sechs Folgejahren zu Reservedienstleistungen im Heimatschutz mit einer Gesamtdauer von insgesamt fünf Monaten hinzugezogen werden. Ein Auslandsdienst ist nicht vorgesehen. Die Freiwilligen bleiben in Mannschaftsdienstgraden und werden vor allem für die Heimatschutzkompanien ein planbares Personaltableau bilden. Die Ausbildung erfolgt in der Streitkräftebasis, Luftwaffe und Marine beteiligen sich allerdings auch, um eigene Heimatschutzkräfte zu gewinnen.

Digitale Souveränität: Erhaltung einer Unabhängigkeit von fremden Lieferanten (China) bei der Entwicklung und dem Betrieb von digitaler Informationstechnik, insbesondere zur Wahrung der digitalen Sicherheit. Elektronische Bauteile und Software aus fremden Quellen könnten unbemerkt infiziert sein und im Konflikt als „schlafende Schadsoftware“ aktiviert werden. Beispiel: Diskussion um den 5 G Modus von Huawei.

Digitalisierung: Digitalisierung bezieht sich nicht nur auf Ausstattung der Einzelsysteme mit Rechnern, sondern ihre Vernetzung in einem umfassenden Gesamtsystem. Digitalisierung soll eine komplette Beschleunigung der Reaktionen im Gefecht, im allgemeinen Grundbetrieb und bei der Verwaltung der Streitkräfte ermöglichen. Für das Gefechtsfeld soll die Digitalisierung den klassischen Verbund von Aufklärung, Führung und Wirkung zur schnellen und zielgenauen Reaktion befähigen. Man kommt zu einer militärischen Führung, die sich von der klassischen langsamen Führungskommunikation mit mündlicher oder schriftlicher Befehlsgebung zu einer elektronischen Lagedarstellung und enorm schnellen Übermittlung von Informationen bewegt. Dabei können auch die unteren Führungsebenen in den Führungsinformationsverbund eingeordnet werden (Konzept Infanterist der Zukunft). Die Vernetzung erfolgt auf allen Ebenen mit Hardware und Software im „Battlefield Management“. Das gilt auch für Logistik, Sanität und Administration. Alle Beteiligten tauschen sich mit ihren Daten elektronisch aus und fällen Entscheidungen aufgrund

der elektronisch vorliegenden Führungsinformationen und einem gemeinsamen elektronischen Lagebild auf ihrer taktischen Ebene. Digitalisierung spielt eine besondere Rolle bei der logistischen Bestandsführung und Materialsteuerung. Das Personalmanagement, Gesundheitsmanagement und Kommunikation der Einheiten und Dienststellen im IT-System Bw sind ohne Digitalisierung nicht mehr zu denken. Aber auch praktische Anwendungen wie „elektronische Deichseln“, um Fahrzeuge in Konvois von einem vorausfahrenden Spitzenfahrzeug zu führen und unbemannt zu folgen, „Exoskelette“, um die körperliche Leistung bei logistischen Lagerarbeiten zu verbessern, Roboter zur Kampfmittelräumung oder der 3D Druck für „additive Verfahren zur Herstellung von Ersatzteilen auf Abruf“ beruhen auf digitaler Technologie. Digitalisierung in Verbindung mit künstlicher Intelligenz soll auch Personal einsparen. Digitalisierung ermöglicht die Auswertung einer Fülle von Informationsdaten und trifft nach vorgegebenen Parametern eine autonome Auswahl. Kritisch wird die Digitalisierung natürlich im Bereich der künstlichen Intelligenz und bei autonomen Waffensystemen gesehen, wenn sie menschliche Entscheidungen ersetzen.

Dimensionen: Land, See, Luft, Weltraum, Cyber- und Informationsraum, seit dem Eckpunktepapier 2021 gebräuchliche Terminologie zur Differenzierung der klassischen Teilstreitkräfte

Disruptive Technologien: Technologien, welche die internationale Stabilität gefährden, weil ihr Einsatz im Kriege schwer aufzuklären bzw. zu bekämpfen ist, die Handlungsabläufe beschleunigt, automatisiert bzw. der menschlichen Kontrolle entzieht und den Angreifer begünstigt. Dazu gehören zum Beispiel Cyberattacken, hybride Taktiken, verstärkter Einsatz von künstlicher Intelligenz, Minidrohnern in Schwärmen oder hypersonische Waffen. Die Kriegsgefahr wächst, wenn sich ein Angreifer durch solche Technologien eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit verspricht.

DLBO: Digitalisierung landbasierter Operationen. Das Heereskonzept einer vernetzten Gefechtsführung mit einem „Battlefield Management System“. Ein Erprobungsverband wurde an der Panzertruppenschule in Munster/Örtze aufgestellt.

Eckpunktepapier: Im Frühjahr 2021 veröffentlichtes Dokument des BMVg und Generalinspektors über Herausforderungen für die Bundeswehr und strukturelle Anpassungen, die auch einen Umbau der Teilstreitkräfte/ Organisationsbereiche vorsehen. Begriffe wie „Dimensionen“ und „Kaltstartfähigkeit“ wurden neu eingeführt.

effektiv: militärisch wirksam

effizient: wirtschaftlich im Sinne eines günstigen Kosten-Nutzenverhältnisses mit Einsparung von Ressourcen, kann im militärischen Einsatz problematisch sein, wo mit Ausfällen zu rechnen ist und dadurch die Effektivität in Frage gestellt ist.

Einberufung: Mit der Einberufung wird ein Bürger auf gesetzlicher Grundlage in den Status eines Soldaten versetzt und zu einer Dienstleistung in der Bundeswehr herangezogen. Seit Aussetzung der Wehrpflicht 2011 gilt dies im Frieden nur noch auf freiwilliger Grundlage. Dies gilt auch für die Einberufung von Reservisten. Nach Verkündung eines Verteidigungsfalles durch den Bundestag wären Einberufungen verbindlich.

Einzelplan 14: Der Bundeshaushalt ist gemäß dem Ressortprinzip in Einzelpläne und Kapitel unterteilt. Entsprechend dieser Systematik wird der Verteidigungshaushalt auch als „Einzelplan 14“ bezeichnet. Der Etat stieg von 32,4 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 45 Milliarden Euro im Jahr 2020. Damit kommt Deutschland dem auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossenen politischen Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein kleines Stück näher. Im Jahr 2020 betrug dies 1,35 %. Allerdings sind die Ausgaben für die zivile Verteidigung nicht eingerechnet, welche zusammen mit der militärischen Verteidigung zur Gesamtverteidigung gehört. Messlatte für die „Trendwende Finanzen“ sind die steigenden Rüstungsinvestitionen, um den Investitionsstau der vergangenen Jahre aufzulösen und militärische Fähigkeiten zu erhalten sowie weiterentwickeln zu können, und ein Personalzuwachs.

Einsatzführungskommando: In Potsdam beheimatetes Führungskommando der Bundeswehr für alle Einsätze außerhalb der deutschen Grenze. Nach dem Eckpunktepapier ist ein Ausbau zu einem operativen Kommando vorgesehen. Das Kommando wird im Oktober 2024 im neuen operativen Führungskommando der Bundeswehr in Schielowsee und Berlin aufgehen

Erweiterte Luftverteidigung: Umfassende Verteidigung gegen alle Bedrohungen aus dem Luft- und Weltraum, die auch die Bekämpfung von Drohnen und die Raketenabwehr einschließt. Eine flächendeckende territoriale Raketenabwehr gibt es in der NATO nicht. Es gibt Überlegungen, die seegestützte Befähigung einiger Schiffseinheiten in diesem Bereich wie die amerikanischen Aegis-Kreuzer in den europäischen Randmeeren zu nutzen. Die Sensoren der drei Fregatten der „Sachsen“-Klasse 124 böten da auch Entwicklungspotential. Die Diskussion um eine Einführung des ARROW-3-Systems aus Israel oder das europäische Projekt TWISTER gehört in diesen Zusammenhang.

Enhanced Forward Presence: Im Rahmen der Rückversicherung der östlichen NATO-Partner in Rotation präsen- te NATO-Bataillone mit verteilter Verantwortung: Polen (USA), Litauen (Deutschland), Lettland (Kanada), Estland (Großbritannien). Außerdem bestehen Vorbereitungsstäbe zur Aufnahme von Verstärkungen in den baltischen Staaten, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien

Ergänzungstruppenteile: Neuaufstellung von nichtaktiven Einheiten nach der Auflösung fast aller Mobilmachungstruppenteile der alten Strukturen bis 2008. Ergänzungstruppenteile gibt es vor allem im Heer, in der Mehrheit ohne eigenes Gerät und nur zur Verbesserung der personellen Durchhaltefähigkeit. In begrenztem Umfang auch in der SKB und Luftwaffe. Das Fähigkeitsprofil für 2031 sieht eine Vollausrüstung mit ausgebildetem Reservisten und Gerät als einsatzfähige Reservetruppenteile für den Aufwuchs vor.

European Skyshield: Von Bundeskanzler Scholz angeregte Initiative zur gemeinsamen Wiederbelebung der europäischen Bodenluftverteidigung in einem kooperativem und koordinierten Ansatz, dem zahlreiche europäische Staaten beigetreten sind. Frankreich und Polen blieben der Initiative fern.

F 18: US-Marinejagdbomber, wurde ständig weiterentwickelt und nachbeschafft, war zeitweilig Kandidat für die Nachfolge des TORNADO als (nuklearer) Jagdbomber und die SEAD-Rolle.

F 35: US-Mehrzweckkampfflugzeug mit hochentwickelter Elektronik und Stealthfähigkeit. Die meisten Bündnispartner führen zu Zeit die moderne amerikanische F -35 ein, die hinsichtlich der elektronischen Ausstattung für eine digitalisierte Luftkriegführung sehr weit fortgeschritten ist. Sie ist allerdings wegen der Kosten, noch fehlender Einsatzreife und der Abhängigkeit von amerikanischen zentralisierten digitalisierten Logistikkonzepten auch umstritten. Die Maschine verfügt über ein großes leistungsstarkes Triebwerk, das einen Nachbrenner zur maximalen Leistung benötigt. Wegen der Reduzierung der Radarsignatur wird die Bewaffnung in einem internen Waffenschacht mitgeführt. Es gibt neben der Standardversion A noch die B-Version als Senkrecht- oder Kurzstarter und die Trägerversion B. Die Deutsche Luftwaffe wird 2026-2029 ebenfalls 35 F 35 in der A-Version erhalten.

Fähigkeitskommandos: Bestimmte militärische Fähigkeiten wurden seit 2000 aus den Einsatzverbänden ausgegliedert und in zentralen Kommandos in geringerer Zahl gebündelt, um sie bei Bedarf den Einsatzmodulen zuzuweisen (z.B. Feldjäger, ABC-Abwehr, Logistik, Sanität). Primär zur Einsparung von Kosten und Ressourcen, mittlerweile durch den Bedarf an „kaltstartfähigen“, schnell einsatzbereiten und breit aufgestellten Großverbänden wieder in Frage gestellt.

Fähigkeitsprofil: Planungspapier des BMVg, das detailliert beschreibt, welche Fähigkeiten die Bundeswehr künftig erbringen muss und wie die Kapazitäten ausgestaltet sein sollen. Das letzte Fähigkeitsprofil für die Planung bis 2031/2 wurde 2018 nur in Grundzügen der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Es sieht u.a. eine Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit mit drei voll ausgerüsteten Heeresdivisionen, 300 Luftwaffeneinsätzen pro Tag und 25 Schiffseinheiten in See vor. Das Fähigkeitsprofil ist eine Vorgabe des BMVg, die aber vom Bundestag mit entsprechenden Finanzmitteln unterlegt werden muss. Eine parlamentarische Debatte gab es m.W. nicht.

FCAS: Future Combat Air System, deutsch – französisch - spanisches Kampf- flugzeug- und vernetztes Waffeneinsatzprojekt zur Einführung in den 2040er Jahren.

Freiwillige Reservistenarbeit: Angebot an alle Reservisten, auf freiwilliger Grundlage an Veranstaltungen der militärischen Förderung oder sicherheitspolitischen Arbeit teilzunehmen. Dieses Angebot ist unabhängig von einer Beorderung. Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. ist vom Bundestag mit der Freiwilligen Reservistenarbeit betraut und wird dabei von Reservistenfeldwebeln der Landeskommmandos unterstützt.

Freiwillig Wehrdienstleistender (FWDL): Nach der Aussetzung der Wehrpflicht wurde mit der Bundeswehrplanung 2011 die schon vorher bestehende Möglichkeit gefördert, als Freiwillig Wehrdienstleistender 7- 23 Monate in der Bundeswehr als Mannschaftsdienstgrad zu dienen. Ursprünglich waren bis zu 15.000 Freiwillig Wehrdienstleistende vorgesehen. Heute geht man von 12.500 Stellen aus. Das reale Ist bewegt sich bei etwa 8000 - 9000. Sie gehören zum Präsenzbestand der Bundeswehr, der sich zu Zeit um 184.000 bewegt. Deshalb sind auch

Auslandseinsätze im Unterschied zu dem neuen Freiwilligendienst im Heimatschutz möglich. Der Sold liegt mit ca. 1500 € im Niveau zwischen dem der ehemaligen Wehrpflichtigen und dem Einstiegssold der Soldaten auf Zeit. In den ersten sechs Monaten gibt es eine Probezeit, in der beide Seiten über eine Beendigung des Dienstes entscheiden können. Dienstzeiten ab 24 Monaten sind nur mit dem Status Zeit- bzw. Berufssoldat vorgesehen.

Gefecht der verbundenen Waffen: Zusammenwirken aller Waffengattungen des Heeres in einem Einsatz

GI: Der Generalinspekteur ist als oberster Soldat der Bundeswehr der erste Berater der Bundesregierung und oberster militärischer Vorgesetzter. Er trägt die Planungsverantwortung für die Streitkräfte. Den Oberbefehl im Frieden hat natürlich der Verteidigungsminister.

Grundbeordnung: Verpflichtung und Einplanung von Soldaten nach ihrem Dienstende auf Reservistendienstposten für 6 Jahre, bis zu 100.000 als Grundlage des Aufwuchses. Auch in dieser Zeit sind Reservedienstleistungen (Wehrübungen) freiwillig. Soldaten sollen schon während ihrer Dienstzeit auf ihre Reservedienstposten vorbereitet werden.

Heimatschutz: Schutz von militärischen Objekten in Deutschland im Verteidigungsfall, subsidiäre Rolle im Katastrophenschutz, z.Zt. 30 Heimatschutzkompanien (eh. RSU-Kräfte), Planung bis 2025 insg. sechs Regimenter (Bayern, NRW, Niedersachsen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen,) mit insg. 40- 50 Einheiten. Neue Personalressource durch den Freiwilligendienst im Heimatschutz mit 7 Mon. Ausbildung, 5 Mon. Reservistendienst über 6 Jahre, ca. 1000 pro Jahr .

Heimatsschutzregiment: Die Grundgliederung umfasst eine teilaktive Ausbildungskompanie und an nicht aktiven Einheiten eine Stabs-/Versorgungs- und eine Unterstützungskompanie (Pioniere, Drohnenabwehr etc.), eine Sanitätsstaffel und eine wechselnde Zahl von ca. 3 bis ca. 6 Heimatschutzkompanien. Bis 2025 werden sechs Heimatschutzregimenter an folgenden Standorten aufgestellt sein: Nr. 1 Roth (Bayern), Nr. 2 Münster, Nr. Nienburg/Weser, Nr. 4 Alt-Duvenstedt bei Rendsburg, Nr. 5 Ohrdruf (Thüringen) und Nr. 6. Möckern / TrpnÜbPl Altengrabow. Die Heimatschutzregimenter sind gegenwärtig in dieser Reihenfolge den Landeskommandos Bayern, NRW, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und ab 2025 Berlin zugeordnet. Andere Landeskommandos führen z.Zt. Heimatschutzkompanien, die noch keinem Heimatschutzregiment zugeordnet sind. Mutmaßlich wird die Unterstellung des Heimatschutzes unter das Heer noch Änderungen der Führungsstruktur bedeuten. Die Aufstellung weiterer Heimatschutzregimenter u.a. in Südwestdeutschland ist nach 2025 zu erwarten.

HNS Host Nation Support: Unterstützung für verbündete Streitkräfte auf dem eigenen Staatsgebiet. Für das Transitland Deutschland als Drehscheibe der Unterstützung spielen vor allem RSOM-Leistungen für Verstärkungskräfte eine wichtige Rolle: Reception (Aufnahme) Staging (Unterbringung) Onward Movement (Weiterleitung).

HUSAR: Künftige Aufklärungsdrohne als Ersatz der KZO

Hybride Kriegführung: Einwirkungen eines Aggressors auf einen fremden Staat und Gesellschaft mit dem Ziel der Zermürbung und Destabilisierung vor dem eigentlichen bewaffneten Einsatz: z.B. durch offene oder verdeckte Propaganda, Desinformation durch Medien und im Netz, Störaktionen im Cyberraum, Aufwiegelung unzufriedener oder extremistischer Minderheiten, Geheimdienstaktionen, Anschläge auf Personen und Objekte, Einsatz irregulärer paramilitärischer Kräfte und von Spezialeinheiten. Als höchste Stufe der Eskalation kann der Übergang zur offenen kriegesischen Aggression folgen.

Iris – T. Von der Firma Diehl entwickeltes Flugabwehrraketensystem auf der Basis des Luft-Luft-Flugkörpers IRIS in mehreren Reichweiten (Version SLS mit 15 km Reichweite und 6 km Höhe für den Nächstbereich. Version SLM mit 20 km Reichweite und 25 km Höhe für den Nahbereich). Eine Variante für mittlere Entfernungen vergleichbar mit Patriot und eine Version zur Bekämpfung von Hyperschallflugkörpern sind in Entwicklung.

Iskander: Taktisches mobiles nuklearfähiges russisches Raketensystem im Reichweitenspektrum bis 500 km. Wird wegen der Stationierung im Raum Kaliningrad als Risiko für die Hauptstädte Berlin, Warschau und die NATO-Unterstützung für die baltischen Staaten gesehen.

Joint: In der NATO üblicher Standard von teilstreitkraftübergreifenden und national gemischten Operationen mit den Führungsgrundgebieten J-1 Personal und Verwaltung, J-2 Militärisches Nachrichtenwesen, J-3 Führung laufender Operationen, J-4 Logistik, J-5 Planung von Operationen, J-6 Führungsunterstützung J-7 Ausbildung J-8 Haushalt und Finanzen, J-9 Zivil-militärische Zusammenarbeit. Der Generalinspekteur plant auf dieser Grundlage ein Joint-Kommando für Landoperationen in Münster. Vor dem Hintergrund des Joint-Denkens in Verbünden stehen die klassischen Organisationsformen in den TSK etwas in Frage.

Joint Fire Support: Teilstreitkraftübergreifende Kompetenz für die Leitung „indirekten Feuers“ gebündelt bei der Heeresartillerie. Kernelement sind Joint Fire Support Teams zur Feuerleitung und Beobachtung auf dem Radpanzer Fennek, die nicht nur Artillerie- und Mörserfeuer leiten können, sondern auch die Bodenunterstützung der Luftwaffe oder Marineartillerie lenken können.

Joint Support Enabling Command: In Ulm beheimatetes mit dem Kommando Multinationale operative Führung verbundenes NATO-Kommando, um Truppenbewegungen und Unterstützungsleistungen für das Bündnis im europäischen Raum zu koordinieren.

Kaderung: Gekaderte Truppenteile bestehen im Frieden nur aus ausgebildeten beorderten Reservisten und vorgehaltener Ausrüstung und werden im Verteidigungsfall als vollwertige Einsatztruppenteile für den Aufwuchs mobilisiert. Auch die drei für das Fähigkeitsprofil für 2031 der NATO zugesagten Heeresdivisionen werden nicht ohne Kaderung auskommen. Es besteht die Absicht, die schon vorhandenen Ergänzungstruppenteile des Heeres bis 2028 zu voll ausgestatteten und ausgebildeten Kadertruppenteilen zu entwickeln. Kaderungen gibt es auch in geringerem Umfang in Luftwaffe, SKB und Marine. Dafür gibt es in der gesamten Bundeswehr beordnete Reservisten zur Verstärkung vorhandener aktiver Einheiten.

Kaltstartfähigkeit: Forderung, dass die Bundeswehr mit großen Verbänden aus ihrer Friedensstruktur schnell reagieren kann und keine organisatorischen Maßnahmen zum Umbau erforderlich sind, da die erforderlichen Unterstützungseinheiten, Personal und Gerät sofort verfügbar sind. Mit dem im Rahmen des Krisenmanagements praktizierten Verfahren nach dem Baukastenprinzip begrenzte Einsatzkontingente mit längeren Vorbereitungszeiten zusammenzustellen sind diese Fähigkeiten zum „Kaltstart“ teilweise verloren gegangen.

Kommando Territoriale Aufgaben: In Berlin bis 2022 beheimatetes und der SKB unterstehendes Fähigkeitskommando, dem die Landeskommandos und Truppenübungsplätze unterstehen und das eine zentrale Rolle bei der Koordinierung von Bundeswehreinsätzen im Inneren (Amtshilfe, Katastrophenschutz), aber auch beim HNS spielt. Diese Kommando wurden mit Teilen Streitkräfteunterstützungskommando zu einem einzigen Nationalen Territorialen Führungskommando für die Bundeswehr im Inland mit Sitz in Berlin fusioniert, das dann neben dem Einsatzführungskommando eine zweite Führungssäule bildet. Beide Kommandos gehen 2024/25 im Operativen Führungskommando auf.

Kombattanten: Kämpfer, die in einer soldatenähnlichen Rolle unter einem militärischen Kommando in einem kriegerischen Konflikt zum Einsatz kommen und das Recht haben, Waffen einzusetzen, in Abgrenzung von zivilen Ordnungskräften wie zum Beispiel Polizisten. Kombattanten stehen unter einem besonderen völkerrechtlichen Schutz. Das Völkerrecht hat angesichts der Erfahrungen des II. Weltkrieges und der Bürgerkriege nach 1945 den Kombattantenbegriff ausgedehnt.

KI: Die Informatik versucht durch Künstliche Intelligenz Entscheidungsabläufe des menschlichen Gehirns in digitalen Systemen nachzuahmen. Das Niveau der KI ist davon abhängig, inwieweit die eingegebenen Algorithmen nur menschliche Denkabläufe imitieren („schwache KI“) oder künftig auch Lernprozesse der Maschine möglich sind („starke KI“). KI ist nicht nur Grundlage autonomer Waffensysteme, sondern auch notwendig für die Auswahl von Informationen in der Datenflut von Führungsinformationssystemen zur Erstellung eines Lagebildes und für autonomes Fahren oder Fliegen. In Deutschland ist die Kritik wegen der reduzierten Rolle des Menschen besonders ausgeprägt. KI kann extrem schnell viele Informationen auswerten und eine sehr schnelle effiziente Bekämpfung organisieren. Aufgrund der zahlreichen Sensoren können Menschen die Datenflut nicht mehr zeitnah auswerten, sondern müssen Algorithmen entwerfen, nach denen die Maschine die Auswertung und Bekämpfung übernimmt. Künstliche Intelligenz kann eine Reihe von Grenzen des Soldaten beim militärischen Handeln überwinden: Angst, Ermüdung, reduzierte Agilität bei der Informationsverarbeitung und Entscheidungsfindung. KI könnte klassische symmetrische Kriege zwischen gleichwertigen Gegnern durch Informations- und Handlungsüberlegenheit revolutionieren. Präventivschläge erscheinen unter großen Handlungsdruck wegen der Schnelligkeit des Gegners unausweichlich. Die Fähigkeiten der internationalen Akteure auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz dürften sich der Rüstungskontrolle und Verifikation weitgehend entziehen, da es sich nicht um sichtbare Systeme handelt. Wo keine Verifikation möglich ist, gibt es auch

kein Vertrauen. Die internationale Sicherheitsarchitektur würde instabil und in einem unkontrollierbaren Wettlauf der Rüstung ausufern.

Kinetische Waffenwirkung: Neue Terminologie, um Waffenwirkung durch physische Zerstörung von anderen elektronischen Wirkmitteln abzugrenzen. Kinetisch ist also die klassische Waffentechnologie durch Rohrmaschinen, Abwurfmassen, Raketen etc.

Krise und Krieg: Terminologie mit der jener Zustand für die Verkündung des Verteidigungsfalls durch den Bundestag beschrieben wird, in dem die Befugnisse der Bundeswehr erweitert werden. Krise beschreibt den Spannungsfall vor Ausbruch von offenen Kampfhandlungen. Artikel 115a des Grundgesetzes regelt die Erklärung des Verteidigungsfalls im Falle eines erfolgten Angriffs (Krieg) oder eines bevorstehenden Angriffs (Spannungsfall) durch den Bundestag und Bundesrat auf Antrag der Regierung. Wird das Bundesgebiet bereits angegriffen und kann die Feststellung des Verteidigungsfalls nicht erfolgen „so gilt diese Feststellung als getroffen und als zu dem Zeitpunkt verkündet, in dem der Angriff begonnen hat“ (zit. nach Art 115a (4)). Die eigentlich brisante Frage ist demnach eher die Entscheidung über einen Verteidigungsfall, wenn der Angriff noch nicht begonnen hat, aber bevorsteht (also im Spannungsfall!). Das Szenario des hybriden Krieges erschwert die Definition des Verteidigungsfalles und eine klare Trennung der Übergänge von Frieden zur Krise und zum Krieg. Der Aggressor kann mit einer „Salamitaktik“ feindselige Handlungen in kleinen Dosierungen abfolgen lassen, so dass die Verantwortungsträger des angegriffenen Staates die Verkündung des Verteidigungsfalls möglicherweise nicht durchsetzen können. Die „Erheblichkeitsschwelle“ für massivere Reaktionen, im Extremfall gemäß Art 5 des NATO-Vertrages, unterliegt einer politischen Bewertung.

KSK: Kommando Spezialkräfte, untersteht der Division schnelle Kräfte. Soll in Kampfeinsätzen für Kommandoeinsätze in kleinen Einheiten besondere Aufgaben bei der Geiselfreiung, Ausschaltung bestimmter Objekte und ähnliche militärische Sonderaufgaben in Handstreichmissionen wahrnehmen können. Die Einheit ist in Calw im Schwarzwald stationiert.

Kritische Infrastrukturen (KRITIS): Damit sind in einer hochentwickelten arbeitsteiligen Industriegesellschaft Einrichtungen gemeint, die eine grundlegende Bedeutung für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft haben oder von denen bei Störungen besondere Gefahren ausgehen können. Besondere Gefährdungen sieht man in der zunehmenden Abhängigkeit dieser Infrastrukturen von der Informationstechnologie, die der Beeinflussung durch Aktivitäten von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren im Cyberraum unterliegen können. Neben die klassischen kritischen Infrastrukturen wie Wasser- und Stromversorgung, Verkehrswege und Kommunikationsmittel sind zum Beispiel in neuerer Zeit Netzknotenpunkte für den Datenverkehr zu nennen. Nukleare Einrichtungen sind natürlich von besonderer Brisanz und im klassischen Sinne gehören zu den kritischen Infrastrukturen natürlich auch weiterhin zahlreiche stationäre militärische Einrichtungen. Der Schutz der kritischen zivilen Infrastrukturen wurde früher mit dem Begriff der Zivilverteidigung umschrieben, die man in Deutschland juristisch streng von der militärischen Verteidigung trennt. Es kursieren Zahlen über gefährdete kritische Infrastrukturen in einer Größenordnung zwischen 3000 – 4000. Von den knapp 1500 Bundeswehr-

liegenschaften könnten nach eigener Recherche ca. 400 als kritische Infrastruktur relevant sein.

KVK/BVK: In Deutschland bestehen ca. 430 Kreis- und Bezirksverbindungskommandos (aktuell 413), die mit Reserveoffizieren und – unteroffizieren besetzt sind und bei Bedarf die zivilmilitärische Zusammenarbeit bei Landkreisen, kreisfreien Städten und Bezirksregierungen koordinieren. Sie ersetzen in Teilgebieten die Aufgaben der bis 1994 aufgelösten Verteidigungskreiskommandos und 2006 aufgelösten Verteidigungsbezirkskommandos, deren Schwerpunkt aber der militärische Heimatschutz war.

Landeskommando: Mit der Bundeswehrreform 2001 wurde in jedem Bundesland, zuletzt auch in Berlin, eine Kommandobehörde eingerichtet, die seit der Auflösung der ehemaligen Verteidigungsbezirkskommandos um 2006 für alle territorialen Aufgaben, u.a. Reservistenarbeit und zivilmilitärische Zusammenarbeit, zuständig ist. Künftig wird der Heimatschutz eine größere Rolle spielen.

Logistic Hub: Deutscher PESCO-Beitrag zur Erbringung von logistischen Leistungen (Transport, Umschlag, Lenkung, Lagerung) in multinationalem Rahmen, eine zentrale Einrichtung befindet sich zurzeit in Pfungstadt. Der logistische Stützpunkt in Pfungstadt kann von Bündnispartnern für ihre logistischen Aufgaben bei multinationalen Einsätzen genutzt werden.

Logistikkommando: In Erfurt beheimatetes Fähigkeitskommando das für die gesamte Bundeswehr querschnittliche logistische Leistungen steuert und erbringt. Dazu gehören einige mobile logistische Verbände und das Logistikzentrum in Wilhelmshaven zur Steuerung des Materialflusses und der Führung der ortsfesten logistischen Einheiten (Depots). Ihm untersteht auch das militärische Kraftfahrwesen. Das Kommando untersteht der SKB, unterliegt aber auch der Diskussion um Rückkehr von Unterstützungskomponenten in die Teilstreitkräfte und deren Verbände. Bei einer Auflösung der SKB müsste die Zentral- und Basislogistik der Bundeswehr neu geordnet werden. Die Teilstreitkräfte hatten allerdings immer auch in begrenztem Umfang eigene logistische Kräfte für den Sofortbedarf oder spezifische Aufgaben behalten (z.B. Versorgungsbataillone der Brigaden, Waffensystemunterstützungszentren der Luftwaffe). Das Kommando wird 2024/5 dem neuen Unterstützungskommando der Bundeswehr unterstellt.

Luftverteidigung: a) integrierte LV der NATO, Schutz des NATO-Gebietes mit vernetzten Sensoren (Radar), Führungseinrichtungen und Wirkmitteln (Flugzeuge, Flugabwehrraketen b) Nah- und Nächstbereichsflugabwehr: Objektschutz gegen Luftbedrohung durch die Luftwaffe c) qualifizierte Flugabwehr: improvisierte Schließung der Fähigkeitslücke bei der mobilen Fliegerabwehr des Heeres aufgrund der Drohnenbedrohung und Auflösung der Heeresflugabwehr. Dieser Begriff umschreibt den Wiedereinstieg in eine Flugabwehr, welche die Einsatzkräfte des Heeres vor allem gegen Drohnen schützen soll. Angedacht war zuerst eine Improvisation eines Granatmaschinewerfers mit programmierbarer Munition auf Radpanzer BOXER in Kombination mit einer Sensorstation norwegischer Herkunft. Vielversprechender ist wohl ein Nächstbereichsschutz durch einen Waffenturm mit Schnellfeuerkanone, ggf. in Kombination mit einem Flugkörper und Sensoren, auf dem Radpanzer BOXER, der von Rheinmetall als Flugabwehrpanzer SKYRANGER

angeboten wird. Hinzu kommen jetzt Planungen zu einer Beschaffung des Flugabwehraketensystems IRIS-T in zwei Versionen (kurz,mittel). Außerdem wird das System Patriot laufend modernisiert. Die Luftverteidigung wird sowohl im Nah- und Nächstbereich, aber auch in der flächendeckenden Abwehr von Luftfahrzeugen und Raketen eine neue Gewichtung erhalten und künftig in einem europäischen Rahmen als European Skyshield realisiert.

LÜKEX: Länderübergreifende Kriseneinsatzübungen für verschiedene Katastrophenlagen in Regie der Innenministerien, um die Kooperation verschiedener Handlungsträger in Politik, Behörden, Wirtschaft und Bundeswehr zu erproben.

Mannschaften: Soldaten unterhalb des Dienstgrades Unteroffizier, in der Regel im Rang eines Gefreiten. Das Spektrum reichte bisher bis zum Oberstabsgefreiten. Neuerdings sind auch zwei Korporalsränge vorgesehen. Der Anteil der M. beträgt in der Bundeswehr nur noch 30% („Viele Häuptlinge, wenige Indianer“)!

Militärische Förderung: Eine der Säulen der Freiwilligen Reservistenarbeit mit zahlreichen militärischen Aktivitäten und Ausbildungen. Die andere Säule ist die Sicherheitspolitik und Öffentlichkeitsarbeit. Militärische Förderung kann zum Beispiel Schießen mit Handwaffen, Ausbildung an militärischem Gerät, Übungen im Gelände, Märsche, Themen wie Fernmeldedienst, Beobachten und Melden, Ersthilfe, Kampfmittelkunde, Verhalten im Einsatz etc. umfassen.

Militärischer Abschirmdienst – MAD: Deutscher Nachrichtendienst im Geschäftsbereich des BMVg zur Informationssammlung und –auswertung im Inland und ausnahmsweise im Ausland zu Zwecken der Spionage- und Sabotageabwehr und der Terrorismus- und Extremismusabwehr. Der MAD ist zuständig, wenn die Gefährdungen von Bundeswehrangehörigen ausgehen und gegen die Bundeswehr gerichtet sind. Der MAD führt personenbezogene Sicherheitsüberprüfungen durch. Außerhalb der Bundeswehr werden diese Aufgaben von den Behörden für Verfassungsschutz wahrgenommen.

Nationaler Sicherheitsrat: Von vielen Sicherheitsexperten geforderte ressortübergreifende Einrichtung zur Krisenbewältigung, die jederzeit zur Bewältigung von Krisen im Kanzleramt zusammentreten kann und die Informationen und Maßnahmen vieler staatlicher Einrichtungen koordinieren kann. Wird gegenwärtig noch von vielen politischen Mandatsträgern in der föderalen Ordnung abgelehnt, da sie eine Konzentration des Krisenmanagements nicht wünschen.

Nutzungsdauerverlängerung: Maßnahmen, um ein älteres Waffensystem noch länger nutzen zu können. Bei einer Kampfwertsteigerung werden auch die Leistungsfähigkeit und Fähigkeiten eines Systems erhöht. Durch eine NDV wird z.B. die Verwendung der Kampfflugzeuge Tornado bis in den Zeitraum 2030-2035 verlängert. NDV sind erforderlich, um die Versorgbarkeit älterer Systeme zu erhalten, weil Ersatzteile für die Ursprungsversionen nicht mehr lieferbar sind.

nicht aktiv: Nicht aktive Truppenteile bestehen fast nur aus Reservisten. In früheren Strukturen verfügten sie auch über eigenes Gerät, das gelagert und gewartet wurde. Dies ist meist nicht mehr der Fall, wird aber wieder angestrebt.

NRF: NATO-Response Force. Eingreifkräfte, die für eine schnelle Reaktion von den Teilnehmerstaaten bereitgestellt werden. Es gibt dafür als Zielmarke die Formel von 4x30, d.h. in 30 Tagen, 30 Bataillone, 30 Flugzeugstaffeln und 30 Kriegsschiffe für die Bündnisverteidigung verfügbar zu machen. Aus der NRF wurde 2022 das **NATO-New Force Model**, das künftig bis zu 300.000 Soldaten, davon 30.000 Deutsche als Reaktionskraft binnen 30 Tagen verfügbar machen soll.

Nukleare Teilhabe: Beteiligung von NATO-Partnern an der nuklearen Abschreckung durch Bereitstellung von Trägermitteln für nukleare Gefechtsköpfe in US-Gewahrsam. Die Bundeswehr ist mit dem Taktischen Luftwaffengeschwader 33 in Büchel daran beteiligt. Eine offizielle Bestätigung gibt es für solche Informationen grundsätzlich nicht, Der im Laufe des Jahrzehnts notwendige Ersatz des Tornado-Jagdbombers ist mit der in der deutschen politischen Landschaft umstrittenen Frage der nuklearen Teilhabe verknüpft und erfordert Entscheidungen nach der Bundestagswahl 2021. Die Partnerstaaten ohne eigene Atomwaffen versprechen sich von der nuklearen Teilhabe eine nukleare Mitsprache. Die neue Koalitionsregierung bestätigte die deutsche Rolle.

Offene Systemarchitektur: Auslegung eines Waffensystemverbundes für die Einbindung verschiedener Subsysteme. So soll das Taktische Luftverteidigungssystem verschiedene Sensoren und Effektoren einbinden können. Zum Beispiel sollen auch „billigere“ Flugkörper damit zum Einsatz gebracht werden können, wenn die Kosten-Nutzen-Relation es bei weniger hochwertigen Luftzielen gebietet.

Operative Leitlinien Landoperationen: Eine 2021 vom Heeresinspekteur erlassene vorläufige Weisung über die künftige operative Ausrichtung des Heeres. Sie unterscheidet zwischen schweren, mittleren und leichten Kräften.

Operatives Führungskommando der Bundeswehr : Die Struktur-entscheidungen vom Frühjahr 2024 sehen ein einziges Führungskommando vor. Es wird in Schwielowsee bei Potsdam und in Berlin beheimatet sein und soll über 1400 Dienstposten verfügen. Durch die Fusion des Einsatzführungs- und Territorialen Kommandos würden 400 Posten eingespart. Die Indienststellung ist für Oktober 2024 vorgesehen.

Operationsplan Deutschland: Im Frühjahr 2024 vorgelegter Planentwurf des Territorialen Führungskommandos, der die Maßnahmen zur Herstellung der Verteidigungsfähigkeit auf dem Boden Deutschlands formuliert. Das umfasst den Heimatschutz, die Unterstützung der Bundeswehr und alliierten Kräfte und Versorgung der Bevölkerung. Dazu sind viele Maßnahmen mit zivilen Stellen und Hilfsorganisationen abzustimmen. Zu den großen Problembereichen gehören die Sicherstellung der Truppenbewegungen der NATO in der Drehscheibe Deutschlands, das hybride Kriegsbild in den Grauzonen zwischen Krieg und Frieden mit besonderen Herausforderungen im Cyber- und Informationsraum und der Schutz wichtiger militärischer und ziviler Einrichtungen.

Org-Bereich: Organisationsbereiche Streitkräftebasis, Zentraler Sanitätsdienst, Kommando Cyberinformationsraum neben den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe, Marine.

Paradigmenwechsel: grundsätzliche Neuorientierung

PATRIOT: Flugabwehrraketensystem aus den USA, seit 1989 bei der Bundeswehr. Wurde mehrfach modifiziert und in begrenztem Umfang und mit limitierter Flugkörperzahl auch für die Raketenabwehr modernisiert. Wenn die Einführung des TLVS unterbleibt, sind weitere Nutzungsdauerverlängerungen und Kampfwertsteigerungen erforderlich.

PEGASUS: Projekt zur Wiedergewinnung der Fähigkeit zur weiträumigen fliegenden elektronischen Aufklärung (SIGINT) durch Einrüstung der fertig entwickelten Ausstattung ISIS in Flugzeugen des Typs GLOBAL 6000 nach dem Scheitern der Drohnenprojekte Eurohawk und Triton.

PESCO: Die EU will im Rahmen der gemeinsamen strukturierten Zusammenarbeit eine Summe neuer Kooperationsvorhaben unter dem Dach von PESCO auf den Weg bringen und einen europäischen Verteidigungsfond begründen. Dabei handelt es sich nur zum Teil um Systeme zur Waffenwirkung, sondern mehr zur Steigerung von Unterstützungsleistungen, vor allem für die Logistik und Führungsunterstützung. Hier ist großer Entwicklungsbedarf bei der Kooperation.

Planungsstab: Auf den ehemaligen Verteidigungsminister Schmidt zurückgehendes und 2011 bei der de-Maiziére-Reform wiederaufgelöste zentrale Koordinierungsstelle des Ministeriums. Die Forderung nach einem Planungsstab für die Führung des BMVg muss abgegrenzt werden von einer ähnlichen Forderung für einen eigenen Führungsstab für den Generalinspekteur.

postheroische Gesellschaft: Der Begriff geht auf den Sozialwissenschaftler Herfried Münkler zurück und bezieht sich auf eine Gesellschaft, die nicht mehr bereit ist, viele Opfer für militärische Einsätze in Kauf zu nehmen und die deshalb strukturell nicht mehr kriegsfähig ist. Einen Grund sieht Münkler in der geringeren Kinderzahl von Familien, die in ihre Nachkommen emotional und materiell sehr viel investieren. Manche Sozialwissenschaftler und Historiker sehen einen Zusammenhang zwischen der großen Zahl von unbeschäftigten jungen Männern in wachsenden Bevölkerungen mit der Bereitschaft zu Krieg und Gewalt und Orientierung an den Werten einer „heroischen Gesellschaft“.

Qualifizierte Flugabwehr: Dieser Begriff umschreibt den Wiedereinstieg in eine Flugabwehr, welche die Einsatzkräfte des Heeres vor allem gegen Drohnen schützen soll und für die NATO-Eingreifbrigade VJTF 2023 zur Verfügung stehen soll. Es handelt sich um eine Improvisation mit Waffenstationen des Granatwerfers 40 mm auf BOXER mit entsprechenden Sensoren und programmierbarer Munition. Außerdem ist eine Version des Waffenturms für die Schnellfeuerkanone und Sensoren des System MANTIS auf dem Radpanzer BOXER in Erprobung. Diese Improvisationen dürften nach der Entscheidung zur Wiederaufstellung einer Heeresflugabwehrtruppe in Lüneburg mit den Systemen IRIS-T-SLS und SKYRANGER auf solidere Grundlagen gestellt werden.

Rahmennation (Lead Nation): In der NATO offizielles und maßgeblich von Deutschland betriebenes Vorhaben, bei dem die großen Nationen als Lead Nation mit ihren umfangreicheren, aber auch nicht mehr kompletten Streitkräften Andockmöglichkeiten für die kleineren Staaten bieten und diese sich mit ihren verbliebenen Fähigkeiten einbringen. Diese können u.a. auch Spezialfähigkeiten sein.

Ein besonders ausgeprägtes Beispiel ist die deutsch-niederländische Kooperation, bei der die noch verbliebenen niederländischen Heereskräfte dem deutschen Heer unterstellt wurden und umgekehrt kleine amphibische Kräfte der Marine und die Reste der Nahbereichsflugabwehr der Luftwaffe bei niederländischen Kommandos eingebunden wurden.

Redundanz: Erhaltung der Gefechtsfähigkeit nach dem Ausfall von Teilen eines Waffensystems, von Truppenteilen oder Infrastruktur, weil deren Fähigkeiten mehrfach vorhanden sind, z.B. Verteilung von Ausrüstung und Munition auf viele Depots in der Fläche oder Aufrechterhaltung von gleichen militärischen Fähigkeiten in einer größeren Zahl von Einheiten an verschiedenen Orten. Redundanzen gingen in hohem Maße durch Bündelung in Fähigkeitskommandos verloren. So gibt es z.B. nur noch ein Bataillon zum Bau von Schwimmbrücken, eine Kompanie der Pipelinepioniere und eine Batterie mit leichten Flugabwehrpanzern.

Reserve 2025 – Schutz und Sicherung Inland: Konzept zum Heimatschutz, das nicht nur den Ausbau der Heimatschutzregimenter und eigenen Objektschutzkräfte der Teilstreitkräfte/ Organisationsbereich vorsieht, sondern auch den stationären Objektschutz im Standortbereich, also das Grundprinzip der Eigensicherung reaktivieren will.

Resilienz: Synonym für „Widerstandsfähigkeit“. Die Resilienz einer Gesellschaft gegenüber Störungen, Katastrophen und Aggression war wichtiges Thema des vom BMVg formulierten Weißbuches 2016 und wurde durch die Corona-Pandemie akut.

Rekonstitution: Mit diesem Begriff wurde die Wiederherstellung der Fähigkeit zur Landesverteidigung in einem Zeitraum von ca. 10 Jahren nach dem Paradigmenwechsel der verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 bezeichnet. Angesichts der absoluten Priorität der Krisenreaktion sollten für die R. keine strukturellen Vorbereitungen getroffen werden. Diese Einschätzung ist spätestens seit dem NATO-Gipfel von Wales 2014 überholt.

relevant: Neben "resilient" sind "relevant" bzw. "Relevanz" zu Modewörtern der sicherheitspolitischen Diskussion geworden. Wenn davon die Rede ist, dass Deutschland oder die NATO in der internationalen Sicherheitsarchitektur relevant bleiben müssen, geht es darum, dass das politische Gewicht erhalten bleiben muss und nicht von der Zeit überholt wird. Wer relevant ist, hat in der Politik noch ein Wörtchen mitzureden und man kommt an ihm nicht vorbei. Relevanz bedeutet hier die Fähigkeit zur Mitgestaltung, in die man aber auch investieren muss.

Reservedienstleistende: Bürger, die nach ihrer Dienstzeit später noch als Soldaten, auf freiwilliger Basis für einen befristeten Zeitraum Dienst tun, um im Spannungs- und Verteidigungsfall die Bundeswehr mit qualifiziertem Personal aufwachsen lassen zu können. Zurzeit sind in der Friedensstärke 4500 Dienstposten für aktuell dienende RDL eingeplant (Wehrübungsplätze). Es gibt nun auch die Möglichkeit, Ungediente ohne Vordienstzeiten als Spezialisten oder nach Wochenendausbildungen für die Reserve zu gewinnen.

Rüstungsbericht: Jährliche Information des Generalinspektors über den Sachstand der Einsatzbereitschaft der Ausrüstung soweit Geheimhaltung es zulässt.

Rüstungskontrolle: Durch zahlreiche Abkommen wurde während und nach dem Ost-West-Konflikt in unterschiedlichen Phasen der Versuch unternommen, eine Eskalation des Wettrüstens, vor allem der nuklearen Gefahren, zu verhindern. Rüstungskontrolle ist stark von der Interessenlage und den politischen Beziehungen der teilnehmenden Mächte, der technologischen Entwicklung und den Veränderungen im internationalen Kräftefeld abhängig. Staaten, die an der Rüstungskontrolle ursprünglich nicht beteiligt waren, schaffen oft neue Tatsachen, die den ursprünglichen Inhalt und Geist der Abkommen in Frage stellen. Genannt seien hier China, der Iran, Nordkorea, Indien, Pakistan, aber auch Israel. Die Motivation der Teilnehmerstaaten ist auch von innenpolitischen Entwicklungen abhängig. Rüstungskontrolle muss durch vereinbarte Kontroll- und Konsultationsmechanismen „implementiert“ (umgesetzt) und „verifiziert“ (überwacht) werden. Verträge müssen von den Parlamenten ratifiziert werden, haben nur begrenzte Laufzeiten und bedürfen dann neuer Bestätigung oder Anpassung. Scheitert die Unterzeichnung oder Ratifizierung, bleibt es den Regierungen unbenommen, sich dennoch gemäß den Vereinbarungen zu verhalten, ohne dazu völkerrechtlich verpflichtet zu sein. Rüstungskontrollabkommen ohne Anspruch auf Vollständigkeit: nuklearer Teststopp, Nichtverbreitungsvertrag, KSE-Vertrag, Offener Himmel (Open Skies), START I-II, ABM-Vertrag, INF-Abkommen, Weltraumvertrag... . In der Bundeswehr ist die militärische Expertise für Rüstungskontrolle in dem Zentrum für Verifikation (Überwachung) in Geilenkirchen planerisch abgebildet.

SAR: Search and Rescue, Such- und Luftrettungsdienst der vom Heeresfliegerregiment 30 (Niederstetten) und dem Marinefliegerkommando mit Stationen in Niederstetten, Holzdorf, Nörvenich, Warnemünde, Borkum und Helgoland betrieben wird.

SAR Lupe: Sechs Aufklärungssatelliten der Bundeswehr auf Radarbasis in Kooperation mit Frankreich, das Bildsatelliten betreibt

SatCom Bw: satellitengestütztes Kommunikationssystem der Bundeswehr mit eigenen Satelliten und Bodenstationen bzw. mobilen Empfangs- und Sendestationen für die Truppe

SASPF: Abkürzung für Standard Anwendungs Software Produkt Familien. Eine Datenverarbeitungsplattform, um eine einheitliche IT-Unterstützung für die logistischen und administrativen Prozesse der Bundeswehr zu schaffen und damit eine Vielzahl von Systemen in Nutzung (SinN) abzulösen, die sich im Laufe der Jahre zu teilweise unwirtschaftlichen oder technisch veralteten Insellösungen entwickelt haben.

SEAD: Suppression Enemy Air Defence, Niederhalten der gegnerischen Flugabwehr mit elektronischen Maßnahmen und Luft-Boden-Raketen HARM. In der Luftwaffe gibt es eine Staffel mit ECR-Tornados für diesen Auftrag auf dem Fliegerhorst Jagel.

Sensoren und Effektoren: Mit diesen Oberbegriffen wird der Zusammenhang zwischen Systemen zur Entdeckung, Identifizierung und Verfolgung von Zielen (Sensoren) und den eigentlichen Waffen oder Wirkmitteln (z.B. Stör- und Täuschmittel) zu ihrer Bekämpfung beschrieben. Häufig sind Sensoren und Effektoren in einem System baulich integriert, z.B. ein Kampfpanzer mit Beobachtungsoptiken, Feuerleitrechnern und der Kanone.

SKB: Streitkräftebasis, nach 2000 gegründeter Organisationsbereich um Querschnittsaufgaben für die Streitkräfte zu erbringen und die knappen Ressourcen zu bündeln. Dafür mussten die Teilstreitkräfte Komponenten ihrer Einsatzunterstützung abgeben (u.a. Teile der Logistik, Führungsunterstützung, strategischen Aufklärung. ABC - Abwehr). Die SKB übernahm auch die territorialen Aufgaben vom Heer und ihr Inspekteur wurde oberster nationaler Befehlshaber. Mit der Gründung des Organisationsbereiches CIR 2017 und der vorgesehenen Rückkehr des Feldjägerwesens, der ABC-Abwehr und des Zentrums zivilmilitärische Zusammenarbeit in das Heer und der Aufstellung eines eigenen nationalen territorialen Führungskommandos ist eine erhebliche Reduzierung verbunden und die SKB steht zur Diskussion. Wegen der zunehmenden Bedeutung der Landes-/Bündnisverteidigung erscheint die Rückkehr vieler Einheiten der Einsatzunterstützung und Sanität in die Teilstreitkräfte notwendig, da die zeitaufwändigen Verfahren der Zusammenstellung von Modulen für Kriseneinsätze für die Operationen von Großverbänden nicht mehr ausreichen. Die SKB wird 2024/5 dem neuen Unterstützungskommando der Bundeswehr unterstellt.

SSC-8: Landgestützter russischer Marschflugkörper, bei dem eine Reichweite von über 2000 km vermutet wird und der gegen das INF-Abkommen von 1987 zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen verstößt. Die USA und Russland haben das Abkommen mittlerweile verlassen.

Standortälteste: Vom Kommando Territoriale Aufgaben und den Landeskommandos bestimmte Truppenkommandeure, die für ihren Standort und einem dazugehörenden lokalen Bereich für die Sicherheit der militärischen Liegenschaften, Ordnungsaufgaben und zivilmilitärische Zusammenarbeit als Nebenaufgabe zuständig sind. Sie decken damit Aufgaben ab, die bis 1994 von eigenen lokalen territorialen Kommandobehörden, den Verteidigungskreiskommandos, wahrgenommen wurden. Möglicherweise ließe sich diese Rolle für die lokale territoriale Verteidigung durch Stärkung der Standortältesten mit Reserveoffizieren im Verteidigungsfall nutzen.

STH: Schwerer Transporthubschrauber als Nachfolger der CH 53 G, zwei US-Modelle zur Auswahl: Boeing Chinook und Sikorsky Sea Stallion. Eine erste Ausschreibung wurde zurückgezogen und eine Entscheidung vertagt. 2022 zeichnet sich eine Beschaffung von 60 Chinook ab.

STEALTH: Konstruktive Bemühungen, die Radarsignatur von Flugzeugen und Schiffen zu reduzieren, um die Bekämpfung zu erschweren. Stealth-Entwürfe stehen in einem ständigen Wettlauf mit der Radartechnologie, die eine dauerhafte Unsichtbarkeit unwahrscheinlich macht (Passivradarortung). Das US-Kampfflugzeug F 35 wurde nach Stealth-Gesichtspunkten konzipiert.

strategisch: Militärische Entscheidungen, Operationen und Waffensysteme, die das gesamte Territorium und Potential der Konfliktgegner einbeziehen.

strukturierte Zusammenarbeit: Ein seit dem Vertrag von Lissabon 2009 in der EU mögliches Vorgehen von Staaten zu erhöhter Zusammenarbeit, ohne dass alle anderen Mitgliedsstaaten auch dazu verpflichtet sind. Diese Kooperation der „Willigen“ ist zum Beispiel für die militärischen Aktivitäten der EU von großer Bedeutung

taktisch: Militärische Entscheidungen, Operationen und Waffensysteme, die nur das unmittelbare Geschehen auf dem Gefechtsfeld betreffen. Die Trennung taktisch und strategisch ist bei Nuklearwaffen wegen der verheerenden Auswirkungen fragwürdig. Bei Krisenstabilisierungsoperationen kann auch die Fehlentscheidung eines einzelnen taktischen Führers strategische Auswirkungen haben, wenn die Stimmung im ganzen Lande dadurch kippt.

Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche: Neben die klassischen Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine traten in dem Umbauprozess der letzten beiden Jahrzehnte die Organisationsbereiche Streitkräftebasis, Zentraler Sanitätsdienst und zuletzt das Kommando Cyberinformationsraum. Dies bedeutete eine organisatorische Umverteilung der Aufgaben, aber keine quantitative Aufstockung. Die Streitkräftebasis mit dem Streitkräfteunterstützungskommando in Bonn bündelt eine Reihe von teilstreitkraftgemeinsamen Aufgaben im Grundbetrieb und Einsatz (z.B. Logistik, Feldjäger, ABC-Abwehr, Truppenübungsplätze, Kraftfahrwesen) Ab einer bestimmten Alarmierungsstufe hat im Katastrophenfall die SKB Zugriff auf Truppen der anderen Teilstreitkräfte. Den Oberbefehl im Frieden hat natürlich der Verteidigungsminister und als höchster Soldat der Bundeswehr und oberster militärischer Vorgesetzter fungiert der Generalinspekteur. SKB und ZSanBw werden 2024/5 dem neuen Unterstützungskommando der Bundeswehr unterstellt.

Territoriale Aufgaben: Dazu gehören eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen auf deutschem Territorium für die Wahrnehmung des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr und Partnerstreitkräfte und für den Grundbetrieb der Bundeswehr: Heimatschutz, Katastrophenhilfe, Zivilmilitärische Zusammenarbeit, Reservistenarbeit, militärischer Ordnungsdienst, Truppenübungsplätze etc. Zuständig ist seit Oktober 2022 das Territoriale Führungskommando in Berlin, welches das vorherige Kommando territoriale Aufgaben ablöst. Künftig untersteht die territoriale Verteidigung dem Operativen Führungskommando.

Territoriales Führungskommando: Seit Oktober 2022 wächst in Berlin das Nationale Territoriale Führungskommando auf, das an die Stelle des Kommandos Territoriale Aufgaben tritt und auch territoriale Aufgaben des Streitkräfteunterstützungskommandos übernimmt. Sein Kommandeur ist nun auch Oberster Nationaler Befehlshaber. Das neue Kommando, das aus der Substanz des ehemaligen Kommandos Territoriale Aufgaben und Teilen des Streitkräfteunterstützungskommandos der SKB aufgebaut wird, nimmt zentrale Führungs--aufgaben bei allen Einsätzen der Bundeswehr im eigenen Land wahr. Das betrifft auch Unterstützungsleistungen für Einsätze außerhalb Deutschlands im gesamten Spektrum. Das Kommando ist nicht nur für Heimatschutz oder Amtshilfe im Katastrophenschutz verantwortlich, sondern koordiniert auch Truppenbewegungen und Unterstützungsleistungen für das Bündnis auf deutschen Boden. Diese werden im Operationsplan Deutschland ausgearbeitet. Eine besondere Rolle spielt das Kommando für die Gesamtverteidigung, bei der sich militärische und zivile Komponenten überschneiden. Ihm unterstehen die Landeskommandos, das Multinationale Kommando Operative Führung (Ulm) inkl. dt. Anteil JSEC, Truppenübungsplätze, Zentrum ZMZ, das Wachbataillon und Sportfördergruppen. Das Kommando untersteht wie das Einsatzführungskommando direkt dem Generalinspekteur. Das Kommando wird im Oktober 2024 im neuen operativen Führungskommando der Bundeswehr in Schwielowsee und Berlin aufgehen.

Territoriale Reserve: Beordnete Reservisten für 31 Bezirks- und 404 Kreisverbindungskommandos und 37 (geplant 42) Heimatschutzkompanien. Größenordnung der Territorialen Reserve: ca. 8000 – 10.000. Geplant ist die Aufstockung des Heimatschutzes auf **sechs** Landesregimenter (Bayern, Hessen, Berlin, NRW, Mecklenburg-Vorpommern, **Niedersachsen**) mit bis zu 50 Organisationseinheiten (u.a. 37/42 Heimatschutzkompanien plus Unterstützungs- und Stabs /Versorgungs-kompanien). Der Heimatschutz wird künftig dem Heer unterstehen.

TLVS: Taktisches Luftverteidigungssystem, ursprgl. geplanter Ersatz für PATRIOT. Wurde schon vor der Zeitwende eingestellt.

TWISTER: „Timely Warning and Interception with Space-based Theater surveillance“. Im Rahmen der europäischen Rüstungskoooperation PESCO unter Führung Frankreichs betriebenes Luftverteidigungsprojekt zur Erkennung und Abwehr von Flugkörpern mit weltraumgestützter Überwachung. TWISTER soll ballistische Raketen mittlerer Reichweite, Über- und Hyperschall-Marschflugkörper, Hyperschall-Gleiter und künftige Kampfflugzeuge abwehren und dabei vorhandene und künftige Land- und Marinesysteme einbinden. Realistischer dürfte vorerst die Beschaffung des israelisch-amerikanischen Systems Arrow 3 sein.

UAV: Unmanned Aerial Vehicle (Unbemannte Luftfahrzeuge), die Fachbezeichnung für den gebräuchlicheren Begriff Drohnen. Unbemannte Luftfahrzeuge waren bei der Bundeswehr schon seit den siebziger Jahren im Einsatz. Es begann mit der Aufklärungsdrohne CL89, die in der Artillerie zur Aufklärung gegnerischer Ziele in größerer Tiefe des Raumes eingesetzt wurde, und zur Verbesserung des Lagebilds beitrugen. Ihr Nachfolger, die CL 289, wurde durch die Einsätze in den Balkanmissionen bei der Aufklärung von Deportationen und Mordaktionen bekannt. Die CL 289 wurde durch ein breiteres Spektrum von Aufklärungsdrohnen verschiedener Größenordnungen ersetzt, das vom Kleinflugkörper für die kleine Infanteriegruppe und das Aufklärungsfahrzeug vor Ort bis zur Überwachung und Zielaufklärung des gesamten Einsatzgebietes eines Großverbandes reicht (ALADIN, MIKADO, LUNA, KZO). Diese Systeme tragen zur Aufklärung mit Luftbildern bei. Der Ersatz der KZO bei der Artillerie- und Heeresaufklärungstruppe durch HUSAR (hocheffizientes unbemanntes System zur Aufklärung mittlerer Reichweite) steht bevor. Ursprüngliche Konzepte mit vorprogrammierten Flugbahnen und klassischer Luftbilddauswertung nach Rückkehr sind durch die fortgeschrittene digitalisierte Kommunikationstechnologie unter Einbeziehung von Satelliten zu ferngelenkten Drohnen weiterentwickelt worden, deren Bediener sich gar nicht mehr im Einsatzgebiet befinden müssen, sondern sich auch auf einer Heimatbasis befinden können. Aufklärungsbilder können in Echtzeit übermittelt werden, so dass der Schritt zur Kombination von Aufklärungs- und Waffeneinsatz nicht mehr weit war. Drohnen können sich sehr viel länger und kostengünstiger als Flugzeuge über dem Kampfgebiet aufhalten, es überwachen und bei Bedarf ohne Zeitverzug mit gelenkten Flugkörpern Ziele bekämpfen. Mit ganzen Drohnenschwärmen sollen viele Ziele in einem intensiven Gefecht gleichzeitig in großer Zahl bekämpft werden mit autonomer Auslösung. Das ehemalige Heeresprojekt der Kampfdrohne TAIFUN, die in großer Zahl in den Luftraum entlang der Vormarschstraßen einfliegen und auf erkannte Panzerziele automatisch (autonom!) Wirkkörper abfeuern sollte (Suchzündermunition), ist kaum noch bekannt, da es in den 90er Jahren abgebrochen

wurde. Bewaffnete Drohnen sind heute internationaler militärischer Standard, auch wenn die öffentliche Meinung in Deutschland auf die umstrittenen US-Drohneinsätze fixiert ist. Einsatzfähigkeiten mit bewaffneten Drohnen sind bisher in Deutschland aufgrund politischer Widerstände nicht realisiert worden, sind aber mit dem Umdenken in der Zeitenwende durch Bewaffnung der HERON und künftigen EURODROHNE vorgesehen.

Unterstützungsbereich Bundeswehr: Im Frühjahr 2024 wurde entschieden, die SKB und den zentralen Sanitätsdienst als eigenständige Organisationsbereiche aufzulösen und in einen zentralen Unterstützungsbereich der Bundeswehr einzugliedern. Die geplanten Ausgliederungen der ABC-Abwehr, Feldjäger und ZMZ an das Heer erfolgen nicht! Allerdings werden die Heimatschutzkräfte der territorialen Verteidigung dem Heer zugeordnet. Das Kommando CIR wird zur vierten Teilstreitkraft aufgewertet. Das Unterstützungskommando wird in Bonn beheimatet sein und ist mit 600 Dienstposten geplant. Volle Einsatzbereitschaft soll im April 2025 erstellt sein. Zum Unterstützungskommando wird auch ein eigenes Fachkommando für die Gesundheitsversorgung Bw in Koblenz mit 500 Dienstposten gehören.

Dem Unterstützungskommando werden unterstehen:

- Sanitätsdienst der Bundeswehr
- Logistikkommando
- ABC-Abwehrkommando
- Feldjägerkommando
- ZMZ
- Truppenübungsplätze
- Planungsamt der Bundeswehr
- Streitkräfteamt
- Deutsche militärische Vertreter
- Joint Support and Enabling Command
- Multinationales Kommando Operationsführung

UTF: Ungeschütztes Transportfahrzeug, neue LKW 5t gl und 15 t gl als Ersatz der geländegängigen KFZ-Nachfolgegeneration der 70er Jahre, Schutzmodule können adaptiert werden. GL ist die gebräuchliche Abkürzung für geländegängig. Mit gl werden in der Regel Radfahrzeuge bezeichnet, die auch schwieriges Gelände bewältigen und Kettenfahrzeugen folgen können. Auch die viel zahlreicheren, meist aus handelsüblichen Entwicklungen abgeleiteten LKW der Bundeswehr haben durch Allradantrieb und größere Bodenfreiheit eine begrenzte Geländetauglichkeit.

Vernetzte operative Gefechtsführung: Eine vernetzte Gefechtsführung soll knapp bemessene Kräfte durch Aufklärungs- und Führungsüberlegenheit zu optimalem Waffeneinsatz und Gefechtserfolg befähigen. Eine umfassende Aufklärung und überlegene Führung soll den Waffeneinsatz der verschiedenen kommunikativ vernetzten Systeme koordinieren und die Zielbekämpfung dem System zuweisen, dass lageabhängig den größten Erfolg verspricht. Panzerziele könnten dann zum Beispiel sowohl einem Artilleriegeschütz als auch einem Kampfpanzer, einem Luftfahrzeug oder einem Panzerabwehrlenktrupp zugewiesen werden. Im Konzept der Digitalisierung landbasierter Operationen (DLBO) wäre die Verteidigung nicht mehr allein in der Verantwortung einer einzigen Einheit, die in einem begrenzten Raum ihren Kampfauftrag wahrnimmt. Grundvoraussetzung ist ein Aufklärungsverbund aller Kräfte im Heer und anderer Teilstreitkräfte, die Informationen über den Gegner sammeln, ein

zur Informationsübermittlung leistungsfähiges, mobiles und redundantes Fernmeldenetz, ein mit KI beschleunigtes Führungsinformationssystem in Stäben, welches die Aufklärungsdaten bewertet und die Bekämpfung den „Effektoren“ („Wirkmitteln“ =Waffensystemen) zuweist. Qualität geht hier vor Quantität. Ein neueres Beispiel ist der Beitrag der Artillerie im Rahmen ihres teilstreitkräfteübergreifenden Konzepts für indirektes Feuer mit vernetzten Artilleriebeobachtern auf dem Radpanzer Fennek (joint fire support teams), die sowohl das Feuer Boden-Boden (Heer, Marine) als auch Luft-Boden (Heeresflieger, Luftwaffe) leiten können. Auch die Luftwaffe plant im Rahmen des AIRSURFACE-Konzepts einen vernetzten Teilbeitrag zur Bodenkriegführung. Das künftige FCAS-Kampfflugzeugprojekt soll ein umfassendes Konzept der Vernetzung aller Befähigungen der Luftkriegführung in einer sogenannten „Combat Cloud“ realisieren.

Vorläufige operative Leitlinien des Heeres: 2021 vom Heeresinspekteur erlassenes Dokument zur Zukunftsausrichtung der Landstreitkräfte. Von besonderer Bedeutung sind die Digitalisierung landbasierter Operationen (DLBO) und die Differenzierung zwischen präsenten und reaktionsschnellen schweren, mittleren und leichten Kräften des Heeres.

VJTF: Very High Readiness Joint Task Force, schnelle Eingreifbrigade der NATO, 2019 und 2023 in deutscher Verantwortung mit dem Planziel voll ausgestatteter deutscher Einheiten unabhängig von Leihabgaben aus der ganzen Bundeswehr.

Weltraumkommando: 2021 in Uedem beim operativen Führungszentrum der Luftwaffe aus dem Weltraumlagezentrum hervorgegangene Kommandoeinrichtung zur Beobachtung eigener und fremder Aktivitäten im Weltraum mit eigenen Radareinrichtungen und Teleskopen. Das Kommando kooperiert mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und der Farunhofer Gesellschaft. Das Kommando kann passive Schutzmaßnahmen und Ausweichbewegungen eigener Satelliten koordinieren. Aktive Gegenmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

Zielbild Einsatzkräfte Heer: Im Sommer 2022 entschiedene Heeresstruktur zur Umsetzung des Fähigkeitsprofils 2031 mit drei vollausgestatteten Heeresdivisionen - Erfüllung der NATO-Zusage einer schweren Division schon 2025. -Dabei Differenzierung schwere, mittlere, leichte Kräfte im Verhältnis 3 : 3 : 2 (schwer: KPz Leopard II, Schützenpanzer Puma, Panzerhaubitze 2000, Panzerpioniere mittel: Radpanzer Boxer, radbewegliche Haubitzen und Pioniere, Kampfdrohnen leicht: Fallschirm- und Gebirgsjäger, luftbewegliche Feuer- und Pionierunterstützung) - Bildung mittlerer Kräfte durch Umstrukturierung von zwei schweren Brigaden (21, 41) plus Brigade D/F. - Verstärkung der Divisions- und Korpstruppen: Fernmelder, Aufklärung, Pioniere, Artillerie (PH 2000, MARS II), Logistik und Wiederentstehung Brigadeartillerie (PH 2000, Radhaubitze 155). Weiterhin Pioniere und Heeresaufklärung in Bataillonsstärke auf Brigadeebene. - Kein großer Aufwuchs der Kampftruppen (ca. 30 Bataillone), aber Aufwuchs bei Kampfunterstützung und Logistik um 15 neue Bataillone (u.a. 5 Artillerie) und 17 neue Kompanien auf 45 Verbände bzw. 30 Kompanien - neue Flugabwehrkräfte in Artillerie eingebunden.

Zivilschutz: Vorbereitungen für den Bevölkerungsschutz im Kriege, der nur dann verfassungsrechtlich eine Aufgabe des Bundes wird. Diese juristische Trennung wird angesichts der Erfahrungen mit den jüngsten Katastrophenlagen und den Grauzonen

zwischen Krieg und Frieden in hybriden Lagen immer mehr hinterfragt. Der Zivilschutz im Kriege würde sich de facto auf die vorhandenen Ressourcen des Katastrophenschutzes der Länder im Frieden stützen, die aus diesem Grunde auch mit Ausstattungen aus Bundesmitteln unterstützt werden. Der Bund unterhält Strukturen zur Beratung und Unterstützung (z.B. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe), hat im Frieden aber keine Entscheidungskompetenz. Diese verfassungsrechtliche Trennung geht auf das Bestreben in den Gründungsjahren der Bundesrepublik zurück, die Zentralmacht zu begrenzen. Ähnliche strukturelle Trennungen gibt es auch bei den Nachrichtendiensten oder der Kompetenzverteilung zwischen Militär und Bundeswehrverwaltung.

Zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ): Abstimmung der Zusammenarbeit der Streitkräfte mit Behörden und Wirtschaft zur gegenseitigen Unterstützung in der Heimat. In den Auslandseinsätzen in Bürgerkriegsgebieten ist ZMZ ein wichtiges Element für den Wiederaufbau.

Persönliche Nachbemerkung

Ich stehe beruflich in keiner Beziehung zur Bundeswehr, habe 1972/73 als Wehrpflichtiger gedient und bin seit 1982 aktives Mitglied im Reservistenverband und dort in der militärischen Förderung und sicherheitspolitischen Arbeit, mit fortgeschrittenem Alter nur noch im letzten Bereich, tätig. Parallel dazu habe ich mich intensiv mit der Organisationsgeschichte der Bundeswehr und ihrer Partner befasst. Natürlich verfolge ich auch die aktuelle Fortentwicklung der Bundeswehr und NATO. Neben den umfassenden medialen Möglichkeiten nehme ich regelmäßig an sicherheitspolitischen Informationsveranstaltungen teil und organisiere dergleichen auch selber im Rahmen des Reservistenverbandes. Ich fühle mich keiner Interessengruppe (Partei, Truppe, Reserveoffiziere, Wissenschaft, Industrie etc.) verpflichtet und möchte die Rolle eines unabhängigen Beobachters einnehmen.

Eine kritische Grundhaltung gegenüber den politischen Akteuren ergibt sich aus dem in den vergangenen Jahrzehnten gezeigten Desinteresse an einer funktionierenden Verteidigungsfähigkeit und fehlendem Verständnis für die immer noch große Bedeutung militärischer Stärke im weltpolitischen Kräftespiel und der strategischen Fernwirkung militärischer Fähigkeiten für die Friedenerhaltung, ohne dass diese zum Einsatz kommen müssen. Die politische, gesellschaftliche und mediale Landschaft in Deutschland unterscheidet sich hier in der Wahrnehmung von Sicherheitsfragen auch von den Partnern im Westen und verliert durch die Fokussierung auf Umwelt, soziale Fürsorge und Pandemie die Balance bei der Wahrnehmung eigener Interessen und Zukunftsgestaltung. Die Sorge um den Frieden bleibt ebenso in unserer Verantwortung wie der Klimawandel. *Gelegentlich kritische Untertöne im Text ergeben sich aus der Sorge wegen dieser allgemeinen Vergessenheit, die Deutschland zum schwächsten Glied westlicher Bündnissolidarität gemacht haben.*

Auf Quellennachweise in einem wissenschaftlichen Apparat wird verzichtet, da es sich nicht um eine wissenschaftliche Arbeit handelt. Die Angaben stützen sich auf jahrzehntelange Recherchen, festgehalten in einem Notizarchiv. Alle Fotos und Grafiken stammen von mir! Einige Standfotos aus eigenen Videoaufnahmen sind etwas unscharf, wurden aber wegen der Authentizität ausgewählt. Vor allem die Aussagen zur künftigen Entwicklung der Bundeswehr erfolgen ohne Gewähr, da sie verschiedenen Einflussgrößen der Politik unterliegen und Aussagen dazu auch nicht immer einheitlich sind. Der russische Angriff auf die Ukraine hatte im Februar 2022 eine ganz neue Lage geschaffen. Es werden von mir auch häufig noch verständliche militärische Termini der alten Bundeswehr genutzt, da die zahlreichen sprachlichen Neuschöpfungen der letzten beiden Jahrzehnte nicht immer zur Verständlichkeit beitragen, eine Distanzierung von der militärischen Wirklichkeit signalisieren und oft das Phänomen Krieg verschleiern. Die persönliche Bewertung von Frieden als höchstem Gut, das es zu bewahren gilt, bleibt davon unberührt.

Jürgen Dreifke, Überarbeitung Juli 2024

Beauftragter sicherheitspolitische Arbeit VdRBw - Bezirksgruppe Münster

www.bw-duelmen.de www.bahnjdbund.de

Kontakt: xd300@hotmail.de